Dienstag, 9. September 1986 - D

Axel Springer Verlag AG, Postf. 10 08 64, 4300 Essen 1, Tel. 0 20 54 / [illegible]
Wichtige Telefon-Nummern der WELT: Zentralredaktion Bonn [illegible] 304-1 / Anzeigenannahme Kettwig (0 20 54) 10 15 [illegible] / Vertriebsabteilung Hamburg (040) 347-1 – Pflichtblatt an allen Deutschen Wertpapierbörsen

DIE WELT

UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Nr. 209 - 37.W.- Preis 1,20 DM - 1 H 7109 A

Belgien 38,00 bfr. Frankreich 7,00 F. Griechenland 150 Dr. Großbritannien 65 p. Italien 1500 L. Jugoslawien 600,00 Din. Luxemburg 28,00 lfr. Niederlande 2,20 hfl. Norwegen 8,50 nkr. Österreich 14 öS. Portugal 150 Esc. Schweden 8,00 skr. Schweiz 2,00 sfr. Spanien 170 Pts. Kanarische Inseln 185 Pts. Türkei 750 TL.

Heute in der WELT



WELT-Serie Schulbücher

Ist Deutsch nur eine Unterabteilung des Faches Politik? Viele Lesebücher legen diesen Eindruck nahe. Statt mit Gedichten wird der Schüler mit dem Kommunistischen Manifest und dem DGB-Grundsatzprogramm konfrontiert. Indoktrination mit Politiker-Texten, unter anderen von Ulbricht, hat Vorrang vor Literatur. Seite 6

Das „Wundermittel" ist ein Humbug

Bislang schaute die Schulmedizin meist machtlos zu, wenn „Wundermittel" gegen die Verkalkung der Gefäße angepriesen werden – wie bei der sogenannten Chelat-Therapie. Eine erste kontrollierte klinische Studie aus der Uni-Klinik Heidelberg räumt jetzt mit dem Irrglauben an die Heilkraft dieser vielgepriesenen neuartigen Behandlung auf. Seite 20

Die großen Straßen der Welt

Über die großen Avenuen und Flanierstraßen der Metropolen berichtet die WELT in einer Serie. Bisher wurden unter anderem der Ku'damm (Berlin), der Faubourg Saint Honoré (Paris), der Broadway (New York), der Newski Prospekt (Leningrad) und die Bond Street (London) vorgestellt. Heute: die Strøget in Kopenhagen. Seite 19

POLITIK

SPD: Kanzlerkandidat Rau will, daß die SPD den Bundestagswahlkampf mit „erhöhter politischer Temperatur" führt. Umfragen zeigten, daß die SPD in NRW weiter bei 52 Prozent liege, ihr am 25. Januar 1987 aber nur 41 Prozent die Stimme geben würden.

Polen: Als Folge der Reaktor-Katastrophe von Tschernobyl soll in Polen die Zahl der Meßstationen ausgebaut werden. Auch müßten Qualitätskontrollen beim Bau polnischer Atomreaktoren verschärft werden, fordert ein Regierungsbericht.

Umwelt: Bundesumweltminister Wallmann ist in Moskau mit Umweltexperten zusammengetroffen. Im Mittelpunkt der Gespräche standen Fragen der Reaktorsicherheit und die Vorbereitungen für die Tschernobyl-Sonderkonferenz in Wien.

Spionage: Der Sowjetbürger Tolkatschew ist wegen Spionage für die USA zum Tode verurteilt worden. Das gab das sowjetische Fernsehen im Zusammenhang mit dem unter Spionagevorwürfen inhaftierten US-Korrespondenten Daniloff bekannt. (S. 8)

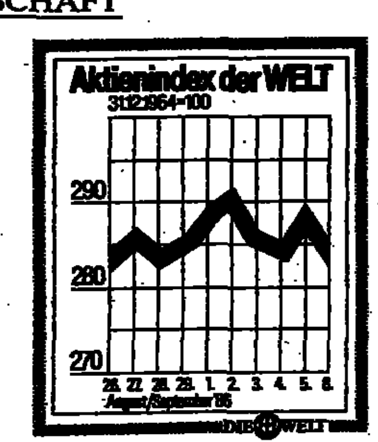
Zahlungsaufschub: Argentinien braucht für ein halbes Jahr lang keine Zins- und Tilgungszahlungen auf Bankkredite in Höhe von zehn Milliarden US-Dollar zu leisten. Die Vereinigten Staaten stimmten dem Zahlungsaufschub jetzt zu.

Trümmerfrauen: Der Ausschluß der „Trümmerfrauen" von der Anrechnung der Kindererziehungszeiten auf die Rente ist verfassungswidrig. Das stellte das Detmolder Sozialgericht fest und rief das Bundesverfassungsgericht an. (Az.: S 13 An 278/85).

WIRTSCHAFT

EG-Haushalt: In Brüssel wird über den EG-Haushalt für 1987 beraten. Dieser umfaßt Ausgaben von 77,1 Milliarden Mark. (S. 9)

Börse: Die Woche begann an den Aktienmärkten mit sinkenden Kursen. Bei den Renten bestimmten Gewinnmitnahmen den Markt. WELT-Aktienindex 285,86 (289,55). BHF-Rentenindex 107,456 (107,671). BHF-Performance-Index 107,157 (107,342). Dollar-Mittelkurs 2,0640 (2,0315) Mark. Goldpreis je Feinunze 418,60 (420,80) Dollar.



KULTUR

Mendelssohn: Mit Moses Mendelssohns Werken und Wirken haben sich ein Symposion und eine Ausstellung in Wolfenbüttel befaßt. Dabei wurde die Stellung des jüdischen Denkers innerhalb der Berliner Aufklärung ebenso wie die Entwicklungsgeschichte seiner Ethik beleuchtet. (S. 19)

Beethovenfest: Das XXXII. Bonner Beethovenfest steht im Zeichen des musikalischen Dialogs. Der Musik Beethovens wurden Kompositionen des 77jährigen Franzosen Olivier Messiaen gegenübergestellt. Die Feier präsentiert sich in Wahrheit als ein Beethoven-Messiaen-Fest. (S. 19)

SPORT

Schießen: Bei den Weltmeisterschaften in Suhl gewann die Wiesbadenerin Michaela Rink mit 194 Tauben die Silbermedaille im Skeetschießen der Damen. Den Titel sicherte sich Swetlana Demina aus der Sowjetunion (196), Bronze ging an die Chinesin Meimei Feng (193).

Fußball: Georg Keßler, in die Kritik geratener Trainer der Bundesliga-Mannschaft des 1. FC Köln, bleibt vorerst im Amt. Dies beschloß gestern der Klub-Vorstand auf seiner routinemäßigen Sitzung. Das Kölner Team ist nach dem fünften Bundesliga-Spieltag Tabellenletzter.

AUS ALLER WELT



„Eiskalte Aufsteiger": Erst in den 60er Jahren wurde der Sport des Eiskletterns entdeckt. Seitdem versuchen Eiskletterer (Foto) die vereisten Höhen der Welt zu erklimmen. Ihre Mitmenschen halten dies für „permanente Selbstmordversuche". (S. 20)

Schuhmode: In der neuen Wintermode dominieren die gedämpften Farbtöne. Dennoch muß auf Buntes nicht verzichtet werden. Wer schillernde Farben liebt, hat sie im neuen „Petrol-Lack" alle auf einmal. (S. 20)

Asyl: Honecker will erst nach Bundestagswahl einlenken

Rücksicht auf Moskaus Interessen / Behandlung der Tamilen als Modell

D. G./hrk. Bonn/Berlin

Die Bundesregierung und der Berliner Senat rechnen vor der Bundestagswahl im Januar nächsten Jahres nicht mehr mit einem Entgegenkommen der „DDR" in der Asylantenfrage. Zu diesem Ergebnis kommen die Experten im Bundeskanzleramt und im Rathaus Schöneberg bei einer jetzt abgeschlossenen deutschlandpolitischen Bestandsaufnahme für die verbleibende Zeit bis zum Wahlsonntag am 25. Januar 1987. Trotz intensiver Gespräche zwischen Beauftragten der Bundesregierung und des Berliner Senats mit maßgeblichen Ostberliner Stellen ist dort kein Einlenken erkennbar.

Für die starre „DDR"-Haltung sprechen nach Ansicht der Experten mehrere Gründe: Vor allem sind vor einer definitiven Entscheidung über ein zweites Gipfeltreffen zwischen Präsident Reagan und KP-Generalsekretär Gorbatschow der „DDR" im eigenen Bereich die Hände gebunden. Auch wenn der neue Ost-West-Gipfel demnächst von den beiden Außenministern Shultz und Schewardnadse vereinbart werden sollte, kämen Ostberliner Zugeständnisse in der Asylantenfrage in zu große Nähe zum Wahltermin. Offensichtlich will die „DDR"-Führung jeden Eindruck vermeiden, als mache sie der Bonner Koalition Wahlgeschenke.

Analysen der jüngsten Gesprächsrunde während der Leipziger Herbstmesse sowie eine genaue Beobachtung der SED-Medien machen deutlich, daß die „DDR"-Führung einen Bonner Machtwechsel nach der Bundestagswahl für nicht völlig ausgeschlossen hält. Auch dadurch wird der Handlungsspielraum eingeengt.

Trotz eines großen Propagandafeuerwerks zur Rechtfertigung der starren Haltung in der Asylantenfrage rechnen die zuständigen Stellen im Kanzleramt nach der Bundestagswahl mit der voraussichtlichen Bestätigung der bisherigen Koalition mit einem Ostberliner Einlenken. Als Modell für wirkungsvolle Maßnahmen gegen den ungebremsten Asylantenstrom vom Flughafen Schönefeld vor den Toren Berlins über die Sektorengrenze nach West-Berlin gilt die Tamilen-Regelung. Angehörige dieser Hindu-Minderheit aus Sri Lanka können die Sektorengrenze in Richtung Westen nur passieren, wenn sie den „DDR"-Kontrolleuren ein gültiges Visum für die Bundesrepublik Deutschland vorweisen. Dieses frühere Zugeständnis berührt jedoch Statusfragen, weil die „DDR" damit ihren bisherigen Standpunkt aufgab, West-Berlin gehöre nicht zur Bundesrepublik.

Es gilt in Kreisen der Bundesregierung und des Berliner Senats als sicher, daß die „DDR" beim Entgegenkommen in der Asylantenfrage mit finanziellen Wünschen aufwarten wird. Aus prinzipiellen Erwägungen und mit Rücksicht auf den angespannten Bundeshaushalt hat Bonn jedoch nur einen engen Spielraum. Allerdings scheint die Bundesregierung bereit zu sein, einen beträchtlichen Teil der Kosten in Millionenhöhe für die Entsalzung der Werra zu übernehmen. Die seit langem angestrebte Regelung zur Entlastung der Werra von den beträchtlichen Mengen schädlicher Kalisalze aus der „DDR" soll Teil des Umweltrahmenabkommens werden, das praktisch unterschriftsreif ist.

DER KOMMENTAR

Anstoß

BERNT CONRAD

Wirtschaftliche Sanktionen haben noch niemals den erhofften politischen Erfolg gebracht. Im Fall Südafrikas würden ihre negativen Auswirkungen zudem genau die Falschen treffen, nämlich jene schwarze Mehrheit, für deren Gleichberechtigung Westeuropäer wie Amerikaner eintreten. Im Endeffekt könnte ein Embargo sogar die gesamte wirtschaftliche und soziale Grundlage Südafrikas und damit auch die Aussichten für eine gedeihliche Entwicklung nach Abschaffung der Apartheid ruinieren.

An dieser Einschätzung, die Bundeskanzler Kohl seinen EG-Amtskollegen vor drei Monaten auf dem Europagipfel in Den Haag nachdrücklich vor Augen geführt hatte, hat sich seitdem nichts geändert. Eine neue Lage aber ist dadurch entstanden, daß die Regierung in Pretoria Kohls Appell, das „Signal von Den Haag" ernst zu nehmen und Verhandlungen über eine Beseitigung der Apartheid einzuleiten, ignoriert hat. So wurde die Südafrika-Mission des britischen Außenministers Howe zu einem krassen Fehlschlag. Das Argument, politische Überredung sei wirkungsvoller als ökonomische Strafen, hat einen Rückschlag erlitten.

Damit hat Präsident Botha der von dem amerikanischen Präsidenten Reagan, der britischen Premierministerin Thatcher und dem Kanzler zunächst gebremsten Sanktionslawine selbst einen kräftigen Stoß gegeben. Nun wird sie in Europa und in den USA kaum noch aufzuhalten sein. Darauf deuten die letzten EG-Außenministerberatungen und die Entwicklung in Washington hin.

Das gibt Anlaß zur Sorge. Aber gerade deshalb wächst die Notwendigkeit einer engen Koordination zwischen Europäern, Amerikanern und Japanern. Allein die daraus resultierende geballte Kraft der Industriestaaten könnte Botha den Ernst der Lage klarmachen und ihn vielleicht doch noch – sozusagen in letzter Minute – zum Einlenken veranlassen.

Europa bewegt sich auf Sanktionen zu

Maßnahmen gegen Südafrika werden mit Japan und USA abgestimmt / Toivo in Bonn

BERNT CONRAD, Bonn

Die Europäische Gemeinschaft wird mit großer Wahrscheinlichkeit begrenzte Wirtschaftssanktionen gegen Südafrika beschließen. Zu erwarten sind vor allem ein Verbot neuer Investitionen in Südafrika sowie ein Einfuhrstopp für Kohle, Eisen, Stahl und Goldmünzen, entsprechend den Ankündigungen des Europagipfels in Den Haag vom Juni dieses Jahres. Die EG-Außenminister werden darüber vermutlich am 15. September in Brüssel entscheiden.

Vorher wird der britische Außenminister Sir Geoffrey Howe als derzeitiger EG-Ratsvorsitzender noch in Washington über eine Abstimmung der europäischen und der amerikanischen Haltung gegenüber Südafrika konferieren. Auch eine Absprache mit Japan ist geplant.

Die EG-Außenminister hatten sich schon am vergangenen Wochenende bei einem informellen Treffen auf dem englischen Landsitz Brocket Hall ausführlich mit der Lage in Südafrika befaßt, ohne allerdings Beschlüsse zu fassen. Aus dem Sitzungsverlauf ergab sich jedoch, daß angesichts der weiteren Zuspitzung in Südafrika und der ergebnislosen Gespräche Howes in Südafrika, Zimbabwe und Sambia die in Den Haag zunächst für drei Monate aufgeschobenen Sanktionen jetzt überwiegend für unumgänglich gehalten werden. Auch die britische Premierministerin Margaret Thatcher – ursprünglich eine der entschiedensten Gegnerinnen von wirtschaftlichen Strafmaßnahmen – hat vor kurzem begrenzte Sanktionen mit „Signalwirkung" nicht mehr ausgeschlossen.

Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher, der in die gleiche Richtung tendiert, wird seine Haltung noch mit Bundeskanzler Helmut Kohl abstimmen. Kohl hatte auf dem Europagipfel mit Nachdruck vor einem Handelsembargo gewarnt, gleichzeitig aber eindringlich an die südafrikanische Regierung appelliert, das „Signal von Den Haag" ernst zu nehmen und Verhandlungen mit den Führern der schwarzen Mehrheit über die Abschaffung der Apartheid einzuleiten. Da dieser Appell folgenlos geblieben ist, stellt sich das Problem auch für die Bundesregierung neu. Kohl legt in dieser Situation besonderen Wert darauf, daß bei den EG-Entscheidungen nicht bloß „Augenwischerei" betrieben und daß auf jeden Fall in engster Abstimmung mit Amerikanern und Japanern verfahren wird.

Der Generalsekretär der südwestafrikanischen Guerrilla-Bewegung Swapo, Andimba Toivo Ya Toivo, hat der Bundesregierung gestern in Bonn vorgeworfen, zusammen mit den USA und Großbritannien Sanktionen gegen Pretoria zu verhindern und statt dessen „das südafrikanische Unrechtssystem" zu unterstützen. Toivo erklärte, er habe bei einem Gespräch mit Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher auch die Bonner Namibia-Politik als unzureichend und enttäuschend kritisiert.

Wie aus dem Auswärtigen Amt bekannt wurde, hat Genscher die Vorwürfe Toivos zurückgewiesen.

RAF zündet Bombe am Verfassungsschutz-Amt

Terroristen sprechen von Offensive gegen Sicherheitsapparat

WERNER KAHL, Köln

Mit einer ferngezündeten Autobombe haben mutmaßliche Terroristen der „Rote Armee Fraktion" (RAF) gestern früh um 3.45 Uhr einen Sprengstoffanschlag auf das Gebäude des Bundesamtes für Verfassungsschutz in Köln verübt. Die Explosion richtete einen Sachschaden an der Fassade des Bürohauses und in Wohnhäusern der Nachbarschaft von schätzungsweise mehr als einer Million Mark an. Nach Angaben der Bundesanwaltschaft handelte es sich um die erste ferngezündete Autobombe in einem deutschen „öffentlichen Verkehrsraum".

Von der Druckwelle wurde ein 26jähriger Musiker, der in einem fahrenden Lieferwagen saß und die Explosionsstelle in etwa hundert Metern Entfernung passierte, leicht verletzt. Als angebliche Urheber des Anschlages meldete sich in einem Schreiben eine „Kämpfende Einheit Christos Tsoutsouvis". Der Grieche Tsoutsouvis war 1985 in Athen bei einer Auseinandersetzung mit der Polizei getötet worden.

In dem Schreiben wird die Freilassung des RAF-Mitgliedes Günter Sonnenberg sowie die „Zusammenlegung der Gefangenen von RAF und Widerstand und aller kämpfenden Gefangenen" gefordert. Ein fünfjähriger Junge hatte das Schreiben am Vormittag im Park neben dem Verfassungsschutzgebäude gefunden. Die Überschrift lautete, „die revolutionären Fronten in Westeuropa organisieren".

Mit dem Schreiben sieht das Bundeskriminalamt Erkenntnisse bestätigt, daß sich die RAF auf den Sicherheitsapparat „einschießen" will. Die mutmaßlichen Täter erklärten, der Anschlag auf die Kölner „Geheimdienstzentrale" sei ein Teil dieser Offensive.

Bei einer Tatort-Inspektion bezeichnete Innenminister Zimmermann die Angriffe auf Bundesbehörden innerhalb kurzer Zeit als besorgniserregend. Anschläge richteten sich unter anderem auf den Bundesgrenzschutz und auf das Bundesverwaltungsamt in Köln. Der Rhein-Ruhr-Raum bildet seit längerem einen Schwerpunkt von RAF und „RZ" für terroristische Angriffe.

Seite 2: Verzerrte Optik

Pinochet verhängt Belagerungszustand

Sieben Sicherheitsbeamte bei Anschlag getötet / Verübte „Patriotische Front" Attentat?

WERNER THOMAS, Santiago

Wenige Tage vor dem 13. Jahrestag seiner Machtübernahme hat General Augusto Pinochet die dramatischsten Stunden seiner bisherigen Amtszeit erlebt. Der chilenische Staatschef entkam am Sonntagabend um Haaresbreite einem Attentatsversuch, bei dem sieben Sicherheitsbeamte getötet und zehn verletzt wurden. Kurze Zeit später verhängte das Militärregime für zunächst 90 Tage den Belagerungszustand.

Der 70jährige General erschien wenige Stunden nach dem Attentat in Zivil im Fernsehen. Seine linke Hand war verbunden. Er wirkte nervös und sprach mit heiserer Stimme.

Seine Eskorte aus fünf Autos und drei Motorrädern habe auf der Rückfahrt von seinem Landsitz nach Santiago eine Brücke überquert und sei sofort in einen Kugelhagel geraten. „Meine erste Reaktion war, die Flucht zu ergreifen. Dann dachte ich jedoch an meinen Enkelsohn, der neben mir saß. Ich beschützte ihn mit meinem Körper." Der Junge ist zehn Jahre alt.

Die Sicherheitsbeamten hätten sich ein Gefecht mit dem „Terroristenkommando" geliefert und dies schließlich vertreiben können. „Die Herren Politiker verstehen hoffentlich, daß dies ein Krieg ist und daß die Alternative entweder Marxismus oder Demokratie heißt. Entweder Chaos oder Demokratie."

Das Fernsehen berichtete, zunächst sei eine unter der Brücke deponierte Bombe explodiert. Anschließend hätten mindestens zwölf Heckenschützen unter anderem mit amerikanischen Waffen das Feuer auf die Fahrzeugkolonne des Präsidenten eröffnet und auch eine Panzerfaust abgefeuert. Zehn Kilometer vom Tatort seien zwei Kleinlaster und ein Personenwagen entdeckt worden, in denen sich die Waffen befunden hätten.

SEITE 2:
Chiles Tragödie

Die Spuren der Täter scheinen zu der Untergrundorganisation „Patriotische Front Manuel Rodriguez" zu führen. Ein angeblicher Sprecher dieser Gruppe meldete sich telefonisch in den Büros ausländischer Nachrichtenagenturen und erklärte: „Die ‚Patriotische Front Manuel Rodriguez' ist nicht tot. Die Operation ist uns diesmal mißlungen. Das nächste Mal wird sie uns nicht mißlingen."

Die „Patriotische Front", der bewaffnete Arm der Kommunistischen Partei, liefert der chilenischen Militärregierung seit fast zwei Jahren einen blutigen Untergrund-Krieg. Die etwa 1500 Guerrilleros konzentrierten sich bisher auf Sprengstoffanschläge, Entführungen und Attentate. Dies war der erste Attentatsversuch auf den Präsidenten.

Nach zwei Protesttagen Ende vergangener Woche, die vier Todesopfer forderten, wollte die Pinochet-Regierung jetzt den 13. Jahrestag des Militärputsches feiern. Heute sollte auf dem Alameda-Boulevard vor dem Präsidenten-Sitz eine Kundgebung stattfinden. Für den 11. September, den eigentlichen Jahrestag, ist eine Militärparade geplant.

Cattenom darf in Betrieb gehen

UR. Bonn

Das Kernkraftwerk Cattenom kann, wie geplant, am 11. November ans Netz gehen. Das Verwaltungsgericht in Straßburg wies gestern Anträge des Saarlandes sowie saarländischer und rheinland-pfläzischer Gemeinden auf eine Aussetzung der Betriebsgenehmigung bis zum Hauptverfahren in ein bis zwei Jahren ab. In Mainz wurde die Entscheidung als Bestätigung für die Strategie der Landesregierung gewertet, zu verhandeln statt zu klagen.

Seite 8: Wie geplant ans Netz

Japan: Nakasone entläßt Minister

DW. Tokio

Japans Ministerpräsident Yasuhiro Nakasone hat gestern seinen Erziehungsminister Masayuki Fujio entlassen. Fujio hatte gegenüber der Monatszeitschrift „Bungei Shunju" erklärt, die Annexion Koreas durch Japan im Jahre 1910 gehe nicht auf eine Invasion, sondern auf eine „bilaterale Vereinbarung" zurück. Fujio gilt als persönlicher Gegner Nakasones. Mit seiner Entscheidung, Fujio abzusetzen, wollte Nakasone eine Gefährdung seines bevorstehenden Südkorea-Besuchs abwenden.

Preisträger muß zum Mentor werden

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Der „Förderpreis für die Europäische Wissenschaft", mit zwei Millionen Mark einer der höchst dotierten Wissenschaftspreise der Welt, ist gestern in Hamburg der Forschergruppe um Professor Luc Montagnier verliehen worden. Montagnier ist Leiter der Abteilung für virologische Onkologie am Pariser Institut Pasteur. Im Unterschied zu anderen Auszeichnungen, deren Preisgeld in die Privatschatulle der Forscher wandern darf, dient der Förderpreis der Körber-Stiftung als Beihilfe für bedeutsame Forschungsprojekte. Montagnier und seine Mitarbeiter Professor Françoise Barre-Sinoussi, Dr. Jean-Claude Chermann und Dr. Willy Rosenbaum werden mit dem Preis für ihre Forschungen ausgezeichnet, die zur Entdeckung des Retrovirus LAV, des Erregers der Immunschwäche-Krankheit Aids, führten.

Das von der Stiftung vergebene „Mentorat" – die enge Zusammenarbeit von Wissenschaftlern am gleichen Forschungsthema – soll einer europäischen Verbundforschung unter Leitung von Montagnier zufließen. Ihr Ziel ist die wirksame Bekämpfung von Aids, für die es, so sagte Montagnier bei der Verleihung im Hamburger Rathaus, „bisher weder eine Behandlungsmethode noch einen Impfstoff gibt".

Der französische Wissenschaftler, der 1983 den Erreger LAV (Lymphadenopathie-assoziertes Virus) entdeckt hatte, berichtete, daß er gemeinsam mit zwei portugiesischen Forschern im Juli dieses Jahres bei mehreren afrikanischen Aids-Patienten ein zwar verwandtes, doch deutlich unterscheidbares Virus isoliert habe. Es weise, besonders in seiner Virushülle, andere Antigenstrukturen auf als der bisher bekannte Erregertyp. Die Verbundforschung soll, mit einer eigenen Stabstelle in Paris, außer Montagnier als Koordinator Arbeitsgruppen aus vier Ländern umfassen. Dazu gehören J.-C. Gluckmann (Paris), Sven Haahr (Aarhus), George Janossy (London), David Klatzmann (Paris) sowie Paul Racz vom Bernhard-Nocht-Institut in Hamburg.

Bundesforschungsminister Heinz Riesenhuber sagte in seiner Festansprache, daß von den jährlich 50 Milliarden Mark Forschungsmitteln in der Bundesrepublik unter ein Prozent (450 Millionen Mark) aus Stiftungen kämen. Doch sie hätten ihre eigene Qualität, sie könnten dort eingesetzt werden, wo die Wissenschaft ihres Erfolgs noch nicht sicher sei. Es sei Aufgabe des Staates, die Unabhängigkeit der Stiftungen und ein stiftungsfreundliches Klima zu gewährleisten.

Der Hamburger Industrielle Körber hatte vor zwei Jahren 40 Millionen Mark als Stiftungskapital zur Verfügung gestellt, um Forschungen auf dem Gebiet der Technologie und der Naturwissenschaften voranzutreiben. In Europa sollen „neue, zur Bewährung drängende" Leistungen gefördert werden.

EG und Comecon verhandeln nicht nur über die Wirtschaft

Signal Gorbatschows / „DDR" zeigt nur wenig Interesse

ROLF SPITZHÜTTL, Brüssel

Handels- und Wirtschaftsexperten aus der Europäischen Gemeinschaft und dem Ostblock-„Rat für gegenseitige Wirtschaftshilfe" (RGW), wollen am 15. September in Genf ein neues Kapitel in den innereuropäischen Ost-West-Beziehungen eröffnen. Auf Einladung der EG-Kommission soll die Aufnahme normaler Beziehungen vorbereitet werden.

Es wäre das Ende einer nur kurz, Ende der siebziger Jahre, durchbrochenen Periode des Schweigens beider Blöcke, die ihre Hauptursache darin hat, daß der östliche Wirtschaftsverbund die EG nicht anerkennt. Als beide Blöcke das Gespräch suchten, scheiterten sie nicht nur an der plötzlichen Veränderung des politischen Klimas in der Folge der sowjetischen Intervention in Afghanistan und der Ereignisse in Polen.

Der Rückfall in eisiges Schweigen war auch eine Folge rechtlich-politischer Streitpunkte. Die EG wollte sich auf keine vertragliche Vereinbarung mit dem RGW einlassen, da dessen Struktur eine Gleichbehandlung aus Brüsseler Sicht nicht zuließ. Der RGW verfügt anders als die EG nicht über die institutionelle Form der Gemeinschaft und vor allem nicht über das Handelsmandat oder die entsprechenden, von den Mitgliedsstaaten delegierten handelspolitischen Instrumente. Für die EG resultierte daraus die Sorge, eine EG-RGW-Vereinbarung könnte sich nachteilig auf die angestrebten oder auszubauenden bilateralen Beziehungen der Gemeinschaft zu einzelnen RGW-Staaten auswirken. Schließlich wollte der RGW 1980 auch nicht über eine Berlin-Klausel verhandeln.

Im Mai vergangenen Jahres durchbrach der sowjetische Parteichef Michail Gorbatschow das Schweigen. Er sprach von der Möglichkeit, „die für beide Seiten nützlichen Beziehungen zwischen RGW und EG in Ordnung zu bringen".

In der „DDR" hingegen wird wenig Interesse an Vereinbarungen mit der EG gezeigt. Sie hat ohnehin über den innerdeutschen Handel ein Bein in der Gemeinschaft. (AP)

DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Verzerrte Optik

Von Werner Kahl

Es ist ein Zusammentreffen, das Interesse wecken muß. Betende sind in einer Synagoge in Istanbul erschossen worden. Handgranaten wurden gegen Menschen in einem gekaperten Flugzeug in Karatschi geworfen, nun wurde gar die erste Autobombe auf einer deutschen Straße gezündet. Zu diesem Zeitpunkt strahlt das Deutsche Fernsehen einen Zweiteiler über die Baader-Meinhof-Bande aus.

Zu einem Zeitpunkt, wo sogar die Alternativen in der „Taz", die noch zum Beckurts-Mord die Parole „Waidmannsheil" ausgaben. Gefühle zeigen gegenüber „Attentätern" und ihren „Opfern, denen sie ins Gesicht sehen, wenn sie sie erschießen" – als wären nicht Buback, Ponto, Schleyer, Zimmermann, Beckurts und andere genau so kaltblütig von Angesicht zu Anegsicht ermordet worden – zu diesem Zeitpunkt also müßte man von der ARD einen intelligenten Beitrag über Ursachen, Gefahren und Bekämpfung des Terrorismus erwarten dürfen.

Was man bekam, war ein von Sympathie und Verständnis getragenes Porträt der Mörderbande. Während Unterstützung der gewalttätigen Untergrundbewegungen in Südafrika in der Mode ist, weil es dort unten keine so freiheitlichen Verhältnisse gebe wie bei uns, werden die Leute in freundliche Farben getaucht, die unseren freiheitlichen Rechtsstaat im Namen der kommunistischen Weltrevolution als „System" bezeichneten und bekämpften.

Der NDR unterließ bei der Ansage den Hinweis an die Zuschauer, daß es sich bei dem Autor um einen früheren Mitarbeiter der Ulrike Meinhof beim Linksmagazin „Konkret" handelt. Dieses Organ war schon vor Organisierung der Außerparlamentarischen Opposition von der „DDR"-Führung mit sechsstelligen Summen gekauft worden, um Protestmärsche gegen die Sicherheitspolitik der Bundesrepublik Deutschland zu propagieren und Lehrlinge und Studenten aufzuwiegeln. Gibt es im Deutschen Fernsehen tatsächlich niemanden, der dem Zwangszahler-Publikum die Umtriebe von Mörderbanden aus demokratischer Sicht darzustellen vermag? Oder darf nur ein Autor vom Schlage Aust das Thema behandeln?

SDI schreitet voran

Von Fritz Wirth

Was jahrelang selbstverständliche Routine schien, wurde am letzten Wochenende zu einem bedeutenden Ereignis: Der Nasa glückte in Cape Canaveral nach einer Serie schwerer Rückschläge in den letzten Monaten ein fehlerloser Raketenstart. Die Erleichterung und das Aufatmen über diesen Erfolg haben indes die wirklichen Dimensionen dieses Experiments ein wenig verschoben.

Das Ereignis dieses Schusses ins All war nicht das Fahrzeug, sondern die Fracht. Sie bestand aus zwei Forschungssatelliten, von denen einer als Angreifer und der andere als Ziel diente. Es war das bisher ehrgeizigste und mit 150 Millionen Dollar teuerste Experiment der amerikanischen SDI-Forschung. Und es war, wie zu erfahren ist, in buchstäblichem Sinne ein Volltreffer.

Das Bemerkenswerte: Das Experiment ereignete sich vor dem Hintergrund eines wachsenden rhetorischen Abwehrwalls von Kritikern, die dem SDI-Programm bescheinigen, daß sein Ziel und sein Anspruch technologisch unmöglich und undurchführbar seien. Niemand hat das bisher auf amerikanischer Seite ausgeschlossen. Das muß und darf aber noch nicht das Ende der Forschung bedeuten. Es liegt im Wesen der Forschung, sich ehrgeizige Ziele zu setzen. Dies wäre eine ärmere Welt, wenn die Wissenschaft sich mit eiligen Vorurteilen abfände.

Und genau das ist das Grundübel der gegenwärtigen SDI-Diskussion: Wenn die Forschenden zwar Zweifel, aber zugleich auch starke und begründete Hoffnungen haben, woher beziehen die Nichtforschenden ihre so undisputable Gewißheit vom Scheitern dieser Forschung? Sollten die Forschenden wirklich nur naiv und die angeblich Wissenden so unendlich weise und erfahren sein? Und außerdem: Wenn die kostspielige SDI-Forschung so nutzlos und vergeblich sein sollte, warum nehmen die Sowjets sie seit Jahren so verteufelt ernst?

Es ist an der Zeit, in der SDI-Diskussion die Arroganz draußen vor der Tür zu lassen, ebenso wie die für einen Forscher unhaltbare These, daß nicht sein darf, was man nicht mag.

Partner Chirac

Von Peter Ruge

Das heutige Treffen des Bundeskanzlers mit dem französischen Premierminister in Paris trägt den seit den Parlamentswahlen im März veränderten Machtverhältnissen an der Seine Rechnung: Kohl begibt sich zu einer Höflichkeitsvisite zu Staatspräsident Mitterrand in den Elysee-Palast, danach folgt das eigentliche Arbeitsgespräch im Hôtel Matignon, mit Jacques Chirac. Eine Premiere also.

Zwischen Bonn und Paris war eine gewisse Unsicherheit in den letzten Monaten im Umgang miteinander spürbar. Für das Kanzleramt galt weiter, was seit Konrad Adenauer die deutsch-französische Zusammenarbeit bestimmte: Der Ansprechpartner in der französischen Hauptstadt ist der Präsident der Republik, für Helmut Kohl also der Sozialist François Mitterrand, der nach der Verfassung gewisse Vorrechte auf dem Gebiet der Außen- und Verteidigungspolitik besitzt.

Die Regierungsgeschäfte aber betreibt nun ein Gaullist. Jacques Chirac handelt nicht mehr wie seine Vorgänger im Auftrag des Präsidenten. Dennoch kam es in der Zwischenzeit sogar zu neuen Verabredungen des Kanzlers mit dem Staatschef über gemeinsame Projekte wie den Kampfhubschrauber oder für den im Herbst vorgesehenen Kulturgipfel, zuletzt auf Schloß Rambouillet am 17. Juni. Doch der beiderseitige Wille ging ins Leere. Der Regierungsapparat Chiracs blockierte.

Daß die deutsch-französische Zusammenarbeit längst über den klassischen Bereich der Außenpolitik hinausgewachsen ist und unmittelbar in innerfranzösische Angelegenheiten hineingreife, ist eine regierungsamtliche Einschätzung in Paris, die die gewachsenen Bindungen zwischen Frankreich und der Bundesrepublik bestätigt. Die Gaullisten sehen Partner in den Deutschen, ohne die nationale Probleme wie Arbeitslosigkeit oder Umweltschutz nicht zu lösen sind. Dies sollte den Kanzler ermutigen, die vertrauensvolle Erwartungshaltung Jacques Chiracs ohne Einschränkungen zu akzeptieren.

Die Mannschaft im Hôtel Matignon hat sich auf das Treffen mit dem Bundeskanzler sehr lange vorbereitet. Paris will ein Zeichen setzen, daß der in Routine erstarrte Umgang miteinander von neuem Schwung erfüllt ist.



„Ich war's nicht!" KLAUS BÖHLE

Chiles Tragödie

Von Werner Thomas

Beinahe wäre die fast dreizehnjährige Herrschaft General Pinochets am Sonntagabend abrupt zu Ende gegangen. Ein Mordkommando hat einen spektakulären Attentatsversuch veranstaltet, der das Leben von sieben Sicherheitsbeamten des Präsidenten von Chile forderte. Bei einem nächtlichen Fernsehauftritt sprach der sichtlich schockierte Staatschef eine zutreffende Erkenntnis aus: Das Terroristen-Problem sei schlimmer, als allgemein angenommen.

Er wiederholte dann aber die alten Argumente für die Rechtfertigung seines Machtanspruchs. In Chile finde „ein Krieg zwischen dem Marxismus und der Demokratie" statt. Dem Volk bleibe nur die Alternative „Chaos oder Demokratie". Damit will der General sagen, daß er die Demokratie verteidige. Nicht einmal frühere Anhänger und konservative Politiker wie der erste Junta-Sprecher Federico Willoughby oder Andrés Allamand teilen diese Meinung. Pinochets Uneinsichtigkeit treibt die Nation immer tiefer in den Teufelskreis.

Der heute siebzigjährige General hat seine Verdienste. Das konzedieren die meisten Chilenen, die sich an die drei chaotischen Volksfront-Jahre erinnern. Der Militärputsch des 11. September 1973 wurde von der Mehrheit des Volkes begrüßt. Anderslautende Behauptungen ausländischer Kritiker sind schlicht falsch. Auch die christdemokratische Partei und der damalige Erzbischof von Santiago, Kardinal Raul Silva Henriquez, später erbitterte Gegner des Pinochet-Regimes, sahen die Notwendigkeit einer Intervention der Streitkräfte gegen die bewaffneten Banden hinter Allende.

Die erste Phase der Militärherrschaft war blutig, zu blutig, wie man mittlerweile weiß. Aber das Land erlebte eine Periode der Stabilität und des wirtschaftlichen Aufschwungs. Als der General 1980 über eine neue Verfassung abstimmen ließ, stand er auf dem Höhepunkt seiner Popularität. Das Gallup-Institut ermittelte in jenem Jahr eine Unterstützung von 70 Prozent der Bevölkerung. Die Verfassung garantierte dem General eine weitere Amtszeit bis 1989.

Seither haben sich die Verhältnisse in Chile geändert. Die Nation schlitterte in eine wirtschaftliche Krise. Die zur Machtlosigkeit verurteilten Politiker wurden ungeduldig. 1983 begann eine Demonstrationswelle, die zu einer Eskalation der Gewalt führte. Die Protestaktionen werden von der Ungewißheit genährt: Niemand weiß, wie lange Augusto Pinochet noch regieren will. Nur noch bis 1989? Oder doch noch acht Jahre länger, wie das theoretisch möglich wäre? Der Präsident gibt zwielichtige Antworten auf die Frage nach seinen Zukunftsplänen.

Der innere Konflikt in Chile hat vor fast zwei Jahren alarmierende Dimensionen bekommen, als die Kommunistische Partei mit der „Patriotischen Front Manuel Rodriguez" (FPMR) den in relativ großem Stil organisierten bewaffneten Kampf eröffnete. Zwar existierte seit Ende der sechziger Jahre bereits die ebenfalls marxistisch orientierte „Bewegung der revolutionären Linken" (MIR), aber die Rodriguez-Organisation verfügt über die besseren Kontakte zu Moskau und Havana – und erhält eine tatkräftigere Hilfe.

Die gewaltigen Waffenfunde in den letzten Wochen (mehr als achtzig Tonnen) sind von Vertretern der Opposition gelegentlich als „Propagandamanöver der Regierung" abgetan worden. Amerikanische Geheimdienstkreise urteilen anders. Washington ist zutiefst besorgt über die chilenische Tragödie, weil die moderate Mitte durch den politischen Polarisierungsprozeß aufgerieben wird. Und weil neben den Streitkräften nun die linksextremen Kräfte Waffen tragen.



Den Kommunisten wieder den Weg bereitet: Verletzter Pinochet nach dem Attentat im Fernsehen FOTO: AP

Allamand, der wohl profilierteste konservative Politiker, analysiert eine paradoxe Situation: „Pinochet und die Kommunisten brauchen einander." Der General verteidige seine Herrschaft und die repressiven Maßnahmen seiner Regierung mit der kommunistischen Gefahr und dem linken Terror. Die Kommunisten rechtfertigten wiederum ihren Terror mit Pinochets repressiver Herrschaft. Der Unternehmer Orlando Saenz, als früherer Präsident des chilenischen Industriellen-Verbandes einer der schärfsten Gegner der marxistischen Volksfront-Regierung, sagte: „Pinochet hat die Kommunisten zu neuem Leben erweckt."

Ähnlich denkt heute Präsident Reagans Lateinamerika-Stratege Elliott Abrams, der dafür plädierte, die lange von Washington praktizierte „stille Diplomatie" aufzugeben. Die US-Regierung, die heute offen für eine baldige Rückkehr zur Demokratie plädiert, will jetzt zum ersten Mal Sanktionen anwenden und gegen Chile-Kredite der Weltbank und der interamerikanischen Entwicklungsbank stimmen. Ob das etwas nützt, ist jedoch fraglich.

Über dem Land schwebt ein großes Fragezeichen. Will der General jetzt wieder mit – so frühere Drohungen – „harter Hand" regieren, wie das der sofort verhängte Belagerungszustand zu signalisieren scheint? Will er jetzt erst recht über das Jahr 1989 hinaus durchhalten, um den marxistischen Feind niederzuringen? Oder sieht er ein, daß er seiner Nation, der freien Welt und sich selbst den besten Dienst erweist, wenn er den Terrorismus energisch bekämpft, aber gleichzeitig innerhalb der nächsten drei Jahre der Demokratie die Wege ebnet?

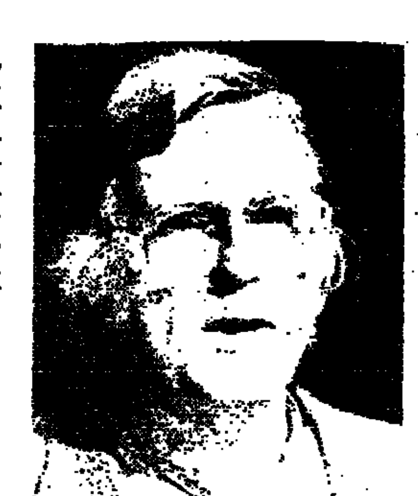
Wenn er das nicht tut, nimmt die chilenische Tragödie kein Ende. Und Augusto Pinochet wird als tragische, wenn nicht sogar als böse Figur in die Geschichte eingehen – wie so viele Männer, die sich zu lange an die Macht gekrallt haben.

IM GESPRÄCH Willi Hoss

Der Koalo-Bär

Von Diethart Goos

Es ist nicht zu hoch gegriffen, wenn man das Votum der Grünen im Bundestag für ihr 1985 der Rotation zum Opfer gefallenes Mitglied Willi Hoss als Richtungsentscheidung einstuft. Hoss wurde am Wochenende zum Sprecher der Fraktion gewählt und wird dieses Amt aller Voraussicht nach über den Wahltag hinaus behalten. Denn der 57jährige Vorzeigearbeiter der Grünen hat gute Chancen, über die baden-württembergische Landesliste in den Bundestag zurückzukehren. Hoss hat wie Otto Schily innerhalb der Grünen-Bewegung zielstrebig darauf hingewirkt, die Zwangsrotation als untaugliches Instrument über Bord zu werfen.



Ihm war die IG Metall nicht radikal genug: Hoss FOTO: AP

Nicht nur als ehemaliger Betriebsrat bei Daimler Benz in Stuttgart gilt Hoss innerhalb der Grünen-Fraktion als Unikum. Er ist auch entschiedener Gegner jener Kräfte, die sich so gerne mit dem Kürzel „Fundi" zieren, um damit zu dokumentieren, daß sie nur der reinen Lehre anhängen und jedes Bündnis mit der SPD ablehnen. Hoss hat sich, seit er 1979 in die Grüne Partei eintrat und 1983 in den Bundestag kam, immer als ein Vertreter der als Realos (für „Realisten") beschriebenen Seite ausgewiesen. Hoss nennt sich sogar gerne „Koalo", denn er will mit der SPD eine rot-grüne Ehe eingehen.

Sein wechselvoller beruflicher und politischer Lebensweg hat ihm die Einsicht vermittelt, daß auch die konkretutopischste Ideologie nichts taugt, wenn man zur Umsetzung keine Bündnispartner findet. Doch darf sich die SPD bei Grünen vom Schlage Hoss nicht im unklaren sein.

Sollte sich Johannes Rau, wenn es die Zahlen zulassen, von den Grünen zum Kanzler wählen lassen, werden sie ihm schon bald eine gepfefferte Rechnung präsentieren. Hoss hat sich nie für den Weg der politischen Mäßigung entschieden. Als Sechzehnjähriger trat er bald nach Kriegsende in die Kommunistische Partei ein. Doch als die Sowjets am 21. August 1968 gemeinsam mit den Verbündeten des Warschauer Pakts in der CSSR einmarschierten und dem Prager Frühling ein gewaltsames Ende bereiteten, machte Hoss mit den Kommunisten der Moskauer Provenienz offiziell Schluß. Zehn Jahre vagabundierte er durch die politische Linke, bis er bei den Grünen eine neue Heimstatt fand.

In seinem beruflichen Werdegang lauteten die Stationen im Anschluß an die Volksschule Landarbeiter und Verlagsangestellter. Schließlich wechselte er in das Metallfach und wurde Hochdruckschweißer. Als Einunddreißigjähriger ging Hoss zu Daimler Benz und ließ sich zwölf Jahre später in den Betriebsrat wählen. Doch die IG Metall war ihm zu „unternehmerfreundlich". Hoss und einige seiner Gesinnungsgenossen wurden aus der Gewerkschaft gefeuert. Als Unabhängiger kehrte er in den Betriebsrat zurück und wurde 1979 sogar freigestellt.

DIE MEINUNG DER ANDEREN

Die Anschläge vom Wochenende beschäftigen weiter die Medien:

HAARETZ

Beide Fälle reichen, um aller Welt klarzumachen, daß im Kampf gegen Terroristen kein Kompromiß in Frage kommt. Die pro-iranischen Hisbollah und die anderen verdienen das gleiche wie die PLO und ihre Anhänger. Eine politische Lösung in der Konfrontation mit ihnen gibt es nicht. (Tel Aviv)

LIBERATION

Das kann man schon Krieg nennen. Paradoxerweise ist dies der schwierigste Krieg für eine Demokratie, da ihre eigenen Prinzipien auf dem Spiel stehen. Das Schlimme ist, daß es eben keine andere Möglichkeit gibt. (Paris)

Frankfurter Allgemeine

Der Westen wird weiterkommen, wenn er den Impuls der jüngsten EG-Außenministerkonferenz nicht versanden läßt. Die Minister sind übereingekommen, daß ihre Länder künftig nach Terroranschlägen gemeinsam ermitteln wollen, und nicht nur jedes für sich. Warum ein solcher Beschluß erst im September 1986 möglich war, warum es dazu der Anschläge von Karatschi und Istanbul bedurfte, das gehört zu den Rätseln westeuropäischer Politik.

DONAU KURIER

Auch bei uns halten viele den Kampf von US-Präsident Reagan gegen den Terrorismus für eine gefährliche Marotte des „Law and order"-Sheriffs im Weißen Haus. Sie sollten sich die Gewissensprüfung nicht ersparen, ob es wirklich besser ist, den Terrorismus weiterhin nur mit Worten statt mit Taten, auch wenn sie Opfer kosten, zu bekämpfen. (Ingolstadt)

Frankfurter Rundschau

Der Staatsterrorismus der USA in Nicaragua und die Terrorakte der Sowjetunion in Afghanistan machen deutlich, wie wichtig es wäre, zwischen den Blöcken einen neuen Weg zu finden.

die tageszeitung

Wir unterstützten den palästinensischen Befreiungskampf, solange wir eine gemeinsame Utopie hatten. Weil dort vom Sozialismus gesprochen wurde, von Freiheit, von einer besseren Zukunft. Diese Utopie ist im Schlachtenlärm des bewaffneten Kampfes untergegangen. (Berlin)

Süddeutsche Zeitung

Den Amerikanern die Sache allein zu überlassen, wie es aus Verantwortungsscheu vor unbequemen Maßnahmen bei den Europäern üblich geworden ist, trägt nur dazu bei, Washington in militärische Aktionen hineinzutreiben. (München)

Schwarzwälder Bote

Nun blöken sie wieder, die Unschuldslämmer in Tripolis, Teheran und Damaskus ... Appelle zur Mäßigung klingen gut aus der relativen Sicherheit Westeuropas, sie übersehen, daß die Prediger des Hasses nur eine Sprache verstehen, die der Gewalt. (Oberndorf)

Läßt der Deutsche Juristentag sich wieder mißbrauchen?

Erfahrungen mit dem jahrelang betriebenen Unfug der „Abstimmungen" / Von Henning Frank

Wenn der 56. Deutsche Juristentag heute nachmittag mit Reden von Bundespräsident Richard von Weizsäcker und Berlins Regierendem Bürgermeister Eberhard Diepgen offiziell eröffnet wird, ist im Berliner ICC bereits eine wichtige Vorentscheidung über den künftigen Kurs der mit rund 8000 Mitgliedern größten fachübergreifenden Juristenorganisation der Bundesrepublik Deutschland gefallen.

In der Mitgliederversammlung des „Deutschen Juristentages e. V.", der 1860 auf Vorschlag der Juristischen Gesellschaft in Berlin gegründet worden ist, werden am heutigen Vormittag dreißig Vertrauensleute gewählt. Von ihnen wird es nicht nur abhängen, wer 1988 die Nachfolge des Juristentagspräsidenten Professor Marcus Lutter (Bonn) antritt. Sie bestimmen mit der Neuwahl von sechs und der möglichen Wiederwahl von zwei weiteren Mitgliedern der vierundzwanzigköpfigen Ständigen Deputation, wie sich der Vorstand traditionsbewußt noch immer nennt, auch den zukünftigen Kurs des Deutschen Juristentags – ob sachbezogene Arbeit geleistet werden kann.

Oder ob, wie Ende der sechziger und Anfang der siebziger Jahre, erneut versucht wird, in der Rechtspolitik zu neuen Ufern einer neuen Republik aufzubrechen.

Abgesehen davon, daß dieses „Gesetz-Unternehmen" seinerzeit kläglich gescheitert ist: es hat auch dem Ansehen des Deutschen Juristentages außerordentlich geschadet. Das seit 1876 alle zwei Jahre tagende Juristenparlament wurde zu einem Tummelplatz der Parteien und Verbände degradiert. Verständlich, daß unter diesen Umständen seine Empfehlungen zur Fortentwicklung des Rechts nicht mehr das Gewicht der Beschlüsse früherer Juristentage hatten.

Um so mehr ist es zu bedauern, daß sich die „Ständige Deputation" bisher noch nicht dazu durchringen konnte, den Abteilungen vorzuschlagen, die mehrtägigen Beratungen nicht mehr mit einer ohnehin fragwürdigen Abstimmung über eine Beschlußvorlage abzuschließen. Völlig unverständlich ist es, daß der seit 1968 als Sekretär des Juristentages fungierende Bonner Rechtsanwalt Felix Busse in einer als persönliche Meinung gekennzeichneten Pressemitteilung die neugeschaffene Abteilung Rundfunkrecht geradezu ermuntert, trotz der großen Fülle der streitigen Fragen Beschlüsse zu fassen, „die die Neuordnung des Rundfunkwesens, insbesondere aber die Harmonisierung der einschlägigen rechtlichen Bestimmungen, erleichtern sollen".

Acht Wochen vor dem in Bonn und in den Landeshauptstädten mit großer Spannung erwarteten Urteil des Ersten Senats des Bundesverfassungsgerichtes in dem von der SPD-Bundestagsfraktion gegen das Niedersächsische Landesrundfunkgesetz angestrengten Normenkontrollverfahren steht die rundfunkrechtliche Abteilung unter Vorsitz des Bonner Verfassungsrechtlers Fritz Ossenbühl ohnehin vor einer schier unlösbaren Aufgabe. Eine forcierte Antwort auf die hier gestellte Frage, „in welcher Weise es sich empfiehlt, die Ordnung des Rundfunks und sein Verhältnis zu anderen Medien – auch unter dem Gesichtspunkt der Harmonisierung – zu regeln", ist jedenfalls ohne Kenntnis der Karlsruher Entscheidung, die am 4. November verkündet wird, nicht möglich.

Selbst auf die Gefahr hin, daß der Deutsche Juristentag ohne Beschlüsse nicht mehr soviel Schlagzeilen macht wie bisher, sollte er generell auf Abstimmungen verzichten. Insbesondere dann, wenn es um so umstrittene Themen geht wie die Sterbehilfe, die in der strafrechtlichen Abteilung beraten wird.

Auch die in den anderen drei Abteilungen aufgeworfenen Fragen lassen sich kaum zur Abstimmung stellen. Wie vielschichtig beispielsweise die in der zivilrechtlichen Abteilung unter Vorsitz des Celler Oberlandesgerichtspräsidenten Harald Franzki zur Beratung stehenden rechtlichen Probleme der künstlichen Befruchtung bei Menschen sind, hat sich nicht nur auf den rechtspolitischen Kongressen der CDU in Karlsruhe und der SPD in Essen, sondern auch bei den Bitburger Gesprächen Anfang des Jahres gezeigt.

Gerade die Mitglieder der „Ständigen Deputation" wissen aus leidvollen Erfahrungen, von welchen Zufälligkeiten, vor allem: welchen Einflüssen bestimmter rechtzeitig mobilisierter Interessengruppen solche Abstimmungen abhängen können. Das ist insbesondere in der Abteilung Umweltrecht zu befürchten, falls dort über das Stichwort Ausbau des Individualschutzes gegen Umweltbelastungen als Aufgabe des bürgerlichen und des öffentlichen Rechtes abgestimmt wird, aber auch in der arbeits- und sozialrechtlichen Abteilung zum Stichwort Neuordnung der Verteilung des Schadenrisikos bei unselbständiger Arbeit.

Der Deutsche Juristentag kann auch ohne formale Beschlüsse einen Beitrag zur Rechtspolitik leisten. Er hat das mit seinen Podiumsdiskussionen schon unter Beweis gestellt.

Die Lady lebt mit Robotern und der Lederschere

Seit 75 Jahren ist „Lady Emily" Symbol für Luxus, für Zuverlässigkeit, für British Life. An ihrem 70. Geburtstag kämpfte die Dame noch mit häßlichen Flecken auf dem Firmen-Image. Doch heute strahlen Rolls-Royce und die Lady wie eh und je.

Von HEINZ HORRMANN

Auf einer saftigen Wiese am nördlichen Stadtrand von London grasen zwei Dutzend schwarz-weiß gefleckte Kühe. Das idyllische Bild wird nur durch den langgestreckten Backsteinbau einer mehrstöckigen Fabrikhalle gestört. Auf dem Dach flattert der Union Jack.

Hier werden die seltenen der edelsten Autos der Welt gefertigt, das Rolls-Royce-Cabriolet Corniche und jährlich ganze drei der zwei Meter hohen Staatskarossen vom Typ Phantom. Was die beiden unterschiedlichen Eindrücke auf engstem Raum miteinander verbindet: 14 bis 16 dieser Kühe, deren Weiden kein Stacheldraht umzäunt, damit die Tiere sich nicht verletzen, sind nötig, um die weichen Sitze und die Leder-Verkleidung eines einzigen Phantom IV zu fertigen.

In den Werkshallen auf drei Ebenen *sieht es aus wie in einer* Tüftlerwerkstatt im Hinterhof. Vögel flattern durchs offene Fenster und werden gefüttert. Aus Lautsprechern dröhnt Elton John. Von der Decke ranken Hängepflanzen. Nicht die Spur von Akkorddruck und Arbeitszwang. Jeder Facharbeiter absolviert sein Pensum eigenverantwortlich. Traumvorstellung moderner Betriebs-Psychologen.

Die Arbeitsmethoden passen nicht ins Bild von heute. Sie sind noch wie in der Zeit um die Jahrhundertwende, als Henry Royce aus Manchester und Charles Stewart Rolls die ersten Zehn-PS-Autos bauten und verkauften.

Das Leder wird immer noch mit der Schere zurechtgeschnitten, das Chassis von Hand geschweißt, der Motor Schräubchen für Schräubchen zusammengebaut. Hingebungsvoll wie eh und je verarbeiten Spezialisten italienisches Walnußholz zu feingemaserten Armaturenbrettern, werkeln Kunstschmiede einen ganzen Tag an den Säulen eines Kühlergrills. Fließbänder und Maschinen gibt es nirgendwo. Den Gipfel an Automation erreichte die Karosserie-Abteilung, wo handgeschnittene Aluminium-Bleche über einen Holzrahmen gebogen werden: Da betätigt der Spezialist wahrhaft eine mechanische Hebelpresse, um ein Karosserieteil zu falzen – über Fußpedale.

Doch Emily, die fliegende Lady, die verkaufsfördernde Kühlerfigur „Spirit of Ecstasy", scheint in Geburtstagslaune über solche modernen Auswüchse hinwegzuschweben. Die ewig junge Schönheit wird in dieser Woche 75.

Sie hat andere Probleme, denn es ist ebensowenig selbstverständlich wie handgearbeitete Autos in der zweiten Hälfte der 80er Jahre an sich, daß bei unseren Sicherheitsbestimmungen auf der Motorhaube eine massive Metallfigur montiert sein darf. Gibt es da keine Schwierigkeiten mit Behörden in den Exportländern? Dick Perry, der Firmenchef, nickt zustimmend: „Oh, yes, natürlich. In der Schweiz beispielsweise wird die Emily nur in Seidenpapier verpackt im Handschuhfach angeliefert. Für Deutschland und die anderen EG-Länder wurde eigens ein Tauchmechanismus entwickelt." Schon beim leisen Antippen verschwindet die Galionsfigur durch Federzug im Kühler-Tempel.

Böse Zungen behaupten, daß der Rolls-Kundschaft das edle Flügel-Mädchen (Ersatzteilpreis 1700 Mark) schon die Hälfte des Kaufpreises von ein paar *hunderttausend* Mark wert sei. Chairman Richard Perry, Jahrgang 1929, Oxford-Absolvent und vor acht Jahren von Austin zur Nobel-Schmiede gewechselt, mag da nicht widersprechen. „Die Figur verkörpert unsere Tradition, poliert das Image auf und ist ein Teil der Marketing-Strategie", *sagt* er.

Zu diesem Bild gehört wohl auch die Wiederholung der Erkenntnis, die besten Autos der Welt zu bauen. Ob Mr. Perry das tatsächlich glaubt? Der Vorstandsvorsitzende fühlt sich nicht sonderlich wohl. Englische Journalisten hätten diesen Spruch geprägt, schränkt er ein, führt dann aber aus: „Natürlich können die recht haben, doch das gilt sicherlich nicht für jeden Aspekt." In der Summe aller Eigenschaften gebe es wohl kein besseres Fahrzeug.

Die Qualitätseinbrüche vor ein paar Jahren sind heute vergessen. Wie war die Pannenparade zu erklären? Nun, das sei durch das Bestreben gekommen, die Fertigungszahlen schnell zu erhöhen; zu schnell. Da habe es eine Menge Probleme gegeben. Wie die aussahen, damit beschäftigen sich ganze Sammlungen von hämischen Extrembeispielen. Da blieb ein Rolls bei einer Überführungsfahrt zum Kunden liegen und ein Scheich bestellte gleich fünf, weil er die Pannenanfälligkeit mit einkalkulierte.

Heute sei die Qualität wieder makellos, geht Mr. Perry über die Schmach der schlechten Jahre hinweg. 1985 baute das Unternehmen 2500 Autos, in diesem Jahr werden es ein paar mehr. Lieferzeiten zwischen vier Monate und einem Jahr (Phantom) sind die Regel. Nach wie vor können Kunden persönliche Wünsche in der Ausstattung umsetzen lassen. Allerdings nicht mehr an der Linienführung der Karosserie.

Der allgemeine Automobiltrend zu Komfort, Luxus und Größe, auf den vor allem die deutschen Marken Mercedes und BMW gekonnt reagiert haben, läßt keine Angst vor Konkurrenz *aufkommen, sondern verbreitet auf* der Insel eher Zufriedenheit. Das sei die Konjunktur, die das Klima schafft, in dem das Rolls-Geschäft gedeiht. Zwischen 1978 und 1983 war das anders. Da geriet die britische Firma durch die Talfahrt der Verkaufszahlen (von 3700 auf 1900) in finanzielle Schwierigkeiten. *Es* gab erstmals Entlassungen, und um zu überleben, verband sich Rolls-Royce mit der Vickers-Gruppe, einem weitgefächerten privaten Firmenkonglomerat, das Turbinen, Motore, medizinisches Gerät, aber auch Panzer und Raketen herstellt. Seitdem ist der Bestand gesichert, ohne daß, wie Perry betont, irgend jemand von Vickers in die Unternehmensleitung und die Konzepte hineinredet.

Um in Zukunft profitabel sein zu können, geht die Automobilindustrie weltweit dazu über, noch mehr Roboter ans Band zu stellen und Computer arbeiten zu lassen. Wie will Rolls-Royce sich in den nächsten Jahrzehnten durch den Engpaß Automatisierung und Handarbeit durchmanövrieren? Perry hat da klare Vorstellungen: „Wir können im Geschäft bleiben und auch ohne Automatisierungen verdienen. Natürlich gibt es im Werk, wo Silver Spirit und Spur hergestellt werden, einige Automaten."

„Wir werden", sagt Perry, „zu weiteren flexiblen Herstellungsverfahren übergehen, aber nur dort, wo sie angebracht sind. So werden Roboter in Lackierereien genutzt, weil das eine Qualitätsverbesserung gegenüber der Handarbeit ist. Auch bei Grundierungsarbeiten, die für Menschen durch Material und Dämpfe oft gesundheitsschädlich sind, werden wir automatisieren. Es wird aber niemals Pläne geben, solche Anlagen einzurichten, um das Herstellungsvolumen zu erhöhen."

Die Entwicklung von neuen Technologien ist sehr kostenintensiv. Mit Kooperationen versuchen die meisten Hersteller das Problem in den *Griff zu bekommen* – Rolls *auch?* „Die Firmenleitung lehnt jetzt und in Zukunft die gemeinsame Produktion von Teilen ab, weil es das edle Fahrzeug verwässert", versichert Perry entschieden. Er setzt aber auf den Austausch von Know-how und den Ankauf von Ingenieurleistungen. So erwarb man das ABS-System von Bosch und läßt Fahrwerkdetails außer Haus entwickeln.

Seit die zweite Marke im Unternehmen, Bentley, einen starken Aufschwung nimmt, wird sie als der sportliche Zweig des Gesamtunternehmens gezielt weiter ausgebaut.

In der Chefetage ist vor einiger Zeit ein bemerkenswerter Entschluß gefaßt worden. Jedes Mitglied der treuen Belegschaft – sie legte im ehemals chronisch streikgeschüttelten Großbritannien nur einmal in zehn Jahren die Arbeit nieder – soll endlich einmal in seinem *Leben* in einem *Rolls fahren* dürfen. Sie soll selber beurteilen können, ob das Ticken der Uhr wirklich das lauteste Geräusch im Wageninneren ist, wie es die Werbung seit Jahren verkündet. Für diese Aktion hat das Management einen Silver Spirit mit Fahrer bereitgestellt, der jeweils drei Mitarbeiter zwei Stunden lang über Land chauffiert – während der Arbeitszeit.

Zufriedenheit und Optimismus sind Trumpf im 75. Jubiläumsjahr der „Fliegenden Lady". Offizielle Geburtstagsfeiern gibt es von Firmenseite nicht. Doch die Verehrer der Dame organisieren Birthday-Parties. So hat ein Fürst aus Malaysia, der seinen halbfertigen Phantom im Werk besichtigte, alle 102 Mitarbeiter, die an diesem Fahrzeug werkeln, zu einem Abendessen eingeladen. Zum Dessert gab es eine Emily aus Eis.



Emily, die fliegende Lady von Rolls-Royce, feiert Geburtstag



Die Gründer und der Enkel: Charles Rolls, Chairman Richard Perry und Sir Henry Royce (v.l.n.r.) FOTOS: IVB-REPORT

Die Energielücke verdrängt die Angst vor dem Atom

Die Gegner der Kernenergie *sind auch nach Tschernobyl in* der „DDR" in der Minderheit. Vor allem die Sorge um Energielücken und ihre wirtschaftlichen Folgen für das tägliche Leben überlagern die Ängste vor dem Atom.

Von FRITZ PREUSS

„Kennen Sie unsere Partnerstadt von Tschernobyl?" fragt der Installateur Peter F. den Westbesucher in Leipzigs Traditionsrestaurant „Auerbachs Keller". Als dieser erwartungsvoll verneint, kommt die Kalauer-Antwort: „Na, natürlich Stralsund!" Und sofort schiebt ein anderes Mitglied der Kneipenrunde einen gereimten Zynismus nach: „Fällt ein Russe tot vom Traktor – Gorbatschow sucht den Reaktor!"

Auch Monate nach dem Reaktor-Unglück bleibt das Thema Atomenergie in der „DDR" aktuell. Aber aus ganz anderen Gründen, als man das in der Bundesrepublik vermuten würde. Wie man hört, hat die Regierung in Ost-Berlin zunächst einmal veranlaßt, zwei ihrer Reaktoren vorübergehend stillzulegen. Da ist erstens das bislang einzige rein industriell genutzte Kernkraftwerk der „DDR" in der Nähe von Greifswald mit einer Gesamtleistung von 1760 MW. Aber auch der Forschungsreaktor des Zentralinstituts für Reaktorforschung bei Dresden mit der vergleichsweise bescheidenen Leistung von acht MW soll zur Sicherheitsüberprüfung abgeschaltet worden sein.

Zwölf Prozent Energie aus Kernkraftwerken

Für die „DDR", die nach offiziellen Angaben zwölf Prozent ihres Energiebedarfs aus Kernkraftwerken deckt, hat das unmittelbare Folgen. Wenn die vorliegenden Informationen stimmen, ist zur Zeit nur noch das seit 1966 arbeitende Kernkraftwerk Rheinsberg (nördlich Berlins) mit einem 70-MW-Reaktor voll in Betrieb. Dieser – wie alle „DDR"-Atomenergie-Anlagen – aus der sowjetischen Technologie stammende Druckwasser-Reaktor dient freilich auch Forschungs- und Ausbildungszwecken.

Die Menschen in der „DDR" beschäftigt dieses Thema aus ganz pragmatischen Gründen. Ein Betriebsleiter aus Jena erzählt überraschend freimütig: „Wir haben bereits *Notpläne* für den kommenden Winter erhalten. Unterhalb Temperaturen von sieben Grad minus müssen energie-intensive Betriebe ihre Produktion einstellen oder zurückfahren und auf die Wochenenden ausweichen, um den Spitzenbelastungen aus dem Wege zu gehen."

Das würde mit Sicherheit die ohnehin klapprige Planwirtschaft noch mehr durcheinanderbringen und die Produktion verteuern: „An Samstagen bekommen wir 25 Prozent und an Sonntagen 50 Prozent mehr Lohn. Da kann man die nächsten Preissteigerungen schon absehen." Ohnehin beklagt man sich über massive Preiserhöhungen der letzten Monate. Zwar subventioniert der Staat nach wie vor die Grundnahrungsmittel mit 76 Prozent. Dafür greift er seinen Bürgern vor allem bei höherwertigen Konsumgütern und beim Lieblings-Spielzeug, dem Auto, kräftig ins Portemonnaie. In der Pause einer Theatervorstellung in Ost-Berlin erzählt ein Oberschul-Lehrer: „Vor dem 1. Juli kostete eine Lichtmaschine für den ‚Trabi' noch 180 Mark, jetzt – Sie werden es nicht glauben – muß man dafür 2300 Mark bezahlen. Eine beheizbare *Heckscheibe* war *bisher* für *30* Mark zu haben, jetzt kostet sie 180 Mark. Wenn man überhaupt eine kriegt."

So gern und heftig man über die Regierung schimpft, in bezug auf die Kernenergie folgen ihr weite Kreise der Bevölkerung fast bedingungslos. Zwar druckte „Neues Deutschland" ungekürzt die Erklärung Gorbatschows zu Tschernobyl ab, worin dieser einräumte: „Man darf sich nicht in Ruhe wiegen!" Und worin er den „außerordentlichen und gefährlichen Charakter dessen, was in Tschernobyl geschehen ist", zugab.

Auch hat zwar „Neues Deutschland" in einem eigenen Beitrag geschrieben: „Wie jeder Wissenschaftler und Techniker weiß, läßt sich bei komplizierten technischen Systemen keine absolute Sicherheit erreichen." *Aber die Menschen hier, sonst* gewitzt, das kleinste Zeichen von offizieller Unsicherheit aus den Zeitungen herauszulesen, stehen der Kernenergie nach wie vor betont gelassen gegenüber.

„Ihr da drüben seid doch alle hysterisch", sagt ein LPG-Schlosser in Groß-Köritz (Bezirk Potsdam). Und er fügt hinzu: „Auch bei uns sind 'n paar dagegen. So Kirchentypen und Intellektuelle. Aber unter den Arbeitern werden Sie kaum welche finden, die sich groß aufregen." Und der Rentner Alfred S. lacht sich über das West-Fernsehen halbtot: „Die latschen wohl in atomfreien Filzpantoffeln ins Studio?"

Nein, eine WAA-Demo bekäme man hier schwerlich zusammen. „So wenig wie bei der Kernkraft passiert", sagt Feriengast Erwin R. aus Dresden, „da *müssen* Sie aber erst mal einen anderen Industriezweig nach suchen."

Die Menschen in der „DDR" haben ganz andere Dinge vor Augen. Alfred S.: „Ich werde es ja nicht mehr erleben, aber im Jahr 2020 ist unsere Braunkohle alle. Das Öl, für das wir unserem großen Bruder Weltmarktpreise blechen müssen, können wir nicht bezahlen. Und ewig reichen tut das ja auch nicht."

Die Braunkohle ist der größere Feind

Und noch ein anderer Aspekt veranlaßt die Leute, der Kernkraft eher positiv gegenüberzustehen. In Cottbus, wo zur Zeit bis rauf in den Spreewald noch die großen Braunkohlenvorräte *lagern, zeigt ein Bauarbeiter* auf die Linden, die eine einst hübsche Allee säumen: „Gucken Se mal, wie die aussehen."

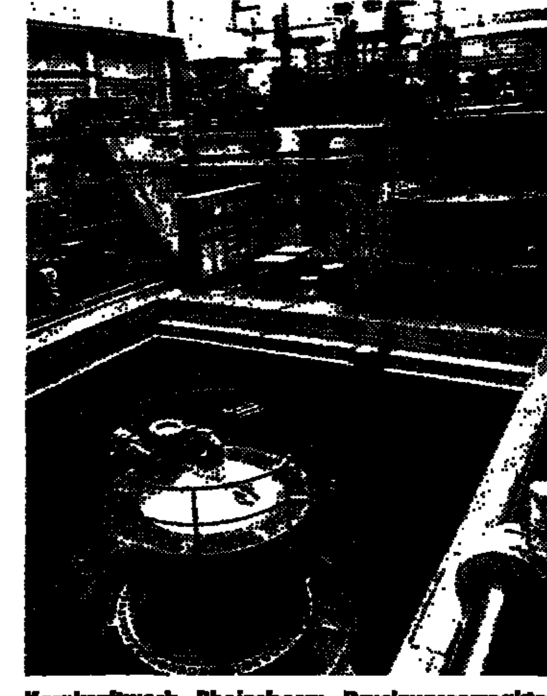
Und in der Tat, das Baumsterben hat vor allem in den Industriegebieten längst die Städte überfallen. Kaum noch ein Baum in der besagten Allee, der nicht wenigstens einen kahlen Ast hat. Die Häuser, ob in Dresden, Borna oder Cottbus, sind rußgeschwärzt. In Lauchhammer zum Beispiel kann man nachts vor Gestank nicht mehr das Fenster öffnen. „Braunkohle", sagt lakonisch die Wirtin des kleinen *Hotels*, „da ist mir Atomstrom noch lieber!"

Wenn es überhaupt etwas gibt, was die Mehrzahl der „DDR"-Bürger in puncto Kernenergie erbost, dann ist es dies: Im Süden der „DDR", jetzt bis in den Bezirk Dresden vorgedrungen, wird weiterhin Uran abgebaut. Dies aber geschieht unter der Oberhoheit einer sowjetischen Aktien-Gesellschaft, und das Uran wird – laut Staatsvertrag – auch 40 Jahre nach Kriegsende als Reparationsleistung transferiert. „Von dort können wir es", beschwert sich Diplomingenieur Jürgen L. aus Frankfurt/Oder für teure Devisen wieder zurückimportieren."

Erich Honecker hat auf dem letzten SED-Parteitag angekündigt, bis 1990 werde die „DDR" den Anteil der Kernkraft an der Stromerzeugung auf 15 Prozent steigern. An diesen Plänen hat sich auch nach Tschernobyl nichts geändert. Das Kraftwerk Greifswald wird, wenn es wieder ans Netz geht (was noch vor dem Winter der Fall sein soll), systematisch weiter ausgebaut. Bis 1990 um vier weitere Reaktorblöcke.

In Stendal arbeitet man derweil an einem ganz neuen Großprojekt, das mehrere 1000-MW-Reaktoren erhalten wird.

Auch hier dürfte Honecker bei der Bevölkerung wenig Schwierigkeiten haben. „Wir müssen ja auch für die Energieausfälle der Sowjetunion wegen Tschernobyl geradestehen. Gegenseitige Wirtschaftshilfe nennt man das hier. Und ihr streckt eure Füße ins Warme und jammert, daß ihr nicht ohne Kernkraft frieren dürft", so eine Stimme.



Kernkraftwerk Rheinsberg: Druckwasserreaktor mit sowjetischer Technologie FOTO: JÜRGENS

FDP-Frauen wollen Öffnung der Bundeswehr

A. E. Bonn

Die Frauen in der FDP gehen beim Thema „Öffnung der Bundeswehr für den freiwilligen Dienst von Frauen" in die Offensive. Auf ihrem Kongreß in Erlangen faßten sie einen entsprechenden Beschluß, zu dem FDP-Schatzmeisterin Irmgard Adam-Schwaetzer gestern gegenüber der „Neuen Ruhr Zeitung" meinte, daß „sich viele Frauen aktiv an der Verteidigung der Bundesrepublik beteiligen wollen". Die Initiative bei den Freien Demokraten ging von der Nachwuchsorganisation „Junge Liberale" aus, denn die „Julis" boxten die Bundeswehr-Öffnung für Frauen auch im FDP-Parteivorstand durch.

In einer Anfrage beim Bonner Verteidigungsministerium erfuhr „Juli"-Chef Guido Westerwelle, daß sich bisher mehr als 12 000 Frauen mit Anfragen und Bewerbungen an die Hardthöhe gewandt haben.

Frauen in Uniform gibt es in der Bundeswehr seit 1975. Sie dürfen seitdem bereits freiwillig als Sanitätsoffiziere (Ärztinnen und Apothekerinnen) dienen. SPD-Verteidigungsminister Georg Leber hatte mit dieser „ersten Öffnung" damals versucht, den Mangel der Bundeswehr an Militärärzten zu beheben.

Neuer Prozeß in Stammheim

rtr, Stuttgart

Vor dem 2. Strafsenat des Oberlandesgerichts (OLG) in Stuttgart-Stammheim hat gestern der Prozeß gegen den 30jährigen Karl-Friedrich Grosser begonnen. Die Bundesanwaltschaft wirft dem Angeklagten Mitgliedschaft in der „Roten Armee Fraktion" (RAF) und einen Raubüberfall vor. Grosser war bereits 1982 wegen Unterstützung der RAF zu drei Jahren Haft verurteilt worden.

Staatsschutz-Chef als Polizeidirektor

hrk. Berlin

Der frühere Chef des Berliner Staatsschutzes, Manfred Kittlaus (SPD), soll neuer Landespolizeidirektor der Stadt werden. Innensenator Wilhelm Kewenig (CDU) entschied sich am Wochenende für diese „Binnen-Lösung" zugunsten des erfolgreichen Bekämpfers zahlreicher terroristischer Aktivitäten in der Stadt. Kittlaus amtiert zur Zeit als Chef der Kriminalpolizei an der Spree. Der bisherige Landespolizeidirektor Kleineidam (CDU) war kürzlich gestorben.

Verwirrung um Ausstiegslinie

dpa, Bonn

Die Grünen im Bundestag halten an ihrer Forderung nach einem sofortigen Ausstieg aus der Atomenergie fest. Dies stellte die Fraktion gestern in einer Presseerklärung fest, nachdem es auf Grund von Äußerungen des neuen Vorstandssprechers Willi Hoss vor der Presse zur Verwirrung über den Standpunkt der Grünen gekommen war. Hoss hatte eine Annäherung an die SPD signalisiert, indem er von einem „schnellen Ausstieg" innerhalb von zwei Jahren gesprochen hatte.

Polizist noch in Lebensgefahr

AP, Wackersdorf

In Lebensgefahr schwebte gestern noch immer einer der sechs beim Absturz eines Polizeihubschraubers in Wackersdorf verletzten Beamten. Der Helikopter war am Sonntag abend in unmittelbarer Nähe des Baugeländes der umstrittenen Wiederaufarbeitungsanlage für Atombrennstoffe bei der Verfolgung eines militanten Kernkraftgegners mit einem Schienenbus zusammengestoßen und abgestürzt. Der Sachschaden beträgt nach ersten Schätzungen 2,5 Millionen Mark.

DIE WELT (USPS 603-590) is published daily except sundays and holidays. The subscription price for the USA is US-Dollar 365,00 per annum. Distributed by German Language Publications, Inc., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632. Second class postage is paid at Englewood, NJ 07631 and at additional mailing offices. Postmaster: send address changes to: DIE WELT, GERMAN LANGUAGE PUBLICATIONS, INC., 560 Sylvan Avenue, Englewood Cliffs, NJ 07632.



Bald mehr Ruhe über deutschen Landen? Phantoms beim Start FOTO: JÜRGEN ENGELS

Der „Export" von Fluglärm in die Türkei stößt auf Schwierigkeiten

Ankara stellt harte Bedingungen für ein Tiefflugzentrum / Neues Angebot von Kanada

RÜDIGER MONIAC, Bonn

Ob sich die Hoffnung der Bundesregierung realisieren läßt, noch mehr Lärm tieffliegender Kampfflugzeuge aus der Bundesrepublik „exportieren" zu können, ist gegenwärtig noch offen. Der Plan, in der Türkei ein Übungszentrum für Tiefflug und Waffeneinsatz für die Flugzeugführer aller NATO-Staaten einzurichten, stößt nach dem jetzigen Verhandlungsstand auf eine Reihe von Schwierigkeiten. Trotzdem ist die Bundesregierung optimistisch, daß die nächste Konferenz der NATO-Verteidigungsminister Anfang Dezember in Brüssel den Weg für das „Projekt Konya" freigeben wird. Der Parlamentarische Staatssekretär im Bonner Verteidigungsministerium, Peter Kurt Würzbach, der für die Hardthöhe die Verhandlungen steuert, sagte der WELT, alle Beteiligten hätten durch die Errichtung dieses Übungszentrums letztlich einen Nutzen. Deshalb werde es sich wohl realisieren lassen.

Vorgesehen ist, in der Nähe von Konya, einer Stadt südlich von Ankara auf dem halben Wege zur Mittelmeerküste gelegen, ein „Tactical Fighter- and Weapon-Training-Center" zu bauen. Die Türkei ist vor allem aus wirtschaftlichen Gründen an dem Projekt interessiert. Sie hofft auf Investitionsmittel sowie zusätzliche Arbeits- und technische Ausbildungsmöglichkeiten für die Bevölkerung Anatoliens, einer Region der NATO, die zu den wirtschaftlich am wenigsten entwickelten in der Allianz zählt. Die das „Projekt Konya" behindernden Faktoren sind zweifacher Natur: Zum einen stellt die Türkei Bedingungen, die in Bonn als nicht akzeptabel gelten. Zum anderen hat Kanada ein Konkurrenzangebot offeriert und dem Bundesverteidigungsministerium vorgeschlagen, die von der deutschen Luftwaffe sowieso schon für Tiefflugübungen genutzte kanadische Basis Goose Bay in Labrador zu einem größeren Übungszentrum auszubauen.

Obwohl eine Expertengruppe der NATO im Vergleich zwischen Konya und Goose Bay dem türkischen Angebot den Zuschlag gab, mochte sich Kanada mit dem Ergebnis nicht zufrieden geben und forderte nach Vorlage einer verbesserten Offerte eine Neubewertung. Sie soll in der kommenden Woche in einer neuen Sitzung der Expertengruppe abgegeben werden. Kenner der Materie erklärten aber schon vorher, daß die Chancen Kanadas kaum gestiegen seien. Das Land solle sich damit zufrieden geben, daß Goose Bay im bisherigen Rahmen auch künftig als Tiefflug-Zentrum genutzt werde. Für Bonn sei es wichtig, ein sehr viel größer angelegtes Trainingszentrum gewissermaßen „vor der Haustür" europäischen Bodens zur Verfügung zu haben.

Ob das gelingt, hängt jedoch von der türkischen Bereitschaft zum Einlenken ab. Bisher zeigte sich der türkische Luftwaffen-Oberbefehlshaber bei einem Besuch in Bonn nur geneigt, für die Tiefflug-Übungen von NATO-Flugzeugen über der Türkei bestimmte Schneisen und einen relativ kleinen Luftraum freizugeben. Darauf aber will sich die deutsche Seite nicht einlassen und sagt, damit wäre eine ähnliche Lage wie in der Bundesrepublik für die Flugzeugführer geschaffen, wo sie aufgrund der Enge das überflogene Gelände sehr schnell kennen und damit der Ausbildungswert der Tiefflüge sinkt.

Als weitere Schwierigkeit für das „Projekt Konya" kommt aus deutscher Sicht die Finanzfrage hinzu. Nach bisher vorliegenden Berechnungen dürfte der Bau des Übungszentrums Mittel zwischen 600 Millionen bis zu einer Milliarde Mark erfordern. Sollte der Bau des Zentrums aus NATO-Mittel im Rahmen des Infrastrukturprogramms finanziert werden, muß Bonn mit dem üblichen Anteil von 26,4 Prozent rechnen. Dieses Geld – bis zu 250 Millionen Mark – steht aber dem Vernehmen nach in der Finanzplanung des Verteidigungsministeriums noch nicht zur Verfügung. Vor der Dezember-Entscheidung der NATO-Verteidigungsminister müßte der Bonner Finanzminister demnach eine generelle Zusage für die Aufstockung der mittelfristigen Finanzplanung der Hardthöhe geben.

Bonn möchte auch wegen der Pflege der traditionell guten Beziehungen zur Türkei im Auftrag der NATO den Aufbau des fliegerischen Übungszentrums bei Konya organisatorisch steuern. Eine weitere Schwierigkeit übersieht man am Rhein dabei nicht: Griechenland wird sich querlegen.

Genscher trifft in Budapest Kadar

Co. Bonn

Bundesaußenminister Genscher wird am Montag nächster Woche in Budapest mit dem ungarischen Parteichef Kadar und anderen Mitgliedern der ungarischen Führung zusammentreffen. Offizieller Anlaß seiner Reise ist die Teilnahme an der Einweihung des ersten SOS-Kinderdorfes im Ostblock am kommenden Wochenende. Daß Genscher bei dieser Gelegenheit auch ungarische Spitzenpolitiker sprechen kann, hält er gerade angesichts der gegenwärtigen ungewissen Lage zwischen West und Ost für politisch nützlich. Bei seinem jährlichen UNO-Besuch Ende des Monats wird Genscher in New York auch mit dem sowjetischen Außenminister Schewardnadse und sämtlichen anderen osteuropäischen Außenministern zusammenkommen.

Kohl erwartet Frau Thatcher

Co. Bonn

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher wird am Dienstag nächster Woche zu Konsultationen mit Bundeskanzler Helmut Kohl nach Bonn kommen. Zu ihrer Begleitung werden die Minister für Auswärtiges, Verteidigung, Technologie und Umwelt gehören. Am Tag darauf will Frau Thatcher gemeinsam mit Kohl britische Truppeneinheiten in Fallingbostel und Sennelager besuchen.

Die letzten regulären deutsch-britischen Konsultationen, die eigentlich alle sechs Monate stattfinden sollten, hatte es im November 1985 in London gegeben. Die Premierministerin und der Kanzler haben sich allerdings auch in der Zwischenzeit getroffen: auf dem Europagipfel in Den Haag und beim Weltwirtschaftsgipfel in Tokio.

FDP will mehr Stimmen als 1983

D.G. Bonn

Mit dem Slogan „Mut zur Zukunft" ziehen die Freien Demokraten in den Bundestagswahlkampf. FDP-Generalsekretär Helmut Haussmann äußerte sich optimistisch darüber, daß seine Partei das Ergebnis der letzten Bundestagswahl von sieben Prozent verbessern werde. Eindeutig bekannte sich Haussmann nach der gestrigen Präsidiumssitzung zur Fortsetzung der Koalition mit der CDU/CSU nach dem 25. Januar 1987. Im Wahlkampf wollen sich die Liberalen verstärkt um Wählerstimmen der jungen Generation und der Frauen bemühen. Eine feste Frauen-Quote bei der Mandats- und Ämtervergabe lehnt die FDP ab. Die Frauen sollten aber entsprechend ihrem 25-Prozent-Anteil in der FDP bei Parlamentssitzen berücksichtigt werden.

„Beziehungen zu Moskau haben sich verbessert"

rmc. Bonn

Nach der Reise von Bundesaußenminister Hans-Dietrich Genscher vergangenen Juli nach Moskau beleben sich nach 14jähriger Pause auch die Kontakte von Parlamentariern aus der Bundesrepublik Deutschland und der Sowjetunion neu. Eine deutsche Gruppe von Abgeordneten kam gestern mit dem Eindruck zurück, daß sich die Beziehungen zwischen beiden Ländern künftig positiv entwickeln könnten. Der außenpolitische Sprecher der FDP-Bundestagsfraktion Helmut Schäfer, der die Gruppe leitete, sagte vor Journalisten, das Klima der Gespräche habe sich seit dem letzten Besuch sowjetischer Repräsentanten sehr verbessert. Zu diesem Urteil kamen Schäfer und mit ihm der CSU-Bundestagsabgeordnete Alfred Biehle vier Jahre nach Beginn der Stationierung westlicher Mittelstreckenwaffen in der Bundesrepublik. Dies war damals von Moskau zum Anlaß für die Drohung genommen worden, in den deutsch-sowjetischen Beziehungen stehe eine „Eiszeit" bevor. Biehle, der im Bundestag dem Verteidigungsausschuß vorsitzt, berichtete, es sei auch über die Möglichkeit eines Besuches dieses und anderer Ausschüsse des Bundestages in der Sowjetunion gesprochen worden. Beide Politiker meinten, ihre sowjetischen Gesprächspartner hätten erklärt, sie wollten nicht, daß die Bundesrepublik die NATO verlasse. Vielmehr seien sie daran interessiert, daß die Deutschen mäßigend auf die USA einwirken. Die sowjetischen Gesprächspartner deuteten auch die Bereitschaft Moskaus an, im Kampf gegen den Terrorismus mitzuwirken.

Atomgegner bringen Rau in Bedrängnis

Düsseldorf muß jetzt über „Volksbegehren" entscheiden

HELMUT BREUER, Düsseldorf

Die Grünen, die Jungsozialisten sowie 35 andere Gruppen und Grüppchen des linken Spektrums haben gestern beim Düsseldorfer Innenminister offiziell die Zulassung eines „Volksbegehrens gegen Atomanlagen" in Nordrhein-Westfalen beantragt. In Begleitung von Kleinkindern und ausgerüstet mit blumengeschmückten Kühlturm-Nachbildungen aus Pappe übergaben Sprecher der Aktion den zuständigen Fachbeamten statt der von der Verfassung zur Einleitung des Verfahrens vorgeschriebenen 3000 Unterschriften gebündelte Listenberge, die 100 000 Namen von Gegnern der friedlichen Nutzung der Kernkraft enthielten. Die Demonstration der 40köpfigen Gruppe in Düsseldorf wurde nur von Journalisten zur Kenntnis genommen, könnte aber für den SPD-Kanzlerkandidaten Ministerpräsident Rau eine unangenehme politische Zwickmühle eröffnen, auch wenn das Volksbegehren – wie erwartet – aus rechtlichen Gründen abgelehnt wird.

„Wir gehen davon aus, daß wir mit unserer Aktion der Landesregierung die Möglichkeit eröffnen, in Nordrhein-Westfalen den ersten Schritt zum Ausstieg aus der Kernenergie zu tun." Mit diesen Worten hatte gestern der Sprecher der Aktion, ein Vertreter des Bundes für Umwelt und Naturschutz, gegenüber dem Abteilungsleiter für Verfassungsrecht im Düsseldorfer Innenministerium, Heinz Elkemann, formell den Antrag begründet, über den die Regierung Rau in den nächsten sechs Wochen entscheiden muß. Das Schmunzeln auf den Gesichtern der Überbringer und der Beamten von Innenminister Schnoor (SPD) zeigte, daß die Botschaft verstanden worden war. Schließlich hatte Rau nicht nur auf dem Parteitag in Nürnberg immer wieder erklärt, die SPD wolle aus der Kernkraft aussteigen, müsse aber erst das Kanzleramt übernehmen und im Bundestag sowie Bundesrat die Mehrheit stellen. Da aber in Nordrhein-Westfalen zumindest bis 1990 die Mehrheitsverhältnisse eindeutig zugunsten der Sozialdemokraten entschieden sind, klingt Raus Ablehnung der grünen Aktion vor seiner Haustür zumindest bei den Jungsozialisten und im linken Vorfeld der SPD wenig überzeugend.

Der Landesvorsitzende der Jusos, Harald Zwick, hatte sich deswegen gestern auch demonstrativ bei den Grünen eingereiht und erklärt, seine Organisation werde trotz heftiger Kritik aus der SPD am Aktionsbündnis festhalten. Schließlich habe sich der Juso-Vorstand zweimal einstimmig für das Volksbegehren entschieden. Eine gegenteilige Erklärung des Juso-Geschäftsführers Brendgen sei die „Privatmeinung" des von der Partei bezahlten Funktionärs.

Wegen der Bundeskompetenz für Kernkraftwerke fordern die Grünen in ihrem zum Volksbegehren gestellten Gesetzentwurf erst die nach der Landesverfassung mögliche Verstaatlichung der „Atomanlagen" an Rhein und Ruhr und ihre anschließende Stillegung. Da diese aber nach diesem Vorschlag Bundeseigentum wie etwa den Schnellen Brüter in Kalkar enteignen müßte, spricht viel für die Ablehnung des Antrags aus juristischen Gründen. Politisch dürfte die Begründung für Rau allerdings schwieriger werden.

„Chancen für Junglehrer erst wieder im Jahr 2000"

Stuttgart spricht von übersteigertem Wunschdenken der GEW

HARALD GÜNTER, Stuttgart

Mit einer spürbaren Verbesserung der Berufschancen junger Lehrer ist in Baden-Württemberg nicht vor der Jahrtausendwende zu rechnen. Dann allerdings öffnet sich wieder ein breiter Einstellungskorridor: Allein zwischen den Jahren 2000 und 2010 scheiden rund 34 000 Lehrer altersbedingt aus dem Schuldienst des Landes aus. „Daraus", erklärte Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder (CDU) jetzt in Stuttgart, „ergeben sich wesentlich verbesserte Einstellungsperspektiven für die Studienanfängerjahrgänge ab 1992 an den Universitäten und ab 1995 an den Pädagogischen Hochschulen."

Beurlaubte drängen zurück

Dennoch warnte Mayer-Vorfelder vor verfrühten Hoffnungen. Ein Gutachten der Max-Traeger-Stiftung über den „Teilarbeitsmarkt Schule", das schon für die neunziger Jahre einen hohen Junglehrerbedarf prognostiziert hatte, bezeichnete er als „unredlich", der die Stiftung tragenden Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft (GEW) warf er vor, ihrer „besonderen Verantwortung" für die nachwachsenden Studentengenerationen nicht gerecht zu werden. Ihre Bedarfsberechnungen seien schon immer von „übersteigertem Wunschdenken" getragen gewesen.

Nach Hochrechnungen des Stuttgarter Kultusministeriums wird sich die Einstellungssituation in Baden-Württemberg bis zum Jahr 2000 kaum verändern. Danach können jährlich rund 750 ausgebildete Lehramtsstudenten mit der Übernahme in den Schuldienst rechnen. Das dürfte jeweils einem Zehntel der Bewerberzahl entsprechen.

Die letzte Einstellungsrunde, bei der 100 Prozent aller Hochschulabsolventen zum Zug kamen, liegt neun Jahre zurück. Damals wurden 5374 Bewerber übernommen.

Dafür, daß sich die Chancen für nachrückende Junglehrer in den nächsten 14 Jahren nicht wesentlich verbessern, gibt es laut Mayer-Vorfelder vor allem zwei Gründe. Einmal verfügt Baden-Württemberg über eine außergewöhnlich gute Unterrichtsversorgung, zum anderen muß bis zur Jahrtausendwende mit einem Rückstrom von rund 6000 beurlaubten Lehrern gerechnet werden.

Erst nach dem Jahr 2000 wird die Altersstruktur der Lehrerschaft für besonders hohe Abgangszahlen und einen entsprechend großen Ersatzbedarf sorgen. Immerhin: Erstmals deutete Kultusminister Gerhard Mayer-Vorfelder in seiner Stellungnahme die Möglichkeit einer mittelfristigen „Anpassung" der Ausbildungskapazitäten an den erhöhten Bedarf an. Der Umkehrschluß, daß damit die Diskussion über die etwaige Schließung einer weiteren Pädagogischen Hochschule im Land als beendet angesehen werden darf, ist nur logisch.

Schülerzahl konstant

Keine Trendwende ist demgegenüber bei der Entwicklung der Schülerzahl zu erwarten. Zwar wird sich der Bestand in Baden-Württemberg zwischen 1990 und dem Jahr 2000 auf niedrigem Niveau (zwischen 1,2 und 1,3 Millionen Schüler) stabilisieren. „Danach", schreibt Mayer-Vorfelder, „kommt es jedoch erneut zu einem zuerst leichten und dann stärkeren Rückgang der Gesamtschülerzahl." Und dieser Rückgang werde sich vermutlich über das Jahr 2010 hinaus fortsetzen.

Kanzler Kohl verdient 25 787,52 Mark

AP, Bonn

Bundeskanzler Helmut Kohl hat derzeit steuerpflichtige Bezüge von 25 787,52 Mark im Monat. Dies geht aus einer Dokumentation hervor, die der Bund der Steuerzahler gestern in Bonn vorlegte. Das Kanzlergehalt setzt sich aus dem eigentlichen Amtsgehalt Kohls (21 675,52 Mark) und seinen Abgeordnetenbezügen (4112,00 Mark) zusammen.

Der Präsident des Bundes der Steuerzahler, Armin Feit, erklärte in Bonn zu der Dokumentation, Politiker hätten in den vergangenen Jahren Einkommensabstriche hingenommen. „Dies verdient Beachtung und ist anerkennenswert." Allerdings dürfe nicht übersehen werden, daß diese Kürzungen zum Teil schon wieder ausliefen. Einsparungen in diesem Bereich wären zwar nur ein Tropfen auf einen heißen Stein, meinte Veit. Sie signalisierten aber den Bürgern, daß auch die Politiker bereit seien, „ihr Scherflein zur Gesundung der Staatsfinanzen beizutragen". „Geheimniskrämerei" im Bereich der Politikerbezüge vertrage eine Demokratie nicht.

Nach der Dokumentation verdienen Bundesminister ohne Bundestagsmandat (Martin Bangemann, Rita Süssmuth, Walter Wallmann) 17 340,41 Mark im Monat. Wurden sie auch in den Bundestag gewählt – wie der Rest des Kabinetts – erhöhen sich die Bezüge um 4112 Mark.

Unter den Ministerpräsidenten haben Franz Josef Strauß (Bayern) mit 21 591,62 Mark und Johannes Rau (Nordrhein-Westfalen) mit 21 520,87 Mark das beste Einkommen. An dritter Stelle folgt Lothar Späth (Baden-Württemberg) mit 20 429,29 Mark. In die Berechnungen des Steuerzahlerbundes gehen dabei neben dem Amtsgehalt ein Ortszuschlag von rund 1000 Mark und die Abgeordnetenentschädigung der Politiker ein. Schlußlichter in der Verdiensttabelle der Länder bilden die Bürgermeister von Hamburg und Bremen, deren Verfassung die gleichzeitige Ausübung von Senatsamt und Bürgerschaftsmandat ausschließen. Klaus von Dohnanyi (Hamburg) muß sich mit 17 240,36 Mark begnügen, Klaus Wedemeier (Bremen) sogar mit 13 989,03 Mark.

Meldedienst für Umweltdelikte?

DW. Bonn

Der Vorsitzende des CDU-Fachausschusses Innenpolitik, der rheinland-pfälzische Innenminister Böckmann, und der Vorsitzende des Ausschusses Umweltpolitik, der Berliner Senator Hassemer, haben in ihren „Thesen zur Bekämpfung der Umweltkriminalität" die Einrichtung eines zentralen Meldedienstes für Umweltdelikte angeregt. Damit solle Umweltkriminalität wirkungsvoller bekämpft werden. 1984 seien 31 Prozent mehr Straftaten gegen die Umwelt registriert worden als im Jahr zuvor. Die Schaffung einer besonderen Umweltpolizei lehnten beide Politiker ab. Vorrangiges Ziel müsse es sein, die Umweltkriminalität vorbeugend zu bekämpfen. Dazu gehöre ein Strafmaß, das ausreichende Abschreckung gewährleistet.

Mit Macht drängen die Frauen ins Hamburger Parlament

HERBERT SCHÜTTE, Hamburg

Bei der Hamburger Bürgerschaftswahl – nach den Skandalen der vergangenen Wochen unkalkulierbarer als je zuvor – stehen zwei Ergebnisse jetzt schon fest: Die Frauen werden gewinnen und Charlotte Fera (CDU) wird das neue Landesparlament eröffnen. Das weibliche Aufgebot macht nach dem 9. November einen großen Sprung nach vorn: Statt 24 werden dann 39 Damen auf den 120 Stühlen des Hohen Hauses Platz nehmen (wenn man die gegenwärtige Sitzverteilung als Grundlage annimmt). Die dann 81jährige Frau Fera will „erst abwarten, wie die Wahl ausfällt", bevor sie ihre Eröffnungsrede konzipiert. Doch da sie als Alterspräsidentin schon viermal eröffnet hat und nach eigenen Worten „die früher geäußerten Gedanken immer noch aktuell sind", könnte die Altparlamentarierin (seit 1957) und Generalsekretärin der Weltunion Christlich-Demokratischer Frauen mit Anstand sich selbst zitieren.

Der feminine Schub ist nicht in erster Linie den Grün-Alternativen zu verdanken. Gewiß, die GAL-Riege besteht diesmal nur aus Frauen, was wohl auf das Bedürfnis zurückzuführen ist, den Männern zu zeigen, daß man alle Themen besetzen kann. Ein bißchen Experimentierfreudigkeit ist auch mit im Spiel: Für eine der Bezirksversammlungen, die am gleichen Tag mitgewählt werden, hat die GAL zum Beispiel eine reine Männerliste aufgestellt, die nach zwei Jahren durch ein lupenreines Damen-Kontingent wegrotiert werden soll.

Unter den Bürgerschafts-Kandidatinnen der Grün-Alternativen findet sich übrigens kein Name aus der jetzigen achtköpfigen Fraktion. Mit der Sportlehrerin Thea Bock hat die GAL allerdings eine Frau aufgestellt, die zu Beginn der Legislaturperiode vor vier Jahren Nummer 1 der Liste war.





Eine Frau als Bürgerschaftspräsidentin? Helga Elstner (SPD, links). Die fünfte Eröffnungsrede: Charlotte Fera (CDU) FOTOS: WEREK, K. BEHR

Den größten Wechsel gibt es bei der SPD: Von jetzt elf erhöhte sich die Quote der Frauen in der Fraktion auf 23 Mandate, 15 davon sind neue Namen. Während der Senat in Gegenrichtung marschierte – zu Beginn dieser Amtszeit zählte er vier Senatorinnen, jetzt sind es nur noch zwei – wollen die Hamburger Sozialdemokraten ihrem gestiegenen Anteil weiblicher Mitglieder im Parlament Rechnung tragen. Die Plazierung der ehemaligen Zweiten Bürgermeisterin Helga Elstner auf Platz 4 deutet darauf hin, daß mit ihr zum ersten Mal eine Frau das Amt des Bürgerschaftspräsidenten einnehmen soll. Als sicher gilt jedoch auch, daß der Senat sein Damen-Defizit schleunigst durch die Zuwahl einer dritten Senatorin ausgleichen will – vorausgesetzt, Bürgermeister Klaus von Dohnanyi bekommt mit einer absoluten Mehrheit freie Hand. Dann dürfte Elisabeth Kiausch zu den Favoritinnen zählen. Die 53jährige SPD-Fraktionsgeschäftsführerin müßte zwar eigentlich die Traumfrau der emanzipierten Genossinnen sein – sie hat Schriftsetzerin und Einzelhandelskauffrau gelernt – doch die mehrfache Großmutter war so kühn, dem Abtreibungs-Kurs der Arbeitsgemeinschaft sozialdemokratischer Frauen zu widersprechen. Damit verlor sie ausgerechnet die Gefolgschaft vieler weiblicher Delegierter, als sie vor zwei Jahren – als erste Frau – für den Landesvorsitz kandidierte.

So hart sind zuweilen die Bräuche bei weiblichen Politikern, die nach den Worten der CDU-Abgeordneten Eleonore Rudolph „vor allem Praxisnähe und menschliches Mitgefühl" in eine Arena mitbringen, in der Männer den Stil bestimmen. Frau Rudolph, seit 1974 Mitglied im Landesparlament und erneut in einem von fünf auf acht Frauenplätze erweiterten CDU-Aufgebot, weiß, wovon sie spricht: Sie hat Anfang des Jahres selbst den Aufstand gegen die männliche Hierarchie geprobt. Die 62jährige Witwe kandidierte für eine der drei Stellvertretersitze von CDU-Landeschef Jürgen Echternach. Die Partei-Oberen lobten zwar die wichtigen Beiträge von Frau Rudolph „zu familien- und frauenpolitischen Fragen", lehnten ihr Einscheren in die Spitze jedoch ab. Ein männlicher Delegierter – der kulturpolitische Sprecher, Klaus Lattmann – brach für die Damen eine Lanze, mit Wilhelm Tell als Zeugen. „Wir wollen sein ein einzig Volk von Brüdern", zitierte er den großen Klassiker, und fuhr fort: „Ende des 20. Jahrhunderts ist es Zeit, daß endlich die Schwestern dazukommen". Sein Beitrag wurde mit Gelächter quittiert und fand keine Gefolgschaft: Frau Rudolph fiel durch. In die Bürgerschaftsfraktion kehrt sie dennoch zurück: Sie hat einen sicheren Listenplatz.

Dem Baskenland droht verstärkter ETA-Terror

Nach Spaltung der Regierungspartei PNV / Kampf der Rivalen

KURT KLINGER, Lissabon

Die Spaltung der bislang einflußreichen Nationalistischen Baskenpartei (PNV) dürfte für die ETA-Terroristen soviel wie ein Freibrief bedeuten, ihren blutigen Kampf gegen die Madrider Zentralregierung, gegen Polizei und Militär zu intensivieren.

Die ETA, militärischer Arm der anderen Baskenpartei „Herri Batasuna" (Freiheit fürs Baskenland) nahm in Zweifelsfällen auf die politischen Erfordernisse der nationalistischen Parteien Rücksicht und konnte so einigermaßen gezügelt werden, oder sie ließ sich im Rahmen gemeinsamer Anliegen zügeln. Das scheint vorbei zu sein, was für Madrid neues terroristisches Unheil auslösen könnte.

Die PNV-Dissidenten sind dabei, eine neue Partei aufzubauen und haben bereits angekündigt, daß sie im Euskadi (Baskenparlament) jetzt schon eine unabhängige Fraktion bilden werden. Die PNV-Regierungspartei ist auf einen Pakt mit den Sozialisten angewiesen, um als Minderheitskabinett zu überleben.

Ob sich dieser Pakt unter der neuen Gewichtsverteilung fortsetzen läßt, muß abgewartet werden. Jedenfalls stehen dem autonomen Baskenland ernste bis schwerwiegende Prüfungen bevor.

Die Krise innerhalb der PNV, hinter der traditionsgemäß rund 85 Prozent der baskischen Wähler stehen, wurde durch zwei sich bekriegende interne Parteiströmungen ausgelöst. Die eine wird angeführt vom ehemaligen „Lendakari" (Präsident der autonomen Regierung), Carlos Garaikoechea die andere vom gegenwärtigen Parteichef Xabier Arzallus.

Im politischen Handeln autonom entscheiden

Es geht in erster Linie um die Vorherrschaft der Partei über die Regierung besonders im Parlament. Während Arzallus und seine Anhänger das Parteistatut zugunsten eines permanenten allgegenwärtigen Primats der Partei auslegen, interpretiert Garaikoechea, daß die Regierung im politischen Handeln wie bisher frei sei und auch im Parlament autonom entscheiden könne.

Bis zum gegenwärtigen Zeitpunkt wurden als erste Konsequenz der Spaltung mehrere Kritiker von Arzallus aus der PNV ausgeschlossen. Auch Garaikoechea soll zum Austritt gezwungen werden. Er würde dann als „natürlicher Chef" sofort „Lendakari" der neuen Partei werden.

Spaniens Baskenland gleicht einem Pulverfaß, egal welcher nationa*listischen Gruppierung sich die* „Etarristen" zuneigen werden. Die Bevölkerung aber folgt in ihrer Mehrheit längst nicht mehr den radikalen ETA-Parolen.

Geheimer Kampfbund gegen Verbrechertum

In diesem Zusammenhang meldet das *Madrider Magazin* „Epoca", in Nordspanien habe sich ein geheimer Kampfbund gegen den ETA-Terrorismus gebildet, genannt „Conafays" (antiterroristischer nationaler Koordinator innerhalb der Streitkräfte und der Sicherheitsorgane). In anderen Ländern nennt sich der geheime Zusammenschluß von Polizisten zur illegalen Bekämpfung des organisierten Verbrechertums „Todesschwadron", weil – außerhalb der Gesetze – nur „Todesstrafen" in Selbstjustiz vollstreckt werden.

„Epoca" zufolge hätten in befragten Behördenbüros der Baskenprovinzen keine offiziellen Bestätigungen für den Eigenbericht erlangt werden können. Doch sei eine „wachsen*de Unzufriedenheit" bei der Polizei*, bei der Zivilgarde und bei den Militäreinheiten auf Posten im Baskenland festzustellen gewesen, über die „Verbrechen der ETA und über die Unfähigkeit der Regierung, dem Terror ein Ende zu setzen".

Ein Sprecher der Polizeieinheitsgewerkschaft habe laut „Epoca" „Gerüchte" über die Bildung von „autonomen Gruppen" innerhalb der Sicherheitskräfte zur Verbrechensbekämpfung gehört. Unter Hinweis auf eine Polizeiquelle heißt es: „Wir sind es leid, wie Hasen abgeknallt zu werden, während die Regierung mit diesem als Befreier getarnten Verbrecher verhandelt. Es ist höchste Zeit, mit der ETA in der einzigen Sprache zu reden, die sie versteht: in der des Blutes."

Stärke der Mark irritiert Frankreich

J. Sch. Paris

In Paris stellte man sich in Finanz- und Wirtschaftskreisen vor dem Kanzlerbesuch die Frage, ob Helmut Kohl den offen geäußerten Wunsch von Premierminister Jacques Chirac nach einer deutschen Zinssenkung diskutieren will oder sich hinter der Autonomie der Bundesbank verschanzt.

Daß die Bundesregierung „ersatzweise" eine DM-Aufwertung vorschlagen könnte, gilt als weniger wahrscheinlich. Vor den Bundestagswahlen würde sich eine solche Maßnahme kaum empfehlen, heißt es.

In den letzten Tagen hat der diplomatische Druck auf Bonn „etwas zu tun", auch aus Paris spürbar zugenommen. Man verweist hier auf die „extreme Stärke" der Mark, welche die Bank von Frankreich zu zunehmenden Interventionen zwinge. Allein am Donnerstag und Freitag letzter Woche seien dafür 500 Millionen Mark aufgewendet worden.

Zinsen senken

An den Devisenzuflüssen, die Frankreich nach der letzten Franc-Abwertung verbucht hatte – etwa 50 Milliarden Franc innerhalb von drei Wochen –, ist das aber noch nicht sehr viel.

Damals mußte die Mark gestützt werden, *damit sie ihre neue unterste* Interventionsgrenze von 3,183 Franc nicht unterschreitet. Inzwischen wird sie am Pariser Devisenmarkt mit 3,278 Franc notiert und nähert sich damit der obersten Interventionsgrenze von 3,329 Franc.

Die Franc-Abwertung gegenüber der Mark von theoretisch sechs Prozent (Paritätskurs 3,2562 Franc), die effektiv zunächst nur drei Prozent betragen hatte, liegt jetzt schon bei sieben Prozent. Die französische Regierung will, wie sie wissen ließ, aber nicht mehr und nicht weniger als sechs Prozent, hat sie erklärt.

Außerdem möchte sie die Zinsen senken, um die noch ziemlich schwache französische Konjunktur anzu*kurbeln. Wegen des konstanten* Inflationsgefälles zur Bundesrepublik braucht sie dafür aber eine deutsche Diskontsenkung, die überdies die Importnachfrage aus Frankreich beflügeln könnte. Aber damit würde wohl nur der frühere Zinsabstand wieder hergestellt und der Franc wieder unter Druck geraten.

„Neues Signal für Zusammenarbeit"

WELT-Gespräch mit dem Generalsekretär der Gaullisten, Toubon, vor Kohl-Besuch in Paris

PETER RUGE, Paris

Der heutige Besuch des Bundeskanzlers beim gaullistischen Premierminister Chirac leitet einen neuen Abschnitt der deutsch-französischen Regierungsbeziehungen ein, denn bisher wurde die Zusammenarbeit fast ausschließlich über das Präsidentenamt, den Elysee-Palast, abgewickelt.

Die CDU/CSU betrachtete bisher eher den christlich-liberalen Block UDF als ihren Gesprächspartner in der 5. Republik. Der Generalsekretär der Gaullisten, Jacques Toubon, kann sich eigentlich nur daran erinnern, ihre Führungsmannschaft bei Treffen im Rahmen der Union der europäischen *Demokraten* gesehen zu haben.

In einem WELT-Gespräch bedauert er diese mangelhaften Kontakte. Er sei mit Jacques Chirac einig, daß es wünschenswert wäre, Begegnungen *sehr schnell zu fördern, ob* in Paris oder in Bonn, um gemeinsam interessierende Themen zwischen den beiden bürgerlichen Parteien zu debattieren. Toubon: „Ich könnte mir eine Art Seminar vorstellen, ein Treffen, bei dem wir auf verschiedenen Ebenen eingehend über Sicherheits- und Wirtschaftsfragen, den Umweltschutz, die Menschenrechte sprechen – und natürlich über die weitere Entwicklung Europas, die Probleme der Gemeinschaft. Ist das erst einmal in *Gang gesetzt, so folgen daraus* die nächsten Treffen wie von selbst."

Die Gaullisten wollten die von Adenauer und de Gaulle begonnene Zusammenarbeit fortsetzen, Europa beruhe darauf: „Die deutsch-französi*sche Gemeinsamkeit ist der Zement*, der *Europa zusammenhält*, auf dieser Linie sollten wir bleiben. In diese Richtung haben wir nach dem Machtwechsel in Frankreich ein Zeichen gesetzt. „Wir haben als neuen Koordinator für die deutsch-französischen *Beziehungen einen Mann der gaullistischen* Geschichte ausgesucht, der Minister unter de Gaulle und unter Pompidou war: André Bord. Chirac hat vor zwei Jahren schon einmal in Bonn gesagt: Der Vertrag von 1963 ist *noch nicht ausgeschöpft.*"

Daß eine gewisse Alltagsroutine den Geist des Vertrages ersetzt zu haben scheint, wird auf französischer Seite als Aufforderung verstanden, zu neuen Ufern aufzubrechen. Der 45jährige RPR-Generalsekretär gibt dabei eine Erwartungshaltung wieder, die vor allem unter den jüngeren Gaullisten anzutreffen ist: „Die Beziehungen zwischen Regierungen sind eine Sache, für den Bürger zählen populäre Inhalte. Ich sehe für die nächste Zukunft vor allem eine Frage, die unsere beiden Nationen berührt, das ist unsere Verteidigung, wohlverstanden: Die gemeinsame Verteidigung. In meinen Augen hält die Unsicherheit an, die die Deutschen so lebhaft empfinden, sei es durch die pazifistische Bewegung oder durch das Hin und Her vor drei *Jahren, um die Aufstellung der* amerikanischen Mittelstreckenraketen in Europa. Im Bewußtsein unserer beiden Völker wird immer klarer, daß wir in einer Schicksalsgemeinschaft leben. Das wiederum unterstützt die Anstrengungen unserer beiden Regierungen, ihre Politik verstärkt aufeinander abzustimmen."

Bedauert Mangel an Kontakten: Generalsekretär Jacques Toubon
FOTO: CAMERA PRESS

Die Frage der gemeinsamen Verteidigung in Europa sei nicht nur ein „zentrales Thema unserer künftigen Verteidigungsstrategie, *sondern* Teil unserer europäischen Politik gegenüber den verschiedenen europäischen Staaten, aber in erster Linie gegenüber der Bundesrepublik."

Heute ist Bundeskanzler Kohl bei *Premier Chirac zu Gast. Was erwartet* Jacques Toubon von diesem ersten Arbeitsgespräch: „Ich verspreche mir ein neues Signal für die deutsch-französische Zusammenarbeit, die – das sage ich als Gaullist – das Zentrum der europäischen Konstruktion bedeutet. Ich bin dabei frei von einem mystischen Glauben an diese Idee. Ich sehe das praktisch: Es geht um die Beseitigung der Arbeitslosigkeit, die Verbesserung des Lebensstandards. Das geht nur gemeinsam. Dazu *dient dieses Treffen.*"

Lateinamerika auf Distanz zu Nicaragua

tho. Miami

Der Gipfel der Blockfreien in Zimbabwe zeigte wie kein anderes Ereignis den Verlauf einer Front auf dem lateinamerikanischen Halbkontinent: Zwischen den marxistischen Diktaturen (Kuba, Nicaragua) einerseits und den demokratischen Nationen andererseits. „Beide Seiten verfolgen unterschiedliche Interessen und Ziele", sagte ein Mitglied der jamaicanischen Delegation, „die lassen sich nicht überbrücken."

Nicaraguas Bemühungen, Gastgeber der nächsten Konferenz dieser Art in drei Jahren zu werden, provozierte heftigen Widerstand innerhalb des demokratischen Lagers. Argentinien, Bolivien, Ecuador, Jamaica und Kolumbien standen an der Spitze jener Ländergruppe, die gegen Ortegas Bewerbung opponierte.

Perus Präsident Alan Garcia übte *zwar Zurückhaltung, der sozialde*mokratische Politiker zog in seiner Rede aber klare Grenzen zu den Marxisten. Er kritisierte beide Weltmächte.

Bereits vor dem Harare-Treffen waren Anzeichen einer Distanzierung der demokratischen Nationen von den Sandinisten zu spüren. Raul Alfonsin, einer der einflußreichsten Männer Lateinamerikas, verhält sich heute auffallend kühl gegenüber den Comandantes. Er läßt an die ur*sprünglichen Prinzipien der Revolu*tion erinnern, so den Pluralismus und die Blockfreiheit.

Nicaraguas Nachbarn Costa Rica, El Salvador und Honduras sind enger zusammengerückt und bilden eine Anti-Nicaragua-Front. Guatemalas neuer christdemokratischer Präsident Vinicio Cerezo steuert zwar weiter den Kurs der „aktiven Neutralität", er glaubt jedoch auch, daß man den blutigen Nicaragua-Konflikt nur durch demokratische Verhältnisse lösen kann.

Die wichtigste Entwicklung in dieser Hinsicht ist jedoch die Wahl des liberalen Politikers Virgilio Barco zum neuen kolumbianischen Präsidenten gewesen. Anders als sein Amtsvorgänger Belisario Betancur will Barco nicht die Sandinisten hofieren, um dadurch die linken Kräfte im eigenen Land besänftigen zu können. Er bemüht sich um ein harmonisches Verhältnis zu den USA und sagt schließlich offen, daß er von den Contadora-Initiativen nicht mehr viel hält.

Kaschmir direkt von Gandhi regiert

AP, Neu-Delhi

Der indische Staatspräsident Zail Singh hat das Bundesland Kaschmir der präsidialen Verwaltung unterstellt. Damit wird das Bundesland zum ersten Mal seit der Unabhängigkeit Indiens vor 39 Jahren direkt von Neu-Delhi aus regiert. Da der Staatspräsident selbst nur beschränkte politische Vollmachten hat, bedeutet die Maßnahme, daß die Provinz tatsächlich vom Kabinett des Ministerpräsidenten Rajiv Gandhi regiert wird. Seit *März* verfügt Kaschmir über keine gewählte Regierung mehr.

Rock-Verbot in Malaysia

dpa, Kuala Lumpur

In Malaysia dürfen keine Rock-Konzerte mehr in der Öffentlichkeit stattfinden. Ministerpräsident Mahathir Mohamad begründete ein landesweites und unbefristetes Verbot damit, daß Jugendliche sich bei solchen Konzerten „aufführen, als hätten sie ihren Verstand verloren". Rockmusik und ihre Begleitumstände seien kein Bestandteil „der malaysischen Kultur". Rockkonzerte an „geeigneten Orten" wie etwa Nachclubs sowie Übertragungen im Fernsehen seien weiterhin erlaubt, sagte Mahathir.

Jaruzelski vor Honecker in China

dpa, Warschau

Der polnische Staats- und Parteichef Jaruzelski hat sich für Ende September in Peking angesagt und wird damit nun doch noch vor SED-Chef Erich Honecker die Aussöhnung zwischen Moskaus engsten osteuropäischen Verbündeten und China besiegeln. Jaruzelski trifft voraussichtlich am 28. September in der chinesischen Hauptstadt ein. Die Visite wurde als Arbeitsbesuch und damit niedriger als die Honecker-Visite eingestuft. Ost-Berlin war über den Vorstoß Jaruzelskis verärgert.

Klassenkampf im Klassenzimmer: Nicht nur die Politik-Schulbücher weisen eine ideologische Schlagseite auf, auch Deutsch-Bände werben für eine andere Republik. Nicht selten sind sie noch radikaler. Die Indoktrination – mit Politiker-Texten von Walter Ulbricht bis Willy Brandt – hat Vorrang vor Literatur.

Das Kommunistische Manifest als ein Literatur-Denkmal

Von PAUL F. REITZE

Der Schulbuch-Kritiker Rudolf Willeke hat festgestellt, daß einzelne Texte über hundertmal in verschiedenen Werken verwendet wurden – für Politik, Deutsch und selbst Religion. Heinrich Manns Roman „Der Untertan“ wird so gut wie überall als Unterrichts-Steinbruch mißbraucht. Es gibt Literatur-Bände, die gleich auch noch das „Kommunistische Manifest“ abdrukken. Wallraff ist hier wie dort Star. Dasselbe gilt, obschon neuerdings mit nachlassender Tendenz, für klassenkämpferische Tonbandprotokolle Erika Runges. Die wissenschaftstheoretische Rechtfertigung liefert der Marxismus, der behauptet, Literatur sei „Widerspiegelung“ von Wirklichkeit.

Mancher Schulbuch-Herausgeber hätte gut daran getan, selbst seinen ideologischen Ziehvater Theodor W. Adorno genauer zu lesen. „Der outrierte Realismus ist unrealistisch“, schrieb er. Er verteidigte das Recht auf ästhetische Freiheit. Goethe hat gewußt, warum er seiner Autobiographie den Titel „Dichtung und Wahrheit“ gab. Große Literatur zeichnet sich gerade dadurch aus, daß sie Wirklichkeit verwandelt. Ihr politisch-gesellschaftlicher Aussagewert ist höchst problematisch.

In weiten Bereichen sind die Fächerprofile von Sozialkunde und Deutsch fast identisch, wenn man sich nach den angebotenen Schulbüchern richtet. Dies ist Absicht: Wer indoktrinieren will, erhöht seine Erfolgschancen, wenn er es auf breitester Front versucht.

1974 begann die Reihe „drucksachen“ zu erscheinen. Sie predigte zuerst (und auf Jahre am nachdrücklichsten) die andere Republik. Nach einem Verlagswechsel gibt es sie jetzt wieder in einer überarbeiteten Form. Etwa jeder zweite Text ist ausgewechselt. Das Prinzip ist indes weitgehend identisch geblieben.

Daran läßt das zugehörige Lehrerhandbuch keinen Zweifel. Zur ästhetischen Seite von Literatur heißt es darin: „Das Lesewerk ‚drucksachen‘ verweist die Form in eine dienende Funktion ...“ „Gesellschaftliche Praxis“ hat Vorrang, „Emanzipation“ ist weiterhin das Ziel. Poesie wird als gefährliche Ware gebrandmarkt; durch sie werde „in offener wie in sehr versteckter Weise Herrschaft ausgeübt, Bestehendes ... gerechtfertigt und der Versuch unternommen, Konsens noch dort zu erzeugen, wo die Interessen vieler Menschen verletzt werden“. Es gilt somit, „günstige Voraussetzungen für Handeln zu schaffen“.

Wenn Sie einzelne Folgen dieser Serie versäumt haben, aber nachlesen wollen, wählen Sie bitte 0 20 54 / 10 15 41: Frau Karin Kuhlmann schickt sie gerne zu.

Eine Heiratsanzeige neben Mutter Teresa

So steht denn ein Gedicht des Barockpoeten Gryphius neben einer Heiratsanzeige, Mutter Teresa neben Wallraff, König Salomo neben der Nonsens-Reimerin Friederike Kempner. Ein Rechtsstreit um zwei Klosetts in einer Mietskaserne, ausgefochten im Berlin der Jahrhundertwende, scheint ebenso mitteilenswert wie die „10 Gebote für Sex“, die ein Arzt formuliert hat. Darin heißt es immerhin unter Punkt 5 „Du darfst nicht abtreiben“ und unter Punkt 6 „Du sollst warten lernen“. Neben Marx begegnet man jetzt auch Papst Pius XI.

Das ist ein Kunterbunt, das kein Heranwachsender verkraften kann. Aber darauf kommt es vorrangig ja wohl auch nicht an. Darf man immerhin noch fragen, was das DGB-Grundsatzprogramm von 1963 in einem Deutsch-Band zu suchen hat?

Es soll Politik gemacht werden. So handelt denn ein Kapitel von Wahlen. Es beginnt mit einem Auszug aus Shakespeares „Julius Caesar“, zitiert sodann aus Hitlers „Mein Kampf“ und rundet schließlich ab mit einem alles anderen als taufrischen Text von Günter Grass: „Rede an einen jungen Wähler, der sich versucht fühlt, NPD zu wählen“. Ein weiteres Kapitel befaßt sich mit „verfolgten Minderheiten“.

Was soll man davon halten, wenn im Vorwort von „Literatur“, einem für die Oberstufe bestimmten Werk, verkündet wird, man wolle „dem Benutzer helfen, Lesen zu lernen“? Müßig die Frage, ob sich dieser Wunsch nicht reichlich spät zu materialisieren beginnt.

Zwei Hauptziele der „emanzipatorischen“ Lesebücher sind die Familie und die Arbeitswelt – auch hier eine Übereinstimmung mit Politik-Bänden.

„Wort und Sinn“ variiert für Klasse 5 die alte „drucksachen“-Melodie „Kindsein ist süß? – Kindsein ist mies“. Die kleine Katharina schreibt, in Gedichtform, an die Eltern einen Brief: Warum ist ihr verboten, was Erwachsene sich selber gestatten? Eine Kalendergeschichte des guten alten Johann Peter Hebel soll dazu benutzt werden, den Vater „zu entlarven“. Die Lehrer werden in einem Begleitband ermuntert, die Schüler eigene vergleichbare Erlebnisse mit der Familie aufschreiben zu lassen.

„Westermann: texte deutsch“, eine erfolgreiche Reihe, bietet in den Gymnasialbänden eine insgesamt ausgewogene Autorenmischung, von Wallraff bis Gehlen, von Montesquieu bis Eugen Roth, von Jünger bis Wilhelm Busch. Aber wenn es um Väter geht, brennen die Sicherungen durch. Der Titel des entsprechenden Kapitels: „Verlorene Söhne“.

Den Vogel schießt noch immer „Kritisches Lesen“ ab. Im Kapitel „Appellative Texte“ stößt man unversehens auf das Vierte Gebot. Dazu die Unterrichtsfrage: „Wie beurteilst du die mit ‚auf daß‘ eingeleitete Folgerung?“



„Das Lesepflänzchen“ von A. Paul Weber

Über die deutsche Arbeitswelt läßt sich, ausweislich der Deutsch-Bücher, kaum Positives mitteilen. Gelegentlich wird ein entsprechendes Kapitel in einer Neuauflage einfach entfernt, wenn die Kritik daran zu peinlich geworden ist.

„Westermann: texte deutsch“ beginnt – für die Hauptschulklasse 7 – mit Kinderarbeit im 19. Jahrhundert, ein Thema, das schon die Hessischen Rahmenrichtlinien favorisiert haben. Dann wird aus einer „DDR“-Waggonfabrik des Jahres 1963 berichtet, durchaus positiv. Was im Anschluß bundesdeutsche Jugendliche über die Berufstätigkeit der Eltern mitteilen, hinterläßt bestenfalls einen zwiespältigen Eindruck. Weitere Texte bewegen sich auf derselben Linie.

Interessiert Lyrik nur Werbefachleute?

Auch in der Neubearbeitung ist das für die gymnasiale Oberstufe bestimmte „Arbeitsbuch Deutsch“ des Didaktikers Robert Ulshöfer einseitig geblieben. In der Erstauflage hatte er noch Gedichte ausgeklammert – mit dem Hinweis, Lyrik interessiere heutzutage vornehmlich Werbefachleute. Jetzt präsentiert er eine (bescheidene) Auswahl.

Im ersten Band, Kapitel „Politische Rede“, begegnet man nicht nur Willy Brandts Erfurter Ansprache (1970) und der Entgegnung des Freiherrn von und zu Guttenberg. Zu Wort kommen auch Hitler und Ulbricht, letzterer mit der These von der „DDR“ als dem sozialistischen deutschen Nationalstaat. Das ganze Kapitel hat in einem Lesebuch nichts zu suchen, geht es doch hier in erster Linie, von den Inhalten her, um historisch-politische Interpretationen, nicht um rhetorische Würdigung.

Der zweite Band informiert zunächst über „Deutsche Literatur nach 1945“. Es folgen dokumentarische Texte, zu Auschwitz wie Arbeitswelt. Dann werden einige „große deutsche Schriftsteller unseres Jahrhunderts“ (Kafka, Thomas Mann, Musil, Döblin, Brecht) vorgeführt. Im Anschluß, einigermaßen überraschend, findet man knapp zwanzig Seiten über Barock.

Der Rest ist mit dem Begriff „eigenartig“ nur sehr unzulänglich zu charakterisieren. Die Aufklärung wird mit dem Feudalismus zusammengespannt, garniert mit einem Text von Max Horkheimer. Im Kapitel über die Klassik begegnet man dem marxistischen Theoretiker Georg Lukács. Unter „Realismus“ wird ein Sammelsurium geboten: neben Stifter auch Brecht, neben Nietzsche auch Grass, neben Fontane auch Heinrich Mann, nicht zu vergessen Vertreter des „sozialistischen Realismus“. Das ist ein literaturwissenschaftlicher Skandal.

Mit ästhetischen Kategorien hat Ulshöfer auch in der Neubearbeitung nichts im Sinn. Literatur interessiert den Herausgeber nur „insofern ..., als sie ... exemplarische Konflikte gestaltet und deutet ...“

So einseitig Politik-Werke sind: Die Deutsch-Bücher hatten im letzten Jahrzehnt insgesamt noch mehr ideologische Schlagseite. Das hat die Zulassungsbehörden mancher Bundesländer inzwischen zu größter Vorsicht stimuliert. Nirgendwo sonst werden mittlerweile so viele Änderungen verlangt.

Ein Beispiel dafür ist die neueste Ausgabe von „Lesen, Darstellen, Begreifen“ (1985). In Baden-Württemberg entfielen alle „Rollenspiele“, etwa zum Thema Streit um Schulnoten („Wie würdet ihr den Fall entscheiden?“). In Band 7 dominieren hier statt dessen die klassischen Textgattungen – als erste Hinführung zur literarischen Gestaltung.

Entsprechende Doppelausgaben gibt es auch von „Kritisches Lesen“. In Band drei wurde das Foto einer Gastarbeiterunterkunft gegen ein Chamisso-Gedicht ausgetauscht. Andere Opfergaben von fraglichem Bildungswert kamen Lessings „Minna von Barnhelm“ und Johann Peter Hebel zugute.

Kein Licht ohne Schatten: Leider werden auch Werke im Zuge des Zulassungsverfahrens verschlechtert, in Teilausgaben. Das betrifft ausgerechnet das neueste (und mit weitem Abstand beste), das „Lesebuch Deutsch“ von Westermann. Es macht wieder Ernst mit der Literatur – und dies schon auf der Mittelstufe.

Für Nordrhein-Westfalen war dies offenbar zu viel Fortschritt. Gnade fand nur die weit weniger anspruchsvolle Hauptschulausgabe. Wollen Gymnasien an Rhein und Ruhr das „Lesebuch Deutsch“ einführen, so können sie das tun – mit der Hauptschulversion. Warum die Opposition im Landtag und die Lehrerverbände hier noch nicht nachgehakt haben, ist rätselhaft.

Nicht brandmarken, zum Lesen verführen

Das „Lesebuch Deutsch“ ist eine klare Absage an jede Form von „Sozialdokumentarismus“. Der Lehrerband legt dar, wie notwendig es sei, die historische Dimension rückzugewinnen. Abgelehnt wird, die Lebenswelt des Schülers zu denunzieren. Die Texte sollen Identifikation ermöglichen, heißt es. „Sie ergeben insgesamt ein positives Bild der Familie, ohne harmonistisch zu sein.“

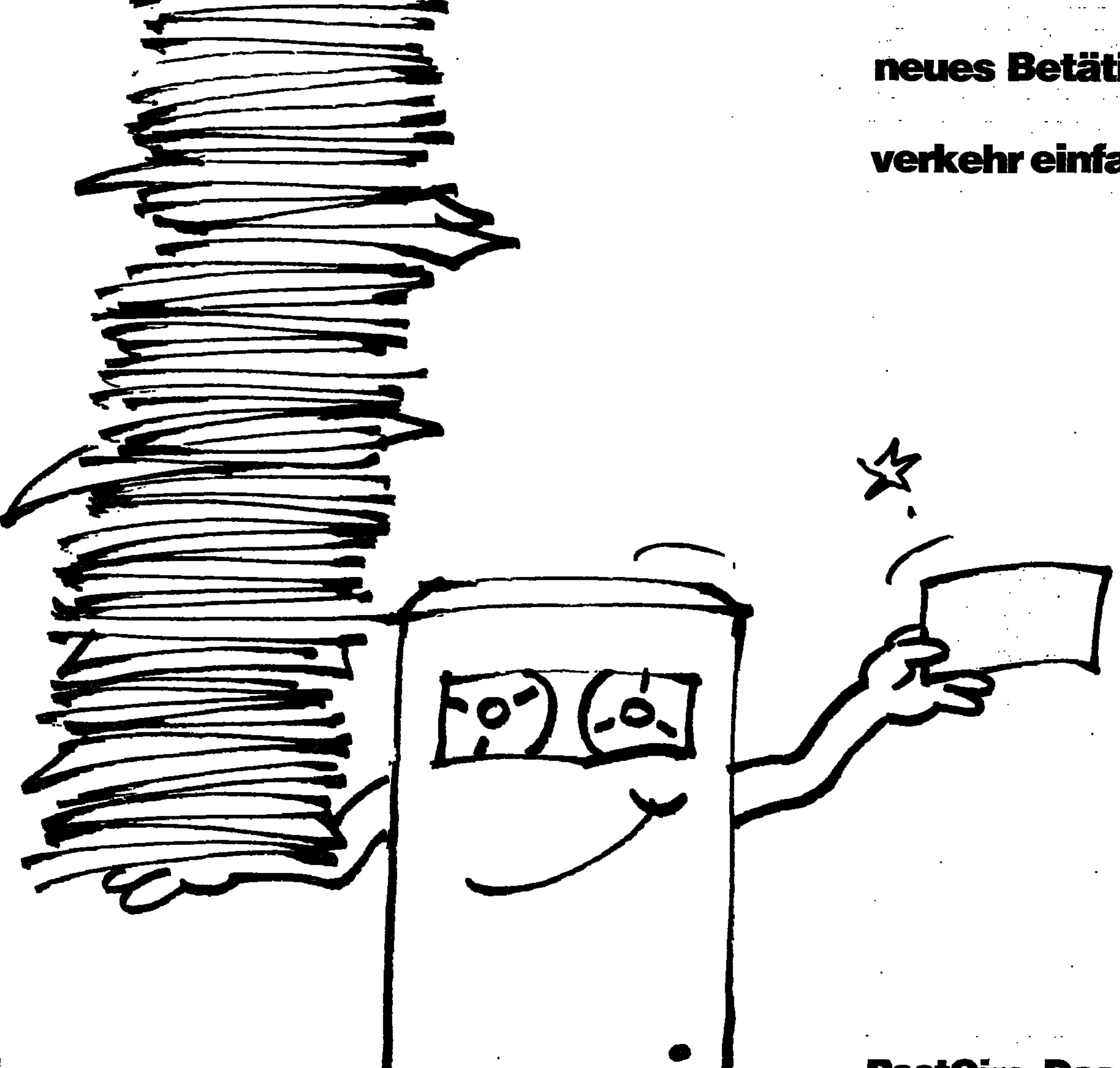
Das Ziel: nicht brandmarken, nicht verteufeln, sondern „zum Lesen verführen“. Und: „Vorbei die Zeit der Schulreform, in der mit Lesebüchern eine radikale Veränderung der Gesellschaft vorangetrieben werden sollte und über neue Lesebücher eine grimmige Diskussion zwischen Elternverbänden, Kultusministerien und Lehrern ausgetragen wurde.“

Ob diese Zeit wirklich schon vorbei ist, erscheint leider doch einigermaßen fraglich. Deutsch-Werke werden heute von Schulen vielfach nur noch für ihre Bibliotheken angeschafft. Der Lehrer fotokopiert daraus, teilt die Bücher vielleicht auch für kurze Zeit aus. Ein tiefgreifender Lektüreeinfluß kann so von einem neuen Werk nicht rasch ausgehen, zumal dann nicht, wenn unterschiedlichste Konzepte nebeneinander benutzt werden.

„Die Deutschen könnten an vollen Tischen sitzen und ziehen es vor, aus dem Brotbeutel Krümel zu genießen“, klagte vor Jahren der Germanist Walther Killy. Er sprach von einem „großen Verrat“ an allem, was Deutschland geistig bedeute.

Wenn wir der nachwachsenden Generation nicht den Weg zum Schatzhaus unserer Literatur weisen, dann machen wir sie nicht nur arm. Das „Vaterland ist nirgends und überall“, klagte Goethe 1799 angesichts der staatlichen Zersplitterung. Die Dichter und Philosophen vor allem haben das einigende Band gewoben, das uns zusammenhält, in Ost wie in West.

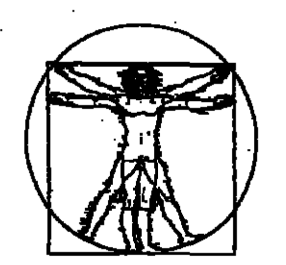
Nächste Folge
Das Dilemma der Lehrpläne



NOTIZEN

Saljut bis 1990 im All

Moskau (AP) – Die sowjetische Raumstation Saljut 7, die seit 1982 die Erde umkreist, soll nach einem Bericht der „Prawda" noch bis 1990 im All bleiben. Zwar ist das Programm von Saljut für bemannte Weltraumflüge abgeschlossen, doch die Station soll in ein paar Jahren noch einmal von Kosmonauten aufgesucht werden, um sie auf ihren Zustand zu



überprüfen. Die letzten Kosmonauten, die sich in der Orbitalstation aufgehalten hatten, waren im Juni von Saljut in die neue sowjetische Weltraumstation „Mir" übergewechselt.

Marine meldet Ölsünder

Bonn (DW.) – Die zwei im Umweltschutz eingesetzten DO 28 Flugzeuge der Bundesmarine haben 1986 bisher 117 Einsätze (350 Flugstunden) über Nord- und Ostsee geflogen. Dabei wurden in den ersten sieben Monaten zehn mutmaßliche Verursacher von Ölverschmutzungen erkannt und den Strafverfolgungsbehörden gemeldet. Dieser Anfangserfolg wird von Fachleuten als geeignet bewertet, vor weiteren Umweltverschmutzungen abzuschrecken.

Mehr Arzt-Rezepte

Essen (lnw) – Die 312 nordrhein-westfälischen Betriebskrankenkassen (BKK) haben im ersten Halbjahr 1986 für die Arzneimittelversorgung fünf Prozent mehr Geld ausgeben müssen als im gleichen Vorjahrszeitraum. Wie die BKK mitteilte, sind damit für die rund 2,3 Millionen Mitglieder pro Kopf 295 DM aufgewendet worden. Als Ursache wird angegeben, daß die Ärzte in dieser Zeit 5,4 Prozent mehr Rezepte ausgeschrieben hätten. Die Pharmaindustrie habe die Preise von 5050 *Medikamenten um durchschnitt*lich 1,76 Prozent angehoben.

Wenn alte Bekannte verschwinden

Die neue Rote Liste für NRW zeigt weiterhin einen negativen Trend beim Artenschutz

Von LUDWIG KÜRTEN

Die Zahl der gefährdeten Tier- und Pflanzenarten in Nordrhein-Westfalen ist in den letzten Jahren größer geworden. Dies ist das Ergebnis einer umfassenden Bestandsaufnahme der Landesanstalt für Ökologie, Landschaftsentwicklung und Forstplanung (LÖLF). Die Ergebnisse werden in der neuen Ausgabe der „Roten Liste" für NRW Eingang finden wird, die Ende des Jahres in neuer Auflage erscheint. Die ständig mit wachsender Genauigkeit vorgenommenen Bestandserhebungen in diesem und anderen Bundesländern zeigen, in welchem Ausmaß die Natur bedroht ist.

Insgesamt hat sich nach Feststellungen der LÖLF der negative Trend seit der letzten Bestandserhebung fortgesetzt. Zwar konnten durch Artenhilfsmaßnahmen in einigen Bereichen kleine Erfolge erzielt werden, doch mußte auf der anderen Seite allein die Liste der Farn- und Blütenpflanzen um 133 Arten erweitert werden. 89 mußten höher eingestuft werden, das heißt sie sind heute mehr bedroht als vor sieben Jahren, als die erste Rote Liste für NRW veröffentlicht wurde.

Nach dem Vorbild der „Red Data Books" der Internationalen Union zum Schutz der Natur (IUCN) wurden in den siebziger Jahren in der ganzen Bundesrepublik Listen über den Gefährdungsgrad von Tier- und Pflanzenarten erstellt. Für die Arbeit des Naturschutzes haben sie inzwischen eine so große Bedeutung, daß sie gar nicht mehr wegzudenken sind. Sie haben wesentlich dazu beigetragen, die Gefährdung vieler Tiere und Pflanzen in der Öffentlichkeit bewußt zu machen. Bei der Planung von Maßnahmen, die in Natur und Landschaft eingreifen, gehört es heute zum Alltag nachzufragen, ob Arten aus der Roten Liste betroffen sind.

Der Gefährdungsgrad muß ständig überprüft werden

Diese Listen müssen jedoch ständig fortgeschrieben werden. Etwa alle fünf Jahre wird die Bestandsituation der einzelnen Arten erneut untersucht und abgewogen. Die Untersuchungen stützen sich dabei weitgehend auf die Befragung von Experten. Ohne die lokalen Kenntnisse zahlreicher Fachleute wäre das Zustandekommen dieser Liste nicht denkbar. Glücklicherweise beschäftigen sich heute viele Menschen, sei es beruflich oder als Hobby, mit dem Artenbestand ihrer näheren Umgebung und deren Schutz, ob es sich nun um Blütenpflanzen, Vögel, Schmetterlinge oder Fledermäuse handelt.

Bei einer Reihe von Arten kann die neue Liste Korrekturen an den bisherigen Kenntnissen vornehmen. Die Roten Listen haben dazu geführt, daß verstärkt nach seltenen und bedrohten Exemplaren geforscht wird. Von 18 bereits als verschollen geglaubten Farn- oder Blütenpflanzen konnten allte, aus der Literatur bekannte Fundorte bestätigt oder neue Vorkommen entdeckt werden.

Die neue Liste konnte um 64 Arten bereinigt werden. Sie gehören entweder nicht sicher zur Flora von Nordrhein-Westfalen, oder es handelt sich um sog. Neubürger (Neophyten), die sich erst in den letzten 200 Jahren im Land angesiedelt haben. Es gibt ein Übereinkommen in der Bundesrepublik, daß Neophyten nicht in Rote Listen aufgenommen werden sollen. Ähnliche Korrekturen sind auch bei der Liste der Tagfalter zu erwarten, die ebenfalls sehr umfangreich ist.

Das Ergebnis aller Bestandsaufnahmen zeigt, daß sich der negative Trend der Vergangenheit fortsetzt. Von der stärkeren Gefährdung sind vor allem Arten der Kulturlandschaften betroffen, die durch verschiedene Formen einer intensivierten Nutzung *ihre Lebensräume verloren haben.* Bei den Farn- und Blütenpflanzen, bei Großpilzen, sowie Vögeln, Reptilien und Lurchen zeichnet sich ab, daß vor allem Arten des intensiv genutzten Grünlandes starke Einbußen erlitten haben. Von den Vögeln mußten Rotschenkel und Wachtelkönig, von den Pflanzen Herbstzeitlose, Hirsensegge, Stachelsegge, Schmalblättriges Wollgras und andere neu in die Liste aufgenommen werden. Weitere typische Vertreter der Feuchtwiesen mußten von der Kategorie „gefährdet" in die nächsthöhere „stark gefährdet" eingestuft werden. Dazu gehören Braunkehlchen, Schwarzkehlchen und Schafstelze sowie Breitblättriges Knabenkraut und Sunpflöwenzahn.



Vom Aussterben bedroht: die Pyramiden-Spitzorchis FOTO: BEHLERT

In einigen Biotopen ist der Schwund besonders groß

Unter den Lurchen ist jetzt auch der Laubfrosch vom Aussterben bedroht, da seine sommerwarmen Laichgewässer, die hauptsächlich in wasserüberstauten Mulden im feuchten Grünland zu finden sind, durch den Umbruch des Landes immer mehr verschwinden. Die erstmals erstellte Liste der in Nordrhein-Westfalen gefährdeten Großpilze zeigt ebenfalls, daß die auf extensiv genutztes, wenig bis gar nicht gedüngtes feuchtes Grünland angewiesenen Pilzarten (Saftlinge, Tintlinge, Egerlinge oder Räslinge) stark bedroht sind.

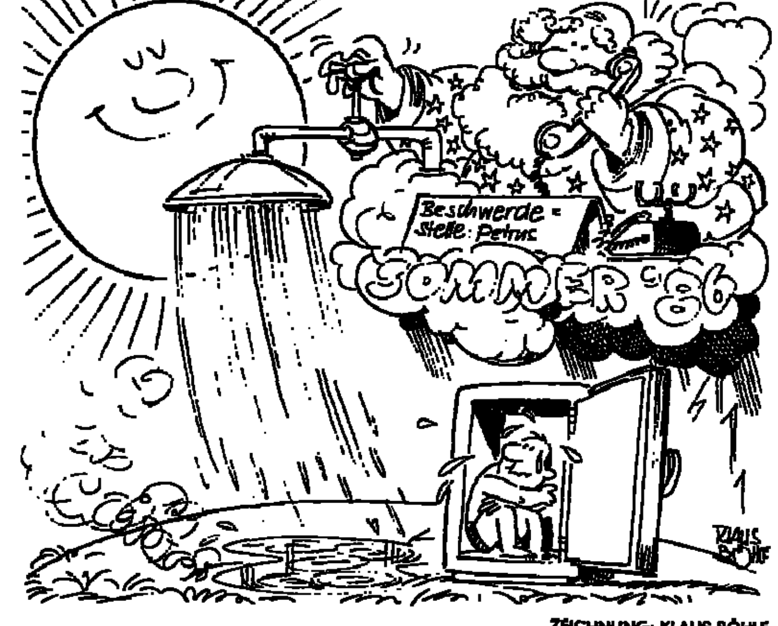
Bei den Pflanzen mußten viele Arten *in die Liste aufgenommen* werden, die auf Kalkmagerrasen wachsen. Diese Biotope sind in den letzten Jahren intensiv beweidet oder aufgeforstet worden. Unter den neu aufgenommen Arten sind auch viele Ackerwildkräuter, darunter viele Arten, die man vor Jahren noch häufig an den Getreidefeldern anzutreffen waren, zum Beispiel Kornblume oder Feld-Löwenmaul. Dieser negativen Bilanz stehen nur wenige Erfolge gegenüber. So haben sich zum Beispiel die Bestände von Graureiher, Haubentaucher, Habicht und Sperber gefestigt, nachdem ihre Bejagung eingestellt wurde.

Ein Vorteil der neuen Liste ist, daß man den Gefährdungsgrad einer Art nicht nur für das ganze Land NRW, sondern auch für einzelne Großnaturräume angeben kann. So ist künftig feststellbar, ob Arten der Farn- und Blütenpflanzen, Reptilien, Lurche und Schmetterlinge unterschiedlich stark in den Naturräumen Eifel und Siebengebirge, Niederrheinische Bucht, Niederrheinisches Tiefland und Süderbergland und Weserbergland gefährdet sind.

Sonniger Sommer – kräftige Gewitter

Von MARTIN BOECKH

Der Sommer ist zu Ende. Noch bevor die Sonne am 23. September einmal im Jahr genau im Osten aufgeht und damit den kalendarischen Herbst signalisiert, ziehen die Meteorologen am 1. September ihre Wetterbilanz. Ihr Fazit: Ein mustergültiger Sommer, dessen Ende allerdings zu wünschen übrig ließ.



ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Einige Wochen, nachdem die Sonne den nördlichen Wendekreis am 21. Juni erreicht hatte und sich schon längst wieder auf den Weg zum Äquator befand, stiegen dann auch im Juli die Temperaturen in tropische Höhen. Das Maximum war allerdings erst während der sogenannten „Hundstage" im August zu verzeichnen, die damit ihrem Namen alle Ehre machten. Spitzenreiter auf der Temperaturskala war die Stadt Karlsruhe mit 36,9 Grad im Schatten.

Was der Tourist im vielgepriesenen sonnigen Süden noch gerne tolerieren mag, das gibt ihm zu Hause jedoch Anlaß zu *vielfältiger Nörgelei*: Meist ist es ihm zu heiß, zu trokken, zu feucht oder zu schwül. Dabei war der meteorologische Sommer 1986 im Vergleich zu den Vorjahren gerade 0,2 Grad wärmer, wenn man den Mittelwert sechs deutscher Städte zugrunde legt. Dabei kam es in den Städten Hamburg, Berlin, Mannheim, Essen, Stuttgart und München zu erheblichen Abweichungen der Monatsmitteltemperaturen. Bis auf den Süden der Bundesrepublik verzeichnete man eine positive Abweichung von bis zu 0,5 Grad, was einer Sonnenbilanz von 107 Prozent des Erfahrungswertes zu verdanken ist.

Die Kehrseite der vielen sonnigen Tage: der Niederschlag betrug bundesweit nur knapp 90 Prozent des Sollwertes, in manchen Orten lag er sogar bis zu 25 Prozent unter der Norm. Wenn es regnete, dann meist in Form von Gewittergüssen, die für heftige aber örtlich sehr unterschiedliche Niederschläge sorgten. *Bestes Beispiel dafür* war ein kräftige Schauer im Raum Karlsruhe, der innerhalb von sechs Stunden einen Spitzenwert von 67 Litern Regenwasser pro Quadratmeter erbrachte.

Was Temperatur- und Sonnenscheinwerte verschweigen, sagt die Zahl der Sommertage aus. An durchschnittlich 35 Sommertagen, und damit an zehn Tagen mehr als gewöhnlich, überstieg die Quecksilbersäule die 25-Grad-Marke. Ein Sommer also, der seinen Namen sichtlich zu Recht trug. Doch welchen Anteil an dieser Bilanz trägt der Monat August? Mit einer Monatsmitteltemperatur von 17,3 Grad wurde der Augustwert *exakt getroffen.* Dennoch gab es bei den einzelnen Stationen deutliche Abweichungen. Während es im Süden Deutschlands bis zu 0,8 Grad wärmer war, fehlten an der Nordsee 0,8 Grad zum Mittelwert.

Heftige lokale Niederschläge, verbunden mit Gewittern und Hagel prägten die erste Augusthälfte. In Frankreich und Italien verursachten in dieser Zeit Tornados große Sturmschäden. Die hochsommerliche aber schwüle Hitzewelle war indessen in der Rheinebene besonders ausgeprägt: Hier lag an 21 Tagen das Temperaturmaximum für die Bundesrepublik.

Das insgesamt unbeständige, aber warme Sommerwetter hielt trotz zahlreicher atlantischer Tiefausläufer noch bis zum letzten Monatsdrittel an. Ein Vorstoß subpolarer Kaltluft bis zu den Alpen beendete dann vorläufig den Sommer. Auf der Zugspitze fielen 14 cm Schnee, in Hamburg gingen die Temperaturen am *Boden auf frostverdächtige* 2 Grad zurück. Meteorologen nennen diese kräftigen Kaltluftvorstöße auch „Monsunwellen", um den deutlichen Windrichtungswechsel von südliche auf nördliche Richtungen zu charakterisieren. In der letzten Augustwoche erreichten die Tageshöchstwerte noch nicht einmal 20 Grad, in München lag das Tagesmaximum sogar unter 13 Grad.

Schuld an diesen mißratenen Sommerausklang war ein Orkantief, das sich aus dem Hurrikan „Charly" abgespalten hatte und sich über der Nordsee zu einem starken Zyklonwirbel entwickelte. Bis auf 0 Grad *am Boden sank in München das* Thermometer. In allen sechs Großstädten lag das monatliche Temperaturtief daher auch in der letzten Augustwoche.

Die Bilanz des Sonnenscheins war trotz der starken Bewölkung mit Werten zwischen 200 und 220 Stunden überall ausgeglichen. Benachteiligt war wieder einmal Essen. Hier schien die Sonne nur 173 Stunden in diesem Sommer. Damit wurde das Ruhrgebiet leider einmal mehr seinem schlechten (Wetter-)Ruf gerecht.

Den regenreichsten und zugleich sonnigsten August hatte Stuttgart. Mit 99,5 Millimeter Regenhöhe wurde das Monatssoll zu 113 Prozent übererfüllt. Andererseits registrierte der Heliograph, wie die seltsame Glaskugel zur Sonnenscheinmessung genannt wird, hier eine Gesamtsumme von 219 „sonnigen" Stunden. Wieder ein Beweis dafür, daß weder der Monat August, noch der ganze Sommer so schlecht waren, *wie man ihm* gerne nachsagen möchte.

Briefe an DIE WELT

DIE WELT, Godesberger Allee 99, Postfach 200 866, 5300 Bonn 2, Tel. 0228/30 41, Telex 8 85 714

Untaugliches Modell

„Ein neuer Patriotismus auf der Suche nach der Einheit"; WELT vom 28. August

Wenn der Hamburger Historiker Wolf-Dieter Gruner auf einer deutschlandpolitischen Tagung vorgeschlagen hat, den Deutschen Bund – sogar von einer „Verfassungsstruktur" her – als föderatives Modell einer deutschen Wiedervereinigung in Betracht zu ziehen, so vermag das nicht zu überzeugen.

Zu fragen wäre vielmehr, ob der angeblich verengte Blickwinkel auf das Bismarck-Reich dann nicht durch neue, folgenschwerere „Verengungen" ersetzt wird. Das von Bismarck initiierte Reich ist für uns innenpolitisch längst kein Vorbild mehr. Aber es war beileibe nicht so reaktionär strukturiert wie der Deutsche Bund. Es wurde von vielen Liberalen als Einlösung deutscher Einheitswünsche begrüßt. Dieses Reich ist dann trotz des Kulturkampfs auch von den deutschen Katholiken mitgetragen worden. Es war auch ein Rechtsstaat, der immerhin unter Mitarbeit noch heute namhafter Juristen das Bürgerliche Gesetzbuch hervorgebracht hat. Die Weimarer Republik stand in der staatlichen Kontinuität dieses föderativen Reichs, wie anders, aber ähnlich die Bundesrepublik auch in der Kontinuität Weimars steht.

Hingegen führt vom Deutschen Bund keine Kontinuitätslinie in unsere Gegenwart. Weit davon entfernt, nach innen ein moderner Staat und nach außen ein Stabilitätsfaktor zu sein, hat dieser lose Staatenbund sich immerhin dazu aufraffen können, die liberalen, nationalen, auch konfessionellen Bestrebungen nach staatsbürgerlicher Freiheit zu unterdrücken.

Soll etwa mit den kommunistischen Machthabern nach Analogie der Heiligen Allianz eine mitteleuropäische Föderation zur Niederhaltung freiheitlicher Bestrebungen und gegen die Zersetzung durch westliche Ideen gegründet werden? Soll das Eingriffsrecht ausländischer Fürsten im Deutschen Bund die ehrwürdige historische Patina für die Wiederbelebung überwundener Formen alliierter Besatzungsherrschaft liefern? Sollen Jalta und Potsdam durch Parallelisierung mit der Kongreßdiplomatie der Restauration Aufwertung erfahren?

Wir müssen unseren Staat auch in Zukunft auf demokratische Mehrheiten gründen. Dafür, folglich auch für ein in Freiheit wiedervereinigtes Deutschland, bietet der Deutsche Bund auch nicht den Schatten eines „Modells".

Prof. Dr. Winfried Becker,
Lehrstuhl für neuere und neueste Geschichte,
Universität Passau

Namen und Zeitgeist

„Da waren's deren neun"; WELT vom 22. August

Im Zusammenhang mit der Erhebung der österreichischen Stadt St. Pölten zur Landeshauptstadt von Niederösterreich sinniert „egw" über den namengebenden Heiligen nach und mokiert sich darüber, daß der Name Hippolyt „den Bewohnern so wenig einging, daß sie daraus den St. Pölten machten".

Solche Reaktion ist Frucht eines Zeitgeistes, der unter Vernachlässigung allen geschichtlichen Werdens Städte und Länder am liebsten in einer international verbindlichen amtlichen Schreibweise nennt (Sri Lanka statt Ceylon, Klaipeda statt Memel) und deshalb der Sprache keine Geschichte und keine regionale Abweichung zuerkennt.

Tönis (Tünnes) steht für Antonius, das fast gleichlautende Denis für Dionysius, Jürgen für Georg(ius), Sepp für Joseph, Stoffel für Christoph(orus), Hinnerk für Heinrich; Künzelsau weist auf Kunz, also K(u)onrad, hin.

Und nun gar das Ausland: Jaime, James, Giacomo, Jacques für Jacobus bzw. Chaim, Jiři und Juri für Georgius, Istvan und Etienne für Stephanus, Erszebet für Elisabeth, Imre, Améry, Amerigo (siehe Amerika) für Emmerich, Iwan, Sean, Jan, Jens, Juan, Giovanni für Johannes usw.

Ulrich Frhr. v. Heyl,
Lampertheim 1

Wort des Tages

„Politik ist, daß man Gottes Schritt durch die Weltgeschichte hört, dann zuspringt und versucht, einen Zipfel seines Mantels zu erhaschen."

Otto von Bismarck, (1815–1898)

Unverständlich

„Soldaten klagen in Karlsruhe"; WELT vom 3. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

mir ist als alter Soldat unverständlich, wie der Bundeswehrverband in Karlsruhe klagen will, um die 40-Stunden-Woche der Soldaten durchzusetzen.

Vergleicht sich der Bundeswehrverband schon mit den Gewerkschaften? Findet ein eventueller Abwehrkrieg, den Gott verhüten möge, demnächst im Saale statt? Ein Angreifer kann doch am Wochenende die Bun*desrepublik quer durchwandern, oh*nen einen Schuß abzugeben.

Mit freundlichen Grüßen
Hanns-Ritter Klippert,
Neubulach 3

Illusionen

„Genscher lobt den Kreml und spricht von Partnern"; WELT vom 1. September

Sehr geehrte Damen und Herren,

was soll man noch von einem Außenminister halten, der offensichtlich wirklich glaubt, daß *es nicht das Ziel* der UdSSR sei, die Bundesrepublik Deutschland von ihren Verbündeten beiderseits des Atlantiks zu trennen? Wenn er die diesbezüglichen Aussagen Gorbatschows für bare Münze nimmt, dann bestätigt er damit nur, daß er seine eigenen Illusionen für die Wirklichkeit hält.

Eine Koalition mit diesem Außenminister für weitere vier Jahre? Nein, danke. Mit dieser Außenpolitik dauert es vielleicht ein wenig länger als mit der SPD und den Grünen, am Ende ist jedoch die Freiheit so oder so verloren.

Was soll man da noch wählen? Den heutigen Bundestagsparteien kann man nur noch ins Stammbuch schreiben: „Ihr seid aus nichts, und euer Tun ist auch aus nichts, und euch wählen ist ein Greuel." (Jesaja 41, Vers 24)

Mit freundlichen Grüßen
Hans-Georg Schulze,
Köln 90

*

„Realitätssinn"; WELT vom 29. August

Sehr geehrter Herr Ströhm,

Ihre Ausführungen schließen: „Wer kann schon wissen, wohin Genschers Reise geht." Das fragen sich auch immer mehr besorgte Bürger!

Vielleicht sollte sich der Kanzler diese Frage einmal stellen. Nur steckt er in der unangenehmen Situation, sich in eine Lage manövriert zu haben, die reichlich ausweglos ist. Die Frage: „Wohin geht die Reise?" ist mehr als berechtigt, wenn man bedenkt:

1. Genschers kontinuierliche Ostpolitik,
2. seine Haltung betreffend Südafrika,
3. Millionen an das kommunistische Nicaragua,
4. sein „Nein" zur wirksamen Bekämpfung der „Asylanten",
5. sein „Nein" zur Änderung der skandalösen Scheidungsgesetze,
6. seine Ablehnung eines Verbots der Vermummung.

Diese Liste läßt sich beliebig verlängern.

Ruth Doepper,
Celle

Einseitigkeit

„Botha: Es gibt keinen Bürgerkrieg"; WELT vom 3. September

Die 150 Arbeitnehmervertreter des weltweiten VW-Konzerns fordern die Freilassung aller politischen Gefangenen und die Lohnfortzahlung für Verhaftete in Südafrika. Bedauerlich ist, daß das politische Gewissen dieser Arbeitnehmervertreter so einseitig auf eines der reichsten Länder Afrikas ausgerichtet ist, in dem die Schwarzen mehr Freiheiten haben als in fast allen anderen Ländern Afrikas.

Die Freiheit für „politische Gefangene" wie zum Beispiel Nelson Mandela zu fordern ist makaber. 1962 wurde er auf der Rivonia-Farm außerhalb von Johannesburg ertappt mit 210 000 Handgranaten, 48 000 Landminen und 50 Tonnen Sprengstoff. Er fordert noch heute den Einsatz von Gewalt, ebenso wie seine Ehefrau.

Wenn sich die Damen und Herren Arbeitnehmervertreter von VW für wirkliche politische Gefangene einsetzen wollen, seien Sie zum Beispiel auf die ca. 5000 unschuldig inhaftierten Menschen in der DDR und Ost-Berlin verwiesen. Von denen hat kei*ner Gewalt* angewendet *oder propa*giert. Warum schweigen die VW-Leute hierzu?

Dr. Wulf Rothenbächer,
Diez

Zweierlei Maß

In den Nachrichten wird all das verschwiegen, was während der letzten Jahre an grundlegenden Reformen in Südafrika stattgefunden hat. Daß dies eine Repräsentanz der schwarzen Bevölkerungsgruppen auf Regierungsebene in Kürze zur Folge haben wird, ignoriert man.

Es war vorauszusehen, daß der Verhängung des Ausnahmezustandes in Südafrika ein Aufschrei der Medien folgen würde. Verwunderlich ist nur, daß eine solche Reaktion fern bleibt aufgrund des Ausnahmezustandes, der in Zimbabwe seit 1980 und in Sambia seit 1964 beständig erneuert wird.

Dieter Hesse,
Windhoek

Personen

WAHL

Der Vorsitzende des Vorstandes der Degussa AG in Frankfurt am Main, **Gert Becker**, ist zum neuen Schatzmeister des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft gewählt worden. Er tritt die Nachfolge von Dr. **Walther Casper** an, der nach sieben Jahren erfolgreicher Tätigkeit auf eigenen Wunsch aus dem Amt ausscheidet. Gert Becker gehört seit 1978 dem Landeskuratorium Hessen im Stifterverband für die Deutsche Wissenschaft an.

UNIVERSITÄT

Dr. **Horst Weisser**, Akademischer Oberrat am Institut für Lebensmittel-Verfahrenstechnik der Karlsruher Universität, hat einen Ruf auf den Lehrstuhl für Brauerei-Anlagen und Lebensmittel-Verpackungstechnik der Technischen Universität München erhalten. Dr. Weisser soll die Nachfolge des im Oktober 1983 tödlich verunglückten Professor **Frank Berg** antreten.

GEBURTSTAG

Seine Prägung erhielt er in der Bekennenden Kirche durch ein Opfer des nationalsozialistischen Regimes: Dietrich Bonhoeffer. Der in Oberschlesien geborene Bischof **Albrecht Schönherr** vollendet am 11. September das 75. Lebensjahr. Mit



Albrecht Schönherr

seinem Namen ist eine Kirchenpolitik verbunden, die dem Evangelischen Kirchenbund in der „DDR" *begrenzten Freiraum gewinnen* konnte. Nach der vom SED-Staat erzwungenen Trennung der acht evangelischen Landeskirchen von der Evangelischen Kirche in Deutschland (EKD) 1969 war Schönherr wegweisend für die Protestanten in der atheistischen Umwelt Mitteldeutschlands. Der Theologe hat in Tübingen und Berlin studiert und von 1951 bis 1962 das Predigerseminar in Brandenburg geleitet. Nach der Aussperrung des in West-Berlin residierenden Bischofs **Kurt Scharf** durch die Ostberliner Behörden wurde er 1967 mit der Verwaltung des Bischofsamtes für die Ostregion in Berlin-Brandenburg betraut. Die Ernennung zum Bischof erfolgte 1972. Dieses Amt hatte er bis zum 30. September 1981 inne.

BUCHPREMIERE

Ein Buch, das mit Spannung in Bonn erwartet wurde, hat der frühere Bundesminister Dr. **Rainer Barzel** geschrieben und in der Bundeshauptstadt vorgestellt. Sein Titel: „Im Streit und umstritten". Der Untertitel lautet: „Anmerkungen zu Adenauer, Erhard und den Ostverträgen". Ullstein hat das Buch auf den Markt gebracht. „Man kann Indiskretionen erst begehen, wenn man nicht mehr im politischen Geschäft ist", so der Autor gestern bei der Buchpremiere in der Berlin-Vertretung. In den zum Teil bisher unveröffentlichten Dokumenten und persönlichen Aufzeichnungen aus seiner Zeit als Fraktions- und später auch als Parteivorsitzender der CDU ist ein Brief von Konrad Adenauer von besonderem Interesse. Am 29. Oktober 1966 schrieb dieser an Barzel: „Ich würde es sehr begrüßen, wenn Sie Bundeskanzler würden und wenn die bisherige Koalition fortgesetzt würde." Adenauer wollte damals nicht nur Erhard loswerden, sondern suchte wohl in Barzel den Mann, der die Große Koalition, die dann am 1. Dezember kam, noch hätte verhindern können.

KIRCHE

Der Leiter der deutschsprachigen Abteilung im Vatikanischen Staatssekretariat, Prälat Dr. **Erwin Ender**, ist im Rahmen seiner diplomatischen Laufbahn zum Nuntiaturrat befördert worden. Der am 7. September 1937 in Steingrund (Grafschaft Glatz) geborene Priester gehört der deutschen Diözese Münster an. Seit 1970 arbeitet er in der deutschen Abteilung des Päpstlichen Staatssekretariats. Der Rang des Nuntiaturrates entspricht dem des *Botschaftsrates im weltlichen diplomatischen Dienst.*

EHRUNG

Die Deutsche Gesellschaft für Photographie und die Stadt Köln haben sechs deutsche Kameraleute mit dem Deutschen Kamerapreis Köln 1986 ausgezeichnet. **Jörg Seidl** erhielt den aus einem Kristallobelisken bestehenden Preis in der Kategorie Kino-Spielfilm („Kaminsky"), **Jürgen Jürges** für das Fernsehspiel „Die Wupper", **Rüdiger Laske** für den dokumentarischen Spielfilm „Sam Spade jagt den Malteser Falken" und **Carl F. Hutterer** für den Dokumentarfilm „Stan Rivkin, der letzte Kopfgeldjäger".

MILITÄR

Generaloberstabsarzt Dr. Hansjoachim Linde, Inspekteur des Sanitäts- und Gesundheitswesens der Bundeswehr, wird von Bundesverteidigungsminister Dr. **Manfred Wörner** am 26. September mit einem Großen Zapfenstreich auf der Bonner Hardthöhe in den Ruhestand



Hansjoachim Linde

verabschiedet. Zu dem Empfang, den der Minister vorher gibt, werden führende Vertreter aus Politik, der NATO, der Bundeswehr und der Ärzteschaft erwartet. Lindes Nachfolger im Amt des Inspekteurs ist Generalstabsarzt Dr. **Claus Günter Voss**, sein bisheriger Vertreter.

GESTORBEN

Der Schweizer Komponist **Armin Schibler** ist am Sonntag in Zürich im Alter von 65 Jahren gestorben. Schibler, 1920 in Kreuzlingen geboren, hatte in Zürich und London studiert, wo er sich Benjamin Britten und Michael Tippett anschloß. Der gemäßigte Zwölftöner und fesselnde Rhythmiker hinterläßt Sinfonien aus den Jahren 1947, 1954 und 1957, eine Orchesterpassacaglia (1950), sinfonische Variationen (1950), die „Rhythmischen Metamorphosen" (1956), ein Violinkonzert (1960), das Konzert für Schlagzeug (1961) sowie Kammermusik und Klavierwerke. 1958 verfaßte er die Ballettoper „Das Jubiläumsbett", weitere Ballette und Opern („Der Raub des Feuers", „Der spanische Rosenstock", „Der Teufel im Winterpalais", „Blackwood und Co.") entstanden in den fünfziger und sechziger Jahren. Schibler hat mehrere Schriften zur modernen Musik und Oper verfaßt.

Ehmke sieht den Gipfel in Gefahr

rmc. **Bonn**

Nach Gesprächen mit hochrangigen Politikern der Administration und des Kongresses in Washington stellte der stellvertretende Vorsitzende der SPD-Bundestagsfraktion, Horst Ehmke, gestern vor Journalisten fest, die Affäre um den US-Journalisten Daniloff könne letztlich das Zustandekommen des amerikanisch-sowjetischen Gipfeltreffens vereiteln. Ehmke, der gemeinsam mit dem früheren Berliner Bürgermeister Dietrich Stobbe und dem Berater des SPD-Kanzlerkandidaten, Bodo Hombach, in Washington die Beschlüsse des Nürnberger Parteitages zur Sicherheitspolitik erläutert hatte, sagte in Bonn, die Sowjetunion müsse einsehen, daß sie nicht einerseits den „Fall Daniloff spielen" und andererseits doch auf die Begegnung zwischen Reagan und Gorbatschow hoffen könne. Stobbe fügte hinzu, für die USA sei die Behandlung Daniloffs, von dem Moskau behauptet, er sei als Spion tätig gewesen, nicht hinnehmbar. Es sei denkbar, daß die US-Regierung unter sehr starken Druck der amerikanischen Öffentlichkeit gerate, wenn Daniloff nicht freikomme.

Ehmke meinte, es sei gelungen, in Washington „Mißverständnisse und Mißinterpretationen" über den sicherheitspolitischen Kurs der SPD nach Nürnberg auszuräumen. Er zeigte sich erfreut darüber, daß für ihn und Stobbe die wichtigsten Politiker und Beamte trotz der intensiven Vorbereitungsarbeiten für das Gipfeltreffen Zeit gehabt hätten. Im Grundsätzlichen sei mit ihnen Einvernehmen darüber erzielt worden, daß es gemeinsames Interesse der USA und der Deutschen sein müsse zu verhindern, „die europäische Küste unter anderer Leute Kontrolle fallen zu lassen".

USA sprechen von einem Affront Gorbatschows

„Fall Daniloff" eskaliert / Festhalten an Gipfel-Vorbereitung

wth. **Washington**

Die Entscheidung des Kreml, den „Fall Daniloff" eskalieren zu lassen und den amerikanischen Korrespondenten in Moskau formell der Spionage anzuklagen, hat in Washington ernste Sorge um das geplante Gipfeltreffen zwischen Ronald Reagan und Michail Gorbatschow ausgelöst. „Wir betrachten die Angelegenheit als sehr, sehr ernst", erklärte Larry Speakes, der Sprecher des Weißen Hauses.

Die Anklageerhebung wegen Spionage ist indirekt zugleich ein deutlicher Affront gegen Präsident Reagan, der sich am Freitag in einem Brief an Gorbatschow persönlich dafür verbürgt hatte, daß Daniloff kein Spion sei. Eine direkte Antwort Gorbatschows auf das Schreiben Reagans steht noch aus.

Professor David Pipes von der Harvard Universität, der einige Zeit als Berater Reagans in sowjetischen Fragen im Weißen Haus diente, erklärte: „Nachdem sie Reagans Erklärung ignoriert haben, habe ich Schwierigkeiten, mir vorzustellen, wie ein Gipfeltreffen über die Bühne gehen kann."

Neue Prioritäten

Dennoch bemüht man sich im Weißen Haus und im State Department, die sowjetischen Eskalationen im „Fall Daniloff" nicht mit dem Abbruch der Gipfelvorbereitungen zu beantworten. Zur Stunde ist die Reagan-Administration noch entschlossen, das Treffen der beiden Außenminister Shultz und Schewardnadse am 19. und 20. September wie geplant in Washington über die Bühne gehen zu lassen. Man plant jedoch, den „Fall Daniloff" zum Top-Thema dieses Treffens zu machen. Eigentlich sollen bei dieser Begegnung nur die Tagesordnung und der genaue Termin des Gipfeltreffens ausgehandelt werden.

Man rechnet in Washington damit, daß das State Department die sowjetische Verschärfung des „Falles Daniloff" in Kürze mit Gegenmaßnahmen außerhalb des Bereichs des Gipfelumfeldes beantworten wird, beispielsweise mit Restriktionen im Kulturaustausch. Ob sie ausreichen werden, die zunehmend zorniger werdenden Reaktionen der amerikanischen Öffentlichkeit und der Medien zu besänftigen, muß jedoch bezweifelt werden.

Revanche-Strategie

Im amerikanischen Außenministerium versteht man die Entscheidung des Kreml, Anklage wegen Spionage gegen Daniloff zu erheben, als ein deutliches Zeichen dafür, daß die Sowjets entschlossen sind, diese Affäre mit strikter Revanche-Strategie zu handhaben. Man sieht deshalb einen Zusammenhang zwischen dieser jüngsten Eskalation und der Tatsache, daß der sowjetische UN-Beamte Sacharow heute in New York unter Spionageanklage gestellt wird. Das würde bedeuten, daß die Sowjets offenbar nur einen direkten Austausch von Daniloff und Sacharow als Lösungsmöglichkeiten betrachten. Das aber ist von amerikanischer Seite bisher strikt abgelehnt worden.

Der sowjetische UN-Beamte war Mitte April in New York verhaftet worden, als er einem angeblichen Informanten 1000 Dollar zahlte. Der amerikanische Journalist Daniloff war am 30. August in Moskau vom KGB verhaftet worden, als ein sowjetischer Bürger ihm einen Briefumschlag aushändigte, der angeblich Geheimdokumente enthielt.

Vetter: Ich stehe Ausschuß zur Verfügung

p. p. **Bonn**

Der ehemalige DGB-Vorsitzende und heutige Europa-Abgeordnete Heinz Oskar Vetter hat sich gestern gegen den Vorwurf verwahrt, er sei dafür verantwortlich, daß der Bonner Neue Heimat-Untersuchungsausschuß ihn bisher nicht als Zeugen vernehmen konnte. In parallel zu einem gleichlautenden Einschreibbrief abgesandten Fernschreiben an den Ausschuß-Vorsitzenden Heinz-Günther Hüsch sprach Vetter davon, daß „Sie wissen, daß mit dieser Behauptung die Tatsachen geradezu auf den Kopf gestellt werden".

Vetter erinnerte Hüsch an den tatsächlichen Zeitablauf: „Bereits im Juli ist auf Ihre Veranlassung mit mir verbindlich der 8. September 1986, 14 Uhr als Anhörungstermin vereinbart worden. Am 26. August 1986 haben Sie meinem Büro durch den Ausschußsekretär Landau mitteilen lassen, der Termin müsse verschoben werden, weil ‚einige Ausschußmitglieder aufgrund von Fraktionssitzungen verhindert' seien. Wie ich nunmehr erfahre, haben Sie unmittelbar anschließend auf den gleichen Tag den ehemaligen Betriebsratsvorsitzenden Klaus-Otto Cordua als Zeugen vor den Ausschuß geladen. Anschließend haben Sie mit mir den 8. Oktober als Anhörungstermin vereinbart. Wenig später haben Sie diesen Termin durch das Ausschußsekretariat auf den 9. Oktober 1986 verlegen lassen."

Mit „freundlichen Grüßen" merkt Vetter in dem Brief abschließend an, daß „damit feststeht, daß der nunmehr in der Öffentlichkeit erweckte Eindruck, die Ursachen für die Terminverlegungen lägen bei mir, eindeutig falsch ist". Er fordert Hüsch dazu auf, „dies auch der Öffentlichkeit gegenüber unmißverständlich klarzustellen".

Cattenom kann wie geplant ans Netz gehen

UR. **Bonn**

Der Versuch der saarländischen Landesregierung, die Inbetriebnahme des Kernkraftwerks Cattenom zu verhindern, ist vorerst gescheitert. Das Verwaltungsgericht in Straßburg wies die Klage des Saarlandes und einiger saarländischer, rheinland-pfälzischer und luxemburgischer Gemeinden auf eine einstweilige Anordnung ab, mit der die Inbetriebnahme bis zur Hauptverhandlung in ein bis zwei Jahren ausgesetzt werden sollte. Der erste Block des Kraftwerks kann damit, wie geplant, am 11. November ans Netz gehen.

In Saarbrücken wurde die Entscheidung des Gerichts „mit Bedauern" registriert. Und auch das Mainzer Umweltministerium verwies darauf, daß der französische Staatskommissar während der Verhandlungen immerhin gravierende formale Fehler eingeräumt hatte und als Vertreter der Regierung in Paris für die Aussetzung der Betriebsgenehmigung plädiert hatte. 1976 wurde in Cattenom ein Kraftwerk mit zwei Blöcken je 1300 und zwei Blöcken je 900 Megawatt genehmigt. Gebaut wurden dann aber vier Blöcke à 1300 Watt. Damit liegt für zwei Blöcke de facto keine Betriebsgenehmigung vor.

Grundsätzlich sieht sich die CDU-Landesregierung allerdings in ihrer Strategie, zu verhandeln statt zu klagen, bestätigt. Jetzt müßten die Gespräche intensiviert werden. Die französische Seite müsse den Wassereinbruch vom 23. August noch einmal sorgfältig unter Sicherheitsaspekten prüfen und Zusagen über die Einhaltung von niedrigeren Grenzwerten, als sie die Genehmigung erlauben, völkerrechtlich verbindlich erklären. Eine Forderung, die die Bundesregierung nicht mitträgt. Mainz appellierte an das Saarland, auf den Verhandlungsweg zurückzukehren und Bonn dabei stärker zu unterstützen.

Terrorwelle führt weltweit zu Konsequenzen

Ost-Berlin verstärkte seine Überwachung bereits vor Anschlägen

WERNER KAHL, **Berlin**

Uniformierte Ostberliner Polizisten und zivile Aufpasser des „DDR"-Staatssicherheitsdienstes waren bereits vor der neuen terroristischen Anschlagswelle im westlichen Ausland vor den arabischen diplomatischen Missionen im Berliner Sowjetsektor verstärkt auf Posten gezogen. Die Ostberliner Führung hatte vermutlich von ihren Agenten im Nahen Osten Vorwarnungen von zu erwartenden Attentaten erhalten. Dem Ministerium für Staatssicherheit (MfS) dürfte es ebensowenig wie westlichen Nachrichtendiensten entgangen sein, daß in den letzten Tagen aus Terrorzentralen Kommandos auf Reisen geschickt worden waren, deren Zielorte jedoch zumindest für westliche Beobachter unbekannt blieben.

Die Ostberliner Führung hat offensichtlich seit einiger Zeit angeordnet, besonders auf Vorgänge im libyschen „Volksbüro", der Botschaft im Stadtteil Karlshorst unweit vom sowjetischen Hauptquartier, zu achten. Dort war es bereits im Frühjahr im Gebäude der Mission während hitziger Diskussionen über die Aufgabe des „Volksbüros" im „revolutionären Kampf" zu Schießereien gekommen. Unbekannte hatten ferner in der Nacht vom 1. zum 2. Mai in der Nähe der Ostberliner Botschaft Libyens einen früheren libyschen Diplomaten erschossen, der an der Freien Universität in West-Berlin an seiner Promotion arbeitete. Seine Ermordung wurde von den „DDR"-Medien verschwiegen. Als Todesursache schrieb der Ostberliner Leichenbeschauer auf den Totenschein lediglich „zerstörtes Gehirngewebe".

Auch in der Botschaft Syriens war es bei Auseinandersetzungen zwischen syrischen Geheimdienstbeauftragten und Diplomaten zu Schießereien gekommen. Am stärksten scheint der Staatssicherheitsdienst die PLO-Vertretung unter Kontrolle zu haben.

Am innerstädtischen Ausländerübergang „Checkpoint Charlie" werden libysche Diplomaten nach wie vor an der Fahrt in die Westsektoren gehindert und zurückgewiesen. Das Verbot wurde als Folge des Bombenanschlages Anfang April auf die Diskothek „La Belle" gegen rund 30 Libyer, die in Ost-Berlin akkredidiert waren, erlassen. Aus der Besorgnis, die eigenen Sicherheitsbehörden könnten die Kontrolle über Palästinenser, Syrer und Libyer verlieren, soll auch die „DDR"-Führung auf eine Beachtung der diplomatischen Regeln gedrungen haben.

Sharon versöhnt sich mit Peres

dpa/AP, **Jerusalem**

Die israelische Regierung hat ihre Entschlossenheit bekräftigt, die Verantwortlichen für den Terroranschlag in Istanbul ausfindig zu machen und zur Rechenschaft zu ziehen. Ein Selbstmordkommando hatte sich als Touristen verkleidet in eine Synagoge eingeschlichen und 22 Menschen sowie anschließend sich selbst erschossen. „Wir müssen die Verantwortlichen finden und wir müssen die Terroristen unerbittlich bekämpfen, wo immer sie sich aufhalten", sagte Verteidigungsminister Rabin gestern. Der Grad der Brutalität deute auf palästinensische Kreise hin.

Bei der Suche nach Hintermännern hat die türkische Polizei 36 Personen festgenommen, darunter sieben Palästinenser, vier Iraner, einen Syrer, einen Iraker sowie vier Araber, deren Staatszugehörogkeit nicht mitgeteilt wurde.

Unterdessen ist die israelische Regierungkrise, die durch Äußerungen des Industrie- und Handelsministers Sharon entstanden war, beigelegt worden. Sharon, der eine Verbindung zwischen der „weichen Politik" von Ministerpräsident Peres und dem Anschlag gezogen hatte, hat sich schriftlich bei Peres entschuldigt. Ein Grund für das Einlenken dürfte die für Oktober fällige Übertragung des Amtes des Ministerpräsidenten an Außenminister Shamir sein.

Luftpiraten droht der Tod

dpa/AFP, **Karatschi**

Die Luftpiraten, die am Freitag auf dem pakistanischen Flughafen Karatschi eine PanAm-Maschine mit 384 Passagieren an Bord gekapert hatten, sollen nicht an die USA ausgeliefert werden. Der pakistanische Präsident Ziaul Haq teilte mit, die Terroristen würden in Pakistan vor Gericht gestellt. Dort drohe ihenen der Tod durch den Strang. Es hätten sich bisher keine Anhaltspunkte dafür ergeben, daß die vier Palästinenser in Verbindung mit der Regierung eines anderen Landes gestanden hätten. Es sei außerdem noch nicht geklärt, warum sie den Anschlag auf pakistanischem Gebiet begangen hätten.

Zuvor hatte ein amerikanischer Bundesrichter Haftbefehle ausgestellt, um sicherzustellen, daß die Terroristen in den USA vor Gericht gestellt werden können. Im Verlauf der Kaperung der Maschine und ihrer Befreiung waren 18 Menschen getötet und etwa 106 verletzt worden. Ein kleiner Junge konnte bisher nicht identifiziert werden. 32 verletzte Passagiere werden noch in Krankenhäusern behandelt. Einige von ihnen schweben weiterhin in Lebensgefahr.

Einen Einsatzbefehl für die amerikanische Spezialeinheit „Delta Force" hatten Beamte im Weißen Haus aus politischen Gründen zurückgehalten, berichtete jetzt das Magazin „Newsweek".

Anschlag auf den Philippinen

dpa, **Manila**

Bei der Explosion einer Handgranate in einer während eines Hochzeitsgottesdienstes mit 500 Personen besetzten Kirche auf den Philippinen sind mindestens zehn Menschen ums Leben gekommen. 96 weitere Personen wurden verletzt in Krankenhäuser gebracht. Nach offiziellen Angaben haben moslemische Rebellen den Anschlag auf die katholische Kirche in der Stadt Salvador, rund 800 Kilometer südlich von Manila, verübt.

Der Anschlag folgte zwei Tage nachdem sich die philippinische Präsidentin Corazon Aquino und der moslemische Rebellenführer Nur Misuari darauf geeinigt hatten, umfassende Friedensverhandlungen über die Beilegung der seit 14 Jahren dauernden Rebellion zu führen.

Polens Bischöfe: Amnestie für alle

dpa, **Warschau**

Die Bischöfe der katholischen Kirche in Polen hoffen, daß im Rahmen der jüngsten Amnestie „alle politischen Häftlinge" freigelassen werden. In einem Kommuniqué, das gestern in Warschau nach Abschluß einer zweitägigen Bischofskonferenz in Tarnow veröffentlicht wurde, fordert der polnische Episkopat „solche gesellschaftlichen und rechtlichen Lösungen, die keine politische Diskriminierung zulassen", damit Polen „dauerhaft" ein Land ohne politische Gefangenen bleibe.

„Damit ein jeder Bürger ohne Verzicht auf seine gerechten Überzeugungen und in Übereinstimmung mit seinem Gewissen am gesellschaftlichen und öffentlichen Leben teilnehmen kann, ist es notwendig, die in der der Verfasssung garantierten Bürgerrechte zu achten", fordern die Bischöfe. Kein Bürger und keine gesellschaftliche Gruppe dürften wegen ihres Glaubens, ihrer Weltanschauung oder ihrer Überzeugungen diskriminiert werden. Erst dann könne man hoffen, daß die aus den Gefängnissen freigelassenen Menschen „aktiv an dem Leben des Landes teilnehmen", wie es in dem Amnestiegesetz gewünscht wird. Im Rahmen der jüngsten Amnestie wurden bisher über 100 der offiziell mit 189 Menschen angegebenen politischen Häftlinge freigelassen.

Rom fragt in Tripolis an

E. ANTONAROS, **Rom**

Als der amerikanische Flugzeugträger „Forrestal" während der PanAm-Flugzeugkaperung mit unbekanntem Ziel Neapel verließ, befürchteten Roms Politiker, daß ein amerikanischer Vergeltungsschlag gegen Libyen bevorsteht.

Roms Außenministerium bemühte sich um eine Entschärfung der schwelenden Krise. Nach einem Gespräch mit Ministerpräsident Craxi beauftragte der christdemokratische Außenminister Andreotti, dem eine große Araberfreundlichkeit nachgesagt wird, den italienischen Botschafter in Tripolis, von den Libyern eine klare Antwort darüber zu holen, ob sie mit der Entführung etwas zu tun hätten.

Daraufhin ließ Tripolis verlauten, daß es „jede Art von Terrorismus" verurteile. Die Italiener, die den libyschen Angriff auf die weit südlich liegende Klein-Insel Lampedusa im vergangenen April noch frisch in Erinnerung haben, glauben, durch ihre diplomatische Aktionen die Krise entschärft zu haben.

Verteidigungsminister Spadolini, der bekanntlich eine stärkere Anlehnung an Amerika befürwortet und von Andreottis pro-arabischen „Extra-Touren" nicht viel hält, sagte zwar, er trage die Entscheidung Andreottis mit. Seine Formulierungen ließen allerdings deutlich erkennen, daß er nicht hundertprozentig einverstanden war. Durch Indiskretionen aus seinem Ministerium hatte die Öffentlichkeit auch erfahren, daß die in verschiedenen süditalienischen Luftstützpunkten stationierten Bomber Anweisungen erhalten haben sollen, im Ernstfall bestimmte libysche Ziele zu bombardieren. (SAD)

Chinesen machen Bomben-Geschäfte

JOCHEN HEHN, **Hongkong**

Sie sind leicht zu handhaben, kampferprobt und dazu viel billiger als die der Konkurrenz: Waffen made in China haben sich zu einer begehrten Ware auf den internationalen Märkten entwickelt. Vor allem in der Dritten Welt sind die Chinesen blendend ins Geschäft gekommen.

Die Aktivitäten Chinas auf dem internationalen Waffenmarkt sind vor allem im chronischen Devisenmangel begründet. Sie sollen das Geld einbringen, das benötigt wird, um teure westliche Technologie für das umfangreiche Modernisierungsprogramm des Landes zu importieren und die Umstellung der Volksbefreiungsarmee von einer Massenarmee zu einer schlagkräftigen Streitmacht mit modernster Rüstung zu finanzieren.

Der erste Vorstoß Pekings auf den internationalen Markt geht auf Oktober 1984 zurück, als bei einer Waffenausstellung in Griechenland erstmals militärische Produkte aus China angepriesen wurden. Seitdem finden sich Verkaufswerbungen in den meisten einschlägigen Fachzeitschriften.

Das Angebot der Chinesen ist reichhaltig. Von leichten Waffen angefangen bis zu Panzern, Abfangjägern und Patrouillenbooten ist alles zu haben. So werden zum Beispiel die neu entwickelten chinesischen Maschinenpistolen nur zu einem Viertel des Preises angeboten, den das entsprechende amerikanische Modell kostet. Und der F-7-Jäger, eine verbesserte Version der sowjetischen MiG-23, kostet nur ein Zehntel vergleichbarer westlicher Modelle. Was Wunder, daß chinesische Waffen weltweit reißenden Absatz finden.

Westliche Militärexperten sind der Meinung, daß China mittlerweile einer der größten Waffenlieferanten der Dritten Welt ist. Obwohl offizielle Statistiken fehlen, ist bekannt, daß Pakistan, Ägypten und Nordkorea zu den Hauptkunden Pekings zählen. Angeblich soll auch das seit fast sieben Jahren mit Irak im Krieg liegende Iran zu den Abnehmern chinesischer Waffen gehören. Dies wird von den Chinesen jedoch dementiert. Die „Washington Post" schrieb, China sei heute der größte Waffenlieferant des Khomeini-Regimes.

Die Sorgen im Tabakwaren-Fachhandel halten an. Die öffentliche Diskussion um Rauchen und Gesundheit, fehlende Innovationen bei Raucherbedarfsartikeln sowie die als zu gering bezeichnete Gewinnmarge im Zigarettenverkauf gestalten das Geschäft rund um den „blauen Dunst" als sehr schwierig. (Seite 11)

FOTO: SVEN SIMON

FÜR DEN ANLEGER

Zanders: Zu 240 DM je 50-DM-Aktie bietet die Zanders Feinpapiere AG, Bergisch Gladbach, den Aktionären neue stimmrechtslose Vorzugsaktien im Verhältnis 4:1 an. Sie sind für das Geschäftsjahr 1986 voll gewinnberechtigt.

Liquidität: Für ein auslaufendes Wertpapierpensionsgeschäft über 10,1 Mrd. DM bietet die Bundesbank dem Kreditgewerbe eine Anschlußfinanzierung zum unveränderten Festzins von 4,35 Prozent an.

Lockerung: Japan lockert den Kapitalexport weiter; die Post-Lebensversicherung darf unbegrenzt ausländische Wertpapiere kaufen.

WELT-Aktien-Indizes: Gesamt: 285,86 (289,55); Chemie: 169,33 (170,40); Elektro: 333,58 (337,54); Auto: 763,57(771,33); Maschinenbau: 151,09 (152,87); Versorgung: 164,66 (167,12); Banken: 426,54 (433,66); Warenhäuser: 174,09 (177,08); Bauwirtschaft: 547,22 (545,19); Konsumgüter: 187,51 (189,70); Versicherung: 1515,64 (1541,83); Stahl: 158,92 (164,83).

Kursgewinner:	DM	+ %
Kali + Salz	318,50	33,3
Barlow Rd.	10,75	9,69
Kawasaki Kisen	3,00	9,09
AAC South Afr.	33,80	7,64
Amax	32,50	6,56

Kursverlierer:	DM	– %
Kraft Rheinf.	270,00	12,9
Hussel	590,00	7,81
Leifheit	518,00	7,00
Fiat NA Vz.	14,00	5,72
Bertelsmann	218,50	5,00

(Frankfurter Werte)

Nachbörse: Schwach

UNTERNEHMEN & BRANCHEN

Mannesmann: Über die vorzeitige Pensionierung von 2200 Beschäftigten der Röhrenwerke wird die Bundesanstalt für Arbeit morgen entscheiden.

Shell: Der Mineralölkonzern bietet den Autofahrern jetzt die Möglichkeit, sich die Verträglichkeit von unverbleitem Kraftstoff für ihr Fahrzeug bestätigen zu lassen. Es wird garantiert, daß durch die Verwendung von bleifreiem Benzin keine Schäden auftreten. (S. 11)

Nissan: Die britische Premierministerin Thatcher hat das neue Werk des japanischen Automobilherstellers in Washington nahe Newcastle im Nordosten Englands eingeweiht. (S. 10)

WELTWIRTSCHAFT

Lob: US-Finanzminister Baker (Foto) hat erneut die Notwendigkeit betont, daß die US-Handelspartner wirtschaftliche Ankurbelungsmaßnahmen ergreifen müßten. Dies sei in einigen Ländern bereits geschehen. Baker würdigte besonders *die Steuerreformbestrebungen* der Bundesregierung, die er als wachstumsfördernd bezeichnete.



Minister-Treffen: Die stellvertretenden Finanzminister der fünf großen Industrienationen haben in Paris getagt. Das Treffen diente der Vorbereitung der Jahrestagung des Internationalen Währungsfonds am 30. September in *Washington*.

Öl: Die Weltproduktion wird im dritten Quartal mit 48,7 Mill. Barrel täglich den Verbrauch von 46,1 Mill. Barrel weiterhin beträchtlich übersteigen, ergibt eine Studie der Internationalen Energieagentur (IEA).

Dritte Welt: Staatliche Eingriffe in allen Wirtschaftsbereichen blockieren nach einer Studie des Instituts der deutschen Wirtschaft (IW) in Köln in vielen Ländern der Dritten Welt die vorhandenen Wachstumschancen. Mit mehr Marktwirtschaft könnten die Produktivkräfte besser genutzt und das Wachstum angekurbelt werden. (S. 10)

Europäische Spotpreise für Mineralölprodukte (fob ARA/Dollar/t)

Produkt	5. 9. 86	4. 9. 86	1. 7. 86	1. 8. 85	1973
Superbenzin 0,15 g Bleigehalt	205,50	206,50	165,00	286,00	97,00
Diesel (EG-Material)	134,50	132,00	104,00	226,00	84,00
Heizöl 3,5 % S	75,50	74,50	73,50	139,00	29,00

MÄRKTE & POLITIK

Patronat: Der Präsident des nationalen Unternehmerverbandes (CNPF), Yvon Gattaz, hat der neuen französischen Wirtschaftspolitik großes Lob gezollt. (S. 10)

Arbeitsmarkt: Ingenieure sind die Nutznießer des anhaltenden Aufschwungs. Besonders gefragt sind Spezialisten für Mikroprozessortechnik, Automation und Datenverarbeitung. (S. 12)

Gehälter: Durch Aktienoptionen, die ihre Firmen ihnen als Leistungsanreiz gewähren, kommen Top-Manager in den USA auf Einkommen, von denen ihre deutschen Kollegen nur träumen können. (S. 12)

NAMEN



Nachfolger: Der Vorstandsvorsitzende der Degussa AG, Frankfurt, Gert Becker (Foto), ist zum neuen Schatzmeister des Stifterverbandes für die Deutsche Wissenschaft gewählt worden. Er tritt die Nachfolge von Walther Casper an.

IBH: Morgen beginnt in Koblenz der Prozeß gegen Horst-Dieter Esch, ehemals Vorstandsvorsitzender der Dachgesellschaft des zusammengebrochenen Baumaschinenkonzerns. (S. 10)

WER SAGT'S DENN?

Zivilcourage ist das, was von einem Menschen übrigbleibt, wenn der Vorgesetzte das Zimmer betritt.

Wernher von Braun

Sollen die Mittel für Landwirte oder für Soziales gekürzt werden?

Der Streit um die Agrarpolitik ist im EG-Ministerrat wieder aufgeflammt

WILHELM HADLER, Brüssel

Gleich in der ersten Sitzung nach der Sommerpause ist der EG-Ministerrat gestern wieder mit der Frage nach dem Stellenwert der europäischen Agrarpolitik konfrontiert worden: Die für Budget-Angelegenheiten zuständigen Minister standen vor der Wahl, *ob die unerläßlichen* Einsparungen im EG-Haushalt zu Lasten von Vorhaben im Sozial-, Regional- oder Forschungsbereich vorgenommen werden sollen oder durch Kürzungen der Mittel für die Landwirtschaft.

Die Beratungen gestalten sich außerordentlich schwierig. Schon im Juli war der Rat an der Aufgabe gescheitert. Anders als in früheren Jahren besitzen nämlich die an einem größeren Finanztransfer der EG interessierten ärmeren Mitgliedsländer durch den Beitritt Spaniens und Portugals eine Sperrminorität gegen Beschlüsse, aber auch die „reicheren" Staaten, die sich gegen den Abfluß von mehr Mitteln nach Brüssel stemmen, sind allein nicht beschlußfähig.

Der Vorentwurf der EG-Kommission für den Haushalt 1987 sieht Gesamtausgaben von rund 77 Mrd. Mark vor, was gegenüber dem laufenden Jahr einer Steigerung um 4,4 Prozent entspricht. Rund 48,2 Mrd. Mark davon (plus 3,8 Prozent) sind für den Agrarfonds vorgesehen. Das Problem ist, daß mit diesen Ansätzen die der EG zustehenden Einnahmen bis auf *einen kleinen Betrag (563 Mill. Mark)* erschöpft sind. Schon heute läßt sich absehen, daß für die Agrarpolitik ein höherer Finanzbedarf entstehen wird, der dann nicht mehr gedeckt werden kann.

Die Bundesrepublik, Frankreich, Großbritannien, Belgien und Dänemark treten für eine größere Sicherheitsmarge ein; das bedeutet, daß an anderen Ausgaben gespart werden muß. Die Landwirtschaftspolitik kann in der Tat nicht durch einen einfachen Budgetbeschluß verändert werden, da sie gesetzlich fixierte Ansprüche schafft.

Italien, Spanien, Griechenland, Irland und Portugal widersetzten sich bisher Kürzungen bei den Strukturausgaben. In ihren Augen kommt die Agrarpolitik vornehmlich den nördlichen EG-Ländern zugute. Wie die Mehrheit des Europaparlaments sieht diese Gruppe in der Entwicklung neuer gemeinsamer Politiken eine „Zukunftshoffnung", zumal sie zu den Nettoempfängern gehört. Wenn gespart werden muß, dann nach ihrer Ansicht auch bei der Finanzierung des Butter- oder Rindfleischberges.

Nicht leichter geworden ist ein Kompromiß durch die jüngsten Budgetschätzungen, außer einer beträchtlichen, wenn auch in ihrem Ausmaß noch nicht genau zu überschauenden Mehrbelastung für Ausfuhrsubventionen, die sich in höheren Ausgaben niederschlagen wird, hat der niedrige Dollarkurs auch die Einnahmen der EG beeinträchtigt. Die Kommission sah sich deshalb veranlaßt, nur zwei Monate nach Verabschiedung des Haushalts für 1986 bereits den Entwurf eines Nachtragsbudgets vorzulegen. Die EG-Einnahmen aus Zöllen und Agrarabschöpfungen werden sich danach im laufenden Etatjahr um rund 2,2 Mrd. Mark verringern. Dem steht allerdings ein Plus von 650 Mill. Mark bei den Mehrwertsteuereinnahmen gegenüber.

Hoffnung auf Diskontsenkung verweht

cd. Frankfurt

Der von der Inflationsshysterie in den USA ausgelöste Anstieg der amerikanischen Zinsen, der den Dollarkurs bei der amtlichen Notierung von 2,0315 auf 2,0640 DM klettern ließ, hat gestern die Hoffnungen auf eine deutsche Diskontsenkung an diesem Donnerstag weggeblasen und die interna*tionale Spekulation auf eine Markauf*wertung gedämpft.

Darauf reagierte der Rentenmarkt mit einem Kurseinbruch bis um 1,50 DM bei Bundesanleihen; ihre Durchschnittsrendite stieg von 5,59 auf 5,66 Prozent. Am Aktienmarkt war das Schwinden der Zinssenkungshoffnungen Signal für Gewinnmitnahmen. Unter Druck standen vor allem Aktien von Geschäfts-und Hypothekenbanken, die bis zu fünf Prozent ihres Kurswertes einbüßten.

USA wollen Stahl-Vertrag nun anwenden

dpa/VWD, Brüssel

Die USA haben der Europäischen Gemeinschaft jetzt zugesagt, die Vereinbarung über den Import von Stahl-Halbzeug aus der EG am 15. September in Kraft zu setzen. Dies teilte die EG-Kommission mit. Bisher hatte Washington die Anwendung der im Juli getroffenen Vereinbarung mit Hinweis auf die formell noch nicht aufgehobenen EG-Einfuhrhemmnisse für US-Zitrusfrüchte verzögert. Die Kommission rechnet trotz der Widerstände Italiens und Griechenlands damit, daß der EG-Ministerrat die Zitrusimporte am 15. September freigeben wird.

In den Häfen der USA liegen rund 75 000 Tonnen Halbzeug aus der EG fest, die nun entzollt werden dürften. Nach dem Übereinkommen darf die EG bis Jahresende 300 000 Tonnen Halbzeug in die USA ausführen.

Konjunktursignale auch 1987 auf Grün

Ifo-Umfrage: Industrieproduktion steigt im nächsten Jahr um knapp fünf Prozent

DANKWARD SEITZ, München

Die Konjunktursignale in der Bundesrepublik stehen nach Ansicht der deutschen Industrie nach der unerwarteten Wachstumspause im ersten Quartal 1986 nun wieder auf Grün. Zumindest wird sich der Aufschwung mit der wiedergewonnenen Dynamik im laufenden Jahr fortsetzen und auch 1987 anhalten. Zu diesem Ergebnis kommt die Umfrage „Prognose 100" des Münchner Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung bei 367 meist großen Unternehmen.

Danach gehen diese Firmen davon aus, daß die Industrieproduktion 1986 das Vorjahresniveau noch um drei bis vier Prozent übersteigen wird. Für 1987 wird dann sogar mit einem Anstieg um knapp fünf Prozent gerechnet. Dies bedeutet, daß ein Abbrechen der Aufwärtsbewegung nicht befürchtet werden muß, es aber auch zu keiner nennenswerten Tempoveränderung kommen wird.

Nach der schwachen Umsatzentwicklung im laufenden Jahr von plus zwei Prozent – getragen von der Inlandsnachfrage nach Konsumgütern – *erwarten die Unternehmen für 1987* wieder steigende Umsatzzuwächse sowohl im Inland (plus fünf Prozent) als auch im Ausland, hier sogar mit plus sieben (plus/minus 0) Prozent deutlich stärkere.

Bei allen Exportschwierigkeiten auf dem US-Markt geht man offensichtlich davon aus, überproportional am beschleunigten Wachstum des Welthandelsvolumens 1987 partizipieren zu können. Dabei sind vor allem die Investitions- und die Verbrauchsgüterhersteller zuversichtlich, mit plus acht (drei) bzw. sechs (vier) Prozent ein überdurchschnittliches Exportwachstum zu erzielen.

Von der Wachstumspause nicht beeinträchtigt wurde die Investitionsneigung der deutschen Industrie. Mit einer nominalen Zuwachsrate von 14 Prozent werden ihre Investitionen den Aufschwung 1986 sogar entscheidend mittragen. Und ein Indiz dafür, daß dieser Investitionsmotor weiterhin rund laufen wird, sieht das Ifo darin, daß bereits zum jetzigen frühen *Zeitpunkt die Investitionspläne für* 1987 eine Zunahme von fünf Prozent vorsehen. Unter Berücksichtigung einer strukturellen Unterschätzung bedeute dies ein Wachstum von etwa acht bis zehn Prozent.

Zugute kommen wird diese anhaltende Aufwärtsbewegung auch der Beschäftigungsentwicklung in der Industrie. Bis Ende 1986 werden die Unternehmen im Jahresdurchschnitt 1,7 Prozent mehr Mitarbeiter eingestellt haben. Fortsetzen wird sich diese Entwicklung auch 1987 mit einer derzeit geplanten Aufstockung um 0,4 Prozent. Letztlich kann aber auch hier, so das Ifo, damit gerechnet werden, daß die tatsächliche Entwicklung 1987 die Pläne um bis zu einen Prozentpunkt übertreffen wird. Danach dürfte das verarbeitende Gewerbe dann etwa 190 000 Personen mehr beschäftigen als 1985.

Kein Kuckucksei

fu (London) – Ein „Kuckucksei", wie manche schimpfen, ist es gewiß nicht, was der europäischen Automobilindustrie mit dem neuen Nissan-Werk in Großbritannien ins Nest gelegt wurde. Dafür wird das „Montagewerk" der Japaner sowohl in seinem Frühstadium mit einem Jahresausstoß von bis zu 24 000 Mittelklassewagen als auch in einem späteren Ausbaustadium kaum groß genug sein. Außerdem muß sich noch erweisen, ob die Fertigung der Autos, die ausschließlich aus in Japan vorgefertigten Teilen zusammengebaut werden, bis 1990 auf die anvisierten 200 000 Stück angehoben werden kann.

Dieses große Fragezeichen ist allein durch Erfolg oder Versagen der Nissan-Modelle zunächst auf dem britischen Markt und später auf dem ganzen EG-Markt gesetzt. Bevor Nissan für seine Fertigung im Nordosten Englands 60 Prozent und am Ende der Ausbaustufe sogar 80 Prozent der Teile aus der EG bezieht, werden die Wagen aus dem nordenglischen Washington auf die mit Großbritannien seit Jahren vereinbarte japanische Selbstbeschränkung auf eine Einfuhrquote von maximal elf Prozent aller britischen Neuzulassungen angerechnet. Mit anderen Worten: Sie gelten als Importe.

Es besteht kein Zweifel, daß andere EG-Länder mit ähnlichen Abkommen wie Frankreich oder Italien ebenso verfahren werden. Der Aufschrei über das angeblich „unfaire Sprungbrett" für Nissan ist somit nicht gerechtfertigt. Nur zu gerne wird die Bedeutung des ersten rein japanischen Autowerkes auf EG-Boden für den Dialog zwischen Europa und Japan übersehen.

250 000 neue Arbeitsplätze geplant

A. G. Bonn

Die Fördermaßnahmen des 15. Rahmenplans der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur" sollen dazu beitragen, daß in der Zeit von 1986 bis 1990 etwa 251 500 neue Arbeitsplätze geschaffen und rund 274 600 bestehende gesichert werden. Diese Zahlen teilte das Bundespresseamt gestern in Ergänzung der Beschlüsse über eine Neuabgrenzung der Fördergebiete mit, die der Planungsausschuß für regionale Wirtschaftspolitik unter Vorsitz von Bundeswirtschaftsminister Martin Bangemann bereits im Juli gefaßt hatte.

Um diese Arbeitsplatzziele zu erreichen, ist geplant, private Investitionen in Höhe von 58,3 Mrd. Mark zu fördern. Ferner ist vorgesehen, den Ausbau der wirtschaftsnahen Infrastruktur mit einem Investitionsvolumen von 2,1 Mrd. Mark zu unterstützen. Der 15. Rahmenplan soll in Kürze als Bundestagsdrucksache veröffentlicht werden.

Die im Juli beschlossene Neuabgrenzung der Fördergebiete soll mit Wirkung vom 1. Januar 1987 in Kraft treten. Für die Neuregelung hatten die Bundesregierung sowie die unionsregierten Länder gegen die Stimmen der SPD-Länder votiert. Danach werden künftig etwas über 30 (bisher 35) Prozent der Wohnbevölkerung in Fördergebieten leben.

Unterstützung für Städtebau mit neuem Gesicht

vos, Bonn

„Umwelt und Gewerbe im Städtebau" heißt ein fast 300seitiger Bericht, in dem Bundesbauminister Oscar Schneider anhand von über 100 Fallbeispielen ein neues Leitbild für den Städtebau entwirft. Ökonomische und ökologische Revitalisierung sind die Schlagworte, die für neue Wohn- und Lebensqualität und damit auch für die Bemühungen um Standortattraktivität für Unternehmen im nationalen und internationalen Wettbewerb stehen. Dazu gehört die Stadtentwicklung nach innen, die darauf verzichtet, immer neue „Freiflächen" als Baugebiet freizugeben. Statt dessen soll durch Sanierung, Grünflächen und Verkehrsberuhigung das Leben in der Innenstadt wieder attraktiv gestaltet. Natürliche Lebensgrundlagen sollen geschont oder wiederhergestellt werden.

Gleichzeitig dringt Schneider darauf, das Baugesetzbuch möglichst schnell zu verabschieden, um den Gemeinden bei der Durchsetzung der neuen Baupolitik auch das rechtliche Instrumentarium an die Hand zu geben. Doch auch praktisch soll den Gemeinden unter die Arme gegriffen werden: Seit 1982 wurden die Mittel der Städtebauförderung verfünffacht, sie liegen heute bei 4,6 Mrd. DM und reichten für Zuschüsse in über 1000 Städten. Die Nachfrage liegt jedoch um das Vierfache höher.

AUF EIN WORT



„Personalsuche für die mittelständische Industrie ist ähnlich wie Brautwerbung. Entweder mögen sich die Partner auf Anhieb oder es ist nahezu aussichtslos, eine Stelle zu besetzen. Dies bedeutet natürlich ein enormes Risiko für die Dauerhaftigkeit der Beziehung nach der Probezeit, genau wie nach den Flitterwochen in der Ehe.

Jürgen Liedtke, Inhaber der Unternehmensberatung Dipl.-Kfm. Jürgen Liedtke, Neukichen-Vluyn.

FOTO: DIE WELT

Mehr Sonne für das Foto

Von WERNER NEITZEL

Der deutsche Fotomarkt zeigt ein freundliches Bild. Nach vier harten Jahren, in denen sich die Sparte der Amateurfotografie – im Gegensatz zu dem von der Konjunktursonne besser beleuchteten Fachfotobereich – im Rückwärtsgang befand, trat die von der Branche lang erhoffte Wende zum Besseren ein. Erstmals verbuchte man nach schwieriger Durststrecke im Sektor Amateurfoto hierzulande wieder ein Marktwachstum von *fünf Prozent. Dies entsprach* zugleich ziemlich genau auch der Ausweitung der erfolgsverwöhnteren Fachsparte. Und auch im laufenden Jahr 1986 bleibt die Wachstumsblende geöffnet. In der ersten Jahreshälfte beschleunigte sich der Zuwachs in beiden Bereichen sogar auf eine Zuwachsrate von etwa zehn Prozent.

Die Zeiten gedrückter Stimmung sind aus diesem Grunde vorbei. Auf die diesjährige photokina 1986 in Köln, die sich als Weltmesse des Bildes einstuft, hat dieser Klimawechsel natürlich positiv ausgestrahlt. Die Mienen der Aussteller signalisieren überwiegend Zufriedenheit, wenngleich ihnen der diesmal um einen ganzen Monat vorgezogene Messetermin nicht schmeckte. So soll denn die nächste, in zwei Jahren wieder stattfindende Kölner Foto-Messe zur gewohnten Zeit, nämlich vom 5. bis 11. Oktober 1988, ihre Pforten geöffnet halten.

Optimistisch gestimmt ist die Fotoindustrie nach Überwindung ihrer vierjährigen Durststrecke. Mit neuen Produkten und dem Einsatz der Mikroelektronik hat die Branche auf Wachstum geschaltet.

Der Auftrieb für die Fotografie, die sich – soweit es um das hobbymäßige Knipsen geht – als ein Teil des großen Freizeit-Marktes versteht und dementsprechend mit vielen anderen zugkräftigen Produktangeboten konkurrieren muß, kommt nicht von ungefähr. Da ist vor allem der Urlaub und die in diesem Zusammenhang ungebro*chene Reisewelle, die das Bilderma*chen beflügelt. Denn es gehört sicherlich zum allseits vorhandenen und kaum zu unterdrückenden Wunsch, angenehme Stunden und Sehenswürdigkeiten als bleibende Erinnerung auf den Film zu bannen. Das gleiche gilt für das häusliche Umfeld, in dem Kinder und Familienleben schon immer zum Fotografieren animierten.

Und schließlich bietet die moderne Kameratechnik nicht nur ausgebufften Fotofans, sondern auch dem technisch etwas weniger Begabten die Möglichkeit, mit größerer Sicherheit als früher von Belichtung und Schärfeneinstellung her, bessere Bilder zu machen. Hier gab es in der Vergangenheit ja einige falsche Markteinschätzungen auf Seiten der Anbieter.

Eines der jüngsten Beispiele ist die Disc-Kamera, die von Herstellerseite als das Nonplusultra gepriesen wurde, wenn es darum ginge, 100prozentige Treffersicherheit beim Knipsen zu bekommen. Doch hat schon recht bald Ernüchterung eingesetzt. Was nutzt es, wenn man zwar keine Fehlbelichtungen hat – nichts frustriert den Fotojünger mehr als verpaßte oder verkorkste *Knipsgelegenheiten –, die Bilder*gebnisse aber andere Mängel aufweisen! Denn für die bei den Fotohändlern mit großem Werbegetrommel offerierten Vergrößerungen auf üppigere Bildformate beispielsweise zeigen sich für die Disc klare Grenzen auf. So ist es nicht verwunderlich, daß der Disc-Kamera-Typ, dem wegen seiner leichten Handhabbarkeit anfangs durchaus Chancen eingeräumt wurden, allmählich wieder von der Bildfläche verschwindet. Zum großen Renner am Markt avancierte die kompakte Autofocus-Sucherkamera.

Vollgestopft mit Elektronik, die eine automatische Einstellung von Belichtung, Schärfe, Blitzzuschaltung, motorisierten Transport, Filmabtastung und manches andere mehr ermöglicht und bewerkstelligt. Die Attraktivität dieser Kamera, die einen anhaltenden Verkaufsboom erlebt, beruht auf narrensicherer Bedienbarkeit und jederzeitige Knipsbereitschaft, also Eigenschaften, wie sie auch von Fotoneulingen gewünscht werden.

Aber auch Weiterentwicklungen im Spiegelreflex-Sektor, in dem man inzwischen gleichfalls mit Autofocus aufwartet, haben dazu beigetragen, daß trotz der relativ hohen Marktsättigung im Kamera-Sektor die zeitweilige Erlahmung der Marktdynamik überwunden wurde. Überhaupt zeigt sich, daß echte Innovationen noch immer ihre Abnehmer gefunden haben.

Der Fotoindustrie kommt zustatten, daß Möglichkeiten des Films noch längst nicht ausgereizt sind. Die Fotochemie steht vor weiteren großen Schritten nach vorn. Der Film wird sich auch bei extremen Lichtverhältnissen besser denn je bewähren. Andererseits verzahnt sich die Mikroelektronik immer mehr mit der Fotosparte. Konzerne der Unterhaltungselektronik sind auf das Videofilmen eingestiegen, wie auch die Fotobranche in jenen Bereich vorgestoßen ist. Der Wettkampf sorgt für Preisdruck, was dem Verbraucher nur recht sein kann.

Senioren entwickeln Initiative

ERWIN SCHNEIDER, Leverkusen

Mit einem finanziellen Minimum und dem Maximum an beruflicher Erfahrung älterer Leute will die Senior Experten Service (SES-Untertitel: Ehrenamtlicher Dienst der deutschen Wirtschaft für internationale Zusammenarbeit) GmbH, Bonn, ein Stück praktizierter Entwicklungshilfe leisten. Zwei Ziele werden damit erreicht, erklärte SES-Kuratoriumsvorsitzender Prof. Herbert Grünewald in Leverkusen: „Mit diesem Angebot entsprechen wir nicht nur einem dringenden Bedarf der Entwicklungsländer, sondern bieten aktiven Senioren die Chance, noch eine wichtige Aufgabe zu erfüllen, bei der sie *Befriedigung* und Anerkennung finden."

Die Idee dieser Initiative stammt aus den USA, wo sie während der Ära Kennedy Anfang der 60er Jahre entwickelt wurde. Eine erste Nachahmung verschwand dann in der Bundesrepublik Ende der 60er Jahre wegen mangelnder Unterstützung durch die Bundesregierung. Erst 1983 wurde die SES neu gegründet. Dann zeigte sich schnell, daß eine Lücke gefunden worden war. Denn „besonders kleine und mittlere Unternehmen in den Ländern der Dritten Welt sind auf eine gezielte Unterstützung bei der Lösung betrieblicher Probleme angewiesen", erläuterten die Geschäftsführer Rudolf Schuster und Heinrich Nordsieck. Die traditionellen Instrumente der Entwicklungspolitik seien oft nicht ausreichend.

Hilfe zur Selbsthilfe und die Anleitung des einheimischen Personals stehen im Mittelpunkt der Arbeit. Bis *Ende 1985 wurden 145 Einsätze in 49* Ländern – unter denen sich allerdings ein Schwerpunkt in der Volksrepublik China und Brasilien gebildet hat – mit einer mittleren Dauer von 65 Tagen durchgeführt. Für das laufende Jahr sind 100 Einsätze geplant, 50 schon realisiert. Bisher haben sich 1500 Experten gemeldet, ohne daß gezielt für diese Initiative geworben wurde.

Das Durchschnittsalter liegt bei 64 Jahren. „Die Bewerber müssen sich durch fachliche Eignung, Gesundheit, Sprachkenntnisse und Auslandserfahrung qualifizieren. Außerdem sollen sie materiell unabhängig und bereit sein, auf eine Vergütung ihrer Tätigkeit zu verzichten", so Schuster. Denn sie erhalten nur ein Taschengeld.

Entsprechend spartanisch ist der SES-Jahresetat dotiert. Die Aufwendungen von rund 1 Mill. DM werden zu 60 Prozent von den Sponsoren der Wirtschaft, zu denen der Deutsche Industrie- und Handelstag, der Bundesverband der Deutschen Industrie und die Carl Duisberg-Gesellschaft gehören, sowie von den Auftraggebern durch Zahlung eines Gemeinkostenanteils getragen.

Mit privater Verkabelung erfolgreich

dos. **Hannover**

Die über Erwarten günstige Entwicklung der mit privatem Kapital realisierten Verkabelungsprojekte in Braunschweig und Wolfsburg hat bei der federführenden Beratungsgesellschaft Gundlach & Sülter, Hannover, zu einer breiteren Basis geführt. Die Gesellschaft firmiert jetzt als Aktiengesellschaft und ist mit einem Stammkapital von 6 Mill. DM ausgerüstet. Neben Burckhard Gundlach und Klaus Sülter (jeweils 15 Prozent) ist die Hannover Finanz GmbH, eine Tochter des Versicherungskonzerns HDI, an der neuen AG mit Schachtel beteiligt. Den Aktionärskreis vervollständigen drei weitere Privatpersonen und eine Vermögensverwaltungsgesellschaft.

Hintergrund der neuen Rechtsform ist nach Gundlachs Worten das erwartete hohe Finanzvolumen in den nächsten zwei bis drei Jahren, das zu einem beträchtlichen Teil am freien Anlagemarkt beschafft werden soll. Vertraglich fixiert seien bereits Breitbandverkabelungsprojekte in Osnabrück und Wiesbaden. Das Finanzierungsverhältnis in Osnabrück (36 Mill. DM) und Wiesbaden (40 Mill. DM) liege bei 30 Prozent Eigenmitteln und 70 Prozent Fremdkapital. Wie schon in Wolfsburg und Braunschweig werden wieder Fonds als Kapitalsammelstellen dienen.

Die Erfahrungen in Niedersachsen zeigten, daß die Eigendynamik des Marktes immer stärker werde. Allein in den vergangenen vier Monaten seien 8000 Anschlüsse verkauft worden. In Wolfsburg haben 17 000 von 24 000 möglichen Haushalten bereits Kabelanschlüsse, in Braunschweig von 13 000 rund 8000 Haushalte. Vom einzuwerbenden Eigenkapital (28 Mill. DM) habe Gundlach & Sülter derzeit 80 Prozent plaziert.

„Made in Germany" gefragt

Spanier sind Nixdorfs umsatzstärkste Auslandstochter

HEINZ HILDEBRANDT, **Madrid**

Deutsche Produkte genießen in Spanien nach wie vor einen hohen Stellenwert. Das ist laut Francisco Robert einer der Gründe für den Erfolg der von ihm geleiteten Nixdorf Computer S. A., Madrid. Die spanische Tochter des deutschen Computerherstellers konnte ihren Umsatz seit 1981 vervierfachen und war 1985 mit umgerechnet rund 275 Mill. DM dessen umsatzstärkste ausländische Gesellschaft.

Die Hälfte der Gesamterlöse kamen aus dem Banken-Bereich, fast ein Viertel von mittelständischen Unternehmen, der Rest entfiel auf die öffentliche Hand, die Großindustrie und den Handel. Dessen Anteil, 1985 erst sieben Prozent vom Gesamtumsatz, dürfte sich im laufenden Jahr verdoppeln. Auf weite Sicht wird in diesem Bereich sogar mit den größten Wachstumschancen gerechnet.

Schon jetzt ist Nixdorf in Spanien Marktführer bei hochwertigen Scannerkassen, der Marktanteil liegt hier bei 80 Prozent. Trotzdem besteht auf dem Handelsmarkt noch ein großer Nachholbedarf, beispielsweise bei der Lagerüberwachung, bei einer Zinsrate von derzeit noch zwölf Prozent ein wichtiger Faktor in der Kostenrechnung.

Aufträge vom Staat

Auch in den Depots der Streitkräfte sind bereits Nixdorf-Systeme eingesetzt. Zu den staatlichen Auftraggebern zählt neuerdings auch die Justizverwaltung, die bisher den Datenanfall noch weitgehend manuell in den Griff zu bekommen versuchte.

Ein wichtiger Aktivposten für das Nixdorf-Image in Spanien ist auch die eigene Produktion, 1982 in Toledo aufgenommen, 1984 in einen neu errichteten Werkskomplex im dortigen neuen Industriegelände verlegt. Produziert werden hier neben kompletten Systemen für den spanischen Markt vor allem bestimmte Module, seit dem Vorjahr auch solche für digitale Telefonsysteme.

Die Zahl der 1985 hier gefertigten Module erreichte rund 29 000, die Planzahl für das laufende Jahr liegt bei 55 000 Stück. Hier wird allerdings nicht nur für den spanischen Markt produziert, sondern weitgehend auch für die Belieferung der deutschen Produktion. Der Exportanteil des Werkes Toledo lag 1985 bereits bei 50 Prozent, für 1986 werden 70 bis 75 Prozent erwartet. Von den hier gefertigten Systemen geht eine insgesamt noch geringe Zahl nach Südamerika, vor allem nach Venezuela. Der Kontinent läßt sich ausgezeichnet von Spanien aus betreuen, da es in vielen Ländern – wie in Venezuelea – keine Sprachprobleme gibt.

Lob für Belegschaft

Im Werk Toledo liegen die Produktionskosten um 20 Prozent unter denen in der Bundesrepublik Deutschland, obwohl die Lohnsteigerungen in den letzten Jahren immer um etwa zwei Prozent höher lagen als die Inflationsrate. Die Tarife werden dabei jeweils mit dem Betriebsrat ausgehandelt.

Betriebsleiter Jeronimo Santos, selbst Spanier wie alle der hier beschäftigten 175 Mitarbeiter, stellt seiner Belegschaft denn auch ein gutes Zeugnis aus. Bei der auch in Spanien wachsenden Zahl der Hochschul-Absolventen aus der Studienrichtung Informatik wird auch der Nachwuchs an Führungskräften in der Zukunft kaum noch ein Problem sein. Das gilt nicht nur für den Fertigungsbereich, sondern auch für die Software, für die Erarbeitung von Programmen und von Problemlösungen.

Marktwirtschaft auch für Dritte Welt empfohlen

A. G. **Bonn**

Auch für die Länder der Dritten Welt würde sich durch mehr Marktwirtschaft die Chance eröffnen, die Produktivkräfte besser zu nutzen und damit das Wachstum anzukurbeln. Zu diesem Ergebnis gelangt das Institut der deutschen Wirtschaft (IW) in einer Studie zur wirtschaftlichen Entwicklung dieser Länder. Denn: Staatliche Eingriffe und Reglementierungen in allen Bereichen der Wirtschaft blockierten in vielen Entwicklungsländern die durchaus vorhandenen Wachstumschancen. Zwar sei „mehr Markt" auch kein Allheilmittel für alle Probleme der Dritten Welt, aber mit einer Anti-Marktpolitik trete der wirtschaftliche Fortschritt in den Entwicklungsländern auf der Stelle.

Die größte Wachstumsbremse sei ein aufgeblähter Staatsapparat. Im OECD-Raum sei durchschnittlich nur jeder Siebte im Staatshaushalt beschäftigt, in den Entwicklungsländern zum Teil jeder Zweite. Als besonders schädlich erwiesen sich dabei neben den zahlreichen unwirtschaftlichen staatseigenen Betrieben und der dirigistischen Wirtschaftsplanung vor allem die administrativen Eingriffe bei Löhnen, Zinsen, Wechselkursen und Lebensmittelpreisen.

Die Bereitschaft, auf Leistungsanreize zu reagieren, sowie das notwendige unternehmerische Potential seien zweifellos auch in der Dritten Welt vorhanden. Es fehle aber oftmals – gerade bei den Privilegierten – der Wille zu Reformen. Hier seien auch die Industrieländer gefordert. Sie müßten nicht nur auf Reformen drängen, sondern auch ihre Märkte für Dritte-Welt-Produkte vor allem aus dem Agrarbereich öffnen. Das Plädoyer für „mehr Markt" sei nur dann überzeugend, wenn auch hier nach diesem Prinzip verfahren werde.

500 Seiten Anklageschrift

Der Prozeß gegen Horst-Dieter Esch beginnt morgen

INGE ADHAM, **Frankfurt**

Morgen beginnt vor dem Landgericht in Koblenz einer der größten Wirtschaftsprozesse, den es je vor deutschen Gerichten gegeben hat. Auf der Anklagebank: Horst-Dieter Esch, ehemals Vorstandsvorsitzender der IBH-Holding in Mainz, der Dachgesellschaft jenes Baumaschinenkonzerns, dessen Zusammenbruch neben zahlreichen Beteiligungsunternehmen auch die SMH-Bank und ihre Eigner in den Strudel gerissen hatte.

Die Anklageschrift der Koblenzer Staatsanwaltschaft ist 500 Seiten stark. Die schwersten Vorwürfe unter den mehr als 20 Verstößen gegen das Recht, die gegen Esch erhoben werden, lauten Untreue und Betrug. Aber auch Steuerhinterziehung wird Esch vorgeworfen. Für den umfangreichen Prozeß in einer komplizierten Materie hat das Koblenzer Gericht 30 Verhandlungstage angesetzt; am 5. Januar nächsten Jahres soll nach bisheriger Planung das Urteil gesprochen werden.

Zur Erinnerung: Horst-Dieter Esch, seinerzeit vielbewunderter Senkrechtstarter in der deutschen Industrie, der 1975 die IBH-Holding gründete, hatte innerhalb von acht Jahren durch den Aufkauf von – überwiegend maroden – Unternehmen den drittgrößten Baumaschinenkonzern der Welt zusammengeschneidert. Als sein Hauptkreditgeber, das Bankhaus Schröder, Münchmeyer, Hengst & Co (SMH) nach knapp einer Milliarde Mark Kredit für IBH nicht mehr mitmachen konnte (die persönlich haftenden Gesellschafter der SMH-Bank wurden bereits in einem halbjährigen Prozeß vor dem Frankfurter Landgericht verurteilt), brach auch der total überschuldete Konzern zusammen.

Zur IBH gehörten damals in der Bundesrepublik, wo 4500 der insgesamt gut 10 000 Mitarbeiter tätig waren, die Zettelmayer Maschinenfabrik, Konz, die Hanomag GmbH, Hannover, die Maschinenfabriken Hamm, Kaltenegger, Lanz und andere. An der Holding beteiligt waren General Motors, Babcock, das britische Unternehmen Powell Duffryn (Unternehmen, die sich im Zusammenhang mit der Übernahme ihrer Baumaschinenaktivitäten an der IBH beteiligten), die Dallah Est. des Scheichs Salah A. Kamel, SMH und Esch selbst.

Im Zusammenhang mit dem Zusammenbruch der IBH-Tochter Wibau AG hat Esch bereits vor Gericht gestanden und wurde im November 1984 zu dreieinhalb Jahren verurteilt, die er in Butzbach absaß. Derzeit sitzt Esch als Untersuchungshäftling in der Justizvollzugsanstalt in Koblenz-Karthause. Seinen ehemals treuesten Förderer, der lange unbeirrt zu ihm hielt und darüber selbst fiel, den persönlich haftenden SMH-Gesellschafter Ferdinand Graf Galen, wird Esch am 29. September auf der Zeugenbank in Koblenz wiedersehen.

Ein Wiedersehen wird es in der ersten Oktoberwoche für Esch auch mit dem saudischen Geschäftsmann Scheich Salah A. Kamel geben, der dann eine Woche lang als Zeuge zur Verfügung stehen wird. Ihn hat Esch nach Ansicht der Staatsanwaltschaft über den tatsächlichen Wert der IBH getäuscht und ihn so um rund 200 Mill. DM gebracht. Insgesamt sollen in dem Mammutprozeß 150 Zeugen aus mehreren Kontinenten aussagen, um u. a. auch jenen Geldern auf die Spur zu kommen, die Esch beim Registergericht zwar als Kapitalerhöhung durch Bareinlage anmeldete, die aber nach Meinung der Staatsanwaltschaft sofort wieder über andere Konten abgezogen wurden. Verteidigt wird Esch von den Rechtsanwälten Manfred Geis, Frankfurt, und Helmut Lorentz, Mainz.

Thatcher eröffnet Nissan-Werk in Washington

fu. **London**

Die britische Premierministerin Margaret Thatcher hat das neue Werk des japanischen Automobilherstellers Nissan in Washington nahe Newcastle eingeweiht. Dort wird Nissan in der ersten Produktionsstufe bis zu 24 000 Personenwagen pro Jahr fertigen. In der zweiten Stufe in drei Jahren soll die Fertigung bis zu 200 000 Wagen erreichen.

Bei dem neuen Nissan-Werk handelt es sich um die erste alleinige japanische Autoproduktion innerhalb der EG. Die Personenwagen sind zunächst nur für den britischen Markt bestimmt. Gefertigt wird das Modell Datsun Bluebird (Stanza), und zwar mit der Montage von überwiegend aus Japan importierten Bausätzen. Der britische Fertigungsanteil einschließlich des Anteils der Komponenten aus den übrigen Ländern der Europäischen Gemeinschaft liegt bei 40 Prozent.

Die Investitionen für die erste Produktionsphase haben gut 150 Mill. DM betragen. Beschäftigt werden zunächst 470 Mitarbeiter, von denen ein großer Teil in Japan geschult worden ist. Ihre Zahl soll sich im Laufe der Jahre auf 1000 erhöhen. Im übrigen hat der Hersteller von Datsun-Autos die jahrzehntelange, eingefahrene Gewerkschaftsstruktur im britischen Automobilbau radikal verändert.

So hat die Nissan-Geschäftsführung mit der als gemäßigt geltenden Metallarbeitergewerkschaft AUEW einen Exklusivvertrag für alle Mitarbeiter abgeschlossen. Damit werden Streikaktionen praktisch ausgeschlossen und gleichzeitig flexible Arbeitspraktiken eingeführt. Eine Art Betriebsrat, den es in der britischen Wirtschaft sonst nicht gibt, erörtert regelmäßig Unternehmensfragen und Arbeitnehmerprobleme.

Patronat lobt Wirtschaftspolitik

Frankreichs Steuerbelastungen sind jedoch noch zu hoch

J. Sch. **Paris**

Der neuen französischen Wirtschaftspolitik hat der Präsident des nationalen Unternehmerverbands (CNPF), Yvon Gattaz, überraschend großes Lob gezollt. Wie er gestern erklärte, zeigten die bereits durchgeführten und noch bevorstehenden Liberalisierungsmaßnahmen in die „gute Richtung". „Die Unternehmer beginnen eine Besserung zu spüren." Diejenigen, denen es nicht schnell genug voranginge, erinnerte Gattaz daran, daß die Regierung in fünfeinhalb Monaten Preis- und Devisenkontrollen beseitigt hat, die über vierzig Jahre lang bestanden hatten. Begrüßt wurde insbesondere auch die Aufhebung des behördlichen Genehmigungszwangs für Entlassungen. Gattaz betonte jedoch, daß die steuerlichen und sozialen Belastungen der französischen Unternehmen, gemessen am Sozialprodukt, 17,2 Prozent erreichten und damit doppelt so hoch lägen wie bei den ausländischen Konkurrenten. Auch seien sie immer noch stärker als diese verschuldet, und zwar zu Zinsen, die durchschnittlich an die 15 Prozent reichen. Denn vorzeitige Tilgungen sind in Frankreich nur gegen hohe Abfindungen möglich. Zur Lösung dieses Problems schlägt Gattaz eine besondere Amortisationskasse vor.

Speziell zur Förderung des Exports fordert Gattaz die Senkung der Gewerbesteuer, die „wie ein Zoll mit umgekehrten Vorzeichen" wirke. Die steuerliche Belastung der internationalen Wettbewerbsfähigkeit der französischen Unternehmen veranschlagte er insgesamt auf zehn Prozentpunkte. Diese traditionellen – nicht unumstrittenen – Darlegungen gehören zum Repertoire des Patronats. Neu dagegen ist, daß sie jetzt in einer grundsätzlichen positiven Einstellung gegenüber der (bürgerlichen) Regierung eingebettet sind.

Internationale Finanzen

Exportversicherungen: Japan will zehn hochverschuldete Länder, u.a. Brasilien, Mexiko, Argentinien und die Philippinen, wieder versichern.

Kopierer: Ricoh Co. will ein Werk in Europa eröffnen. Als Standorte kämen Frankreich und die Bundesrepublik in Frage.

Ghana: Das Land wird ausländischen Investoren nur noch dann die Gründung von Handelsniederlassungen gestatten, wenn das nationale Investitionszentrum eine entsprechende Genehmigung erteilt.

EIB: Die Europäische Investitionsbank (EIB) wird am holländischen Kapitalmarkt 15jährige Bonds über 300 Mill. HFl mit einem Kupon von sechs Prozent auflegen.

Madagaskar: Japan hat einer Umschuldung der Verbindlichkeiten in Höhe von fast zwei Mrd. Yen zugestimmt.

Armco: Bei Fortsetzung des Streiks im Werk Middeltown muß der US-Konzern möglicherweise Konkurs anmelden. Die liquiden Mittel sind erschöpft, so die Unternehmensleitung.

Sudan: Saudi-Arabien hat Importkredite von drei Mrd. Dollar bewilligt, die zu 70 Prozent für Importe aus diesem Land genutzt werden müssen.

Argentinien: Eine Vereinbarung, wonach die Zins- und Tilgungszahlungen auf zehn Mrd. Dollar der Auslandsschulden für ein halbes Jahr ausgesetzt werden, wurde mit den Gläubigerbanken erreicht.

Fermenta: Das schwedische Biotechnologie-Unternehmen, das sich in Kaufverhandlungen mit der italienischen Montedison befindet, erklärte jetzt, daß die staatliche Holdinggesellschaft Procordia Vorkaufsrechte für 26 Prozent des Kapitals hat.

Platin: Mit Wirkung von heute beträgt die Einschußforderung für Platin an der New Yorker Metal Exchange 3000 anstatt 2250 Dollar je Kontrakt. (vos)

„Krankenhäuser sind keine Kostentreiber"

tl. **Bonn**

„Es ist unvertretbar, daß zur Zeit die Krankenhäuser als Hauptkostentreiber im Gesundheitswesen verurteilt werden." Die Deutsche Krankenhausgesellschaft (DKG) wies in Bonn diesen „unbegründeten Vorwurf nicht zuletzt mit Blick auf den rund um die Uhr erbrachten Einsatz von Pflegepersonal und Ärzten in den Krankenhäusern mit aller Entschiedenheit zurück."

Der Präsident der DKG, Landrat Konrad Regler, verwies auf ein Schreiben an Bundesarbeitsminister Blüm, in dem er auf die Umstellung vom alten auf das neue Pflegesatzrecht als kostenwirksamen Faktor im Krankenhaus hingewiesen habe. Nach vorläufigen Berechnungen könnten sich Pflegesatzsteigerungen in Höhe von 6,2 Prozent ergeben.

Laut DKG wurde in der Konzertierten Aktion im Gesundheitswesen kein Versprechen gegeben, die Kostenentwicklung im Krankenhaus im Rahmen des Anstiegs der Grundlohnsumme zu halten. Sollten die Ausgaben für Krankenhauspflege 1986 stärker steigen, so tragen nach Ansicht der DKG Krankenkassen und Krankenhäuser hierfür gemeinsam die Verantwortung.

Die DKG verwies darauf, daß erstmals Budgets und Pflegesätze nach völlig anderen Verfahrensregeln als früher ermittelt werden. In nicht wenigen Fällen hätten die Krankenhäuser aufgrund zurückgehender Verweildauerzeiten ihre Belegungsquoten geringer veranschlagt. Daraus resultiere rein rechentechnisch eine relative Erhöhung der Pflegesätze. Über die Höhe der Fallkosten, die letztlich auf der Ausgabenseite entscheidend sei, sage dies überhaupt nichts aus.

Die DKG legte zudem eine Infratest-Untersuchung über die Jahre 1978 bis 1984 vor. Danach stiegen die Krankenhausleistungen stärker als die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung für Krankenhauspflege.

Der typische Neuaktionär ist 34 und weiblich

dpa/VWD, **New York**

In der Halle des Grand-Central-Bahnhofs im Herzen Manhattans steht unter der wuchtigen Glaskuppel ein kleines Häuschen, vor dem sich täglich nach 16 Uhr Schlangen bilden. Aber nicht der irische Schankwirt oder der Eiscremekarren sind es, die die hektischen Großstädter geduldig warten lassen.

Durch die Glasverschalung sind die beiden Stockmaster-Bildschirme zu erkennen, die den Menschenauflauf verursachen. Seit Beginn der Hausse vor einem Jahr herrscht in dem Glashäuschen, wo die aktuellen Börsenkurse zu erfahren sind, Hochbetrieb. Wer sich vor der Heimfahrt über die letzten Aktienkurse informieren will, dem steht ein Tickerdienst der Agentur Dow-Jones zur Verfügung.

Da warten nicht nur Herren in dunklen Nadelstreifenanzügen, sondern ein buntes Menschengemisch, dem unterschiedliche Schulbildung, Berufszugehörigkeit und Einkommen anzusehen ist. Männer wie Frauen drängeln sich in dem Häuschen, das die Brokerfirma Merill-Lynch vor mehreren Jahren aufgestellt hat.

Wußten bis vor wenigen Jahren nur Eingeweihte mit Kursnotierungen etwas anzufangen, sind für die Menschen vor dem Glaskasten Begriffe wie „Offshore" und „Bonds" inzwischen Alltagsvokabular.

Die 30 Titel, die den Dow-Jones-Average ausmachen, sind die Meistgefragten. Hierzu zählen unter anderem IBM, General Motors, Exxon, das Pharma-Unternehmen Pfizer aber auch die Fast-Food-Kette McDonalds.

Entgegen früheren Vorhersagen, der Kleinanleger werde an der Börse immer mehr von einflußreichen Institutionen verdrängt, erfreuen sich Aktien seit Jahren einer wachsenden Popularität. Der optische Eindruck aus dem Grand-Central Bahnhof wird durch eine Studie der New York Stock Exchange bestätigt: Im vergangenen Jahr waren 47 Mill. Amerikaner – ein Rekord – durch Aktienbesitz an der Börse engagiert. Über 60 Prozent der Aktien befanden sich 1985 in Privatbesitz.

Daß einer von fünf Amerikanern Aktien besitzt und 30,5 Prozent aller Haushalte einen Aktionär beherbergen, fällt dem einzelnen Broker kaum auf, da die meisten US-Bürger ihre Aktien über Investmentfondsgesellschaften erwerben.

Die Strukturanalyse der Aktionäre ergibt weiter, daß die Wertpapierbesitzer immer jünger werden: Das Durchschnittsalter sank von 50 auf 44 Jahre. Ein weiteres Indiz für die Veränderungen auf dem Wertpapiermarkt: Der „typische" Neuaktionär ist 34 Jahre alt, weiblich und in einem technischen Beruf tätig. Das verfügbare Einkommen beträgt 35 000 Dollar.

Das zunehmende Interesse des „Mannes auf der Straße" ist aber nicht gleichbedeutend mit Erfolg an der Börse: Wie Paul Getman von Chase Econometrics betonte, werden die größten Gewinne in der Regel auch von den Großverdienern erzielt.

Shell bietet Bleifrei-Garantie

Prüfung auf Verträglichkeit an 1500 Tankstellen möglich

JB. Hamburg

Die Deutsche Shell AG, Hamburg, unternimmt einen weiteren Versuch, der Verwendung von bleifreiem Benzin neue Impulse zu geben. Seit Wochenbeginn bietet der Mineralölkonzern den Autofahrern die Möglichkeit, sich die Verträglichkeit von unverbleitem Kraftstoff für ihr Fahrzeug bestätigen zu lassen. Im positiven Fall leistet die Shell eine schriftliche Garantie, daß keine Schäden am Motor auftreten, die auf bleifreien Kraftstoff zurückzuführen sind. Das Unternehmen übernimmt für die Dauer von drei Jahren eine entsprechende Haftung. Der „Bleifrei-Paß" wird an rund 1500 Shell-Stationen ausgegeben. Die Haftung der Shell beschränkt sich auf den Ersatz eventueller Reparaturkosten.

Nach der technischen Ausrüstung könnten heute mehr als die Hälfte aller Pkws mit Otto-Motoren unverbleiten Normal- oder Superkraftstoff tanken und damit die gegenwärtige Jahresmenge von 3000 Tonnen Blei deutlich verringern, die in der Bundesrepublik über Autoabgase in die Umwelt gelangen. Tatsächlich aber liegt der Bleifrei-Absatz trotz des um zwei Pfennig niedrigeren Preises auf einem wesentlich geringeren Stand. Der Anteil von bleifreiem Kraftstoff am Gesamtabsatz erreicht zur Zeit knapp zehn Prozent.

Bei der Überprüfung der Fahrzeuge an den Shell-Stationen geht es im wesentlichen um die Frage, ob Bleiablagerungen noch notwendig sind, um den Sitz der Auslaßventile des *Motors vor Verschleiß zu schützen.* Bei Autos, die Super-Kraftstoff tanken müssen, spielen ferner Klopffestigkeit und Zündeinstellung eine Rolle. Im „Bleifrei-Paß" wird bestätigt, ob ein Auto uneingeschränkt bleifrei betankt werden kann, oder ob etwa jede dritte Tankfüllung noch aus verbleitem Kraftstoff sein sollte.

Dem Tabakladen an der Ecke geht jetzt die Luft aus

Die Ertragslage des Fachhandels verschlechtert sich immer weiter – Vorwürfe an Zigarettenindustrie

DOMINIK SCHMIDT, Minden

Ein Ende der seit Jahren unbefriedigenden Situation im Tabakwaren-Fachhandel ist nicht in Sicht. Eckhard Streit, Geschäftsführer der zur Melitta-Gruppe gehörenden Gust. Geber Intertabaco GmbH in Lübbekke, verweist auf den anhaltenden Auszehrungsprozeß innerhalb der Branche. Seit Ende 1984 habe sich die Zahl der Geschäfte in der Bundesrepublik um rund 1000 auf jetzt noch etwa 5000 verringert. Mit Sicherheit, so Streit, werde diese Entwicklung noch zwei bis drei Jahre anhalten. Gefährdet seien vor allem die unab*hängigen Fachhändler mit einem* durchschnittlichen Umsatz von 0,5 bis 0,6 Mill. DM. Die Überlebensgrenze liege bei mindestens 0,8 Mill. DM Umsatz.

Streit geht davon aus, daß sich der „reine Fachhandel" letztlich bei einer Zahl von 2500 bis 3000 Geschäften einpendeln wird. Davon dürfte dann die Hälfte auf Filialketten entfallen. Allerdings tue sich die Branche bei der Abgrenzung des Fachhandels-Status schwer. Längst gehören Randsortimente wie Alkoholika, Zeitschriften und Lotto-/Toto-Annahmestellen bei vielen Betrieben zu wichtigen Umsatzträgern. Kioske, selbst solche mit breitem Tabakwarenangebot, bleiben zudem außen vor.

Der entscheidende Grund für die Misere im Tabakwaren-Fachhandel ist nach den Worten Streits die sich ständig verschlechternde Ertragslage. Eine kürzlich bekanntgewordene Betriebsvergleichs-Analyse habe erschreckende Ergebnisse gebracht. Danach sei das Betriebsergebnis mit minus 1,4 Prozent in den negativen Bereich abgerutscht. Um einigermaßen über die Runden zu kommen, benötigt der Fachhandel aber eine Netto-Rendite von rund 2,5 Prozent. Viele Fachhändler würden Faktoren wie eigene Arbeitszeit und Miete nur noch bedingt in die Kalkulation mit einbeziehen. Angesichts der Tatsache, daß diese Bereiche gut 90 Prozent des Kostenblocks ausmachen, gerieten immer mehr Geschäfte in Schwierigkeiten.

Heftige Vorwürfe richtet Streit an die Adresse der Zigarettenindustrie, die nicht oder zu wenig die Belange des Fachhandels berücksichtige. Die Senkung der Zigarettenpreise Mitte 1983 hänge noch immer nach, obwohl jetzt wieder das frühere Preisniveau erreicht sei. Immerhin entfalle gut die Hälfte des Fachhandels-Umsatzes auf die Zigarette. Ertragsmäßig aber mache das *„Zigarettenverkaufen keinen Spaß"*.

Streit fordert von der Industrie eine Preisdifferenzierung zwischen den gutgehenden Marken und den Randsorten, um den Handel für das Vorbehalten eines breiten Sortiments zu belohnen. Wenn es nicht zu einer neuen „Quotierung des Wirtschaftsnutzens" zwischen Industrie und Handel kommt, müßten andere Überlegungen angestellt werden. Streit könnte sich zum Beispiel vorstellen, daß der Fachhandel mit einer eigenen Handelsmarke, die im oberen Preisbereich angesiedelt ist, auf den Markt kommt.

Eine auch eher rückläufige Tendenz zeige sich beim Feinschnitt-Tabak, weil auch junge Leute weniger selbst drehen. Zusammen mit dem Pfeifentabak errechne sich ein Umsatzanteil von etwa elf Prozent. Unverändert sei die Situation bei Zigarren, auf die sieben Prozent des Branchen-Umsatzes entfallen. *Mangelnde* Innovation beklagt Streit im Bereich der Raucherbedarfsartikel (vier Prozent), die allerdings noch am renditeträchtigsten sind. Die stärkere Konzentration auf Nicht-Tabakartikel, vor allem auf Zeitschriften, ließ deren Umsatzanteil inzwischen auf gut 20 Prozent wachsen.

Türkei testet die internationalen Kapitalmärkte

cd. Frankfurt

Die Türkei versucht mit Privatplazierungen bei japanischen Investmentbanken die Aufnahmefähigkeit des internationalen Kapitalmarktes für türkische Staatspapiere zu testen und die Adresse Ankara im Markt bekanntzumachen. Die positive Aufnahme der in diesem Jahr plazierten 160 Mill. Dollar läßt, so Zentralbankpräsident Yavuz Canevi in Frankfurt, die steigende Kreditwürdigkeit seines Landes erkennen, das bisher nur über Commercial Paper, die von japanischen Banken garantiert wurden, in New York und am Euromarkt Mittel aufgenommen hat.

Für dieses Jahr rechnet die Türkei mit einem Leistungsbilanzdefizit in der Größenordnung von einer dreiviertel bis 1 Milliarde Dollar, das 1987 weiter sinken werde. 1980 entstand noch ein Defizit von 3 Milliarden Dollar. Diese seither eingetretene Verbesserung wie auch die Rückführung der Inflationsrate von 100 auf derzeit 30 Prozent – für das Jahr 1987 werden 20 Prozent anvisiert – wertet der Notenbankchef als Erfolg der 1980 in Richtung Marktwirtschaft eingeleiteten Umstrukturierungspolitik, die eine deutliche Steigerung der Effizienz der in den 70er Jahren in einer Krise steckenden türkischen Wirtschaft gebracht habe.

Das Bruttosozialprodukt, das 1980 noch geschrumpft war, wuchs in den letzten Jahren um durchschnittlich vier bis fünf Prozent; für 1986 wird ein reales Wachstum von sieben bis acht Prozent erwartet.

Die Auslandsschulden des Landes haben sich von 1980 bis jetzt um 10 auf 26,4 Milliarden Dollar erhöht, darunter 14 Milliarden Dollar zinsgünstige mittel- und langfristige Kredite offizieller Stellen. In den 8 Milliarden Dollar kurzfristigen Auslandsschulden sind allein 3,4 Milliarden Dollar Ersparnisse türkischer Gastarbeiter in der Bundesrepublik Deutschland enthalten. Diese werden von der Dresdner Bank aufgrund eines jetzt zehn Jahre bestehenden Abkommens an die türkische Notenbank weitergeleitet.

Mehr Interesse für Fotografie

Sortimentsstruktur des Fachhandels hat sich gewandelt

nl. Köln

Im Unterschied zum laufenden Bild, bei dem die Videographie das Schmalfilmen verdrängt hat, wird es beim Stehbild in absehbarer Zeit zu keiner Substitution der Fotochemie durch die Elektronik kommen. Dieser Überzeugung ist Rolf H. Krauss, Verwaltungsratsvorsitzender der Europa-Foto-Gruppe und renommierter Stuttgarter Fotofachhändler. Seiner Meinung nach steckt, wie er anläßlich der photokina 1986 gegenüber der WELT betonte, in der Fotochemie „noch allerhand".

Krauss geht davon aus, daß es eher *zu einem fruchtbaren Nebeneinander* beider Technologien kommen werde. Seit etwa einem Jahr habe das Interesse an der Fotografie wieder zugenommen. Wesentliche Impulsgeber seien die neuen Spiegelreflex-Kameras mit Autofocus, vor allem aber die von der Industrie in großer Breite auf den Markt gebrachten kompakten Autofocus-Kleinbild-Sucherkameras. Insofern habe der Fotohandel aufgeatmet, als er 1985 ein Umsatzplus zwischen vier und 5,5 Prozent erzielte. Krauss ist freilich etwas skeptisch, *daß dieser Zuwachs auch im laufenden* Jahr erreicht werden könne.

Zu bedenken gibt er, daß sich in der Sortimentsstruktur des Fotohandels in den letzten Jahren ein erheblicher Wandel vollzogen habe. Im Jahre 1985 seien seiner vorsichtigen Schätzung nach zwischen fünf und zehn Prozent des Fotohandelsumsatzes mit Ware getätigt worden, die in der Branche fünf Jahre vorher noch gar nicht bekannt gewesen sei. Als Beispiele führt Krauss Videogeräte, Videosoftware, Audiocassetten und Computer an, mit denen der Fotohandel *versucht habe, rückläufige Fo*toumsätze aufzufangen.

Die Schlacht der beiden Systeme im Videobereich (Video 8 gegen VHS-C) bewertet er eher als eine Marktbelebung. Die Rivalität zwischen Rundfunk- und Fernseh-Fachhandel und Fotohandel bedauert Krauss. Zur Europa-Foto-Gruppe gehören nach letzten Angaben 86 Firmen mit 222 Vertriebsstellen, der Umsatz (1984) lag bei 145 Mill. DM.

BFH zu Auskünften über private Konten

Kl. München

Private Sparkonten aus Geldern unbekannter Herkunft berechtigen für sich allein nicht zur Annahme unverbuchter Betriebseinnahmen, wenn der Steuerpflichtige für seinen Betrieb eine ordnungsgemäße Buchführung vorweisen kann. Der Bundesfinanzhof führte zur Begründung dieser für die Praxis bedeutsamen Entscheidung (I R 265/83) aus, der Steuerpflichtige sei zwar dem Finanzamt gegenüber zur Auskunft verpflichtet; dies bedeute jedoch nicht, daß er einen in sich geschlossenen Nachweis über die Herkunft seines Privatvermögens führen müsse.

Die Richter entschieden, daß Vermögensmehrungen unaufgeklärter Herkunft in solchen Fällen den steuerpflichtigen Einkünften grundsätzlich nur dann hinzugeschätzt werden dürften, wenn das Finanzamt zuvor anhand einer Vermögenszuwachs- und Geldverkehrsrechnung nachgewiesen habe, daß mehr Geld ausgegeben oder angelegt worden sei, als dem Steuerpflichtigen zur Verfügung stand.

WIRTSCHAFTS-NACHRICHTEN

FDP-Kritik an Späth

Stuttgart (VWD) – Die Subventionsentscheidung der baden-württembergischen Landesregierung für das geplante Daimler-Benz Werk in Rastatt hat der Landesvorstand der FDP in Baden-Württemberg kritisiert. Die 140-Millionen-DM-Subvention sei „Gift für eine marktwirtschaftliche Ordnungspolitik" heißt es in einer Erklärung.

75 Jahre ILO Werke

Hamburg (JB). – Die ILO Motorenwerk GmbH, Pinneberg, besteht in diesem Tagen 75 Jahre. Seit 1977 im *Besitz des US-Konzerns Tecumseh* Products Company zählt ILO zu den führenden Anbietern von Zwei-Takt-Industriemotoren für Landwirtschafts- und Gartenpflegegeräte. Den Umsatz für 1986 gibt das Unternehmen mit 35 Mill DM an. Beschäftigt werden 300 Mitarbeiter. Zur Modernisierung der Produktionsanlagen hat der stark exportorientierte Motorenhersteller in den vergangenen Jahren fast 10 Mill DM investiert. Für luftgekühlte Zwei-Takt-Industriemotoren werden auch künftig noch Marktreserven gesehen. Um weitere Abnehmer in den Bereichen des Maschinen- und Motorenbaus, der Automobil- und Zulieferindustrie zu finden, soll außerdem verstärkt auf Produkte und Know how der Muttergesellschaft zurückgegriffen werden.

„Keine Entlassungspläne"

Saarbrücken (dpa/VWD) – Wegen angeblicher Entlassungspläne bei Saarstahl Völklingen GmbH (ehemals Arbed Saarstahl) hat die CDU-Opposition im Saarland die sofortige Einberufung der Interfraktionellen Arbeitsgemeinschaft für Stahlfragen beantragt. Sie fordert Aufklärung über Meldungen, wonach im Neunkircher Zweigwerk die Produktion gedrosselt und rund 400 Arbeiter ohne Sozialplanregelung entlassen werden sollen. Ein Unternehmenssprecher dementierte die angeblichen Entlassungspläne.

Alusuisse: Erneut Verlust

Zürich (dpa/VWD) – Der schweizerische Aluminium- und Chemiekonzern Alusuisse wird auch 1986 einen „namhaften Jahresverlust" zu verzeichnen haben. Wie das Unternehmen in einem Zwischenbericht weiter mitteilte, werde dieser aber „wesentlich niedriger" als 1985 ausfallen. Im Vorjahr wurde ein Minus von 692 Mill. Franken (837 Mill. DM) ausgewiesen. Der Aluminium-Konzern registrierte im 1. Halbjahr 1986 mit 3,6 Mrd. Franken (4,35 Mrd. DM) einen um 17 Prozent geringeren Konzernumsatz.

Größter Investor

München (dpa/VWD) – Als „größter Investor im produzierenden Gewerbe" *gab die bundesdeutsche Strom*wirtschaft nach eigenen Angaben 1985 insgesamt 15,32 Mrd. DM aus. Davon entfielen 3,6 Mrd. DM auf das Verteilernetz. Dies teilte die Vereinigung Deutscher Elektrizitätswerke (VDEW) zu Beginn ihrer zweitägigen „Kabeltagung" in München mit. Die 54 bundesdeutschen Kabelhersteller produzierten 1985 für 2,7 (2,6) Mrd. DM und exportierten für 1,1 (0,9) Mrd. DM. Die Kabelimporte beliefen sich auf 0,4 (0,3) Mrd. DM.

Benecke setzt auf das Auto

dos. Hannover

Das Hannoversche Familienunternehmen J. H. Benecke GmbH setzt stärker als bisher auf eine anhaltend günstige Entwicklung der Automobilindustrie. Bereits jetzt entfallen rund 75 Prozent des Umsatzes von zuletzt knapp 300 Mill. DM auf Zulieferungen an diese Branche.

Benecke zählt zu den führenden Herstellern hochwertiger Folien und beschichteter Materialien für die Innenausstattung von Automobilen. Von den steigenden Absatzzahlen der Fahrzeugindustrie erhofft sich Benecke kräftige Wachstumsraten. Gerechnet wird mit einem Umsatzanstieg auf 350 Mill. DM. Vor diesem Hintergrund sei der Ausstieg aus den Spinnvlies-Aktivitäten zu sehen. Erst 1984 hatte Benecke diesen Bereich ausgegliedert und in Peine gemeinsam mit der britischen Firmengruppe BPB Industries PLC die Corovin GmbH gegründet.

Nach Abschluß der Umstrukturierung erwartet Benecke zugleich eine deutliche Verbesserung der Ertragslage. In der jetzt vorgelegten Bilanz 1985 wird lediglich ein Jahresüberschuß von 0,52 Mill. DM ausgewiesen; einschließlich des Gewinnvortrags aus 1984 ergibt sich ein Bilanzgewinn von 1,84 Mill. DM. Das unbefriedigende Ertragsniveau begründet die Geschäftsführung mit den hohen Aufwendungen im Rahmen des Umstrukturierungsprogramms.

Die Investitionen, so heißt es, sollen kräftig aufgestockt werden. Die Pläne sehen bis 1988 ein Volumen von rund 60 Mill. DM vor, davon 20 Mill. DM im laufenden Jahr nach 15 Mill. DM im Jahre 1985. Benecke beschäftigt derzeit rund 1700 Mitarbeiter, 50 mehr als im Vorjahr.

Werberat für Umweltbewußtsein

A. G. Bonn

Die Werbung der Wirtschaft in der Bundesrepublik stärkt bereits das Umweltbewußtsein. Ihr sollte aber nicht die Lösung „gesellschaftspolitischer Probleme" aufgebürdet werden. Das Spannungsverhältnis zwischen Ökonomie und Ökologie gehöre grundsätzlich auf die politische Bühne, meint der Deutsche Werberat anläßlich der Veröffentlichung seiner Arbeitsbilanz für das erste Halbjahr 1986. Die Produktwerbung vermeide überwiegend Darstellungen, die als Mißbrauch der Umwelt verstanden werden könnten. Und Werbemaßnahmen für umweltschonende Erzeugnisse wie phosphatfreie Waschmittel oder energiesparende Techniken und Geräte trügen zusätzlich zu verstärktem Umweltbewußtsein bei.

Die Funktion der Produktwerbung sei im Rahmen bestehender Gesetze aber eine ökonomische und keine politische. Insofern dürfe Werbung nicht zum Träger von politischen Wunschvorstellungen einzelner Gruppen mißbraucht werden. Würde der Wirtschaftswerbung zusätzlich zu ihrer Aufgabe der Existenzsicherung der Unternehmen und damit der Arbeitsplätze die Verbreitung von Wertvorstellungen einzelner Gruppen aufgebürdet, bräche sie unter dieser Last zusammen. Werbung für Waren und Dienstleistungen geriete dann in die Zone des Ideologieverdachts.

Im übrigen achte der Werberat darauf, daß bedenkliche Werbung in bezug auf den Umweltschutz verhindert wird. Von den 201 Beschwerden des ersten Halbjahres wurde über ein Viertel durch Verzicht oder Änderung der Werbung erledigt. Bei knapp der Hälfte aller Vorgänge erwies sich die Beschwerde als unbegründet.

PERSONALIEN

Direktor i. R. Dr. **Reinhold W. H. Baurs-Krey**, ehemaliger stellvertretender Vorstandsvorsitzender der R+V Allgemeine Versicherung AG und der R+V Lebensversicherung a.G., vollendet am 10. September 1986 sein 75. Lebensjahr.

Morihisa Kaneko, Leiter der schwedischen Panasonic-Niederlassung, ist zum Geschäftsführer der Panasonic Deutschland GmbH, Hamburg, berufen worden. Er ist Nachfolger von **Seinosuke Kuraku**, der für eine neue Aufgabe in die Konzernzentrale nach Osaka zurückkehrt.

Kurt Ullrich wurde mit Wirkung vom 1. September zum Geschäftsführer der AEG Elektrowerkzeuge GmbH (AEW), Winnenden, bestellt und zum Sprecher der Geschäftsleitung ernannt. **Hans-Jörg Lamping**, bisher Leiter Vertrieb Inland der AEG, wird zum Geschäftsführer ernannt. **Roland Runge** scheidet aus der Geschäftsführung der AEG aus und übernimmt eine andere Aufgabe beim AEG-Konzern.

Manfred Schmidt ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied bei der Stuttgarter Lebensversicherung a.G. und bei der Stuttgarter Unfallversicherung AG bestellt worden.

Richard H. Buchen, alleiniger geschäftsführender Gesellschafter der Richard Buchen GmbH, Köln-Sürth, wurde am 8. September 70. Jahre.

Dr. **Heinrich J. Klein**, Sprecher des Vorstands der Schott Glaswerke, Mainz, ist ins Präsidium des Bundesverband der Deutschen Industrie, Köln gewählt worden.

Georg Lorenz (44) ist zum stellvertretenden Vorstandsmitglied der Kölnische Rückversicherungs-Gesellschaft AG, Köln, mit Wirkung vom 1. Januar 1987 ernannt worden.

Kaufring will sich neu profilieren

Pilotprojekt schon nach drei Monaten erfolgreich – 1986 wieder leicht schwarze Zahlen

HARALD POSNY, Düsseldorf

Wild zu schnellem Erfolg entschlossen hat Europas größter Verbund mittelständischer Kaufhäuser und Fachgeschäfte, die Kaufring eG, Düsseldorf, ihre nach der Jahreswende vorgestellte neue Unternehmenskonzeption auf den Weg gebracht. Man will fernab von der „grünen Wiese" „die beste Dienstleistungszentrale für das innerstädtische Einkaufszentrum werden und in den Citys als relativ größter Anbieter für den Bedarf des täglichen Lebens die Rolle eines Magneten übernehmen".

Ein Pilotprojekt des neuen Kaufhaustyps (2500 qm) wertet Vorstandsvorsitzender Klaus-Peter Schneidewind bereits nach drei Monaten als Erfolg. Auf wirtschaftlich schwierigem Pflaster wurde das bislang verlustbringende Haus eine zukunftssichere Existenzgrundlage für den Unternehmer. Das Erfolgsgeheimnis: Weg von dem Image der grauen Maus ohne Angebotsprofilierung, hin zum Kaufhaus mit klarer Trennung von (preisgünstigem Selbstbedienungs-) Bedarfs- und (teurere Beratungs- und Bedienungs-) Erlebnisbereich.

Schneidewind will dieses Konzept für die Kaufhäuser in Innenstädten durchsetzen, die 80 Prozent des Kaufring-Einzelhandelsvolumens ausmachen. Das dürfte bis 1991 vollzogen sein. Daneben entwickelt der Kaufring Konzepte für Fachmärkte und Fachgeschäfte, die sich um ein solches Kaufring-Warenhaus herumgruppieren und von Franchisenehmern betrieben werden sollen. Auch hierfür gibt es bereits erprobte Textil-Konzepte. Mittelfristig sollen etwa 70 Prozent aller Umsätze aus dem Kaufhaus – und 30 Prozent aus den Fachmärkten kommen.

„Der Aufbruch zu neuen Ufern verdeckt ein wenig die Bereinigung der Altlasten" (Schneidewind). Der Kaufring-Jahresabschluß 1985 weist einen Verlust von 34,8 (3,4) Mill. DM aus, der im wesentlichen aus außerordentlichen Aufwendungen durch die 1985 aufgelöste Großhandels GmbH Grohag (21,2 Mill. DM) und der Trennung von sechs Einzelhandelsbeteiligungen (14,1 Mill. DM) resultiert. Insgesamt wird die Grohag-Pechsträhne allein insgesamt knapp 50 Mill. DM gekostet haben.

Das laufende Jahr wird – wenn auch nicht üppige – schwarze Zahlen im Unternehmensergebnis zeigen. Aber für einige Jahre wird man an der Grohag noch zu knabbern haben. Gleichwohl wollte man auf die auf 21 (16) Mill. DM gestiegenen Ausschüttungen an die (700 nach 616) Genossen nicht verzichten. Zusätzlich sank ihr Beitrag zu den Zentralkosten.

1985 wurde der Kaufring-Umsatz um 9 Prozent auf 1,88 Mrd. DM gesteigert, wobei das Lagergeschäft überproportional zum Wachstum beitrug. Die Mitgliederbetriebe setzten 4,6 (4,3) Mrd. DM um. In den ersten acht Monaten 1986 Jahres stiegen die Umsätze um 8,2 (neun) Prozent, die Dienstleistungsumsätze um 18,5 Prozent.

Ingenieure und Informatiker haben die besten Chancen

EDV-Kenntnisse werden für die Karriere immer wichtiger

Die Ingenieure profitieren besonders von dem anhaltenden wirtschaftlichen Aufschwung in der Bundesrepublik. Stellengesuche kommen vor allem aus der Elektrotechnik, dem Maschinen- und dem Fahrzeugbau, berichtet die Zentralstelle für Arbeitsvermittlung (ZAV) in Frankfurt, die zusammen mit den Fachvermittlungsdiensten der Arbeitsämter an 24 Hochschulorten für die besonders qualifizierten Fach- und Führungskräfte zuständig ist. Dringend gesucht werden beispielsweise Ingenieure für die Bereiche Mikroprozessortechnik, Automation, Digitaltechnik und Datenverarbeitung.

Diese Tendenzen zeigen sich in dem Bericht der ZAV für das Jahr 1985. Neben Ingenieuren waren auch Naturwissenschaftler – ausgenommen Biologen – sowie betriebswirtschaftlich orientierte Fachkräfte in kaufmännischen und Verwaltungsberufen gefragt. „Sehr verhalten" verlief die Nachfrage in den sozial- und geisteswissenschaftlichen Berufen, da die öffentliche Hand kaum zusätzliche Stellen bot.

Ungünstig blieb auch 1985 die Situation für Architekten, Bau- und Vermessungsingenieure. Während die Zahl der arbeitslosen Ingenieure insgesamt um sieben Prozent zurückging, stieg die der Architekten und Bauingenieure um 16 Prozent.

Vom weiteren Vormarsch der Elektronik profitierten jedoch nicht nur die Ingenieure. So verzeichneten die Fachvermittler für Informatiker wie schon im Jahr zuvor einen Überhang an offenen Stellen. Die Angebote kamen nicht nur von Geräteherstellern oder Softwarehäusern, sondern aus allen Wirtschaftsbereichen, in die die Datenverarbeitung Einzug hält.

Da der hohe Personalbedarf nicht allein von Elektroingenieuren und Informatikern gedeckt werden kann, eröffnen sich etwa für Physiker und Mathematiker mit entsprechenden Zusatzkenntnissen gute bis sehr gute Möglichkeiten. „Ausgesprochen gesucht" waren beispielsweise Physiker mit Spezialkenntnissen in der Meßtechnik für die Qualitätskontrolle bei der Herstellung elektronischer Geräte.

Gefragt sind auch Mathematiker mit fundierten Kenntnissen in der elektronischen Datenverarbeitung, „weniger Fachleute für die Software-Entwicklung als vielmehr Systemberater". So zeigten Consultingfirmen und Unternehmensberatungen Interesse, um ihre Kunden beim Einsatz der Datenverarbeitung zu beraten.

Verbessert hat sich auch die Situation für Chemiker und Chemie-Ingenieure. Verstärktes Interesse zeigten chemische Großunternehmen an promovierten Chemikern mit sehr guten Examina und kurzem, gezielten Studium für Aufgaben in Forschung und Entwicklung. Beklagt wurde jedoch vielfach der Mangel an EDV-Kenntnissen. Zudem sind Studienabgänger im Umgang mit modernen Analysegeräten nicht genügend geschult.

Vom konjunkturellen Aufwind profitieren auch die Absolventen der Betriebswirtschaftslehre. Vor allem aus den Wachstumsbranchen Elektrotechnik, Maschinen- und Fahrzeugbau und der chemischen Industrie kamen die Angebote. Ein großer Bedarf zeigte sich an Fachleuten aus dem Finanz- und Rechnungswesen, dem Controlling und dem Vertrieb.

Für Volkswirte stellte sich der Arbeitsmarkt als sehr ungünstig dar. Oftmals verbesserte eine Umorientierung auf betriebswirtschaftliche Tätigkeiten die Chancen für den Bewerber. Hier hilft der Fachvermittlungsdienst wie in vielen anderen Fällen mit Fortbildungsveranstaltungen und Hinweisen.

BARBARA SCHRÖTER-GRUNOW

Das Einkommen von Lee Iacocca bleibt für deutsche Manager ein Traum

Für Führungskräfte in den USA sind Aktienoptionen ein fester Vergütungsbestandteil

Von HEINZ EVERS

Der deutsche Leser glaubt jedes Mal zu träumen, wenn er die Top-Liste der amerikanischen Managervergütung studiert. Nach einer Auflistung von „Business Week" lagen im Jahre 1985 immerhin 146 US-Manager mit ihren Gesamtbezügen oberhalb von einer Million Dollar; 25 Top-Manager überschritten sogar die 2,5 Millionen-Dollar-Marke. Bereits die untere Vergütungsschwelle zu erreichen, dürfte in Deutschland allenfalls einer Handvoll absoluter Top-Verdiener, wie dem Vorstandsvorsitzenden von Bertelsmann, Mark Wössner, dem BMW-Boss, Eberhard von Kuenheim, oder dem Chef der Quandt-Gruppe, Graf von der Goltz, möglich sein.

Die Spitzenreiter des Jahres 1985, Victor Posner (DWG) sowie der inzwischen als Präsidentschaftskandidat gehandelte Lee A. Iacocca (Chrysler), blieben mit 12,7 beziehungsweise 11,4 Millionen Dollar zwar weit unter der '82er Rekordmarke von 51,5 Millionen Dollar (Frederick W. Smith; Federal Express); dennoch erreichten ihre Jahresbezüge für deutsche Verhältnisse eine immer noch phantastische Größenordnung. Das Geheimnis dieser Höhenflüge heißt: Stock Options. Die Gewährung von Aktienbezugsrechten bildet in den USA einen festen Bestandteil der Managervergütung. 80 bis 90 Prozent aller US-Großunternehmen räumen ihren Schlüsselkräften Optionen ein – bei steigenden Kursen eine außerordentlich attraktive Zugabe.

So konnte der Chrysler-Boss Iacocca im vergangenen Jahr zusätzlich zu seinen geradezu „bescheidenen" Grundbezügen und Jahrestantiemen in Höhe von insgesamt 1,6 Millionen Dollar ein zusätzliches „Benefit" von 9,8 Millionen Dollar als sogenanntes Langfrist-Einkommen aus ausgeübten Aktienbezugsrechten verbuchen. Der Rekordhalter Smith verzeichnete seinerzeit sogar nur 0,4 Millionen Dollar Jahresbezüge gegenüber 51,1 Millionen Dollar aus Optionsgewinnen.

Das Grundprinzip dieser lukrativen Vergütungsvariante ist einfach: Das Unternehmen räumt seinen Top-Managern das Recht ein, innerhalb eines bestimmten Zeitraumes, zum Beispiel von fünf oder zehn Jahren, eine gewisse Zahl eigener Aktien zu einem festgesetzten Preis – meist zum Börsenkurs des Gewährungstages – zu erwerben. Steigt nun in dieser Zeit aufgrund der Leistungsfähigkeit der Manager oder auch nur glücklicher Umstände der Börsenkurs des Unternehmens an, üben die Manager diese Option aus und kaufen die Aktien zu dem seinerzeit eingeräumten günstigen Angebotspreis. Ihnen entsteht dann zunächst ein Buchgewinn in Höhe der Differenz zwischen Kaufpreis und höherem Börsenkurs. Diesen können sie später in klingende Münze umsetzen, wenn sie die Aktien nach einer gewissen Wartezeit an der Börse veräußern.

STOCK OPTIONS

Warmer Regen
ZEICHNUNG: KLAUS BÖHLE

Hinter dieser Vergütungspraxis steht die Überzeugung, daß die Leistungen und der Erfolg von Top-Managern sich letztlich langfristig in überdurchschnittlichen Unternehmensergebnissen und damit steigenden Börsenkursen niederschlagen müssen. Die materielle Beteiligung der Manager an dieser Entwicklung motiviert sie bei attraktiver Ausgestaltung zu Spitzenleistungen.

Während in den USA Optionspläne seit über 30 Jahren in vielfältigen Varianten eingesetzt werden, fehlt in Deutschland ein solches langfristiges Vergütungselement fast völlig. Die Gründe für dieses Defizit sind im wesentlichen steuerlicher Natur. In den USA bleibt die Ausübung einer solchen Aktienoption durch den Manager unter bestimmten Bedingungen zunächst steuerfrei. Erst beim späteren Verkauf ist die Differenz zwischen Ankaufs- und Verkaufspreis als langfristiger Kapitalgewinn zu einem sehr ermäßigten Steuersatz (maximal 20 Prozent) zu versteuern. In Deutschland hingegen unterliegt bereits der Buchgewinn bei Ausübung der Option der vollen Versteuerung. Damit aber entfällt ein entscheidender Vorteil dieser Vergütungskomponente.

Zwar könnte man trotz fehlender Steuervorteile die Top-Manager-Tantiemen etwa analog den amerikanischen „Phantom-Stocks" rein rechnerisch von den langfristigen Börsenkurssteigerungen des Unternehmens abhängig machen; jedoch gibt es in Deutschland gegenüber den Börsenkursen als Leistungs- und Vergütungsmaßstäbe erheblich größere Vorbehalte als im kapitalistischen Musterland USA.

Wie die jüngste Diskussion um die Wandelanleihe für die leitenden Mitarbeiter für Conti-Gummi, Hannover, zeigt, propagieren insbesondere die Gewerkschaftsvertreter in den Aufsichtsräten diese Vorbehalte. Für sie sind Börsenkurse eher „Spielbälle der Spekulation", wenn nicht sogar der Manipulation. Sie stehen einer höheren Identifikation zwischen Managern und Kapitaleigner durchaus skeptisch gegenüber. Sie sind eher an einer letztlich leistungsfeindlichen Vergütungsnivellierung interessiert als daran, Top-Manager auch durch eine entsprechende attraktive Vergütung zu Spitzenleistungen zu motivieren. Ob man mit dieser Politik allerdings ein Krisenunternehmen, wie seinerzeit Chrysler, sanieren kann, ist zu bezweifeln.

Der Autor ist Geschäftsführer der Kienbaum Personalberatung GmbH, Gummersbach.

Der Kündigungsschutz gilt nicht für den ganzen Konzern

Bundesarbeitsgericht bestätigt bisherige Rechtsprechung

Ein konzernbezogener Kündigungsschutz besteht grundsätzlich nicht. Lediglich beim Vorliegen besonderer Ausnahmetatbestände kann ein solcher Kündigungsschutz begründet sein. Das hat der Zweite Senat des Bundesarbeitsgerichts in den Urteilen 2 AZR 611/85 und 2 AZR 612/85 vom 22. 5. 1986 entschieden.

Geklagt hatten zwei Arbeitnehmer, die in einem Betrieb eines großen Elektrokonzerns in Berlin, der stillgelegt werden sollte, beschäftigt waren. Die Betriebsleitung bot im September 1981 insgesamt 430 Arbeitnehmern an, sie in einem Schwesterunternehmen des Konzerns, das neu gegründet werden sollte (also nicht im Unternehmensbereich) weiterzubeschäftigen. Diese 430 Arbeitnehmer waren offensichtlich die am besten qualifizierten. Einer annähernd gleich großen Zahl von Arbeitnehmern wurde ein halbes Jahr später, zum 30. 9. 1982, gekündigt.

Die beiden Entlassenen begründeten ihre gegen die Kündigung gerichtete Klage damit, daß bei der Vermittlung der anderen 430 Arbeitnehmer an das Schwesterunternehmen zu ihrem Nachteil eine soziale Auswahl unterblieb. Sie verloren bereits vor dem Landesarbeitsgericht Berlin; der Zweite Senat des Bundesarbeitsgerichts bestätigte die Entscheidung der Vorinstanz. Nach seiner Ansicht gibt es keinen konzernbezogenen Kündigungsschutz.

Nach der bisherigen Rechtsprechung des Senats können nur Ausnahmetatbetände (Selbstbindung der Konzernmutter oder des Unternehmens, bei dem freie Arbeitsplätze vorhanden sind) einen konzernbezogenen Kündigungsschutz begründen. Handelt es sich – wie im vorliegenden Fall – um ein Schwesterunternehmen, das erst gegründet wird und das möglichst viele Arbeitnehmer des stillzulegenden Betriebs übernehmen will, gelten für das aufnehmende Unternehmen nicht die Grundsätze der sozialen Auswahl.

Die Arbeitnehmer können ebensowenig wie bei anderen Neueinstellungen vom Arbeitgeber eine soziale Auswahl fordern. Der Übernehmende hat in einem derartigen Fall die Entscheidungsfreiheit. (S. L.)

URTEILE AUS DER ARBEITSWELT

Arbeitsausfall

Die durch Einführung der Sommerzeit entfallende Arbeitsstunde braucht der Arbeitgeber dann nicht nacharbeiten zu lassen und daher auch nicht zusätzlich zu vergüten, wenn der Arbeitnehmer trotz der ausgefallenen Arbeitsstunde die vereinbarte Zahl von Arbeitsstunden und damit den ihm normalerweise gezahlten Lohn erreicht. Das hat das Bundesarbeitsgericht im Urteil 7 AZR 276/83 vom 11. 9. 1985 entschieden.

Gewinnverlagerung

Führen Verträge unter nahen Angehörigen zu Gewinnverlagerungen, so werden an den Nachweis der betrieblichen Veranlassung strenge Anforderungen gestellt. Diese Forderung bekräftigte der Bundesfinanzhof (I R 73/82) in einem Fall, in dem ein Steuerpflichtiger seinem im Betrieb mitarbeitenden Sohn nachträgliche Tantiemen zur Abgeltung geleisteter Überstunden versprochen hatte. Die Richter verneinten die betriebliche Veranlassung, weil es an einer von vornherein abgeschlossenen Rahmenvereinbarung gefehlt habe, die für den Sohn Anreiz zu besonderer Leistung hätte sein können. Gegen die betriebliche Veranlassung sprach auch, daß die Tantiemen nicht zeitnah ausbezahlt sowie Lohnsteuer und Sozialabgaben erst nach mehr als einem Jahr abgeführt worden waren.

Versetzung von Lehrlingen

Der Betriebsrat hat bei der Versetzung von Auszubildenden mitzubestimmen. Nach der Entscheidung 1 ABR 58/83 vom 3. 12. 1985 des Bundesarbeitsgerichts ist in einem Betrieb mit mehreren Filialen die Zuweisung einer anderen Ausbildungsstätte in einer Filiale oder in der Zentrale mit einer „erheblichen Änderung der Umstände" verbunden, unter denen die Ausbildung zu leisten ist. Deshalb handelt es sich um eine Versetzung des Auszubildenden, die einer Zustimmung des Betriebsrats bedarf.

Gewinnmitnahmen bei Renten

Die Zinsentwicklung in den USA hat zu forcierten Verkäufen im Bereich der deutschen öffentlichen Anleihen geführt. Ihre Kurse sanken bis zu einem Punkt. An den Abgaben waren nicht nur Ausländer beteiligt, auch inländische Stellen bemühten sich um den Abbau des spekulativen Teils ihrer Bestände. Großes Angebot besonders in der zehnjährigen Tranche der letzten Bundesanleihe. Hier gibt es offensichtlich Abgaben ohne Rücksicht auf die Bonifizierung der Stücke. Unter Druck lagen auch Pfandbriefe. Das drückte sich bisher nur in wenigen Notierungen aus.

Bundesanleihen

			8.9.	5.9.
F	7½ Bund 76 I	12/86	100,55	100,65
F	7¾ dgl. 76 II	1/87	100,6G	100,85
F	6½ dgl. 79	1/87	100,6G	100,65bG
F	6¾ dgl. 77	4/87	101,2G	101,2
F	6½ dgl. 77	7/87	101,55	101,55G
F	6 dgl. 77	10/87	101,5	101,5
F	6 dgl. 78 I	1/88	101,7G	101,7
F	6¼ dgl. 78 I	9/88	103,55	103,55
F	6½ dgl. 78 II	12/88	103,6	103,8G
F	6¾ dgl. 79	1/89	104,15G	104,15
F	7½ dgl. 79 I	4/89	105,55G	105,6G
F	10 dgl. 81 I	4/89	112G	112
F	7½ dgl. 79 I	6/89	106,55G	106,6
F	8 dgl. 79 I	7/89	107,85	107,95
F	8 dgl. 79 II	8/89	108,7	108,2
F	7½ dgl. 79 II	9/89	107,05	107,1
F	7¾ dgl. 79 II	11/89	108	108,05
F	7¾ dgl. 80	1/90	108,35G	108,35
F	10 dgl. 80	4/90	115,2bG	115,2
F	5¾ dgl. 78	6/90	102,6	102,6
F	8¾ dgl. 80 I	7/90	110,6	110,75
F	8½ dgl. 80 II	11/90	111	111,85
F	7¾ dgl. 82 I	11/90	109,25	109,35
F	9 dgl. 81	2/91	113,75	113,9
F	7½ dgl. 83 III	6/91	109,3	109,35
F	10¾ dgl. 81	7/91	119,95	119,9G
F	10¼ dgl. 81	9/91	122,5	122,65
F	10 dgl. 81 II	12/91	120,15	120,15
F	9¾ dgl. 82 I	1/92	118,75	118,8bG
F	9¾ dgl. 82 II	3/92	119,2	119,25
F	9½ dgl. 82	4/92	118,2	118,25
F	9 dgl. 82 I	5/92	116,1G	116,1
F	8½ dgl. 82	6/92	113,6	113,75
F	9 dgl. 82 II	8/92	116,4	116,6bG
F	8¾ dgl. 82	9/92	115,4	115,45
F	7¾ dgl. 82 II	12/92	111,4	111,5
F	7½ dgl. 83	1/93	109,7	109,9
F	6 dgl. 78 II	3/93	102,75	102,75
F	7½ dgl. 83 II	3/93	109,7	109,85bG
F	8¼ dgl. 83	6/93	113,65	113,8
F	8 dgl. 83	7/93	112,5	112,6
F	8¼ dgl. 83 II	8/93	114	114,4
F	8½ dgl. 83 III	10/93	113,75	114,25
F	8¼ dgl. 83 IV	11/93	113,9	114,2
F	8½ dgl. 83 V	12/93	114,2	114,6
F	8¼ dgl. 84	1/94	114	114,5

[illegible]

Bundesbahn

[illegible]

Bundespost

[illegible]

Länder – Städte

[illegible]

Sonderinstitute

[illegible]

Industrieanleihen

[illegible]

Optionsscheine

[illegible]

Optionsanleihen

[illegible]

F	5¾ dgl. 85 o. O	97,4	97,5T
F	4¾ DtBk.Lux 78 m.O.S	360G	360G
F	4½ dgl. 78 o. O. S	98,5G	98,25G
F	6¾ dgl. 83 m. O.	284,5G	284,5G
F	6¾ dgl. 83 o. O.	97G	97
F	3¾ dgl. 85 m. O.	251G	251G
F	3¾ dgl. 85 o. O.	95G	95G
F	6¾ dgl. 86 m. O.	138	139,25
F	6¼ dgl. 86 o. O.	99,9	100,2
F	3¾ Didier 85 m. O.	139	139
F	3¾ Didier 85 o. O.	81,5	81,5G
F	4 Dresdn.Bk. 83 m. O	200	205T
F	4 dgl. o. O.	96,2	96,75
F	8 dgl. 84 m. O.	224G	225G

[illegible]

Währungsanleihen

[illegible]

Wandelanleihen

[illegible]

Frankfurt

DM-Auslandsanleihen

	8.9.	5.9.
8 Afr. Entwickl. 79/87	101G	101G
10 dgl. 87/89	109,75G	109,75G
8 dgl. 84/91	105,75	106,85
9 Air Canada 82/92	111,25	111,75
7¾ dgl. 83/93	106,75	106,25G
9½ Akzo 82/89	105	104,5
7½ Allied Chem. 84/94	103,75G	103,75G

[illegible]

8¾ E.D.F. 82/92	107,25	107,75
8¾ dgl. 83/93	109,75G	110,25
7 Electrobras 77/87	101,5	101,5G
7 dgl. 79/87	99,75T	99,85
5¾ ELF Aquit. 78/88	99,95	100
6¾ Emhart Corp. 85/95	102,4	102,6
6¾ Ericsson LM 72/87	100,75G	100,75
6¼ Escom 72/87	101,25G	102bG
7 dgl. 73/88	98,1	98,25
9¼ dgl. 80/87	101,25bG	101,25bB
9¼ dgl. 87/90	101,95	101
8½ dgl. 83/90	97,25	98,75
8 dgl. 84/92	93,75bB	93,7
8½ dgl. 84/92	95,75	93,6

[illegible]

Düsseldorf

DM-Auslandsanleihen

[illegible]

Aktien überwiegend nachgebend

Steigende Zinsen erzwingen Neuorientierung

DW. – Auf dem Aktienmarkt war die Mehrzahl der Standardwerte nachgebend. Nach Abwicklung der noch vorliegenden Kaufaufträge aus dem Ausland verlief der Handel schleppend. Die sowohl in den USA als auch in der Bundesrepublik anziehenden Zinsen führten zu einem Stopp der Anlagekäufe. Da im Zuge des Zinsanstiegs sich auch der Dollar wieder nach oben bewegte, sind bei den Ausländern Zweifel an einer weiteren Aufwertung der DM aufgetaucht. Nutznießer der Neuorientierung sind die Rohstoffaktien.

Belastet durch die Zinsentwicklung wurden in erster Linie die Bankaktien, bei denen die Abschläge teilweise über 10 DM hinausgingen. Auch Versicherungsaktien verloren an Boden. Dagegen konnten sich die Kurse der Großchemie erstaunlich gut behaupten. Ihnen scheint die Dollarkurserholung zugute gekommen zu sein. Kursdrückende Gewinnmitnahmen in den einzelnen Handelspapieren, von denen Karstadt und Hussel fühlbar sanken. Autowerte konnten sich vergleichsweise gut halten, das trifft auch für die meisten Maschinenbauaktien zu. Gezielte Kaufaufträge aus dem Ausland sorgten bei einigen Spitzenwerten der Elektrobranche für Kursstabilität. Bei den Springer-Aktien gab es sogar einen kleinen Kursgewinn. Bei Contigummi wurden die Käufe auf der bisherigen Basis fortgesetzt, bei Phoenix belebte sich die Nachfrage zu Kursen, die um rund 10 DM unter denen des Wochenschluß lagen.

Frankfurt: Besonders schwach lagen Hussel mit minus 50 DM und Leifheit mit minus 39 DM. Puma büßten 29 DM ein. Außerdem gaben Enka um 9 DM, Hutschenreuther 10 DM und Oberland Glas um 11,50 nach. Asko gewannen 78 DM.

Düsseldorf: AVA stockten um 10 DM, DAB um 1,50 DM und Glas Schalke um 5 DM auf. Hochtief verminderten sich um 60 DM und Nino um 4 DM. Rhenag erhöhten um 3 DM und VDN um 4 DM.

Hamburg: Die zuletzt stark gestiegenen Phoenix Gummi schwächten um 8,50 DM ab. HEW fielen um 4 DM auf 130 DM zurück. Holsten Brauerei schwächten sich um 10 DM ab.

Berlin: Berliner Elektro konnten 16 DM und Bergmann 9 DM zulegen. Springer erholten sich um 5 DM und DeTeWe um 4 DM. Kempinski ermäßigten sich um 7 DM, Schering um 6 DM und VIAG um 5 DM.

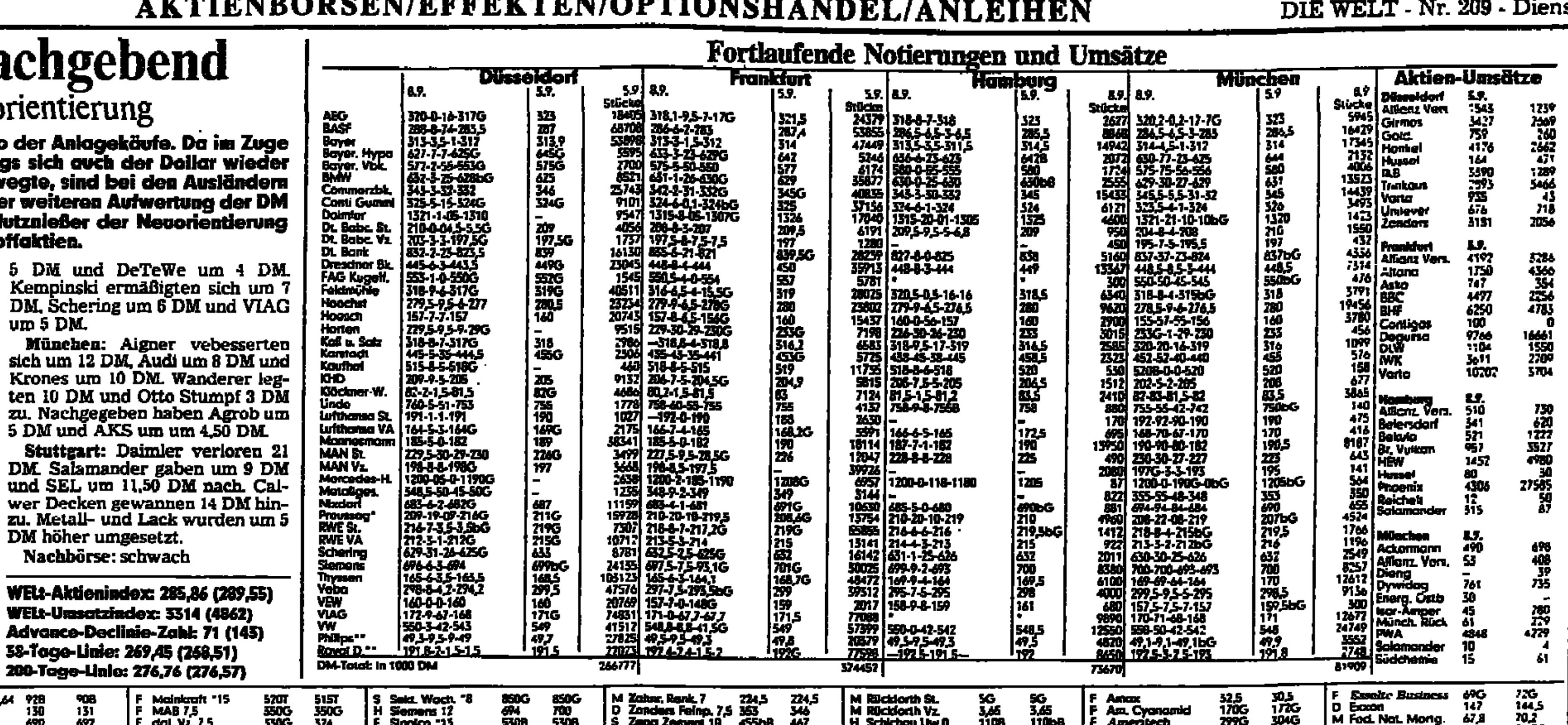
München: Aigner vebesserten sich um 12 DM, Audi um 8 DM und Krones um 10 DM. Wanderer legten 10 DM und Otto Stumpf 3 DM zu. Nachgegeben haben Agrob um 5 DM und AKS um um 4,50 DM.

Stuttgart: Daimler verloren 21 DM. Salamander gaben um 9 DM und SEL um 11,50 DM nach. Calwer Decken gewannen 14 DM hinzu. Metall- und Lack wurden um 5 DM höher umgesetzt.

Nachbörse: schwach

WELt-Aktienindex: 285,86 (289,55)
WELt-Umsatzindex: 3314 (4862)
Advance-Declinie-Zahl: 71 (145)
58-Tage-Linie: 269,45 (268,51)
200-Tage-Linie: 276,76 (276,57)

Fortlaufende Notierungen und Umsätze



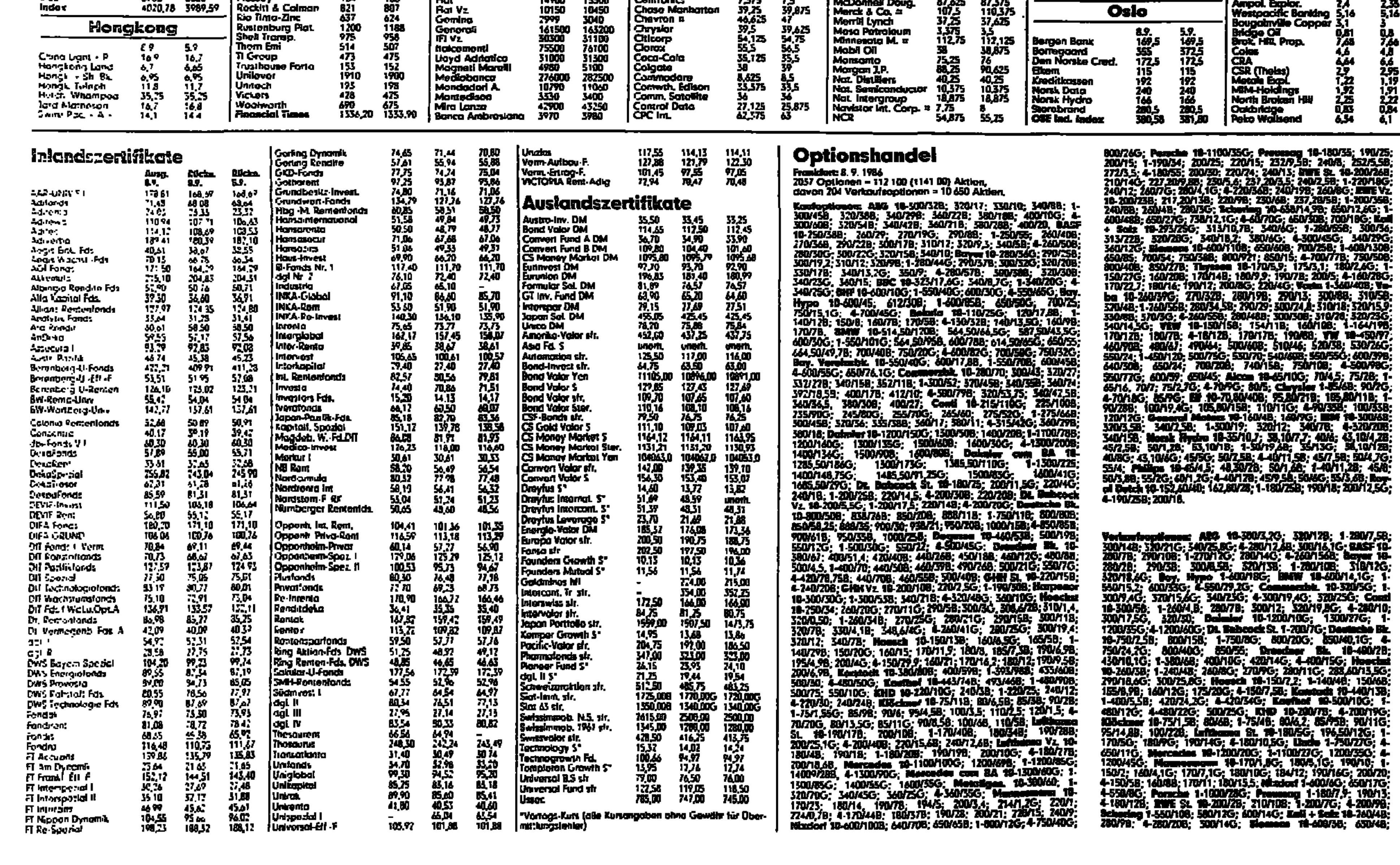
Inland



Ausland



Inlandszertifikate



Optionshandel

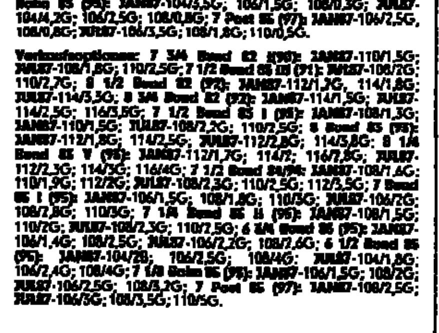
Rentenoptionen

Junge Aktien

Devisenmärkte



Devisen und Sorten



Warenpreise – Termine

Kräftige Gewinne verzeichneten am Freitag die Gold- und Silbernotierungen an der New Yorker Comex. Fester ging Kupfer aus dem Markt. Kaffee und Kakao notierten fester in den vorderen und schwächer in den folgenden Kontrakten.

Getreide/Getreideprodukte

WEIZEN Chicago (c/bush)

	5.9.	4.9.
Sept.	260,50	260,75-260,25
Dez.	264,50-264,75	265,00-165,50
März	261,00-261,50	262,00

WEIZEN Winnipeg (can.$/t) Wheat Board cif.

St.L. 1 CW	197,58	196,13
Am. Durum	195,36	193,91

ROGGEN Winnipeg (can.$/t)

Okt.	99,00	98,00
Dez.	97,50	96,60
März	99,00	99,10

HAFER Winnipeg (can. $/t)

Okt.	79,90	80,50
Dez.	76,80	76,80

HAFER Chicago (c/bush)

Sept.	116,00	113,00-112,75
Dez.	124,25	122,50-124,00
März	126,25	124,00

MAIS Chicago (c/bush)

Sept.	151,75-152,00	149,50-149,25
Dez.	164,00-163,75	162,25-162,50
März	175,25	174,25-174,50

GERSTE Winnipeg (can.$/t)

Okt.	83,20	83,70
Dez.	81,10	80,80
März	82,90	82,70

Genußmittel

KAFFEE New York (c/lb)

	5.9.	4.9.
Sept.	202,25-202,75	202,00
Dez.	203,10-203,50	203,25-203,40
März	199,90	200,00-200,50

KAKAO New York ($/t)

	5.9.	4.9.
Sept.	2070-2090	2072-2073
Dez.	2138-2148	2147-2150
März	2188-2190	2195-2199
Umsatz	2191	2780

ZUCKER New York (c/lb)

Nr. 11 Okt.	4,88-4,90	5,10-5,11
Jan.	5,45-5,50	5,57-5,70
März	5,86-5,87	6,12-6,14
Mai	6,13-6,14	6,35
Juni	6,30-6,35	6,55
Umsatz	14621	12192

Ico-Preis fob karibische Häfen (US-c/lb) 4,57 4,65

KAFFEE London (£/t) Robusta

	5.9.	4.9.
Sept.	2348-2350	2335–
Nov.	2365-2368	2353-2355
Jan.	2320-2325	2315-2315
Umsatz	3752	5653

KAKAO London (£/t)

Sept.	1500-1501	1490-1494
Dez.	1547-1548	1549-1551
März	1589-1592	1589-1590
Umsatz	2705	4261

ZUCKER London ($/t) Nr.6 (fob)

	5.9.	4.9.
Okt.	108,80-109,20	113,80-114,00
Dez.	117,80-120,00	122,60-123,40
Jan.	—	-
Umsatz	3882	4662

PFEFFER Singapur (Straits-Sing. $/100 kg

		5.9.
schw.		
Saraw.spez.		875,00
weiß.Saraw.	unerh.	1302,50
weiß.Munt.		1317,50

ORANGENSAFT New York (c/lb)

	5.9.	4.9.
Sept.	101,00	100,50
Nov.	102,70-102,75	102,50-103,00
Jan.	104,40-104,50	104,20-104,40
März	106,05-106,10	106,05
Mai	106,85	107,50
Umsatz	500	708

Öle, Fette, Tierprodukte

ERDNUSSÖL New York (c/lb) Südstaaten fob Werk

	5.9.	4.9.
	28,50	28,50

MAISÖL New York (c/lb) US-Mittelweststaaten fob Werk

	16,75	16,75

SOJAÖL Chicago (c/lb)

Sept.	13,33	13,29-13,24
Okt.	13,42-13,40	13,50-13,25
Dez.	13,99-14,00	13,88-13,86
Jan.	14,10-14,12	14,00
März	14,38-14,40	14,28-14,30
Mai	14,55-14,60	14,45-14,46
Juli	14,75-14,76	14,65-14,66

BAUMWOLLSAATÖL New York (c/lb) Mississippi-Tal fob Werk

	12,50	12,25

SCHMALZ Chicago (c/lb)

loco lose	12,00	13,00
Choise white hog 4 % fr. F.	9,80	9,00

TALG New York (c/lb)

top white	10,25	10,25
fancy	10,00	9,75
bleichf.	9,75	9,50
yellow max. 10% fr.F	8,25	8,50

SCHWEINE Chicago (c/lb)

Okt.	57,65-57,70	58,55-58,40
Dez.	56,50-56,60	57,25-57,15
Febr.	54,92-54,80	55,55-55,70

SCHWEINEBÄUCHE Chicago (c/lb)

Febr.	79,80-79,60	80,90-80,70
März	78,75-78,60	80,05-79,80
Mai	77,80-78,00	79,15-78,85

HÄUTE Chicago (c/lb)

	5.9.	4.9.
Ochsen einh. schwere River Northern	64,00	64,50
Kühe einh. schwere River Northern	56,00	56,00

SOJABOHNEN Chicago (c/bush)

Sept.	481,5	485,0-486,0
Nov.	478,0-478,5	477,0-477,5
Jan.	486,5-486,3	485,0-486,0
März	495,5-495,8	494,00
Mai	501,0	499,00
Juli	504,5	502,00
Aug.	502,5	501,00

SOJASCHROT Chicago ($/sht)

Sept.	156,9-157,0	157,5-157,6
Okt.	152,9-153,0	151,8-152,6
Dez.	152,9-152,8	151,7-152,8
Jan.	153,2	152,5-153,0
März	154,5	154,0
Mai	154,7-154,8	155,0
Juli	155,9-156,0	155,8-155,9

LEINSAAT Winnipeg (can. $/t)

	5.9.	4.9.
Okt.	236,80	238,00
Dez.	239,50	241,20
März	249,20	250,00

KOKOSÖL New York (c/lb) – Westk. fob Werk

	5.9.	4.9.
	9,50	9,50

ERDNUSSÖL Rotterdam ($/t)

	8.9.	5.9.
jegl. Herk. cif	540,00	540,00

LEINÖL Rotterdam ($/t) jegl. Herk. ex Tank

	330,00	335,00

PALMÖL Rotterdam ($/lgt) – Sumatra

cif	200,00	197,50

SOJAÖL Rotterdam (hfl/100 kg) roh Niederl. fob Werk

	61,50	65,00

KOKOSÖL Rotterdam ($/lgt) – Philippinen

cif	235,00	225,00

LEINSAAT Rotterdam ($/t) – Kanada Nr. 1

cif	179,00	184,00

Wolle, Fasern, Kautschuk

BAUMWOLLE New York (c/lb)

Kontr.Nr2	5.9.	4.9.
Okt.	38,30-38,35	37,00
Dez.	39,15-39,20	37,75-37,80
März	40,20-40,35	39,00
Mai	40,99-41,00	39,60
Juli	41,59	40,38
Okt.	42,60-42,75	41,40-41,50

KAUTSCHUK New York (c/lb) Händlerpreis loco RSS-1

	43,75	43,50

WOLLE London (Neusl. c/kg) – Kreuzz.

	8.9.	5.9.
Okt.	545-565	545-556
Dez.	540-545	-
Jan.	530-544	542-544
Umsatz	2465	2424

WOLLE Roubaix (F/kg) Kammz.

	8.9.	5.9.
Okt.	41,50-45,50	41,50-45,50
Dez.	-	-
Umsatz	0	0

Tendenz: ruhig

WOLLE Sydney (austr. c/kg) Merino-Schweißw. Standard

	8.9.	5.9.
Okt.	620,00-650,00	620,00-640,00
Dez.	–	-
Mai	–	-
Umsatz	0	0

SISAL London ($/t) cif eur. Haupthäfen

	8.9.	5.9.
EA	680,00	680,00
UG	570,00	570,00

SEIDE Yokohama (Y/kg) AAA ab Lager

	8.9.	5.9.
Sept.	12330	12399
Okt.	12225	12365

KAUTSCHUK London (p/kg)

	5.9.	4.9.
spot	61,00-63,00	60,50-62,50
RSS 1 Okt.	60,50-61,50	60,00-61,00
RSS 2 Okt.	59,50-60,50	59,00-60,00
RSS 3 Okt.	58,50-59,50	58,00-59,00

Tendenz: ruhig

KAUTSCHUK Malaysia (mal. c/kg)

	8.9.	5.9.
Okt.	222,00-224,00	
Nov.	225,00-225,00	
Nr. 2 Okt.	217,00-218,00	geschl.
Nr. 3 Okt.	213,00-214,00	
Nr. 4 Okt.	209,00-210,00	

Tendenz: ruhig

JUTE London (£/lgt)

	8.9.	5.9.
BWC	267	267
BWD	267	267
BTC	310	310
BTD	310	310

Erläuterung – Rohstoffpreise

Mengenangaben: 1 troyounce (Feinunze) = 31,1035 g; 1lb = 0,4536 kg; 1 R. – 76 WD – (–); BTC – (–); BTD – (–)

Westd. Metallnotierungen

(DM je 100 kg)

	8.9.	5.9.
ALUMINIUM: Basis London		
lfd. Mon.	250,65-250,96	244,87-245,17
dritt. M.	244,79-244,94	240,89-241,20
BLEI: Basis London		
lfd. Mon.	83,92-84,01	84,37-84,68
dritt. M.	84,47-84,63	84,68-84,83
NICKEL: Basis London		
lfd. Mon.	780,00-781,54	774,95-776,48
dritt. M.	790,79-792,35	787,18-787,48
ZINK: Basis London		
lfd. Mon.	166,48-169,57	168,14-171,19
Prod.-Pr.	181,98	179,12
REINZINN 99,9 %	ausg.	ausg.

Zinn-Preis Penang

Straits-Zinn ab Werk prompt (Ring/kg)

	8.9.	5.9.
	14,12	geschl.

NE-Metalle

(DM je 100 kg)

	8.9.	5.9.
ELEKTROLYTKUPFER für Leitzwecke		
DEL-Not.*	284,87-287,05	282,16-284,30
BLEI in Kabeln	91,50-92,50	92,25-93,25
ALUMINIUM für Leitzwecke (VAW)		
Rundb.	455,00-458,50	455,00-458,50
Vorz.dr.	464,00-464,50	464,00-464,50

* Auf Grundlage der Meldungen ihrer höchsten und niedrigsten Kaufpreise durch 19 Kupferverarbeiter und Kupferbeisteller

Messingnotierungen

	8.9.	5.9.
MS 58, 1.VS	274	271-272
MS 58, 2.VS	320-323	320-322
MS 63	288-301	294-297

Deutsche Alu-Gußlegierungen

(DM/100 kg)	8.9.	5.9.
Leg. 225	275-292	275-292
Leg. 226	277-294	277-294
Leg. 231	312-324	312-324
Leg. 233	322-334	322-334

Preise für Abnahme von 1 bis 5 t frei Werk

Edelmetalle

	8.9.	5.9.
PLATIN (DM/g)	46,908	44,858
GOLD (DM/kg Feingold incl. MWSt.)		
Bank-Vkfpr.	32148	31122
Rückn.-Pr.	27400	26500
GOLD (DM/kg Feingold) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	28420	27910
Rückn.-Pr.	27650	26160
verarbeitet	298108	292808
GOLD (Frankfurter Börsenkurs) (DM/kg)	27810	27300
SILBER (DM je kg Feinsilber) (Basis Londoner Fixing)		
Deg.-Vkfpr.	377,20	366,60
Rückn.-Pr.	365,10	355,30
verarbeitet	393,808	382,708

Internationale Edelmetalle

GOLD (US-$/Feinunze)

London	8.9.	5.9.
10.30	419,00	418,25
15.00	418,60	420,80
Zürich mitt.	417,75-418,75	419,00-422,00
Paris (F/1-kg-Barren) mittags	90050	89050

SILBER (p/Feinunze) London

Kasse	371,75	363,95
3 Mon.	380,80	372,50
6 Mon.	389,60	380,85
12 Mon.	406,65	397,80

PLATIN (£/Feinunze)

London	5.9.	4.9.
fr. Markt	450,05	427,95

PALLADIUM (£/Feinunze)

London	5.9.	4.9.
f. Händl.-Pr.	100,85	96,30

New Yorker Metallbörse

	5.9.	4.9.
GOLD H & H Ankauf	420,80	405,50
SILBER H & H Ankauf	547,00	533,50
PLATIN		
f.Händl.-Pr.	672,00-680,00	644,00-653,00
Prod.-Pr.	475,00	475,00
PALLADIUM		
f. Händl.-Pr.	154,00-156,00	142,50-149,50
Prod.-Pr.	150,00	150,00
COMEX GOLD		
Sept.	422,80	410,00
Okt.	424,00-425,00	411,50-413,00
Dez.	426,40	415,30-416,00
Febr.	428,00-428,50	419,50-419,70
Apr.	432,00-433,00	423,00
Umsatz	75000	68000
SILBER (c/Feinunze)		
Sept.	558,80-560,00	534,80-536,00
Okt.	561,50	538,00
Dez.	566,00-568,00	542,00-545,00
Jan.	569,60	546,10
März	573,50-573,60	550,50-551,00
Mai	579,00-582,50	556,90
Juli	586,80	561,00
Umsatz	30000	17000

KUPFER (c/lb)

	5.9.	4.9.
Sept.	61,00	60,50
Okt.	61,15	60,65
Dez.	61,60-61,65	61,05-61,20
Jan.	61,75	61,25
März	62,15-62,25	61,65
Mai	62,45	61,95
Juli	62,75	62,30
Umsatz	4500	3700

Londoner Metallbörse

	8.9.	5.9.
ALUMINIUM (c/lb)		
mitt. Kasse	813,00-814,00	811,00-813,00
3 Mon.	794,00-794,50	796,00-797,00
BLEI (£/t)		
mitt. Kasse	272,50-272,50	274,00-275,00
3 Mon.	274,00-274,50	276,00-276,50
KUPFER grade A (£/t)		
mitt. Kasse	905,00-906,00	904,50-905,00
3 Monate	925,50-924,00	923,50-924,00
ab. Kasse	-	912,00-913,00
3 Monate	-	928,50-929,00
KUPFER-Standard		
mitt. Kasse	878,50-879,00	885,00-886,00
3 Monate	900,00-902,00	905,00-906,00
ZINK Highergrade (£/t)		
mitt. Kasse	540,00-560,00	575,50-576,50
3 Monate	-	578,50-579,50
ZINN (£/t)		
mitt. Kasse	ausg.	ausg.
3 Monate		
QUECKSILBER ($/FL)	-	150-170
WOLFRAM-ERZ ($/T-Einh.)	-	40-45

Energie-Terminkontrakte

HEIZÖL Nr. 2 – New York (c/Gallone)

	5.9.	4.9.
Okt.	45,40-45,50	44,85-45,00
Nov.	46,70-46,80	46,20-46,40
Dez.	47,90-48,05	47,40-47,60
Jan.	48,50	48,00-48,10

GASÖL – London ($/t)

	5.9.	4.9.
Sept.	135,75-136,00	134,25-134,50
Okt.	141,50-141,75	139,25-139,50
Nov.	145,75-146,00	143,50-143,75
Dez.	149,00-149,75	147,50-148,00
Jan.	151,25-151,75	149,75-150,00
Febr.	148,00-148,50	146,00–
März	143,00-144,50	141,00-143,00

BENZIN – New York (c/Gallone)

	5.9.	4.9.
Sept.	–	46,10-46,20
Okt.	46,35-46,60	45,80
Nov.	46,30	-

ROHÖL – New York ($/Barrel)

	5.9.	4.9.
Okt.	16,33-16,40	16,19-16,23
Nov.	16,43-16,48	16,25-16,28
Dez.	16,35-16,44	16,21-16,25
Jan.	16,30	16,10
Febr.	16,00	15,94

ROHÖL-SPOTMARKT ($/Barrel) mittlere Preise in NW-Europa – alle fob

	5.9.	4.9.
Arabian Lg.	12,86	12,84
Arabian Hv.	12,43	12,42
Iran Lg.	9,20N	9,20N
Forties	15,30	14,80
North Brent	15,40	15,15
Bonny Light	15,15N	15,15N

Kartoffeln

London (£/t)

	5.9.	4.9.
Nov.	110,30	110,30
Febr.	123,50	123,50
April	155,50	155,50
Mai	171,20	171,20

New York (c/lb)

	5.9.	4.9.
Nov.	3,90-3,91	3,85-3,89
März	4,25-4,30	4,21
Mai	5,25-5,27	5,19
–	–	-

Bauholz

Chicago ($/1000 Board Feet)

	5.9.	4.9.
Sept.	197,50-197,00	198,80-198,50
Nov.	184,30-183,60	183,40
Jan.	177,50-177,10	180,30
März	176,10	180,40-180,00

Devisenterminmarkt

Wegen schlechterer Chancen für eine Dollarzinssenkung am 8. 9. wurden die Dollar-Deports höher gehandelt.

	1 Monat	3 Monate	6 Monate
Dollar/DM	0,29-0,19	0,77-0,67	1,57-1,37
Pfund/Dollar	0,51-0,49	1,48-1,45	2,71-2,66
Pfund/DM	2,10-0,70	4,80-3,40	8,60-7,20
FF/DM	14+2	30-14	52-36

Geldmarktsätze

Geldmarktsätze im Handel unter Banken am 8.9.: Tagesgeld 4,40-4,50 Prozent; Monatsgeld 4,35-4,50 Prozent; Dreimonatsgeld 4,35-4,45 Prozent. FIBOR 3 Mon. 4,45 Prozent, 6 Mon. 4,50 Prozent.

Privatdiskontsätze am 8.9.: 10 bis 29 Tage 3,05 G–2,90B Prozent; und 30 bis 90 Tage 3,05 G–2,90B Prozent. Diskontsatz der Bundesbank am 8.9.: 3,5 Prozent; Lombardsatz 5,5 Prozent.

Euro-Geldmarktsätze

Niedrigst- und Höchstkurse im Handel unter Banken am 8.9.; Redaktionsschluß 14.30 Uhr:

	US-$	DM	sfr.
1 Monat	5⅞-6⅛	4½-4⅝	4-4⅛
3 Monate	5⅞-6⅛	4½-4⅝	4-4⅛
6 Monate	5⅞-6⅛	4½-4⅝	4-4¼
12 Monate	6-6¼	4⅝-4¾	4-4⅛

Mitgeteilt von: Deutsche Bank Compagnie Financière Luxembourg, Luxemburg

Ostmarkkurs am 8.9. (je 100 Mark Ost) – Berlin: Ankauf 16,00; Verkauf 19,00 DM West; Frankfurt: Ankauf 15,25; Verkauf 18,25 DM West.

Edelmetallmünzen

In Essen wurden am 8.9. folgende Edelmetallmünzpreise genannt (in DM):

	Feingew. in Gr./Uz.	Ankauf	Verkauf inkl.MwSt	Preis je Gramm
20 Goldmark	7,1690	204,00	261,06	36,42
20 ffr. Napoleon	5,8070	164,00	215,46	37,10
20 sfr Vreneli	5,8070	175,00	228,00	39,26
½ Sovereign (E.II)	3,6610	101,00	137,94	37,68
1 Sovereign Neu	7,3220	193,00	248,52	33,94
1 Sovereign Alt	7,3220	200,00	256,50	35,03
100 Kronen Öster.	30,4880	800,00	980,40	32,16
20 Kronen Öster.	6,0980	155,00	199,50	32,72
10 Kronen Öster.	3,0480	82,00	109,44	35,91
4 Dukaten Öster.	13,7700	378,00	465,12	33,78
1 Dukaten Öster.	3,4420	80,00	114,00	33,12
10 Rubel Tscherw.	7,7423	199,00	256,36	32,98
Krügerrand 1 Uz	31,1035	850,00	1008,90	32,44
Krügerrand ½ Uz	15,5517	444,00	528,96	34,01
2 Rand Südafrika	7,3220	187,00	241,68	33,01
1 Rand Südafrika	3,6610	87,00	121,98	33,32
50 C.S Mapl.L.1 Uz	31,1035	875,00	1037,40	33,35
5 C.S Mapl. 1/10 Uz	3,1103	89,00	112,86	36,29
20 US-$ Dbl. Eagle	30,0930	1030,00	1322,40	43,94
Nob. Platin 1 Uz	31,1035	1405,00	1658,70	53,33
Nob. Platin 1/10 Uz	3,1103	148,00	182,40	58,64

Mitgeteilt von der Dresdner Bank, Essen

Bundesschatzbriefe (Zinslauf vom 1. August 1986 an, Zinsstaffel in Prozent jährlich, in Klammern Zwischenrenditen in Prozent für die jeweilige Besitzdauer). Ausgabe 1986/7 (Typ A) 3,50 (3,50) – 4,50 (3,99) – 5,00 (4,31) – 6,00 (4,70) – 7,00 (5,12) – 8,00 (5,53). Ausgabe 1986/8 (Typ B) 3,50 (3,50) – 4,50 (4,00) – 5,00 (4,33) – 6,00 (4,75) – 7,00 (5,19) – 8,00 (5,66) – 8,00 (5,99) Finanzierungsschätze des Bundes (Renditen in Prozent). 1 Jahr 3,80, 2 Jahre 4,50. Bundesobligationen (Ausgabebedingungen in Prozent). Zins 5,25, Kurs 99,60, Rendite 5,34.

Nullkupon-Anleihen (DM)

Deutsche Emittenten	Rückzahlung Preis	Datum	Kurs 8.9.	Rendite in %
BW-Bank E.69	100,00	1.7.95	58,843	6,20
Commerzbank	100,00	22.5.95	59,75	6,09
Commerzbank	100,00	4.8.00	47,35	6,37
Deutsche Bk. S	287,00	23.1.95	142,00	8,73
DSL-Bank R.264	137,01	2.7.90	113,10	5,15
DSL-Bank R.265	100,00	2.7.90	82,55	5,15
DSL-Bank R.266	100,00	1.8.95	58,07	6,30
Hbg. Ldbk. A.2	100,00	15.8.96	54,50	6,30
Hess. Ldbk. 245	100,00	1.6.95	59,62	6,10
Hess. Ldbk. 246	100,00	1.6.00	41,95	6,53
Hess. Ldbk. 247	100,00	1.6.95	59,13	6,20
Hess. Ldbk. 248	100,00	1.7.05	29,73	6,66
Hess. Ldbk. 251	100,00	2.11.05	29,62	6,56
Hess. Ldbk. 255	100,00	4.4.06	28,20	6,68
Hess. Ldbk. 256	100,00	5.4.16	15,78	6,40
SGZ-Bank 60	100,00	12.6.95	58,75	6,26
WestLB 600	100,00	2.5.95	58,75	6,35
WestLB 603	100,00	1.6.01	37,90	6,81
WestLB 606	100,00	1.8.06	26,35	6,94
WestLB 500	126,86	16.2.89	114,50	4,31
WestLB 501	137,01	16.2.90	116,30	4,90
WestLB 504	141,85	1.10.91	109,10	5,33
WestLB 505	143,24	1.9.92	104,60	5,41
Emittenten (DM) Ausland				
Österreich	200,00	24.5.95	117,50	6,29
Österreich	294,12	24.5.00	118,50	6,83
Atl. Richfield	$ 100	4.2.92	129,90	8,39
Campbell Soup	$ 100	21.4.92	131,10	7,87
Prud Realty	$ 100	15.1.99	71,80	8,61
Emittenten (Dollar)				
DuPont Overs	100,00	11.2.90	77,875	7,56
Pepsi-Co. (AA)	100,00	4.2.92	66,00	7,98
Beatrice Foods	100,00	9.2.92	60	9,87
Xerox (AA)	100,00	11.2.97	65,25	8,18
Gulf Oil (AAA)	100,00	2.3.92	64,00	8,32
Gen. Bec.(AAA)	100,00	17.2.95	60,25	7,76
Caterp.Fin (AA)	100,00	11.2.94	53,00	8,92
Penney (A+)	100,00	17.2.94	54,00	8,63
Sears (AA)	100,00	27.5.94	53,625	8,40
Philip Morris/A	100,00	8.6.94	53,50	8,40
Gen. Elec (AAA)	100,00	4.5.95	51,50	8,15

Renditen und Preise von Pfandbriefen und KO

Laufzeit Jahre	Rendite* ca.% (Vortag)	Orientierungspreise** bei Nominalzinsen von 5%	6%	7%	8%	9%	10%
1	4,60 (4,57)	100,4	101,5	102,7	103,2	104,1	105,1
2	4,73 (4,67)	100,5	102,2	104,1	105,9	107,8	109,7
3	4,95 (4,88)	100,2	102,6	105,3	108,1	110,8	113,5
4	5,35 (5,28)	98,40	102,0	105,5	109,0	112,5	116,0
5	5,60 (5,53)	97,05	101,5	105,5	109,8	114,0	118,3
6	5,82 (5,76)	95,45	100,9	105,3	110,3	115,2	120,1
7	6,10 (6,02)	93,35	99,45	104,5	110,0	115,5	121,1
8	6,35 (6,30)	91,50	97,25	103,4	109,5	115,6	121,7
9	6,56 (6,50)	89,05	95,65	102,3	108,9	115,5	122,1
10	6,60 (6,55)	87,90	95,00	102,2	109,3	116,4	123,5
15	6,90 (6,85)	81,80	90,90	100,9	109,1	118,2	127,3

*Die Rendite wird auf der Basis aktueller Kupons berechnet (ca. %)
**Aufgrund der Marktrendite errechnete Preise, die von den amtlich notierten Kursen vergleichbarer Papiere abweichen können.

Commerzbank Rentenindex: 113,465 (113,698)
Performance-Rentenindex: 247,789 (247,981)
Mitgeteilt von der COMMERZBANK

New Yorker Finanzmärkte

Fed Funds	5 Sept	5,63-5,75
Commercial Paper (Direktplazierung)	30-59 Tage	5,625
	60-270 Tage	5,150
Commercial Paper (Handlerplazierung)	30 Tage	5,65
	60 Tage	5,60
	90 Tage	5,55
Certificates of Deposit	1 Monat	5,35
	2 Monate	5,35
	3 Monate	5,35
	6 Monate	5,40
	12 Monate	5,45
US-Schatzwechsel	13 Wochen	5,23
	26 Wochen	5,31
US-Staatsanleihe	10 Jahre	7,32
	30 Jahre	7,53
US-Diskontsatz		5,50
US-Primerate		7,50
Geldmenge M1	25. Aug.	688,6 Mrd. $ (+0,6 Mrd. $)

NYSE-Aktienindex (New York)

Sept.	143,75	146,10
Dez.	144,45	147,10

Mitgeteilt von Hornblower Fischer & Co., Frankfurt

Dollar-Anleihen

	5.9.	4.9.
9¾ EEC 90	107	107,25
11¼ dgl. 90	112,125	112,875
10⅝ EIB 95	110,75	111,5
11 dgl. 91	114,75	115,25
11½ dgl. 90	116,125	116,375
11⅝ dgl. 95	123,25	123,5
12 dgl. 95	125,875	126,25
12⅛ dgl. 90	117,375	117,75
12⅞ dgl. 95	130,875	131,125
13 dgl. 96	121,625	122,5
10⅝ Wld Bk 95	115,125	116,375
10⅝ dgl. 88	105,625	106,875
10⅝ dgl. 90	111,5	112
10⅝ dgl. 95	117,25	117,75
11 dgl. 92	115,625	116,5
11¼ dgl. 88	108,625	109,125
11¼ dgl. 90	114,75	115,5
11⅝ dgl. 89	110,125	110,375
11½ dgl. 90	114,875	115,75
12 dgl. 95	123,5	124,375
12⅛ dgl. 94	128,5	129,25
12⅞ dgl. 94	131,25	132
6⅞ Sears 91	104,5	104,625
6¾ Swed.Ex.91	102,875	102,875
7 TRW 94	105	103
6⅝ Un.Tech.92	103,25	103,625
6¾ W.Dien.96	104,125	104,25
6½ World Bk96	105,25	105,375
6⅝ dgl. 90	104	104,125
6⅝ dgl. 94	106,75	105,875
7 dgl. 94	107,875	107,875

Euro-Yen

	5.9.	4.9.
6⅝ Al.Corp 91	102,75	102,75
6⅝ Al.Sign93	102,875	102,875
7⅛ ADB 94	109,625	109,875
7 Austria 95	107,75	107,75
7 BP 92	106,25	106,25
6⅝ Denmark 92	104,75	104,75
7 Denm.Bk. 92	105,125	105
7 Dow Chem.94	105,625	105,875
6⅞ EDF 95	107	107,25
6⅝ Eurofima95	103,875	104
6⅝ dgl. 92	102,75	102,875
6⅝ dgl. 93	103	102,875
7⅝ dgl. 94	104,75	104,75
6⅞ Fannie 92	105,25	105,25
6⅝ Finl.Rep90	104,25	104,125
6⅝ GMAC 90	101,75	101,75
7⅛ Goodyear95	103,375	103,625
6⅞ dgl. 94	102,5	102,625
6⅝ ITT 92	104,125	104,25
6½ McDonal.92	102,625	102,875
6⅝ Montreal95	104,625	104,625
6⅝ NordLB 93	103,375	103,25
6 NIB 91	101,5	101,5
7 dgl. 92	106,5	106,5
7 Pac.Gas 94	105	105,125
6⅝ Penney 92	102,625	102,875
6⅝ Procter 92	104,125	104,375
6⅝ Sallie 92	103,875	104,25

Lux. Franc Bonds

	5.9.	4.9.
9¼ Akzo 87	100	100
9⅝ Asea 89	101	101
6⅝ Asian Dv87	99,25	99,25
10⅛ BFG Lux90	105	105
11 BNP 90	105	105
9 dgl. 93	107	107
10⅝ Coca 94	106,5	106,5
11 dgl. 92	103,25	103,25
13 dgl. 91	101,25	101,25
8⅝ Conseil 95	105	105
12⅛ dgl. 92	106,75	106,75
8 Coptel 88	100,25	100,25
8⅝ dgl. 89	100,5	100,5
11 Cr.Lyon.88	100	100
13 dgl. 89	105	105
7⅛ Den.Mtg 88	99,75	99,75
8⅝ EEC 95	105,5	105,5
8½ Euratom 89	103	103
10⅛ dgl. 96	113,25	113,25
11 dgl. 93	101,25	101,25
9 Eurofima 95	106,5	106,5
10 dgl. 91	105,75	105,75
10 dgl. 94	106,5	106,5
11⅝ dgl. 89	–	–
8 EIB 91	100	100
8⅝ dgl. 93	105	105
9½ dgl. 95	108	108
9⅝ dgl. 88	102	102
9⅝ dgl. 93	106	106
10⅝ dgl. 94	110,5	110,5
11⅛ dgl. 88	102	102
12⅛ dgl. 90	109,25	109,25
8⅞ Goodyear93	103,25	103,25
9⅛ Ind.B.F.95	105,75	105,75
9⅝ Hypo Bk.88	102,25	102,25
11 Kredlet.93	104	104
7⅝ dgl. 87	99,75	99,75
10 dgl. 90	105	105
11⅝ dgl. 89	103,5	103,5
8 Luxair 87	99,75	99,75
8⅝ dgl. 87	99,75	99,75
8⅝ Met.Chim92	105,5	105,5
9 dgl. 95	105	105
10½ N.Lx.Al92	–	–
8 Norges 86	99,75	99,75
8 Oslo 89	100	100
8⅝ dgl. 87	100	100
9 Paribas 92	105	105
10⅛ Paribas89	104	104
8 Philips 89	100,5	100,5
7⅝ Renault 88	99,75	99,75
7⅞ Sogenal 91	100	100
9½ dgl. 92	106	106
10⅝ Solvay 87	100,75	100,75
8 Sveriges 88	100,25	100,25
9⅝ Volvo 87	100	100
8 WorldBk. 96	104	104
9⅝ dgl. 90	104,25	104,25
10⅛ dgl. 89	104,25	104,25

Rechnungs-Einheiten
RE 9 DM 2,52832

	5.9.	4.9.
8⅝ Cop City91	99,75	99,75
12⅝ dgl. 92	103	103
8⅝ CCA 91	99,75	99,75
11⅛ Ned. G.88	100,5	100,5
9⅝ Queb. P.94	99,75	99,75
8⅝ SDR 94	99,75	99,75

ECU

	5.9.	4.9.
9⅛ ABN 92	107,125	107,125
All Nippon 95	109,25	109
9⅝ ANZ 92	108,875	108,75
10⅝ Austria95	113,5	113,5
10 BNDA 92	107,5	107,5
8⅛ B.d.Roma93	102	101,875
9 M.+Hope 92	106	106
9 Bk.Hels.96	105,625	105,625
7⅛ BNP 93	100	100
8⅝ dgl. 95	107,625	107,25
8⅛ Bay.Vbk.88	102,375	102,375
8⅛ BFCE 93	103,125	103,25
9⅝ dgl. 92	109,875	109,75
9⅝ dgl. 95	109,75	109,875
9⅝ Bull 92	105,75	105,875
9⅝ CNT 92	109,75	109,875
9⅝ dgl. 95	109,625	109,75
8⅞ Cargill 95	106,375	106,25
10⅝ Coca 89	108,75	108,875
9 Chrysl. 92	102,25	102,5
9⅝ dgl. 94	103,25	103,375
9 ClubMed 88	102,75	102,75
9 Colgate 91	103,125	103,375
9 Cop City 95	104,875	104,875
9⅛ CCF 95	108,25	108,25
9⅝ CrdNord 91	108,625	108,625
11⅝ CrdFonc90	108,25	108,25
11½ dgl. 90	109	109
6⅝ Crd.Lyon 92	95,375	94,875
8⅝ CrdNat 96	109,75	109,5
10⅝ dgl. 94	114	114
8⅝ Crdanst.94	106,625	106,5
9⅝ Credito 92	107,25	107,375
7⅝ Denmark 96	100,375	100,375
9 EDF 97	109,125	109,25
8⅝ EEC 95	107,5	107,625
8⅝ ELFAqu. 88	101,875	101,875
9 Eneo Gut 91	104	104,125
9⅝ dgl. 95	104,125	104,125
10 Euratom 97	111	111
9⅝ Eurofima93	105,25	105,25
8⅝ EIB 90	104,875	104,875
8⅝ dgl. 93	107,625	107,625
8⅝ dgl. 92	105,625	105,625
9⅝ dgl. 95	114	114
10⅛ dgl. 94	114,5	114,5
10⅝ dgl. 94	112,5	112
10⅝ dgl. 90	111	111
11⅛ dgl. 92	111,5	111,625
9 Eutelsat 93	105	104,75
6⅝ EDC 96	95,375	95,375
8⅝ Fiat 90	103,875	103,875
9 IBKFinnl 95	104,875	105
8⅝ Ford C.93	105,75	105,625
7 Giroz. 95	97,25	96,75
10⅝ dgl. 93	112,5	112,25
10 IADB 95	112,625	112,75
8⅛ IBM 90	106,625	106,625
6⅞ Iceland 96	91,375	91,375
8⅛ IKB 93	103,25	103,25
9 Imatran 96	105,25	105,25
9⅝ Italie 89	104,875	104,875
10⅝ dgl. 92	110,875	110,875
9⅝ Kansall 92	107,375	107,125
9⅛ Kbfima 92	106,625	106,625
6⅝ KB/Ibl 95	92,75	92,75
10⅝ Megal 95	107,75	107,75
8½ Mits.Tr.95	106,25	105,75
9 MoetHen.91	106,5	106,875
9⅝ Mol 90	103,125	103,125
8⅝ Morgan 90	105,125	104,875
8⅝ Motorola92	106,5	106,125
9 Nerco 95	105,375	105,375
8⅝ N.S.Wal.93	106,75	106,75
9⅛ N.Zeal. 90	106,125	106,125
9⅝ N.Zeal.92	107,5	107,5
9 OstLbk. 89	104	104
8⅝ Olivetti95	104,75	104,625
8⅝ Parbel 89	102,75	102,125
10 Pechin.90	106,875	106,875
9 Petroc.95	101,625	101,375
9⅛ Peugeot 90	105,625	105,625
8⅝ Philbro 96	105,25	105,25
9 Philips 95	104,875	105
9⅛ Pfbo 92	108,25	108,375
10 Prvbk. 92	107,375	107,5
10⅛ RATP 92	–	–
7½ Rabobk. 96	101,375	101,125
9⅝ dgl. 95	–	–
8⅝ Reynolds91	105	104,75
9 SAS 95	106,125	105,75
9 Sanwa 95	107	106,125
8⅝ Secpac 90	104,25	104,25
9 SNCI 95	104,25	104,125
8⅝ Sumitomo92	106,5	106,375
9⅛ dgl. 93	108,625	108,5
9 dgl. 93	107,625	107,625
6⅝ Schweden96	96,375	96,25
9 Unbk.Nor.95	106,25	106,25
8⅝ Vict. 90	105,125	105
8⅛ WakD. 94	105,5	105,375
9⅛ dgl. 95	108,125	108
8⅝ Washgt.96	106,25	106,125
9⅝ Westpac92	108,75	108,375
8⅝ Worldbk.95	108,25	108,125
8⅝ dgl. 93	107,25	107,125
9⅝ dgl. 92	110,25	110,375
10⅛ dgl. 89	108,625	108,625
10⅝ dgl. 94	111,625	111,75
11 dgl. 95	110,125	110
8⅝ Xerox 90	105,25	103,125

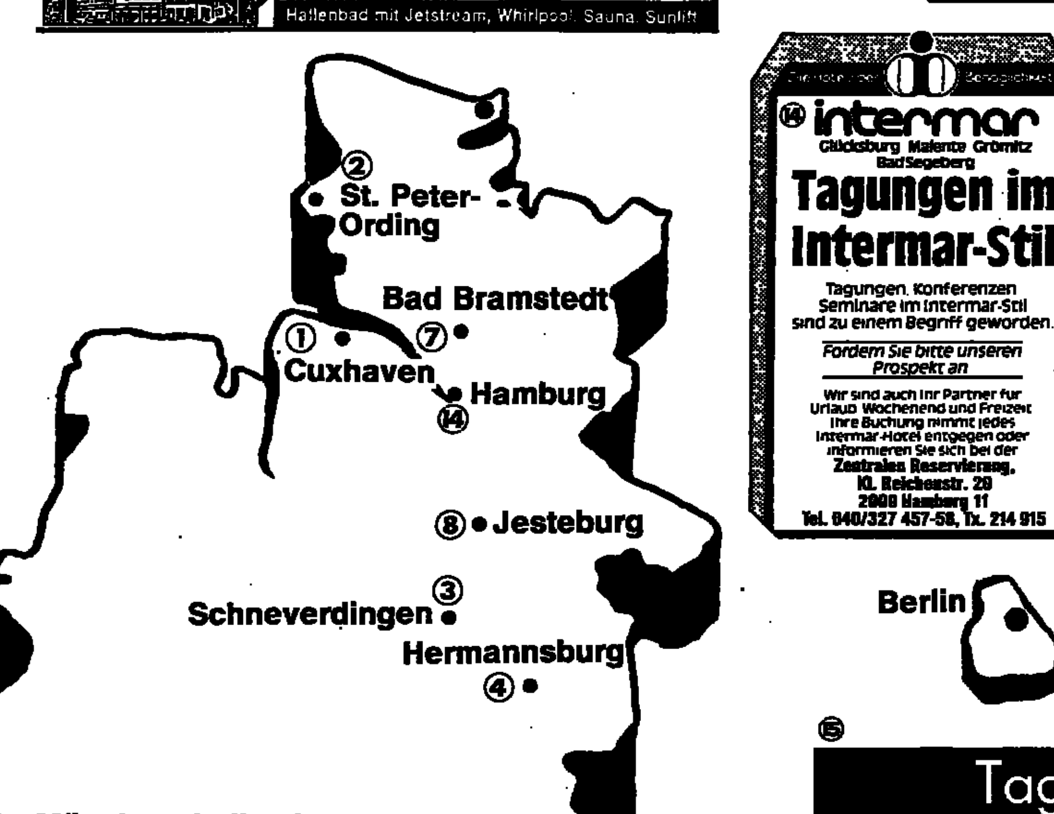
ECU-Tageswerte

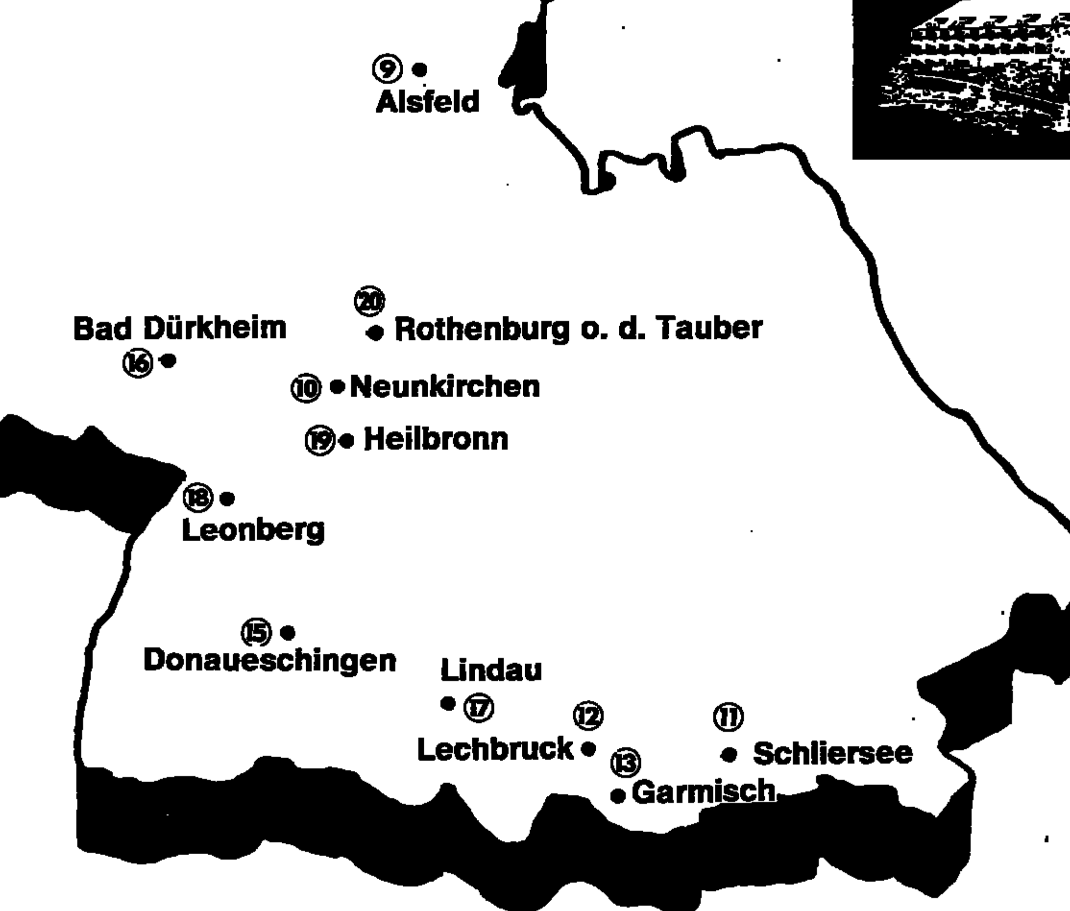
	5.9.	4.9.
Dollar	1,03416	1,03709
Bfr	43,5199	43,5137
DM	2,10141	2,10114
Hfl	2,3707	2,37037
£	0,688979	0,689555
Dkr	7,95422	7,95241
FF	6,88749	6,88576
Lira	1450,15	1450,37
Ir£	0,764062	0,764252
Sfr	1,70274	1,6972
öS	14,7886	14,7879
Peseta	137,75	137,622
Skr	7,10725	7,11651
Nkr	7,53022	7,53705
Kan-$	1,43303	1,43948
Esc	150,315	150,482
Fmk	5,04876	5,0511
Yen	160,45	160,334
Drachme	158,73	158,738

SZR-Wert

	5.9.	4.9.
Dollar	1,21404	1,21585
DM	unerh.	2,46307

Für Ihre nächste Tagung oder Konferenz – Orte und Hotels in der Bundesrepublik Deutschland empfehlen sich.





NACHRICHTEN

Keßler bleibt im Amt

Köln (dpa) – Georg Keßler (53), Trainer beim Fußball-Bundesligaklub 1. FC Köln, bleibt vorerst im Amt. Dies beschloß der Vorstand gestern auf seiner routinemäßigen Sitzung. Keßler war in die Kritik geraten, weil der Verein trotz seiner Investitionen von 3,5 Millionen Mark Tabellenletzter ist.

Golf: Sieg für Gideon

Augsburg (GAB) – Torsten Gideon (Much) gewann in Augsburg den Steinebronn-Cup für die in Deutschland tätigen Golfprofis mit 70+75+70+73=288 Schlägen bei Par 71. Dichtauf folgten Sooky Maharaj (Heilbronn) 70+75+71+73=289, Karl-Heinz Gögele (Augsburg) 75+69+75+71=290 und Eric Newgas (Bochum) 70+70+77+73=290. Bei den Damen siegte Elke Junge (München) mit 80+81+79+77=317 vor Kerstin Schmitz (Hennef) 77+87+77+78=319.

Tennis: Aufstieg für Essen

Hamburg (sid) – Ein Jahr nach dem Abstieg schaffte Etuf Essen die direkte Rückkehr in die Tennis-Bundesliga mit einem 5:4 in Hamburg über den TV Kelkheim. Für den zweiten Aufstiegsplatz qualifizierte sich in Krefeld der 1. FC Nürnberg. Iphitos München und HTV Hannover steigen aus der Bundesliga ab.

Pokal-Endspiele in Berlin?

Berlin (dpa) – Berlin soll auch über 1989 hinaus ständiger Austragungsort der Pokal-Endspiele des Deutschen Fußball-Bundes (DFB) bleiben. Dafür will sich DFB-Präsident Hermann Neuberger einsetzen.

Einigung mit Hartmann

Hannover (dpa) – Frank Hartmann, 26jähriger Fußball-Profi des FC Bayern München, hat sich mit Zweitliga-Tabellenführer Hannover 96 auf einen Zwei-Jahres-Vertrag geeinigt. Hartmann, der erst vor einem Jahr von Hannover zu München wechselte, kann frühestens am 26. September für sein neues Team spielen.

ZAHLEN

TENNIS

US-Open in Flushing Meadow, Damen, Finale: Navratilova (USA) – Sukova (CSSR) 6:3, 6:2. – Doppel, Finale: Navratilova/Shriver (USA) – Mandlikova/Turnbull (CSSR/Australien) 6:4, 3:6, 6:3. – Herren, Finale: Lendl – Mecir (beide CSSR) 6:4, 6:2, 6:0.

RAD

WM in Colorado Springs, Männer, Amateure, Einer-Rennen (189,4 km): 1. Ampler („DDR") 4:14:49 Std., 2. Talen sechs Sek. zur., 3. Jagt (beide Holland), ... 22. Kappes alle 0:15 ... 50. Henn, ... 62. Niehues (alle Bundesrepublik Deutschland) beide 0:34. – Straßenrennen Damen, 61,6 km: 1. Longo (Frankreich) 1:38:56,52 Std., 2. Parks (USA), 3. Jakowlewa (UdSSR), 4. Enzenauer ... 6. Schumacher alle 10 Sek. zur. ... 21. Vahrenkamp 1:24 zur. ... 46. Paulitz 6:30 ... 65. Niehaus (alle Bundesrepublik Deutschland) 11:02 zur.

MOTOR

Großer Preis von Italien in Monza: 1. Piquet (Brasilien) 1:17:42, 2. Mansell (England) beide Williams-Honda, 3. Johansson (Schweden) Ferrari, 4. Rosberg (Finnland) McLaren Porsche, 5. Berger (Österreich) Benetton-BMW, 6. Jones (Australien) Lola-Ford ... 8. Danner (Bundesrepublik Deutschland) Arrows-BMW. – WM-Stand: 1. Mansell 61 Punkte, 2. Piquet 56, 3. Prost (Frankreich) 53, 4. Senna (Brasilien) 48, 5. Rosberg 22, 6. Johansson 18, ... 17. Danner 1.

VOLLEYBALL

WM der Damen in der CSSR, Zwischenrunde, Gruppe E: Bulgarien – Brasilien 3:2, Kuba – Südkorea 3:1, CSSR – Peru 1:3. – Gruppe F: UdSSR – Italien 3:0, „DDR" – Japan 3:0, China – USA 3:0. – Trostrunde: Bundesrepublik Deutschland – Nordkorea 3:0, Kanada – Tunesien 3:0.

EISHOCKEY

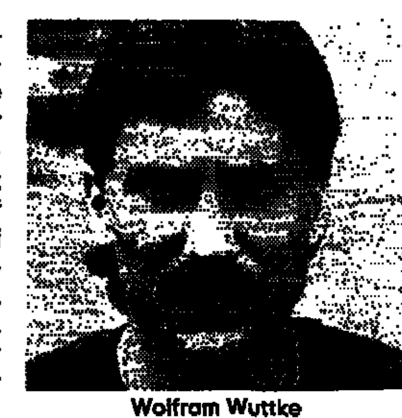
Alpenpokal: Rosenheim – Biehl 11:3.

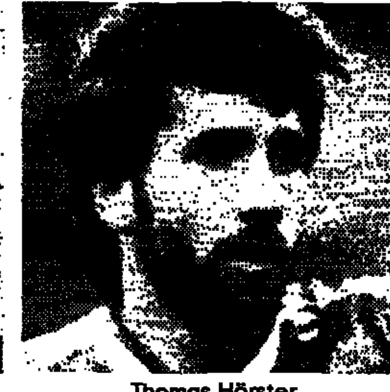
GEWINNZAHLEN

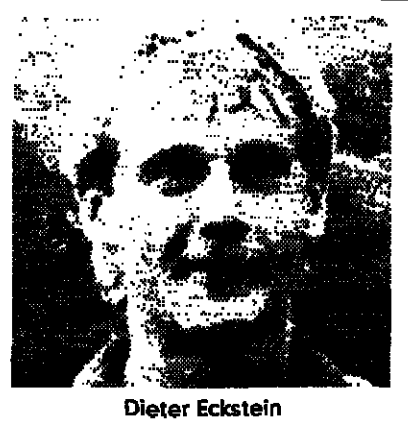
Toto, Elferwette: 1, 1, 1, 1, 0, 0, 1, 2, 2, 2, 0. – **Auswahlwette „6 aus 45"**: 5, 15, 28, 32, 37, 41, Zusatzspiel: 22. – **Rennquintett**: Rennen A: 13, 8, 7. – Rennen B: 28, 24, 33. (Ohne Gewähr).

NATIONALELF / Teamchef Franz Beckenbauer macht die Arbeit wieder Spaß – Sein Sechs-Punkte-Programm

● Gleich vier neue Gesichter (siehe Fotos) waren bei der Fußball-Nationalmannschaft zu sehen, die sich zum ersten Lehrgang nach der WM traf. Heute beim Testspiel gegen eine Amateurelf will Franz Beckenbauer vor allem den Angriff testen. Er bietet gleich zwei Sturm-Formationen auf: Völler, Allofs, Wohlfarth sowie Eckstein, Waas und Michael Rummenigge. Beim Test sollen alle 17 Spieler (auch die nachnominierten Hörster und Wuttke) eingesetzt werden.


Wolfram Wuttke


Thomas Hörster


Dieter Eckstein


Roland Wohlfarth

Seltsamer Thomas Hörster: Froh, aber wenig Hoffnung

ULFERT SCHRÖDER, Frankfurt

Ein seltsamer Debütant, dieser Thomas Hörster. Er kam froh aber mit wenig Hoffnung zur Nationalelf in den Taunus. Er ist fast dreißig und vielleicht deshalb Realist. „Diese Atmosphäre zu erleben, mal dabei zu sein." Das reicht dem Leverkusener fürs erste.

Franz Beckenbauer holte den Leverkusener, um eine Lücke zu füllen. Augenthaler und Herget, Liberos Nummer eins und Nummer eins a, hatten abgesagt. Plötzlich fiel der Name Hörster.

„Er ist unser Libero Nummer drei", sagte Beckenbauer. Und dann fand er einen glücklichen Dreh, der Hörster plötzlich berechtigte Hoffnungen auf eine sehr späte Karriere macht: Der Mann aus Leverkusen soll Libero in der neuen, von Hannes Löhr betreuten Olympiamannschaft, im Team für Seoul werden. „Selbstverständlich, das würde mich schon reizen", sagt Hörster.

Wahrscheinlich hat der Mann jahrelang im falschen Verein und auf der falschen Position gespielt. Bei Bayer Leverkusen, im Mittelfeld. Die Bayer-Leute hatten nie eine Lobby beim Deutschen Fußball-Bund (DFB), bei der Nationalelf. Und die Mannschaft erschien nie auf der internationalen Szene.

Das mußte sich Hörster jetzt vom Teamchef höchstpersönlich sagen lassen: „International hast Du keine Erfahrung." In den Vordergrund rückte er erst, als Trainer Erich Ribbeck ihn auf den Liberoposten setzte und als Bayer Leverkusen unter die Spitzenteams der Bundesliga aufrückte.

Es dauerte am Sonntagnachmittag ein paar Minuten, bis Hörster überzeugt war, daß man ihn mit der Einladung nicht „auf den Arm nehmen" wollte. Und nun muß er gefühlsmäßig auf zwei Schienen fahren: „Wenn ich zum Spiel gegen die Dänen in vierzehn Tagen nicht eingeladen werde, bin ich nicht beleidigt oder ärgerlich." Aber: „Selbstverständlich, die Einladung hat meinen Ehrgeiz geweckt. Augenthaler oder Herget könnten ja mal wieder ausfallen."

Im kühlen Schatten der Taunus-Tannen hielt Beckenbauer mit seiner Mannschaft Rückschau auf die hitzigen Tage von Mexiko und Ausschau auf eine sehr ungewisse Zukunft.

Mexiko sei doch ein sehr schönes Erlebnis mit einem großen Erfolg gewesen ... diese Denkweise empfahl der Teamchef denen, die dabei waren. Seine ganz persönliche Nutzanwendung der Weltmeisterschaft sieht ein wenig anders aus. Falls ihn die Medien, sagt Beckenbauer, weiterhin „Feindseligkeit spüren" ließen wie in Mexiko, höre er 1988 nach der Europameisterschaft auf. „Dann hole ich mir den täglichen Ärger lieber beim Golfspielen." Wenn ihm aber die Arbeit Spaß mache, bleibe er bis zur Weltmeisterschaft 1990.

Der augenblickliche Stand: Es macht ihm Spaß.

Bedingungen stellt Beckenbauer keine. Weder verlangt er das Engagement eines Managers noch die Reduzierung der Bundesliga auf 16 Klubs. Und wenn er mit seiner Mannschaft Schwierigkeiten habe in der nächsten Zeit, erhöhe das nur noch den Reiz für ihn.

Für die nähere und fernere Zukunft hat er ziemlich klare Vorstellungen:

● **Erstens**: Die Mannschaft für die Europameisterschaft 1988 wird frühestens Anfang 1988 nach der Südamerika-Tournee klare Konturen zeigen. Bis dahin wird es viele Experimente und gewiß auch einige Rückschläge geben.

● **Zweitens**: Der nächste Gegner, Dänemark, ist ein bißchen happig für die neue Mannschaft. Aber die Jungen können da schon zeigen, was in ihnen steckt, ob sie Durchsetzungsvermögen haben.

● **Drittens**: Von Thomas Berthold als Libero halte ich zur Zeit nichts. Der Frankfurter ist auf der rechten Seite unseres Spiels stärker. Außerdem soll man einem so jungen Mann noch nicht mit diesem Posten betrauen. Aber ich werde mich mit Trainer Weise noch in dieser Woche darüber unterhalten.

● **Viertens**: Ich werde mir natürlich Hansi Müller beim Europacup-Spiel des FC Tirol gegen Sofia anschauen. Denn es wäre arrogant, an einem Spieler vom Kaliber Müllers vorbeizuschauen. Aber wenn künftig im Mittelfeld meiner Mannschaft keine Probleme auftreten, bleibt Hansi in Wartestellung.

● **Fünftens**: Lothar Matthäus kann auch in der Nationalelf die Führungsrolle übernehmen. Das muß er auf dem Rasen, im Spiel tun. Ich werde mich nicht vor die Mannschaft stellen und ihn zum Chef ausrufen.

● **Sechstens**: Die Natinoalelf ist sehr oft auch ein Ort der Erholung und Entspannung für die Spieler. Wie jetzt in der schönen „Erbismühle". Die beiden Kölner Klaus Allofs und Toni Schumacher jedenfalls sind sehr froh, daß sie gerade jetzt nicht auf der Kölner Szene auftreten müssen. Toni Schumacher meinte dazu: „Ich werde den Teamchef bitten, den Lehrgang auf unbestimmte Zeit zu verlängern."

TENNIS / US-Meisterschaft in Flushing Meadow

Navratilova und Lendl: Wir siegten für die USA

sid/dpa, New York

Es klang wie ein Kompliment und sollte doch tiefste Überzeugung zum Ausdruck bringen: „Diese Siege waren Siege für die USA". So versuchten Ivan Lendl und Martina Navratilova, der eine noch Tschechoslowake, aber seit Jahren in den Vereingten Staaten lebend, die andere seit 1981 in den USA eingebürgert, nach ihren Final-Erfolgen bei den offenen US-Meisterschaften im New Yorker Stadtteil Flushing Meadow das Selbstbewußtsein des amerikanischen Tennis wieder aufzurichten.

Die Zuschauer im Louis-Armstrong-Stadion nahmen es dankbar auf, doch der patriotische Funke wollte nicht überspringen. Ganz im Gegenteil, denn Ivan Lendl ist kein John McEnroe und Martina Navratilova keine Chris Evert-Lloyd. So füllten sich die letzten der 20 800 Sitzplätze erst, nachdem Martina Navratilova den Angriff ihrer ehemaligen Landsmännin Helena Sukova mit 6:3 und 6:2 abgewehrt hatte. Und viele erlebten knapp vier Stunden später schon nicht mehr das Ende des Herren-Endspiels, das Lendl souverän mit 6:4, 6:2, 6:0 über Becker-Bezwinger Miloslav Mecir (CSSR) gewann. Weit mehr Interesse riefen die Gefühlsausbrüche der Sieger hervor.

Die USA seien mittlerweile ihre Heimat geworden, obwohl sie aus der CSSR stammten, sagten beide, und, so Martina Navratilova, „wohl auch immer darauf hingewiesen würden", wahrscheinlich bis zu ihrem Lebensende. Aber sie fühlten sich als Amerikaner, genauso wie die Einwanderer vor hundert Jahren. Und dann sagte Martina Navratilova mit einem Seitenhieb an die Frager: „Macht Euch mal darüber Gedanken: Seit ich Amerikanerin bin, erfreue ich mich mehr daran als viele Leute, die hier geboren sind und ihre Staatsbürgerschaft als selbstverständlich betrachten."

Ihr Erfolg sei auch nicht einer der vielzitierten tschechoslowakischen Tennis-Schule. Martina Navartilova: „Während meiner Schulzeit bin ich von den Behörden kaum gefördert worden. Das meiste habe ich von Helena Sukovas Mutter gelernt. Die hat jeden Tag mit mir gespielt. Das gleiche gilt für Ivan. Der ist immer mit seiner Mutter auf den Platz gegangen. Wir stammen nicht aus einer tschechoslowakischen Tennis-Schule, wir stammen einfach aus Tennis-Familien."

Es ist die Geschichte von Tennis-Familien mit Tradition, die ihre Söhne und Töchter erfolgreich fortsetzen. Vera Sukova, die inzwischen verstorbene Mutter von Helena Sukova war 1962 Wimbledon-Finalistin. Zusammen mit ihrem Mann Cyril Suk, dem Präsidenten des CSSR-Tennisverbandes, entwickelte sie als Betreuerin das „Fräulein-Wunder" der CSSR.

Einige Jahre zuvor brachte Olga Lendl ihren schon damals schmächtigen Sohn Ivan in Ostrava in den örtlichen Tennisclub. Mutter Olga, die zusammen mit Vater Jiri 15 Jahre später in Flushing Meadow auf der Tribüne Tränen in den Augen hatte, war selbst einmal die Nummer zwei im Damen-Tennis der CSSR. Und Vater Lendl, wie Vater Suk leitender Funktionär im Tennisverband seines Landes, war national die Nummer 15.

Martina Navratilova und Ivan Lendl – zwei Sieger, die ihre Erfolge ihrer neuen Heimat widmen. Doch sie können das dicke Buch mit der Geschichte des CSSR-Tennis nicht so einfach ignorieren. Sie kommen zu oft darin vor.

STAND ● PUNKT / *Acatenango und der „Arc"*

Fast 90 000 Zuschauer haben die sechs Veranstaltungstage auf der Iffezheimer Galopprennbahn besucht. Nicht nur diese Zahl ist für den Galopprennsport erfreulich, wenn man die Besucherzahlen anderer Sportveranstaltungen vergleicht, denen in den Medien oft unangemessen viel Raum eingeräumt wird. 26 500 Besucher verfolgten am Schlußtag den Sieg des deutschen Weltklassepferdes Acatenango mit Jockey Georg Bocskai im Großen Preis von Baden: Acatenangos 13. Sieg beim 17. Start, der 12. Sieg in Folge und das Vorrücken auf Platz zwei in der ewigen Bestenliste des deutschen Turfs hinter Star Appeal, doch sind Acatenangos 1 397 125 Mark schon heute höher einzuschätzen. Sein Wert ist jedoch noch zu steigern.

Vielleicht entschließt sich Besitzer und Züchter Walther-Johann Jacobs (79) doch noch dazu, Europas besten Vierjährigen für den Prix de l'Arc de Triomphe am 5. Oktober in Paris-Longchamp nachzunennen. Daß diese Nachmeldung 80 000 Mark kostete, darf keine Rolle spielen, wenn man die wirtschaftlichen Möglichkeiten sieht, die sich aus einem guten Abschneiden im „Arc" ergeben.

Eine Plazierung in Paris ist wertvoller als in Köln beim Puma-Preis von Europa, wo für Acatenango nichts anderes zählt als ein Sieg.

Der Rennstall des Gestüts Fährhof hat in diesem Jahr knapp zwei Millionen Mark gewonnen. Walther Jacobs hat in den letzten Jahren soviel Unternehmergeist im Turf bewiesen, daß die Nachnenngebühr kein Gesichtspunkt sein sollte.

Der deutsche Turf hat mit Acatenango wieder sein Markenzeichen – dazu hat der Sieg im Großen Preis beigetragen, den zuletzt mit Nebos vor sechs Jahren ein deutscher Galopper gewonnen hatte. Auch der lief im „Arc" und sorgte durch seinen fünften Platz nach einem unglücklichen Rennverlauf international für Aufsehen. Acatenango sollte sich in dieser Form dem *internationalen* Kräftemessen stellen, auch wenn der Kölner Rennverein ihn gern als die Attraktion für den Puma-Europa-Preis präsentieren möchte.

KLAUS GÖNTZSCHE

VOLLEYBALL

Erster Sieg

sid, Prag

Im vierten Spiel der Volleyball-Weltmeisterschaft der Damen in der CSSR durfte die Mannschaft der Bundesrepublik Deutschland zum ersten Mal jubeln. Zum Auftakt der Trostrunde, in der die Plätze 13 bis 16 ausgespielt werden, besiegte sie Nordkorea mit 3:0 (15:6, 15:12, 15:4). Erstmals bei diesem Turnier zeigte sich auch Bundestrainer Andrzej Niemczyk mit seinen Spielerinnen zufrieden. Nach dem frühzeitigen Scheitern in der Vorrunde soll nun Rang 13 erreicht werden – *vor vier* Jahren in Peru war das Team 14. geworden.

Die Weltmeisterschaften werden 1990 in China (Damen) und Brasilien (Herren) stattfinden. Dies beschloß der internationale Verband auf seinem Kongreß am Rande der Titelkämpfe in Prag.

MOTORSPORT / Williams: Keine Stallorder

„Piquet ist der Favorit"

dpa, Monza

Alain Prost schlich in Monza wie ein begossener Pudel aus dem Fahrerlager. Wegen fünf Sekunden hat der kleine Franzose vielleicht seinen Formel-1-Weltmeistertitel verloren. Genau um diesen Hauch war Prost beim Umsteigen in den Ersatzwagen zu langsam gewesen, denn die grüne Ampel leuchtete schon auf, als er den Grand-Prix von Italien aus der Boxenstraße aufnahm – spätere Disqualifikation und deshalb Stillstand bei 53 Punkten waren die Folge.

Auf den ersten Blick erscheint der Rückstand des McLaren-Porsche-Piloten auf Nigel Mansell (Großbritannien/61) und auch Nelson Piquet (Brasilien/56) in dem Williams-Honda gering, doch nur die elf besten Resultate kommen in die Wertung – dann tritt die Streichregelung in Kraft. Prost und Mansell, mit jeweils zehn Eintragungen in die Punkteliste, haben da die schlechteren Karten, es sei denn, sie siegen bei den noch drei ausstehenden Rennen in Portugal, Mexiko und Australien. Erst dann schlagen die Streichungen nicht so stark zu Buche. Schlitzohr Piquet hat erst achtmal Punkte gesammelt.

Das hat Mansell natürlich sofort nach Piquets Sieg in Monza erkannt: „Jetzt ist Nelson der große Favorit auf den Titel." Eine Stallorder gibt es bei Williams-Honda nicht. Teamchef Patrick Head: „Das sollen die beiden unter sich ausmachen."

Die Zwistigkeiten zwischen den beiden Kampfhähnen stört Head nicht: „Jeder bekommt das gleiche Material. Das ist bei uns im Team schon immer so gewesen." Der listige Piquet will das aber umgehen: „Ich versuche, daß sich alles auf mich konzentriert – auch Mansell."

RADSPORT

Sorgen auf der Bahn, Lichtblicke auf der Straße

dpa/sid, Colorado Springs

Im Nebel und in einem heftigen Gewitter versanken die letzten Hoffnungen der Fahrer aus der Bundesrepublik Deutschland bei den Radweltmeisterschaften in Colorado Springs/USA. Die 21jährige Ute Enzenauer, die ehemalige Weltmeisterin aus Ludwigshafen, verpaßte im Straßenrennen als Vierte knapp die Bronzemedaille. Weltmeisterin wurde wieder die Französin Jeannie Longo. Auch die Amateure zeigten eine gute Leistung, die jedoch ebenfalls nicht belohnt wurde. Bester war der Kölner Andreas Kappes, der im Spurt um Bronze schließlich nur 22. wurde.

Die Reise in die USA als Zwischenstation zu den nächsten Olympischen Spielen 1988 in Seoul endete somit in der Ernüchterung: Für den Bund Deutscher Radfahrer (BDR) stand erstmals seit 1969 unter dem Strich nur eine Silbermedaille des Profis Dieter Giebken aus Münster in der nicht-olympischen Keirin-Disziplin. Bei den Titelkämpfen vor Jahresfrist war immerhin noch sechsmal Bronze gewonnen worden. Diesmal sprangen neben der Medaille nur noch fünf vierte Ränge durch Straßen- und Bahn-Vierer, Profi-Verfolger Gregor Braun, Profi-Sprinter Giebken und Ute Enzenauer heraus.

Werner Göhner aus München, Präsident des BDR, entschuldigte die magere Ausbeute zwar keineswegs, doch er sah auch Lichtblicke: „Auf der Bahn sind unsere Erwartungen nicht erfüllt worden, im Straßenrennsport der Amateure haben wir endlich wieder einen Frühling, und die Twens von Frauen-Bundestrainer Klaus Jördens waren wieder erste Klasse." Umgekehrte Verhältnisse also: Bisher waren die Schützlinge von Bahn-Trainer Udo Hempel die Medaillengewinner, und die Straßen-Rennfahrer, die mehr Profit als mancher Profi machen, die Sorgenkinder. Nun hat Peter Weibel, ihr verantwortlicher Bundestrainer, offenbar für eine Wende gesorgt.

Nach dem unerwarteten vierten Platz im 100-Kilometer-Mannschaftsrennen wäre eine Medaille im abschließenden Straßenrennen des Guten fast zuviel gewesen, da Weibels Arbeit erst in diesem Jahr voll zum Tragen gekommen ist. Andererseits täuschen die Plazierungen von Kappes (22.), Christian Henn (50.), Dieter Niehus (62.) und Bernd Gröne (77.) aber über das gesteigerte Leistungsvermögen des Teams hinweg. „Ich bin zufrieden", sagte Weibel. Alle hätten von der Mannschaftsarbeit und der Taktik her ein gutes Rennen gezeigt. „Das gibt Zuversicht."

Weibel, der im Gegensatz zu seinen gescheiterten Vorgängern Altig und Thaler das Zwischenmenschliche betont und damit offensichtlich erfolgreich ist, befürchtet nun allerdings, daß einige seiner Spitzenamateure ins Profilager überwechseln. Damit wäre die langfristig angelegte Aufbauarbeit für Seoul schon gefährdet.

Derlei Sorgen plagen Weibels Kollegen Klaus Jördens nicht. Bei den Frauen gibt es im Radsport noch keine Profis. Sein inzwischen vom Teen- ins Twenalter gewechseltes Stammteam mit Ute Enzenauer, Sandra Schumacher und Ines Fahrenkamp, das wohl zusammenbleiben wird, bewies wieder internationale Klasse und wurde bei ihrer ersten vergeblichen Medaillenjagd seit zwei Jahren nur das Opfer der extrem kalten Witterung.

Herausgeber: Axel Springer †, Dr. Herbert Kremp

Chefredakteure: Peter Gillies und Manfred Schell

Stellvertretender Chefredakteur: Dr. Günter Zehm

Meinungen: Enno von Loewenstern

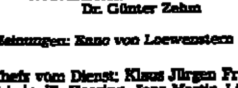
Chefs vom Dienst: Klaus Jürgen Fritzsche, Friedr. W. Heering, Jens-Martin Lüddeke, Rüdiger v. Wolkowsky, Bonn; Horst Hillesheim, Hamburg

Verantwortlich für Seite 1, politische Nachrichten: Gernot Facius; Deutschland: Ralph Lorenz, Armin Reck (stellv.); Diethart Goos (Deutschlandpolitik); Ausland: Jürgen Liminski, Marta Weidenhiller (stellv.); Seite 3: Burkhard Müller, Dr. Manfred Rowold (stellv.); Bundeswehr: Rüdiger Moniac; Osteuropa: Dr. Carl Gustaf Ströhm; Zeitgeschichte: Walter Görlitz; Wirtschaft: Hans Baumann; Geld und Kredit: Claus Dertinger; Chefkorrespondent Wirtschaft: Hans-Jürgen Mahnke; Feuilleton: Dr. Peter Dittmar, Reinhard Beuth (stellv.); Bildungs- und Kulturpolitik, Geisteswissenschaften: Dr. Paul F. Reitze; Geistige Welt/WELT des Buches: Alfred Starkmann, Peter Böbbis (stellv.); Fernsehen: Detlev Ahlers; Wissenschaft und Technik: Dr. Dieter Thierbach; Sport: Frank Quednau; Aus aller Welt: Norbert Koch, Dr. Rudolf Zewell (stellv.); Reise-WELT und Auto-WELT: Heinz Horrmann, Birgit Cremers-Schiemann (stellv. für Reise-WELT); WELT-Report: Heinz Kluge-Lübke; WELT-Report Ausland: Hans-Herbert Holzamer; Leserbriefe: Henk Ohnesorge; Personalien: Ingo Urban; Foto: Hans-Wilhelm Höft; Dokumentation: Reinhard Berger; Grafik: Dieter Herzig.

Weitere leitende Redakteure: Dr. Hanna Giesker, Werner Kahl, Dr. Rainer Nolden, Lothar Schmidt-Mühlisch

Hamburg-Ausgabe: Knut Teske, Klaus Bruns (stellv.)

Bonner Korrespondenten-Redaktion: Günther Bading (Leiter), Heinz Heck (stellv.), Arnulf Gosch, Dr. Eberhard Nitschke, Peter Philipps



DIE WELT
UNABHÄNGIGE TAGESZEITUNG FÜR DEUTSCHLAND

Diplomatischer Korrespondent: Bernt Conrad

Deutschland-Korrespondenten Berlin: Hans-Rüdiger Karutz, Dieter Dose, Klaus Geitel; Düsseldorf: Helmut Breuer, Joachim Gehlhoff, Harald Posny; Frankfurt: Dr. Dankwart Guratzsch (zugleich Korrespondent für Städtebau/Architektur), Inge Adham, Joachim Weber; Hamburg: Herbert Schütte, Jan Brech, Kläre Warnecke MA; Hannover: Michael Jach, Dominik Schmidt; Kiel: Georg Bauer; München: Peter Schmalz, Dankward Seitz; Stuttgart: Harald Günter, Werner Neitzel

Chefkorrespondent (Inland): Joachim Neander

Chefreporter: Horst Stein, Walter H. Rueb

Auslandsbüros, Brüssel: Wilhelm Hadler; London: Reiner Gatermann, Wilhelm Furler; Johannesburg: Monika Germani; Kopenhagen: Gottfried Mehner; Miami: Werner Thomas; Moskau: Rose-Marie Borngäßer; Paris: Peter Ruge, Joachim Schaufuß; Rom: Friedrich Meichsner; Washington: Fritz Wirth, Horst-Alexander Siebert

Auslands-Korrespondenten WELT/SAD: Athen: E. A. Antonaros; Beirut: Peter M. Ranke; Brüssel: Cay Graf v. Brockdorff-Ahlefeldt; Jerusalem: Ephraim Lahav; London: Claus Geissmar, Siegfried Helm, Peter Michalski, Joachim Zwikirsch; Los Angeles: Helmut Voss, Karl-Heinz Kukowski; Madrid: Rolf Görtz; Mailand: Dr. Günther Depas, Dr. Monika von Zitzewitz-Lonmon; Miami: Prof. Dr. Günter Friedländer; New York: Alfred von Krusenstiern, Ernst Haubrock, Hans-Jürgen Stück, Wolfgang Will; Paris: Heinz Weissenberger, Constance Knitter, Joachim Leibel; Tokio: Dr. Fred de La Trobe, Edwin Karmiol; Washington: Dietrich Schulz

Zentralredaktion: 5300 Bonn 2, Godesberger Allee 99, Tel. (02 28) 30 41, Telex 8 85 714 Fernkopierer (02 28) 37 34 65

1000 Berlin 61, Kochstraße 50, Redaktion: Tel. (0 30) 2 59 10, Telex 1 84 565, Anzeigen: Tel. (0 30) 25 91 29 31/32, Telex 1 84 565

2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1, Tel. (0 40) 34 71, Telex Redaktion und Vertrieb 2 170 010, Anzeigen: Tel. (0 40) 3 47 43 80, Telex 2 17 001 777

4300 Essen 18, Im Teelbruch 100, Tel. (0 20 54) 10 11, Anzeigen: Tel. (0 20 54) 10 15 24, Telex 8 579 104 Fernkopierer (0 20 54) 8 27 28 und 8 27 29

3000 Hannover 1, Lange Laube 2, Tel. (05 11) 1 79 11, Telex 9 22 919 Anzeigen: Tel. (05 11) 6 49 00 09 Telex 9 230 106

4000 Düsseldorf 1, Graf-Adolf-Platz 11, Tel. (02 11) 37 30 43/44, Anzeigen: Tel. (02 11) 37 50 61, Telex 8 587 756

6000 Frankfurt (Main) 1, Westendstraße 8, Tel. (0 69) 71 73 11, Telex 4 12 449 Fernkopierer (0 69) 72 79 17 Anzeigen: Tel. (0 69) 77 90 11-13 Telex 4 185 525

7000 Stuttgart 1, Rotebühlplatz 20a, Tel. (07 11) 22 13 28, Telex 7 23 966 Anzeigen: Tel. (07 11) 7 54 50 71

8000 München 40, Schellingstraße 39-43, Tel. (0 89) 2 38 13 01, Telex 5 23 813 Anzeigen: Tel. (0 89) 8 50 60 38 / 39 Telex 5 23 836

Monatsabonnement bei Zustellung durch die Post oder durch Träger DM 27,10 einschließlich 7 % Mehrwertsteuer. Auslandsabonnement DM 37,10 einschließlich Porto. Der Preis des Luftpostabonnements wird auf Anfrage mitgeteilt. Die Abonnementsgebühren sind im voraus zahlbar.

Bei Nichtbelieferung ohne Verschulden des Verlages oder infolge von Störungen des Arbeitsfriedens bestehen keine Ansprüche gegen den Verlag. Abonnementsabbestellungen können nur zum Monatsende ausgesprochen werden und müssen bis zum 10. des laufenden Monats im Verlag schriftlich vorliegen.

Gültige Anzeigenpreisliste für die Deutschlandausgabe: Nr. 64 und Kombinationstarif DIE WELT / WELT am SONNTAG Nr. 14 gültig ab 1. 10. 1985, für die Hamburg-Ausgabe: Nr. 50.

Amtliches Publikationsorgan der Berliner Börse, der Bremer Wertpapierbörse, der Rheinisch-Westfälischen Börse zu Düsseldorf, der Frankfurter Wertpapierbörse, der Hanseatischen Wertpapierbörse, Hamburg, der Niedersächsischen Börse zu Hannover, der Bayerischen Börse, München, und der Baden-Württembergischen Wertpapierbörse zu Stuttgart. Der Verlag übernimmt keine Gewähr für sämtliche Kursnotierungen.

Für unverlangt eingesandtes Material keine Gewähr.

Die WELT erscheint mindestens viermal jährlich mit der Verlagsbeilage WELT-REPORT. Anzeigenpreisliste Nr. 5, gültig ab 1. Oktober 1985.

Verlag: Axel Springer Verlag AG, 2000 Hamburg 36, Kaiser-Wilhelm-Straße 1.

Nachrichtentechnik: Harry Zander

Herstellung: Werner Koziak

Anzeigen: Hans Biehl

Vertrieb: Gerd Dieter Leilich

Verlagsleiter: Dr. Ernst-Dietrich Adler

Druck in 4300 Essen 18, Im Teelbruch 100; 2070 Ahrensburg, Kornkamp



H. Gierschs Attacke gegen den Europessimismus

Die Kraft des Trinkgelds

Wenn der Name Herbert Giersch fällt, heulen manche auf. So sehr hat sich der 1921 in Reichenbach (Eulengebirge) geborene Nationalökonom und heutige Präsident des renommierten Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel in den vergangenen Jahren nicht nur als Mahner wider den Zeitgeist, den Kollektivismus, gegen staatliche Bevormundung, sondern auch als Therapeut exponiert. Das zeigt auch diese Sammlung von Aufsätzen und Vorträgen aus den achtziger Jahren.

Im Kern ist Giersch ein Radikaler. Er wendet die liberale Theorie konsequent an. Er läßt sich nicht durch irgendwelche Sachzwänge und institutionellen Gegebenheiten den Blick



für das verstellen, was er für wesentlich hält. Dabei besitzt er die Fähigkeit, seine Gedankengänge klar und schnörkellos darzubieten, abgefaßt in einer prägnanten Sprache. Auch Schlagworte wie „Eurosklerose" oder „Europessimismus" liegen ihm. Sie mögen überzeichnen, aber sie regen an, fordern heraus.

Im Zentrum auch dieser Beiträge steht die Frage: „Wie kann es uns gelingen, den Menschen soviel Arbeit zu geben, wie sie haben wollen?" Und damit verbunden ist das Problem: Wie kann die Bundesrepublik, kann Europa wieder zu den beiden anderen Zentren USA und Japan aufschließen? Gierschs Antwort erscheint simpel. „Wir brauchen freie Preise, richtige Löhne und zu alledem mehr Unternehmer, und diese wiederum brauchen freien Zugang zu den Märkten." Bei entsprechendem Handeln könnte auch die Arbeitslosigkeit von heute die Chance von morgen werden.

Knapp sei nur Lohnarbeit. „In der Schattenwirtschaft, also dort, wo keine Tariflöhne, keine Steuern und keine Sozialabgaben gezahlt werden und wo viele, wenn nicht ohne Rechnung, dann auf eigene Rechnung arbeiten, herrscht emsiges Schaffen." Über unzumutbar viel Arbeit klagten auch selbständige Unternehmer. Auf die Frage, warum der Krankenstand bei Kellnern am geringsten sei, gibt er die Antwort: „Weil ihr Einkommen von Trinkgeldern abhängt; die werden nur verdient, wenn man die Kundschaft wirklich bedient."

Mut zum lohnpolitischen Experiment hält Giersch für geboten, wenn es um die Zukunftschancen von Arbeitsplätzen in jungen Unternehmen geht. Warum solle sich nicht ein Arbeitnehmer für 90 Prozent des üblichen Lohns eine gewisse Sicherheit des Arbeitsplatzes in der Zukunft und vielleicht auch Aufstiegsmöglichkeiten erkaufen? „Ganz allgemein gilt, daß sich Chancen oft verschließen, wenn man ihre Ergebnisse vorweg verteilen oder beanspruchen will", mahnt Giersch.

Dabei kann er natürlich ebensowenig auf allgemeine Zustimmung hoffen wie bei dem, was aus seinem Konzept für das staatliche Handeln folgt: Vereinfachung der Steuern; ermäßigte Steuersätze für Einkommen, die aus zusätzlicher Leistung erwachsen sind, angefangen vom Lohneinkommen, das der frühere Arbeitslose im ersten Jahr bezieht, über die Anfangsgewinne junger Unternehmen bis hin sogar zu dem Mehr an Gewinn, das etablierte Unternehmen im Vergleich zum Vorjahr erzielen; schrittweises Streichen aller Subventionen auch für alte Arbeitsplätze, es sei denn bei gleichzeitigem Lohnverzicht in angemessener Höhe.

Giersch plädiert auch für das Infragestellen aller Gesetze und Vorschriften, die den Zugang zu den Märkten versperren, für den Übergang zu einer freien Wohnungswirtschaft, Abbau aller Restriktionen bei Bahn, Post und Telekommunikation und für einen offenen Wettbewerb für kommunale Versorgungsbetriebe und staatliche Bildungseinrichtungen. „All dies sind Lockerungsübungen für einen erstarrten und verkrusteten Organismus", betont Giersch.

Die Verkrustung ortet er auch als Ursache dafür, daß Europa hinter den USA hinterherhinkt. „Das Entschlacken verlangt nach einem umfassenden System befreiender Eingriffe." Das ruft Widerspruch hervor bei jenen, die sich etabliert haben. Nur: Was bedeutet das schon? Anregend ist das, was Giersch zusammengetragen hat, allemal.

HANS-JÜRGEN MAHNKE

Herbert Giersch: Gegen Europessimismus. Weltwirtschaftliche Perspektiven. DVA, 320 S., 38 Mark.



Zwischen sowjetischen und amerikanischen Panzern den übermächtigen Kräften ausgeliefert: A. Paul Webers Lithographie „Die Mauer" FOTO: KATALOG

„Im Spannungsfeld": Ausstellung im Berliner Fontane-Haus über die Mauer

Wenn Ikarus über die Grenze flöge

In und um Berlin sei es ruhig und wir hätten dankbar für dieses Silentium zu sein, so sagte ein hoch gestellter Politiker zu seinen Berlinern. In Wahrheit, das zeigt jetzt eine Ausstellung im Norden Berlins, herrscht allerdings sehr wohl Beunruhigung: 30 Künstler nehmen den Mauerfrieden nicht hin, sondern vielmehr aufs Korn, vornehmlich die Geächteten des SED-Regimes, die von der neuen Heimat (West) aus ihre diktaturverschonten Mitbürger aufrütteln wollen. Ein in der „DDR" lebender staatlicher Preisträger, Gerd Wandrer, der sich ebenfalls mit zwei Ölbildern beteiligen wollte, erhielt vom Innenministerium der „DDR" Teilnahmeverbot.

„Im Spannungsfeld" heißt eine deutsch-deutsche Ausstellung, die im Fontane-Haus im Bezirk Berlin-Reinickendorf stattfindet. „25 Jahre Berliner Mauer" lautet der Untertitel der Veranstaltung, für die der Kunstamtschef des Fontane-Hauses, Georg Pinagel, verantwortlich zeichnet. Daß die suburbane Initiative nicht subaltern ist, beweisen Künstler wie A.R. Penck, Karl Oppermann, Matthias Koeppel, Gisela Breitling und Roger Loewig.

Debattierstoff genug liefern die Bilder, Graphiken und Objekte: Die Klassik wird satirisch herbeizitiert; da sitzt (auf einer Zeichnung von Helmut Diehl) der Campagna-Goethe vorm Reisegepäck an der Ruine des Anhalter-Bahnhofs und hofft auf freies „Reisen durch die deutschen Grenzen". Da montiert Sieghard Pohl aus Zinkblech und Holz eine Schießtafel: „Ikarus, abgeschossen beim Versuch, die Grenze zu überfliegen". Rainer Bonar malt Biermanns „Preußischen Ikarus" als gerupften Reichsadler. Dieter Weidenbach (früher Weißenfels und Meisterschüler von Willi Sitte) setzt in realistischer Manier die Mona Lisa in Öl auf Hartfaser an die real existierende Mauer.

Ästhetisierung des Unästhetischen in Gisela Breitlings Mauer-Radierungen und bei Ev Robs Mauerfliegerin; Ulrich Eisenfeld reduziert das Deutsch-Deutsche auf zwei voneinander abgewandte Paarfiguren, obgleich deren Himmel durchaus preußisch blau leuchtet. Realistisch nehmen die „Westler" Matthias Koeppel und Herbert Gutsch das Mauermonstrum; besonders grell ein Großbild von Claus Hebell: Bunte Mauergrafitti als Antithese zum ehern verschlossenen feldgrauen Brandenburger Tor.

Eine böse Quintessenz „750 Jahre Berlin" zieht Andreas Eckart: Er sieht das zerrissene Berlin als ein Feld aus Knarren, Gasmasken und Militärhelmen mit Stalin und Hitler-Reminiszenzen. Und auch A.R. Penck, der Archaiker unter den Ausgestellten, erinnert an die „Via Mala" von Hakenkreuz und Hammer/Sichel. Gisela Breitling läßt in ihrer „Allegorie der geteilten Stadt" unterm Brandenburger Tor versteckt einem Uniformierten mit Adolf-Bärtchen hervorlugen.

Humor auch: Wenn Sieghard Pohl einem „unauffällig gekleideten Mann des Stasi beim Betrachten der Mauer" ein auffallend rotes Fahnentuch um den Kopf wickelt, wenn Frank Rub einen Grenzhund „irrtümlich" einen Uniformierten anfallen läßt (bis 1. Oktober, Katalog 3 Mark).

HORST WEBER

Neue Platte von Chris de Burgh: „Into The Light"

Übermut und Heldentod

Er habe eine Lücke im Musikmarkt entdeckt, und er verfüge über das, was die Leute wollten – „was immer es war". So zog der irische Soft-Rock-Barde Chris de Burgh vor einigen Jahren die Bilanz seines erstaunlichen Erfolges mit Liedern, die weder furchtbar aufregend noch sonderlich originell waren. Doch genau das war es wohl, was sein Publikum erwartete, denn es strömte scharenweise in seine Konzerte und vergoldete bzw. platinierte seine Langspielplatten.

Daher wundert's auch kaum, daß sein jüngstes Produkt, „Into The Light" (A&M 395 121-1), kaum veröffentlicht, bereits einen oberen Platz in den Hitlisten belegte. Zugegeben – der Sänger hat eine ganz angenehme Stimme. Aber das ist wohl kaum ausreichend für den phänomenalen Erfolg. Den verdankt der Sänger nicht zum geringen Teil dem Etikett, das man ihm aufgeklebt hat: Texte zum Nachdenken und Musik zum Träumen – das hört sich wirklich toll an. Zusammen ergibt es aber bloß Songs zum Wegschlummern.

In dieser Hinsicht unterscheidet sich auch „Into The Light" nicht von den anderen Produkten des Iren, der vor zehn Jahren mit der US-Band „Supertramp" erstmals hierzulande auffiel. Stereotype Synthesizer-Klänge und vermeintlich gehaltvolle Texte ergeben eine dicke Gefühlspampe, die die Gehörgänge verstopft. Da gefällt de Burgh sich, altbekannte Versatzstücke von Übermut und Heldentod hervorkramend, in der Rolle des Friedenssängers („Last Night"), ohne über die Pose eines Kommerz-Pazifisten hinauszugelangen; macht sich, in „What About Me?", zum Sprachrohr für diffuse Ängste, denn so etwas verkauft sich natürlich immer gut.

Mit unverhohlen kitschigen Texten hat er sich den Titel eines Pop-Poeten ersungen. Hoch über den Sorgen der Welt möchte er mit seiner Liebsten schweben, und in einer alten Festung will man gegenseitig die tiefsten Geheimnisse ergründen („Fire On The Water"). Eine andere, die ihn offensichtlich nicht an ihre Geheimnisse 'rangelassen hat, wird er sich aus dem Kopf schlagen, indem er „ein bißchen Shakespeare" liest („Fatal Hesitation"). Daran erkennt man immerhin das intellektuelle Niveau dieses Romeo, der im Regen stehengelassen wurde.

Auch musikalisch reißt einen da nichts vom Hocker. Alles scheint wohlbekannt zu sein, und dennoch prägt sich keine Melodie ein. Viele Songs haben Einleitungen nach dem gleichen Muster, die gleiche harmonische Struktur, die gleiche eintönige melodische Linie. Und die obligate Prise Nachhall sorgt dann schon für romantische Weltentrücktheit, suggeriert auch, hier stehe tatsächlich einer über allen Dingen und habe sowohl Über- wie auch Durchblick. Mehr noch: de Burgh hat für alle, die an den kleinen menschlichen Kümmernissen zu verzagen drohen, einen Trost in der Hinterhand. Die apokalyptischen Reiter im feurigen Wagen gestatten ihm, dem Erwählten, einen Blick ins Paradies („The Vision"), und eine frohe Botschaft hat er obendrein noch zu verkünden: Der Erretter ist nahe, wir Menschenwürmer brauchen gar nicht mehr lange auf ihn zu warten. Na dann: Fröhliche Weihnachten.

RAINER NOLDEN

KULTURNOTIZEN

Hanna Schygulla und Burt Lancaster spielen die Hauptrollen in Lee Phillips' Film „Barnum", der auf den Lebenserinnerungen des Zirkuskönigs Phineas Taylor Barnum basiert.

Schloß Cappenberg wird im neuesten Kulturführer des Westfälischen Heimatbundes in Münster vorgestellt.

Neue Wandbilder der Römerzeit mit stark erotischen Bezügen sind bei Restaurierungsarbeiten in den Thermalbädern von Pompeji entdeckt worden.

Japanische Druckstöcke, die der Leiter des Museums der schönen Künste in Boston als einzigartig bezeichnet, wurden im Fundus des Museums entdeckt.

Das Archiv der Deutschen Johann Strauss Gesellschaft, bisher in Stuttgart, wird künftig als Dauerleihgabe von der Musikbibliothek der Stadt Duisburg betreut.

Den Aargauischen Literaturpreis, der mit 20 000 Franken dotiert ist, hat der Basler Autor Hansjörg Schneider erhalten.

„Sie bleibt Adams Rippe, ein unselbständiger Teil des Ganzen im sozialistischen Paradies"

Frauen in der „DDR": Anspruch und Wirklichkeit

Emanzipation. Reizvoll zuerst, das Wort zu untersuchen. Dazu im Duden: Freilassung, Befreiung aus einem Zustand der Abhängigkeit. Oft genug hörte ich in Gesprächen: Die Frau bei uns steht ihren Mann. Gemeint ist, die Frau ist nicht mehr wie vor dem Krieg vom Lohnstreifen des Mannes abhängig. Sie kann sich ihre Kinder ernähren, großziehen. Sähe ich mir die Gesetzgebung der „DDR" an, ohne die tägliche Praxis zu kennen, würde ich sagen, die „DDR" ist frauenfreundlich.

Laut Gesetz haben Frauen die gleichen Rechte wie Männer: das Recht auf Bildung, auf gleichen Lohn, auf Arbeit, auch darauf, über die Geburt eines Kindes selber zu bestimmen – menschlich das Selbstverständlichste und wenig genug, denke ich beim Niederschreiben der Zeilen. Das Recht auf Liebe, Wärme, Vertrauen, Geborgenheit, Zärtlichkeit ist noch in keinem Gesetzblatt der Welt manifestiert. Das Ehegesetz schafft erst einmal, ist das Paar noch jung genug, eine neue Wohnung, einen kleinen Kredit, ein Jahr bezahlten Schwangerschaftsurlaub. Kindergeld gibt es auch für die alleinstehende Frau.

Der Staat kann auf die Arbeitskraft Frau vorerst nicht verzichten, eher schon auf die gebildete Arbeitskraft. Männer bevorzugt, hieß es in den letzten Jahren bei einigen Studienplätzen. Die Begründung hierfür: Frauen sind für bestimmte Berufe, zum Beispiel der des Arztes, unrentabel. Sie würden zu lange während und nach dem Studium im Schwangerschaftsjahr wegfallen. Andererseits gab es die Überlegung, Frauen zur allgemeinen Wehrpflicht zu emanzipieren. Gegen diese Maßnahme wehrten sich etliche Frauen erfolgreich. Sie hatten sich zu einer Friedensbewegung zusammengefunden und wurden dafür mit Entlassungen, Berufsverbot, Gefängnis bestraft. Bezeichnenderweise wurde im Sommer 1982 ein Gesetz

Kontraste – ARD, 21 Uhr

erlassen, in dem es heißt: „Zusammentreffen in Wohnung von Bürgern sind bei der Polizei meldepflichtig." Da bei den Staatsbehörden schon zwei Leute als Gruppe gelten können, wäre somit jeder Beischlaf in einer fremden Wohnung anmeldepflichtig.

Die Domäne Politik ist eindeutig und nach wie vor von Männern durchsetzt, die nach dem Stand der Ökonomie und der Bevölkerungsdichte die neue Weiblichkeit bestimmt. Auf den wichtigen Stühlen von Behörden sitzen meist Männer. Die Chefs in den Betrieben, Ministerien, in der Regierung sind möglicherweise Neutren, haben jedoch männliche Geschlechtsmerkmale, sprich den kleinen Unterschied, aufzuweisen. Hat es mal eine Frau geschafft, was heißt, sich an die Spitze gedient, muß sie sich nicht nur fähiger als die Männer erweisen, sondern auch noch in die männliche Panzerung hineinwachsen, sich vermännlichen.

Was heißt überhaupt Emanzipation, wenn alles nach männlichen Strukturen funktionieren muß? Ob es die Pläne, Leistungsprinzipien, Konkurrenzkämpfe, hierarchische Strukturen sind, oder erstarrte Lebensformen, Riten. Was anderes ausprobieren, weibliche Lebensformen zu schaffen, ist unmöglich. Schon am Wohnraummangel scheitert ein jeder Versuch, ganz zu schweigen von dem schon erwähnten höchst gefährlichen Begriff „Gruppenbildung". Frauengruppen, bilden sie sich trotzdem, werden unter Druck gesetzt oder als Kaffeekränzchen abqualifiziert. Nächtliche Überfälle von Männern auf ihre weiblichen Artgenossen, Vergewaltigungen, werden zwar in der „DDR"-Presse verschwiegen, sind aber nicht selten. Auch eine plumpe Anmache auf den Straßen, in Cafés und Kneipen herrscht vor. Oft genug hörte ich: „eine frustrierte Schribbe", „blöde Zicke", wollte ich männliche Dominanz nicht bestätigen.

Die alt-neue Tendenz heißt Festlegung auf die kleinste Zelle des Staates, die Familie. Will heißen: alles muß überschaubar bleiben, einordenbar, abhakbar. Das allerdings sind männliche Prinzipien. Somit gelingt es der Frau zwar, eine relative männliche Gleichheit zu erreichen, aber noch lange nicht ein volles Entfalten ihres Wesens. Sie bleibt Adams Rippe, bleibt ein unselbständiger Teil des Ganzen im sozialistischen Paradies.

Ist ein Kind krank, verzichtet keineswegs der Mann auf den Arbeitstag, nach wie vor ist es die Frau. Sie pflegt und hegt die Kinder, bis sie sprechen, laufen können und dann für die Väter interessant werden. Geht eine Frau zu der gesetzlich erlaubten Abtreibung, muß sie sich zuvor von den Ärzten Episteln anhören, warum, weswegen sie das Kind nicht austragen will. Oft genug klagten Frauen darüber, sie wären in den Krankenhäusern wie ein Stück Vieh behandelt worden – vor, bei und nach der Interruption. Die scheelen Blicke im Betrieb wegen der dreitägigen Krankschreibung muß sie sich auch noch bieten lassen.

Die soziale Lage der Frau hat sich objektiv gebessert, die psychische in keinster Weise. Überall trifft die Frau auf Vorurteile, überholte Moralvorstellungen, wird es ihr schwergemacht, sich vollständig zu emanzipieren. Bleibt nur zu hoffen, daß die Männlichkeit nicht noch weitere Geschichtsjahre zerstiefelt und zerspornt.

TRAUDL KULIKOWSKY

KRITIK

Verstolpertes Finale

Es war wie in den klassischen Landhaus-Krimis von Agatha Christie. Fast jeder hatte ein Motiv, so daß sich die Verdächtigen der Tatort-Folge **Tod auf Eis** geradezu die Klinke in die Hand gaben. Dieses wohlbekannte dramaturgische Strickmuster führte denn auch nicht zu grobianischen Exzessen à la Schimanski, sondern zu einem fast anheimelnden Rätselraten. Zwar blieb Manfred Ensingers Kamera den Verdächtigen hautnah auf den Fersen, schnitt Fluchtwege ab und spiegelte die überhetzte Hektik hinter der gediegenen Hotelatmosphäre.

Doch das Tempo bestimmte in fast jeder Szene Manfred Krug als norddeutscher Kommissar Stoever. Ein Mann von trügerischer Gemütlichkeit, der plötzlich die joviale Maske fallen läßt und beruhigende Floskeln überraschend gegen bohrenden Scharfsinn eintauscht. Das Drehbuch von Wolfgang Graetz legte diesem vielleicht souveränsten aller „Tatort"-Ermittler genau jene lakonische Schlagfertigkeit in den Mund, die unter hiesigen TV-Polizisten leider allzu selten geworden ist. Überhaupt erinnerte diese Folge der vielgeschmähten Reihe zunächst geschickt an die Möglichkeiten des Genres. Da wurden falsche Fährten gelegt, während Regisseur Dietrich Haugk ein präzises Panorama menschlicher Schwächen zeichnete. An Action-Knalleffekten sparte man dabei spürbar, bemühte sich jedoch offenbar um die psychologische Durchleuchtung der meist zwielichtigen Figuren.

So sah es lange danach aus, als sollten hier oft vergessene Tugenden des Fernsehkrimis wiederbelebt werden. Wer freilich bei der Versammlung der Verdächtigen auf eine schlüssige Lösung hoffte, wurde enttäuscht. Denn nach gemächlichem Anfangstempo schien plötzlich die Zeit für überzeugende Erklärungen allzu knapp zu werden. Und dieses verstolperte Finale hatte man gewiß nicht bei Agatha Christie gelernt.

WILM HART

Kinderfilm aus der „DDR"

Viele Menschen sind nicht groß, sie sind bloß erwachsen", sagt **Philipp der Kleine** (ARD), der selbst gern einmal ganz groß rauskommen möchte: Zum Beispiel als Musikant auf der Blockflöte, die ihm ein geheimnisvoller Musikalienhändler zugeschustert hat. Mit ihren Tönen gelingt es ihm, die mürrischen Menschen wundersam umzustimmen. Allerlei krause Einfälle nehmen Gestalt an, sobald die Zaubermelodie erklingt: So wird aus einem unscheinbaren Kätzchen ein putzmunteres Löwenjunges. Mit ihm zusammen heimst Philipp all die Aufmerksamkeit und den Respekt von Mitschülern und Erwachsenen ein, der dem mutterlosen Schmuddelkind mit den ängstlichen Knopfaugen bisher nicht zuteil geworden ist. Der kleine „Gummi-Tarzan" einmal ganz groß?! Aber ein Kind, das nur in seinen Allmachtsphantasien Zufriedenheit fände, darf in einem guten Kinderfilm – und um einen solchen handelt es sich hier – nicht sein. Buchautorin Christa Kozik und Regisseur Herrmann Zschoche finden denn auch einen eleganten Dreh, um die Fiktion – in feinen Detailschilderungen weich gezeichnet – mit der Wirklichkeit im anderen Teil Deutschlands zu versöhnen. Philipp der Kleine hat soviel üben müssen auf seiner Flöte, um schließlich die Zaubermelodie zu entdecken, daß er unversehens auch im Schulorchester mitwirken kann. Aus dem traurigen Außenseiter haben die ermutigenden Traumkünste einen aktiven Mitschüler gemacht.

Daß die Produktion von Filmen für Kinder „drüben" aufwendiger und ernsthafter betrieben werden als hierzulande, ist kein Novum. Das fängt bei den Regisseuren an, die nicht nur als Fingerübung Filme für die Kleinen machen, ehe sie an den „richtigen Film" herangelassen werden, und hört bei den Schauspielern auf, die sich nicht mit eiligem Chargieren für Kinder herausmogeln können. Man merkt's dem Ergebnis an.

INGRID ZAHN

ARD/ZDF-VORMITTAGSPROGRAMM

9.45 Info: Verbraucher
10.00 heute
10.05 Berufswahl heute
Bessere Chancen für Mädchen
10.30 Drei Schwestern
12.10 Star Wars City
12.55 Presseschau
13.00 heute

ARD

11.00 Haushaltsrede und Debatte aus dem Bundestag
14.45 Klamottenkiste
15.00 Abenteuer heute
Von Dachsen und Hyänen
15.50 Tagesschau
16.00 Liebe, Schmerz und Tod
Drei Paare erzählen von Liebe, Leidenschaft, Gleichgültigkeit und Haß in der Ehe
16.45 Spaß am Dienstag
17.45 Tagesschau
17.55 Regionalprogramme
20.00 Tagesschau
20.15 Die Michael Schanze Show
21.00 Kontraste
Wahlkampf in Bayern – wie unzufrieden sind die Bauern mit der CSU? Gleichberechtigt – auf dem Papier. Wie emanzipiert sind die Frauen in der DDR? Gespräch mit Rita Süssmuth – wie will die Bundesregierung die Chancengleichheit der Frauen fördern? Der Ostberliner Dichter Lutz Rathenow – Wie die DDR einen zum Dissidenten macht
21.45 Dallas
Gefahr in Kolumbien
22.30 Tagesthemen
23.00 Kulturwelt Film
Internationale Filmfestspiele Venedig 1986
0.00 Tagesschau
0.05 Nachtgedanken

ZDF

16.00 heute
16.04 Computer-Corner
16.20 Bedauern hilft nicht weiter
Amerikanischer Jugendfilm (1981)
Regie: John Herzfeld
17.00 heute / Aus den Ländern
17.15 Tele-Illustrierte
17.45 Ein himmlisches Vergnügen
Anschl.: heute-Schlagzeilen
18.20 Der Apfel fällt nicht weit vom Stamm
19.00 heute
19.30 „Viva Chile, Caramba!"
Wie Frauen eine Diktatur herausfordern
Von Rolf Pflücke
Jeden Freitag protestieren drei junge Witwen vor dem Regierungssitz in Santiago. Ihre Männer wurden 1985 von Pinochets Polizisten bestialisch ermordet. Aber auch friedlicher Protest wird mit Knüppeln und Tränengas verhindert.
20.15 Des Lebens bittere Süße (2)
21.45 heute-journal
22.05 Wie Denken die Welt bestimmt
Entwicklung der Ökologiebewegung vom spontanen Protest zu wissenschaftlicher Argumentation
22.35 Drei Schwestern
Drama von Anton P. Tschechow
3. und 4. Akt
Bearbeitung, Regie: Peter Stein
0.15 heute

III.

WEST

18.30 Sesamstraße
19.00 Aktuelle Stunde
Bürgertelefon: 0221 / 23 64 33
20.00 Tagesschau
20.15 Auslandsreporter
Wolfgang Weber: Das große Rennen – Formel I in Budapest
20.45 Rückblende
Vor 25 Jahren: Rennfahrer Graf Berghe von Trips verunglückt tödlich
21.00 Formel Eins
21.45 Kohlenklau und Wirtschaftswunder
Nordrhein-Westfalens frühe Jahre
22.30 Für Afrika lernen
23.15 Nordkorea: Ein Paradies für alle
0.00 Nachrichten

NORD

18.00 Sesamstraße
18.30 Formel 1
19.15 Kindsein ist kein Kinderspiel
20.00 Tagesschau
20.15 Treffpunkt
21.00 Die Engel von St. Pauli
Mit Horst Frank, Günther Neutze, Werner Pochath, Herbert Fux, Karl Lieffen, Irmgard Riessen
Regie: Jürgen Roland
Knapp 40 Jahre alt ist Jule Nickels, Besitzer von mehr als 20 Etablissements auf Hamburgs „sündiger Meile". Er gilt als der ungekrönte König von St. Pauli. Aber auch er hat seine Feinde . . .
22.40 Hommage für John Huston
23.55 Nachrichten

HESSEN

18.00 Sesamstraße
18.32 Formel Eins
19.20 Hessenschau
Ab 20.00 Uhr: wie NORD

SÜDWEST

18.00 Sesamstraße
18.30 Schwarzes Theater: Hunde
18.33 Zoos der Welt
18.58 Schlagzeilen
19.00 Abendschau/Regional
19.26 Sandmännchen
19.30 Vis-à-vis
20.15 Imre Varga
Begegnung mit dem ungarischen Bildhauer in Budapest
21.00 Neues/Aktuell
21.15 Revolverlady
Amerikanischer Spielfilm (1950)
Mit Shelley Winters, Joel McCrea
Regie: Louis King
22.35 Mietrecht
5. Wer war das?
23.05 Der letzte Surrealist
Philippe Soupault
23.40 Nachrichten

BAYERN

18.15 Alltag einer Gemeindeschwester
18.45 Rundschau
19.00 Der direkte Draht
Per Telefon zur Abendschau
19.55 Z. E. N.
Gesichter Buddhas: Die Figuren des Muchaka und Seshin
20.00 Die Welt des japanischen Gartens
20.30 Spiegelbilder
20.45 Die Sprechstunde
21.30 Rundschau
21.45 Petroleum-Miezen
Ital.-franz. Spielfilm (1971)
Mit Brigitte Bardot, Claudia Cardinale, Micheline Presle
Regie: Christian-Jaque
23.10 Rundschau

SAT 1

15.00 Marco
Anschließend: Secret Squirrel
15.30 Lassie
16.00 Musicbox
17.00 Tarzan
Anschließend: Der Zaubergarten
18.00 Verliebt in eine Hexe
Anschließend: Dialektsongs
18.30 APF blick
18.45 Schirm, Charme, Melone
Anschließend: Supercharge
19.45 Love Boat
20.40 Airwolf
In der Gewalt der Mafia
21.30 APF blick
22.15 F. A. Z. etten
Die Medizinstudenten gehen auf die Barrikaden: Von 1987 an soll ihre Ausbildung zwei Jahre länger dauern. Was bringt die neue Regelung, und warum wehren sich die Studenten dagegen?
22.45 Starsky & Hutch
23.35 APF blick



19.00 Unter deutschen Dächern
Der Kulturbunker
19.45 Recht für jeden
20.00 Tagesschau
20.15 Café Wernicke
1. Veränderungen
10teilige Fernsehserie von Rolf Schulz
21.05 Play Strindberg
„Totentanz" – arrangiert von Friedrich Dürrenmatt
Aufzeichnung der Uraufführung in Basel
22.30 Jeanies Clique
Amerikanischer Spielfilm (1979)
Regie: Adrian Lyne
0.05 Nachrichten



18.00 Mini-ZIB
18.10 Direkt
19.00 heute
19.20 3SAT-Studio
19.30 Familie Merian
Das große Zittern
20.15 auslandsjournal
21.15 Zeit im Bild 2
21.35 Kulturjournal
21.45 Club 2 zu Gast beim Züischtig-Club
Reich, reinlich und wehrhaft
Die Schweiz – mehr als ein Klischee?
Anschließend: Nachrichten



18.15 Deutsche Szene/Regional 7
18.35 Hans-Werner kauft alles
18.53 7 vor 7
19.22 Karlchen
19.30 Knight Rider
Gangster wider Willen
20.15 RTL-Spiel
20.20 Filmvorschau
20.30 Der Fallschirmjäger
Französischer Spielfilm (1974)
Mit Maurice Ronet, Michel Bouquet
Regie: Edouard Luntz
22.15 RTL-Spiel
22.20 Popeye
22.25 Open End
23.10 Wetter/Horoskop/Betthupferl

Unter der Perücke

H.B. – Das Ding, das sich ein britischer Barrister aufs Haupt stülpt, wenn er vor Gericht erscheint, gibt es seit 800 Jahren – so lange wie sich im antagonistischen System der englischen Justiz Ankläger und Verteidiger als Kontrahenten gegenüberstehen. Keine Frage – das Ding verleiht Würde und symbolisiert Tradition. Es ist weiß, wird aus Roßhaar geflochten, früher mit Vorliebe aus dem Schweif arabischer Hengste, und kostet an die tausend Mark. Nicht übertrieben viel, sollte man denken, bei den grandiosen Honoraren, die Anwälte zuweilen kassieren.

Doch die knapp 6000 Barrister, die das exklusive Recht haben, im Vereinigten Königreich als Strafverteidiger vor die Schranken zu treten, zählen in der Regel nicht zu den Star-Verdienern des Juristenberufes. *Ihr gesellschaftliches* Ansehen ist eindrucksvoller als ihre Honorare. Die stattlicheren Beträge streichen die Solicitors ein, die Zivilanwälte, die keine Perücke brauchen. Von den Kosten ganz abgesehen, fühlt sich eine Minderheit reformistischer Barrister heutzutage nicht mehr wohl unter ihrem Kopfschmuck, den sie für unzeitgemäß, allzu pompös und leicht lächerlich hält.

Nun sind die Engländer immer gut dafür, sich nicht überstürzt von *Pomp und mittelalterlichen* Traditionen zu trennen. Der Einwand, das anachronistische Roßhaargeflecht erzeuge im Gerichtssaal eine Atmosphäre der Strenge und des Vorurteils, die weniger abgebrühte Angeklagte und Zeugen einschüchtert, wird also kaum verfangen. Jede Parlaments-Eröffnung und jede Windsor-Hochzeit zeigt, wie gern sich Briten kostümieren, und ihre unterkühlte Technik, wie man am wirksamsten imposant auftritt, hatte von je her eine psychologische Kompensation *im* englischen *Humor*.

Auch ist die Perücke ein wirksamer Schutz für Strafverteidiger, die auf der Straße nicht auf den ersten Blick von Angeklagten oder Zeugen erkannt werden möchten, mit denen sie vor Gericht aneinandergeraten sind. Keine echte Chance also für die Gegner der Perücke, keine Chance auch für die juristische Ojektivität, die sich in England nicht ungern unter silberhaariger Feierlichkeit versteckt.

Die großen Straßen der Welt (XV): Kopenhagens Strøget, der geliebte „Strich", den es weder offiziell noch auf Karten gibt

Unendliches Behagen in Ole Larsens Pfeifenladen

Wehe dem Kopenhagen-Neuling, dem zu Hause gesagt wurde, er solle bei seinem Besuch vor Ort unbedingt auch die „Strøget" besuchen, jene so vitale Einkaufsstraße im Herzen der dänischen Hauptstadt, in der man das Leben des Landes in nuce studieren könne. Wenn er nicht mehr als den Namen und einen Stadtplan hat, dann wird er wohl bald verzweifeln. Denn es gibt keine Karte von Kopenhagen, die eine Straße dieses Namens verzeichnet. Die „Strøget" ist, so gesehen, unauffindbar.

Aber der Ärger unseres Novizen wird verschwinden, wenn er, kurz hinterm „Tivoli", in der Nähe des Rathausplatzes seinen Wagen parken kann und wenige Minuten später jene Fußgängerzone erreicht, die mit der Frederiksberggade beginnt, in die Nygade übergeht, der die Vimmelskaftet folgt, die Østergade und schließlich der Kongens Nytorv.

Ist er bis hierher vorgedrungen, hat er – wenn er kein „reiner" Sightseeing-Masochist ist – mindestens zwei Stunden Zeit hinter sich gelassen, ein paar hundert Blicke in Schaufenster getan, Straßenmusikanten gelauscht, Porträtzeichnern und fliegenden Händlern zugesehen, skurrile Gestalten und eine Fülle blonder Mädchen und Jungen registriert, neueste Mode aller Linien, Farben und Feinheiten taxiert, hier einen phantastisch frischen Salat mit Roquefortsoße genossen, dort eine Erdbeerspezialität oder eine Rote Grütze über Zunge und Gaumen gleiten lassen, und er hat längst verdrängt, daß er ja eigentlich zur „Strøget" wollte.

Doch viel schöner als dieser wimmelnde Vier-Straßen-und-drei-Plätze-Boulevard kann sie auch nicht sein, sagt er sich, und er hat recht – denn er hat soeben nichts anderes als jene unauffindbare „Strøget" erlebt! Und er ist, wie alle, die sie passieren, begeistert.

Die „Strøget", das ist nicht so sehr ein Straßenname als vielmehr ein Begriff, eine prosaische Metapher für die feine, unhektische dänische Lebensart. Jeder im Land kennt diese 1088 Meter krumme und lange Bummelpiste, die seit 1962 so heißt, wie sie nicht heißt, weil die Stadtväter in jenem Jahr dem vollendeten Verkehrschaos in der engen Straßenfolge ein Ende bereiteten und eine Fußgängerzone aus der Taufe hoben, die den Namen „Der Strich" („Strøget") erhielt – aber eben nur im Volksmund und im öffentlichen Bewußtsein. Die



Von wo an alles „ein bißchen teurer" wird: Kopenhagens „Strøget" am Amagertorv mit Brunnen und Ole Larsens Tabak- ud Pfeifenladen nebst Pfeifenmuseum (links) FOTO: SÜDDEUTSCHER VERLAG

Straßenschilder von einst blieben da, wo sie waren, und die „Strøget" ist zunächst eine Legende.

Sobald sie jedoch eine Erfahrung ist, wird man jeden Kopenhagenbesuch als halbe Sache empfinden, wenn man sich nicht für genau diese Legende genügend Zeit genommen hat. Der Ruhm der „Strøget" hat längst die Flaneurs jenseits der Grenzen erreicht. „Man" kommt nach Kopenhagen, um die „Strøget" zu sehen. Die offiziell nicht existente „Strøget" ist Dänemarks einziger Boulevard mit Weltniveau.

Wer einmal auf der „Strøget" gewandelt ist, der kommt mit Sicherheit wieder. Natürlich, mit den Jahren wird man intimer, wählerischer. Man weiß dann, wo man seinen Salat ißt – in „Streckers Salatbar" selbstverständlich; die frische Leckerei nascht – im „Jordbaerkaelder" („Erdbeerkeller") selbstredend; den Kaffee nimmt – im Café Nytorv vielleicht oder im Café de Colombia oder ...

Oder man entdeckt, nicht gleich beim ersten Mal, aber bald, den feinen Unterschied zwischen den zwei Welten dieser einen Straße. Er springt einem nicht hart ins Auge: Das spielerische Menschengewimmel, das gemütliche Umwegelaufen über anliegende Plätze und durch kleine Passagen – sie verhindern, daß einem der Schritt von der eher touristisch orientierten Hälfte in die der feineren und feinsten Geschäftswelt so recht bewußt wird oder sogar störend auffällt.

Auch Ole Larsen, der Seniorchef des traditionsreichen Pfeifen- und Tabak-Hauses „W. O. Larsen", spricht darüber nur in Andeutungen: „Von hier ab", sagt er, „wird alles etwas teurer; hier beginnt die Gegend des Königlichen Theaters". Damit ist das Adjektiv heraus, das viele der feinen Geschäfte am Amagertorv (ein Markt, auf dem früher die Bauern von Amager vor allem Gemüse feilboten) und in der Østergade in ihrem Firmenschild tragen: Dänemark ist immer noch ein Königreich, und die edlen Bäcker, Schneider, Schuhmacher, Buch-, *Wein- und Tabakhändler* sind allesamt nichts Geringeres als „Königliche Hoflieferanten".

Ob die Larsens schon 1864, in ihrem Gründungsjahr, mit diesem Pfund wuchern konnten, hat mir Ole W. Larsen, der die 4. Generation verkörpert, nicht verraten; aber daß es der Firma bestens geht, daraus hat er kein Geheimnis gemacht: beim Kaffee im Souterrain, wo die Büroräume liegen, wo sich die Spezialbibliothek zum Thema Pfeifen und Tabak befindet, wo an den Wänden Stiche, Pfeifen und Hilfsutensilien hängen, uralte und neuere, vertraute Modelle und höchst exotische. Das älteste Stück kommt aus Afrika und ist rund 500 Jahre alt, dann folgt eine Delfter Tabaksdose, die immerhin 250 Jahre auf dem Deckel hat.

Längst ist der Laden aus der Gründungsphase um weitere Räume und *ein Pfeifenmuseum erweitert*; und lange ist auch die Zeit vorbei, da die Larsens nur Importware anboten. „Heute", sagt Ole Larsen, „produzieren wir selbst Pfeifen, es geht, und wie! Es kommen Kunden von überall her, selbst aus Übersee. Wir bieten auch eigenen Tabak an", aber – Ole Larsen zwinkert – „unseren Tabak könnte man auch woanders kaufen, doch es muß hier sein, es ist so ein Gefühl, und die Leute lieben das Gespräch mit uns".

Als ich die Wendeltreppe emporsteige, sehe ich einen Ständer mit Geschäftsprospekten in mehreren Sprachen; und im Ohr habe ich den Nachsatz Ole Larsens: „Und aus dem Theaterfundus kommen sie auch und fragen nach Originalstücken für ihre Aufführungen." Unser Gespräch scheint mir typisch für diese Straße zu sein: Spontan, aber ohne Zeitdruck; nuanciert in der Bewertung des draußen vorbeipilgernden Lebens, aber ohne hämisch-distanzierenden Unterton. Es ist geschäftlich und menschlich; das Objekt des Interesses ist auch ein interessantes Individuum, nicht nur ein beschwatzbarer Kunde.

Man spricht auf diesen 1088 Metern oft mit, nicht nur nebeneinander, und es hat doch alles nichts von jener vordergründigen Gemeinschaftstümelei, die lange Mode war. Dies mag der eigentliche Grund dafür sein, warum man jenen vorhin erwähnten Übergang von der touristischen in die feinere Zone der „Strøget" nicht so recht bemerkt, warum man ohne Schwierigkeit alles zusammen genießt: Yoga-Schulen, Otto B. Wroblewskis allerfeinsten „Bog- und Papier-Handel" von 1853, die vereinigte Porzellan-Manufaktur „Royal Copenhagen", Kopenhagens vornehmsten Marzipankünstler Anthon Berg, „Burger King", Jorcks Passage mit Boutiquen und Advokaten-, Revisoren- und Psychologen-Adressen, die Heilig-Geist-Kirche nebst illegalen Schmuckhändlern und Schachspielern aller Alters- und Könnerklassen, Gold- & Silber-Geschäfte – und nicht zuletzt den grotesken Leierkastenmann.

ULRICH SCHACHT

Symposion und Ausstellung – Moses-Mendelssohn-Tage in Wolfenbüttel

Hat er Spinozas Tractatus gelesen?

Moses Mendelssohn, den bedeutenden jüdischen Denker der deutschen Aufklärung, zu ehren, hatten die Lessing-Akademie unter ihrem Präsidenten Rudolf Vierhaus (Göttingen) und die Wolfenbütteler Herzog-August-Bibliothek zu einem Symposion nach Wolfenbüttel eingeladen, an einen Ort also, an dem Mendelssohn wiederholt weilte, wenn er seinen dort lebenden und wirkenden Jugendfreund Lessing besuchte. Geleitet wurde die Tagung von der Mendelssohn-Editorin Eva Engel-Holland (Wellesley/Mass.) und dem Trierer Kant- und Aufklärungsforscher Norbert Hinske.

Der inzwischen achtzigjährige Alexander Altmann (Waltham/Mass.), *dessen Name in den letzten Jahrzehnten* zum Synonym nicht nur für fundierte Mendelssohn-Forschung, sondern auch für die von G. Holzboog verlegte Mendelssohn-Ausgabe wurde, zeichnete in seinem Festvortrag das Bild Mendelssohns im deutschen Idealismus nach. Er zeigte, daß bei Fichte, Schelling und Hegel zunächst nicht der authentische Mendelssohn dargestellt, sondern daß anfangs das auf Jacobi zurückgehende (Zerr-)Bild übernommen wurde. In dem Maße jedoch, wie sich das Verhältnis zwischen *den Idealisten und Jacobi* verschlechtert habe, sei das Mendelssohn-Bild im deutschen Idealismus objektiver geworden.

Obgleich sich Mendelssohn der christlich-abendländischen Philosophie im vollen Umfange öffnete, blieb er, der wie kein zweiter die Ideale der Aufklärung verkörperte, stets ein frommer und selbstbewußter Jude. Alle Versuche, ihn zum Christentum zu bekehren, wußte er mit Festigkeit und Würde abzulehnen. So war es nicht verwunderlich, daß eine ganze Reihe von Vorträgen dieser Tagung sich mit Mendelssohns Stellung zum und im Judentum befaßten.

Jacob Katz (Jerusalem), einer der großen alten Männer der Mendelssohn-Forschung, beleuchtete die komplizierte und keineswegs einheitliche Rezeption dieses Denkers „bei der jüdischen Nachwelt". Siegbert Prawer (Oxford) stellte das Mendelssohn-Bild zweier gebürtiger Juden einander gegenüber. Während Heine trotz seiner Vorbehalte gegen das Judentum ein sehr positives Mendelssohn-Bild entwirft, lehnt Marx denselben Mendelssohn als „Seichtbeutel" ab.

Friedrich Niewöhner (Berlin) vertrat die – nicht unwidersprochene – These, daß Mendelssohn, weil er orthodoxer Jude war, den Tractatus von Spinoza nicht gelesen hätte. Eine zweifelsfreie Erhärtung dieser These ist freilich schon deshalb äußerst schwierig, weil es für einen frommen Juden der Zeit ratsam war, die Kenntnis des Tractatus, gerade wenn er ihn gelesen hatte, zu verschweigen. Allerdings konnte Niewöhner anhand zahlreicher Textstellen bei Mendelssohn zeigen, daß seine Kenntnis des Tractatus nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden darf. Damit können zentrale Werke Mendelssohns, etwa sein „Jerusalem", nicht mehr ohne weiteres auf dem Hintergrund Spinozas interpretiert werden.

Zu einer Sternstunde germanistischer Reflexion geriet das Referat von Ingrid Strohschneider-Kohrs (München), die die Bedeutung Mendelssohns für Lessing in dessen letz*tem Lebensjahrzehnt* beleuchtete. Mendelssohns Stellung innerhalb der Berliner Aufklärung war das Thema der Beiträge von Christoph Böhr (Trier) und Birgit Nehren (Trier). Böhr legte besonderes Gewicht auf Mendelssohns Warnung vor dem dialektischen Umschlagen von Aufklärung in ihr Gegenteil. „Die Gefahr des dialektischen Umschlags kann", so referierte Böhr Mendelssohn, „nur dann überwunden werden, wenn Aufklärung den ganzen Menschen im Blick behält und nicht als einseitige *Verstandestätigkeit fehlinterpretiert* wird."

Das für die deutsche Aufklärung bedeutende Spannungsverhältnis von Aufklärung, Geheimhaltung und Publizität erörterte Nehren am Beispiel der Berliner Mittwochsgesellschaft, in der sich fast durchweg hohe Staatsbeamte zusammenfanden. Mendelssohn, der Mitglied dieser Gesellschaft war, trat „aufs entschiedenste gegen eine von seiten des Staates erfolgende Einschränkung der Freiheit, seine Meinung zu sagen, ein, plädierte aber zugleich für eine Selbstbeschränkung des tugendliebenden Aufklärers bei seinem Bemühen um Aufklärung".

Michael Albrecht (Trier), der sich mit einem Forschungsbericht über die Mendelssohn-Literatur der letzten beiden Jahrzehnte einen Namen gemacht hat, wandte sich einem bislang weitgehend vernachlässigten Thema zu, der Entwicklungsgeschichte von Mendelssohns Ethik. Albrecht zeichnete auch für eine die Tagung begleitende, noch bis zum 24. September zu sehende Mendelssohn-Ausstellung verantwortlich. Hier gelang ihm das Kunststück, auf äußerst knapp bemessenem Raum und mit noch nicht einmal 150 Exponaten – darunter immerhin 18 bislang unveröffentlichte Briefe von und an Mendelssohn – nicht nur die wesentlichen Etappen der intellektuellen Biographie Mendelssohns aufzuzeigen, sondern auch einen guten Überblick über das geistig-kulturelle Umfeld zu geben.

Der Katalog zur Ausstellung gibt nahezu alle Exponate wieder, denen jeweils eine Beschreibung auf hohem Niveau beigegeben ist. Mit seiner knappgehaltenen Einführung und einer gut zehnseitigen, nach Leben, Werk und Zeit untergliederten Zeittafel gibt Albrecht einen guten Überblick, anhand dessen sich auch derjenige, der von Mendelssohn nur wenig weiß, gezielt informieren kann. Mendelssohns Stellung als Jude in Preußen, sein philosophischer Stellenwert und die vielfältigen Beziehungen, in denen er zu führenden Köpfen seiner Zeit stand, sind ebenso angesprochen wie das beispielhafte Leben, daß dieser große Denker der deutschen Aufklärung, den seine Zeitgenossen den neuen Sokrates nannten, stets führte.

REINHARD FINSTER



Bedeutender Vertreter der deutschen Aufklärung: Der Philosoph Moses Mendelssohn FOTO: DIE WELT

Von Interregnum zu Interregnum: Die Situation am Theater in der Josefstadt

Tschechow wurde zum Vermächtnis

Schatten liegen über dem Theater in der Josefstadt. Vor eineinhalb Jahren starb der überaus tüchtige Direktor Ernst Haeusserman, es folgte ein von Idealismus getragenes Interregnum unter dem, wie er sich nennt, geschäftsführenden Direktor Heinrich Kraus. Als dann endlich zu allgemeiner Freude Boy Gobert aus Berlin berufen wurde, ging dieser mit Verve ans Werk, was aber nur wiederum ungewollt, durch neu geschlossene Verträge, Engagements und Stückdispositionen zu einer kaum zu bewältigenden Aufgabe führte, als er unvermittelt starb – und, nicht genug, wenige Monate später auch sein erster Mann in Planung und Dramaturgie, Ernst Wendt, der inzwischen versucht hatte, das möglichste aus Goberts Plänen zu verwirklichen.

Seither ist wiederum ein Interregnum eingetreten, da der designierte Direktor, Otto Schenk, erst in 16 Monaten sein Amt antreten kann. Aus dem Gobertschen Team ist als letzter Eberhard Witt übriggeblieben, der, etwas zagend, aber mit vollem Einsatz an die Sache herangeht, lebhaft unterstützt von allen Angehörigen des Hauses.

Man kann dem geschäftsführenden Direktor in der Tat nur bescheinigen, daß er ein „Erhard Buschbeck der Josefstadt" ist, jener kongeniale Theatermann, der einst das Burgtheater über ungezählte Klippen hinweggeführt und unter anderem den plötzlichen Ausfall von Hauptdarstellern noch am Premierentag zu meistern gewußt hatte. Daß Otto Schenk nach der traurigen Bilanz den Mut aufbringt, den scheinbar so gefährlichen Posten anzunehmen, findet er selber wundernswert. Dabei steht auch noch ein zu bewältigendes Jubiläum – in zwei Jahren 200. Geburtstag der Bühne – bevor. Aber man ist guten Mutes, überzeugt: Ein Theater geht nicht unter. Und schon gar nicht die Josefstadt.

In mancher Hinsicht spiegeln sich *die Umstände in der* Neuinszenierung von Anton Tschechows „Drei Schwestern", die noch von Ernst Wendt erarbeitet worden war und nun posthum gegeben wurde. Schon hier trat ein Ausfall bei den Darstellern auf, und fast ist anzunehmen, daß Wendt sich nach der öffentlichen Realisierung seiner Arbeit vielleicht doch überzeugt hätte, daß man dem Publikum der Josefstadt nur schwer eine fast vierstündige Aufführung mit breit ausgeschöpftem Text anbieten kann, da nun einmal dazu eine „russische Seele" gehört und die Wiener Zuschauer eben genau dort zu ermüden beginnen, wo das Stück am Ende seine Quintessenz erreicht.

Diese von einem Bühnenbild mit aufgemalten und demgemäß die Schwankungen der Leinwand mitvollziehenden Bäumen (Lilot Hegi) begleiteten, schier endlos erscheinenden, aber von der Dichtung her durchaus notwendigen Szenen ziehen sich spürbar in die Länge. So gern man Ernst Wendts sorgfältiges Konzept annehmen mochte, es entsteht leider kein geschlossenes Bild, allenfalls ein Mosaik.

Ebensowenig kommt es zu einer eingängigen Charakterisierung der einzelnen Figuren, bei aller gekonnten Artikulation durch die Darsteller (Marianne Nenntwich, Elisabeth Rath, Susanne Brandt als die drei Schwestern und Markus Boysen, Eugen Stark, Heinz Marecek und eine Anzahl neuer Ensemblemitglieder in den männlichen Rollen).

Erschwerend war auch die Vorliebe für Dunkelheit auf der Bühne. Bewundern mußte man allerdings die ungeheuer präzise Schauspielerführung, die gewiß nur in hoher Anstrengung zustandegekommen sein konnte.

ERIK G. WICKENBURG

Londons Royal Philharmonic Orchestra eröffnet das Bonner Beethovenfest

Himmelfahrt einer verzückten Seele

So konnte es nicht weitergehen mit den Bonner Beethovenfesten: Seit der Nummer XXIX im Jahre 1977 hatte man Beethovens Musik aufgewirbelt mit allen möglichen zeitgenössischen Klängen, die oft keine andere Funktion zu haben schienen, als ein traditionelles Konzertpublikum zu er- und bald auch verschrecken. Daß dieser Weg, damals eingeschlagen in der Hochstimmung von Anti-Establishment, längst zur Sackgasse geworden war, hatte Bonns GMD mit der lockeren Hand, Gustav Kuhn, schnell begriffen. Er drang auf Änderung – und das ist die einzige bleibende Spur seines kurzen Wirkens in Bonn.

Andererseits konnte und wollte man auch nicht zurück zu den Beethovenfeiern des 19. Jahrhunderts, die sich bis spät ins 20. gehalten hatten, zu musikalischer Heroenverehrung und Titanenpomp, am besten noch überglänzt von pianistischem Mondenschein. Wenn man denn auch künftig Beethoven der Musik unseres Jahrhunderts gegenüberstellen will, dann nicht mehr, um ihn zu sekkieren, sondern um ihm gleichsam den Dialog mit einem ähnlich überragenden Komponisten zu ermöglichen.

Der heißt in diesem Jahr Olivier Messiaen. Das XXXII. Bonner Beethovenfest, das am Wochenende mit einem Gastkonzert des Londoner Royal Philharmonic Orchestra unter Antal Dorati begann, ist in Wahrheit ein Beethoven-Messiaen-Fest. Fast das gesamte Œuvre des 77jährigen Franzosen, einschließlich der Turangalila-Sinfonie und der Oper „St. François d'Assise" kommt zur Aufführung. Ein Messiaen-Fest wird es vielleicht sogar noch mehr als ein Beethovenfest. Aber dagegen ist natürlich gar nichts zu sagen. Nur: Welchen Komponisten vergleichbarer Statur will man bei künftigen Beethovenfesten als Kontrapart des Titanen noch finden?

Denn bei Messiaen ist sich die Musikwelt inzwischen einig, daß er eine der beherrschenden Gestalten der Tonkunst des 20. Jahrhunderts ist. In den Jahren, als Zwölfton- oder Reihentechnik noch *de rigeur* waren, mochte man das leugnen. Ein von mystischem Katholizismus durchdrungenes Werk, in dem es geschlossene Phasen von sich in Schönheit verzehrender Musik gibt, das durfte ja in den Zeiten musikalischer Sachlichkeit und Materialerprobung nicht sein.

Zum Auftakt des Beethovenfestes also erklang Messiaens „L'Ascension", jene vier sinfonischen Meditationen über den Aufstieg der Seele in den Himmel. Natürlich geht es da nicht ohne Dramatik ab, nicht ohne fauchende Zwischentöne, bis sich die Seele gleichsam aus ihren irdischen Ketten befreit hat, aber es überwiegt doch das harmonische Einschwingen der Töne aufeinander, die sich am Schluß zu einem lang aussingenden Monoton vereinen, der sich nicht genugtun kann an verzücktem Insistieren auf sich selbst.

Daß dies bei einem in den Bläsern strahlenderen, in den Streichern intensiveren Orchester als den königlichen Londonern alles noch interessanter geklungen hätte, steht auf einem anderen Blatt, gilt freilich auch für die folgende „Eroica", die doch etwas zu dumpf und schwerfüßig daherkam als Beginn für drei Wochen Beethoven.

REINHARD BEUTH

JOURNAL

Initiativen der CSU für das Kino erfolgreich

DW. München

Die Zahl der bayerischen Filmtheater wächst: Gab es 1980 im Freistaat 632 Kinos, so ist die Zahl im Jahre 1985 auf 667 Lichtspielhäuser angewachsen. Den Zuwachs von 35 Kinos nahm Herbert Huber, Vorsitzender der CSU-Filmkommission, zum Anlaß, von einer „positiven Bilanz der CSU-Initiativen zugunsten des Kinos" zu sprechen, das „dank einer langjährigen konsequenten Förderung in Bayern den strukturellen Anpassungsprozeß besser bewältigt habe als in anderen Bundesländern". Dies habe zu einer Stabilisierung der Situation bei den bayerischen Filmtheatern geführt.

„Band Aid" erzielt Rekordsumme

AFP, Paris

Mit einem Resultat von 84,3 Millionen Dollar (rund 175 Millionen Mark) steht die Ende 1984 von dem irischen Popsänger Bob Geldof gestartete Hilfsaktion für die Hungernden in Afrika an der Spitze der Wohltätigkeitskampagnen in Großbritannien. Die Summe enthält den Erlös aus dem Verkauf der Platte „Do they know it's Christmas?" und den der meisten im Rahmen der Aktion organisierten Veranstaltungen, darunter des Mammut-Doppelkonzerts im Londoner Wembley-Stadion und in Philadelphia.

Boulez und Stockhausen bei „Musica '86"

dpa, Straßburg

Im Zeichen des französischen Komponisten und Dirigenten Pierre Boulez steht das Festival für zeitgenössische Musik „Musica '86" vom 13. September bis zum 3. Oktober in Straßburg. Boulez wird an drei Abenden vertreten sein: Er dirigiert das Sinfonieorchester des Südwestfunks Baden-Baden, das „Ensemble Intercontemporain" mit dem Stockholmer Kammerchor und das Sinfonieorchester Basel bei der Aufführung von Eigenkompositionen. Beim Festival, das insgesamt 23 Konzerte bietet, werden unter anderem auch Karlheinz Stockhausen mit dem Ensemble „Electric Phoenix" und der französische Jazzpianist Michel Petrucciani auftreten.

Erstes kirchliches Museum für Bremen

KNA, Bremen

Rechtzeitig zur 1200-Jahr-Feier der Gründung des Bistums Bremen wird es in der Hansestadt erstmals ein kirchliches Museum geben. Die baulichen und inhaltlichen Vorbereitungen laufen auf Hochtouren, damit das ehrgeizige Projekt abgeschlossen ist, wenn Ende August 1987 der Weihe des ersten Bremer Bischofs Willehad gedacht wird. Die Idee zu dem Museum im Bremer St.-Petri-Dom entstand, als während umfangreicher Grabungen in den siebziger Jahren bedeutsame Textilien in den mittelalterlichen Bischofsgräbern Bremens gefunden wurden. Seinen Platz wird das Museum in vier kirchengeschichtlich besonders interessanten Räumen des Doms finden.

Leben und Arbeit der Lipper Ziegler

DW. Münster

Fast die Hälfte der männlichen Bevölkerung im Lipper Raum war um die Jahrhundertwende „auf Ziegelei": Sie zogen durchs Land, teilweise sogar bis Rußland und Schweden, um ihre Arbeit als Ziegler anzubieten. Einen Versuch, Erfahrungen und Erinnerungen der alten Wanderziegler zusammenzutragen, unternimmt der dritte Band der Schriftenreihe des Westfälischen Industriemuseums „Gut Brand! Leben und Arbeit der Lipper Ziegler um 1900". Das Buch enthält neben umfangreichem Quellenmaterial Gespräche mit einstigen Wanderzieglern, Gedichte und Erzählungen über deren Leben sowie einen Reisebericht eines Pastors, der durch Westfalen zog, um die dort arbeitenden Ziegler zu betreuen (Linneppe Verlagsgeellschaft, Hagen, 24 Mark).

DAS AKTUELLE TASCHENBUCH

Ein Großtankwagen voller Scotch ist ein Vermögen wert, zumal er die Brennerei in einer höheren Konzentration verläßt, als er nach dem Abfüllen in den Handel kommt. Wenn nun rasch hintereinander drei Tankwagen voll kostbarem Naß verschwinden, ist dies für den Spediteur ein riesiger Verlust. Der einstige erfolgreiche Jockey und Sportjournalist Dick Francis, Krimi-Liebhabern weltweit bekannt, läßt diesmal einen Weinhändler mit einer bemerkenswerten Zunge, aber alles andere als ein Schema-Held, entscheidend zur Lösung des Falles beitragen. Ein zusätzlicher Bonus zu einer guten Story: Unauffällig wird viel Wissen aus der Welt des Weins und härterer Getränke vermittelt. ohn

Dick Francis: „Weinprobe". Ullstein, 268 S., 9,80 Mark

Schuhmode: Lack und Applikationen

gh. Bonn

So bunt wie im Sommer kommt die Schuhmode im Herbst und Winter nicht mehr einher. Das führte gestern das Deutsche Schuhinstitut während einer kleinen Modenschau in Bonn vor. Der neuen Wintermode entsprechen gedämpfte Farben wie Blau, Grau, Grün, gedecktes Weiß und dunkles Violett bis hin zum Schwarz, das dominiert.

Trotzdem muß auf Buntes nicht verzichtet werden: Wer schillernde Farben liebt, hat sie im neuen „Petrol-Lack" alle auf einmal: Lackballerinen und -pumps changieren in Grün, Violett und Blau auf schwarzem Grund. Andersfarbige Reptil- und Rasterprägungen schmücken als Applikation an der Ferse und an der Seite den eleganten, schlichten



Pumps mit überwiegend mittelhohem Absatz (Foto oben). Beim Abendschuh erreicht die Absatzhöhe 8,5 bis zehn Zentimeter.

Deutlicher Trend beim sportlichen Schuh: die kräftige Profilsohle, auf der Damen und Herren trotzdem leichtfüßig laufen (Foto Mitte). Doch auch hier ist Lack nicht wegzudenken, der mit mattem Leder, Laschen, Bommeln und wulstigen Nähten sportliche Akzente bekommt.

Die neue Stiefelmode macht Anleihen beim Reitsport: Der Schaft ist



gerade und reicht bis zum Knie. Ornamente und Raffungen sowie Versionen in Lack nehmen dem „Original" die Strenge und lassen es feminin erscheinen (Foto unten). Die Absätze sind vorwiegend flach.

Auch von folkloristischen Motiven haben sich die Mode-Macher anregen lassen, so beim Nomaden-Stiefel mit Fell- und Teddy-Futter. Stickereien, Pelzbesätze und farbige Einsätze dekorieren die Schäfte, die wadenhoch sind oder gekrempelt werden können. Halbhohe Westernstiefel ergänzen die winterliche Jeansmode.



FOTOS: K. DANETZKY

Eiskalte Aufsteiger oder Der Hang zum Fatalen

Schon der Blick auf die Ausrüstung läßt den Normalbürger frösteln: An den Bergschuhen glitzern stählerne Steigeisen mit fingerlangen Frontzacken und seitlichen Zähnen wie in einem Haifischmaul. Vor dem Einstieg in eine Eiswand werden sie mit Feilen geschärft, damit sie sich besser ins Eis krallen ... In den Händen Eispickel, in den Augen Entschlossenheit und ein Anflug von Spott: Eiskletterer. Sie Alpinisten oder Bergsteiger zu nennen wäre unangebracht.

Ihr Revier sind eisgepanzerte Wände in den Alpen, vereiste Rinnen und Couloirs in den Bergen Patagoniens in Südamerika, gefrorene Wasserfälle und kirchturmhohe senkrechte Eiszapfen im Labyrinth abgelegener Gletscher.

Alle, die sich diesem Sport verschrieben haben und dieser Leidenschaft verfallen sind, lächeln nur angesichts jener Bergsteiger, die sich schnaufend und schwitzend durch felsige Wände in die Höhe quälen, auf den Ruf des Berges lauschen, sich Gott nahe wähnen. Für Eiskletterer ist ihr Tun reiner Sport, nichts anderes. Aber sie betreiben ihn mit einer Hingabe, die verständlich macht, warum sie sich ihren Zielen auf Wegen nähern, auf denen es für Hände keine Griffe und für Füße keine Halte gibt.

Gefühl der Sicherheit

„Eiskalte Aufsteiger" werden die vornehmlich jungen Burschen genannt, die zwischen Himalaya und Patagonien, in Schottland und im amerikanischen Grand Canyon keine Eiswand fürchten, sich an vereisten Wasserfällen und gefrorenen Eisvorhängen so sicher fühlen wie ein Normalbürger auf einem Wanderweg und sich nichts daraus machen, daß sie nach Meinung ihrer Mitmenschen keinem Sport, sondern „permanentem Selbstmordversuch" frönen.

Eiskletterer sind Kinder unserer Zeit: Die ersten erstürmten die eisigen Höhen der Welt in den 60er Jahren, als auch andere Pioniere aufbrachen, neue Pfade zu erkunden. Doch statt Überwindung von Erdschwere und Landungen auf dem Mond versuchten sie, an gefrorenen Wassern den Niederungen der Welt zu entkommen – koste es, was es wolle.

Für manche war der Preis hoch. Schließlich sichern die meisten nur ein Seil und ein paar Haken. Die Liste jener, die die Niederungen der Welt für immer überwanden und im Eis den Tod fanden, ist lang. Reinhard Karl führt sie an. Deutschlands berühmtester Eiskletterer stürzte zwar nicht ab, eine Eislawine aber erschlug den Propheten des „tiefgekühlten Vergnügens" am Fuße einer Eiswand im Himalaya.

Jeder Kick kostet Kraft

Die „eiskalten Aufsteiger" müssen körperlich fit sein. Jeder Kick mit den eisenbewehrten Steigeisen in eisiges Blau kostet Kraft, und bei harten Pickelhieben in das Eis erlahmen schnell die Arme. Übergewicht macht da die Tortur zur Hölle, und auch Idealgewicht macht die Quälerei nicht viel geringer.

Gefahren lauern viele: Da spritzen Eissplitter in die Augen, dort löst sich durch die Wärme der Sonnenstrahlen ein Haken und damit die sichernde Halterung, die schweißnasse Kleidung verwandelt sich in eine unbequeme und letztlich wirkungslose Rüstung gegen den Tod. Die größten Gefahren aber drohen nach Angaben von Reinhold Messner, der zu den weltbesten Eiskletterern zählt, beim Herausziehen des Pickels aus dem Eis. Ein unkontrollierter Ruck kann auch den geübten Kletterer aus dem Gleichgewicht bringen ...

Im Auftrag des Bayerischen Staatsministeriums für Arbeit und Soziales legte der Deutsche Alpenverein eine Studie vor, die den Stand von Bergsportausrüstung untersuchte. Lakonisch stellten die Profis fest, daß die Haufestigkeit gewisser Eisgeräte noch zu gering sei. „Ein Gerätebruch aber kann fatale Folgen haben. Der Kletterer hängt dann plötzlich nur an einem Arm."

Die Industrie hat den Wink verstanden: Sie will ihr Angebot an Geräten verbessern. Eispickel, Eisbeile und Eishämmer werden jetzt aus einem Material hergestellt, das auch bei tiefsten Temperaturen nicht bricht.

WALTER H. RUEB



Aufstieg an einem gefrorenen Wasserfall in der Pählerschlucht bei Weilheim (Oberbayern)
FOTO: DAV

„Timuria" – ein Musical für Millionen von Kindern

SUSANNE HERRMANN, Bonn

„Timuria" ist der geheimnisvolle Titel des Musicals, das vom 17. bis 21. September in Bonn aufgeführt wird und gestern vorgestellt wurde. Komponiert von Harry Kulzer, Dozent für Musiktherapie in München, ist das Stück eine Mischung aus Spielhandlung, Musik und Animationstheater und soll Kinder wie Erwachsene für die Probleme der Dritten Welt sensibilisieren – speziell für die Lage der Kinder.

Die Eintrittsgelder der Tournee, die zunächst durch zehn große deutsche Städte gehen soll, fließen dem Kinderhilfswerk Unicef zu, das in diesem Jahr seinen 40. Geburtstag feiert. Unter der Schirmherrschaft von Frau Marianne von Weizsäcker engagiert sich Unicef in erster Linie für die Kinder der dritten Welt.

Anläßlich des Weltkindertages am 20. September wird Frau von Weizsäcker der Aufführung des Musicals beiwohnen. In der Spende für das Kinderhilfswerk sieht der Autor die Chance, diesen Kindern zu helfen, auch wenn keine Katastrophe das Interesse der Weltöffentlichkeit auf sie richtet. Die Idee zu „Timuria" entstand während einer Unicef-Senegal-Reise des Iserlohner Schriftstellers Jo Althöfer. Er ist der Autor des Musicals und organisierte auch dessen Uraufführung in Frankfurt. Tänzer, Pantomimen, Opernsänger, Schauspieler und sogar Akrobaten wurden verpflichtet.

Aufgeführt wird „Timuria" in einem Zirkuszelt, dessen Manege Spielfläche ist. Der Raum symbolisiert die Welt, in der die Besucher nicht nur sehen, hören und fühlen, sondern auch mitspielen. Um das „Weltkinderland" zu ereichen, treiben alle Besucher gemeinsam das „Weltmobil" an, formulieren Wünsche – oder spielen ganz einfach.

Die Protagonisten in diesem Stück sind fünf Kinder, die eine Reise durch Senegal, Kolumbien, Australien, Europa und Bangladesch unternehmen und die Probleme dieser Regionen entdecken.

Die Darstellung dieser Probleme beruht auf Erfahrungen von Unicef-Projektgruppen, die in dem Musical kindgerecht aufgearbeitet werden. Finanziert wurde das 1,5 Millionen Mark teure Projekt durch Spenden der Industrie.

Wäschewaschen ist keine militärische Dienstleistung

AP, Kassel

Wenn Familienangehörige die Dienstkleidung von Soldaten säubern und waschen, so ist dies nicht als militärische Dienstleistung anzusehen. Das entschied das Bundessozialgericht in Kassel in dem Prozeß eines Soldaten gegen das Land Hessen. Der Soldat hatte seine Kleidung zu Hause waschen lassen und war in der Freizeit mit seinem Motorrad verunglückt, als er in einer anderen Kaserne die Dienstkleidung abholen wollte, die ein anderer Soldat mitgebracht hatte. Der Kläger argumentierte, das Abholen der Dienstkleidung sei für ihn eine Dienstverrichtung gewesen, folglich war der Unfall ein Dienstunfall.

Die Klage blieb erfolglos. Die Richter begründeten ihren Spruch damit, daß die eigene Körperpflege und das Säubern der Kleidung zu den allgemeinen Grundvoraussetzungen des menschlichen Daseins in der zivilisierten Gesellschaft gehöre, wie bei jedem berufstätigen Zivilisten. Das Säubern der Dienstkleidung falle darum nicht unter den Unfallversicherungsschutz. (Az.: 9 RV 49/84)

LEUTE HEUTE

In das Lexikon

Die beiden höchstbezahlten französischen Filmstars, **Alain Delon** und **Jean-Paul Belmondo**, sind jetzt in das französische Volks-Lexikon „Petit Larousse" aufgenommen worden. Ihre Namen tauchen in der Ausgabe '87 auf, die jetzt in Paris erschien. Auch dem höchstbezahlten weiblichen Filmstar Frankreichs, **Catherine Deneuve**, wurde diese Ehre zuteil.

Auf den Müll

In Müllmänner verwandelten sich die Stadtväter von Lannion im nordwestfranzösischen Departement Côtes du Nord. Angeführt von Bürgermeister **Yves Nedelec** griffen die Stadtverordneten zu Schaufel und Besen und reinigten in vierstündiger nächtlicher Arbeit die Straßen. Der Grund: Die städtische Müllabfuhr streikte. „Ich bin für die Hygiene in dieser Stadt verantwortlich. Wenn es notwendig ist, wiederholen wir die Aktion", meinte der Bürgermeister.

Mit dem Fahrrad

Ein 70jähriger Chinese ist nach einer 27 000 Kilometer langen Radtour durch die gesamte Volksrepublik in Lhasa/Tibet angekommen. Der ehemalige Arbeiter in einer Uhrenfabrik **Wu Jisheng** hatte seine Reise im Juli 1983 begonnen. Seine Rekordtour hatte der Rentner gut vorbereitet: Seit 15 Jahren trainierte er auf Langstrecken. Die letzten 7000 Kilometer fuhr Wu Jishen in Begleitung eines 61jährigen ehemaligen Sportfunktionärs. Die beiden Männer wollen sich eine Woche in Tibet erholen, bevor sie nach Sichuan zurückkehren – mit dem Rad natürlich.

Fußball-Gala

Unter der Schirmherrschaft von Kanzlergattin **Hannelore Kohl** findet morgen in Bonn eine Fußball-Gala zugunsten des Kuratoriums ZNS statt, dessen Präsidentin Frau Kohl ist. Die Stiftung fördert die Rehabilitation hirnverletzter Unfallopfer. Prominente ehemalige Bundesliga-Spieler wie **Sigi Held** (Borussia Dortmund), **Wolfgang Kleff** (Borussia Mönchengladbach) und **Gerd Müller** (Bayern München) werden in der Uwe-Seeler-Traditionself für den guten Zweck kicken. In einem zweiten Spiel werden sich Bonner Prominenz und Bundespressekonferenz aufs Spielfeld wagen, um sich den Zuschauern ganz von ihrer sportlichen Seite zu präsentieren. (Sf.)

Steht Mordfall Weimar kurz vor der Aufklärung?

dpa, Bad Hersfeld

Die Ermittlungen der Sonderkommission im Mordfall Weimar haben erneut eine überraschende Entwicklung genommen. In der Nacht zum Sonntag wurde in der Philippsthaler Wohnung, wo aller Wahrscheinlichkeit nach Melanie (7) und Karola (5) Weimar vor fünf Wochen ermordet wurden, ein Ortstermin abgehalten. Zeugin der Kommission aus 19 Ermittlern bei diesem Termin war Brigitte Elliott (21), die Schwester von Monika Weimar (28), der Mutter der ermordeten Mädchen.

Oberstaatsanwalt Rudolf Matzke aus Fulda bestätigte gestern, daß Brigitte Elliott in der Nacht zum Montag, dem 4. August, gegen 2.30 Uhr in die Wohnung der Weimars im Erdgeschoß des Hauses gegangen war, weil sie in ihrer darüber liegenden Wohnung Geräusche wie Weinen gehört hatte. Sie fand die Fünfjährige wach vor, während die siebenjährige Melanie „ungewöhnlich tief" schlief. Frau Elliot hatte angegeben, den Vater der beiden Mädchen, der ausgesagt hatte, tief und fest geschlafen zu haben, nicht gesehen zu haben.

Narkosemittel gestohlen

dpa, Köln

Unbekannte Diebe haben aus einem Kölner Krankenhaus 153 Ampullen der hochgiftiger. Narkosemittel Fentanyl und Repifel gestohlen. Die Polizei warnte Täter und mögliche Drogenkonsumenten gestern eindringlich vor einem Gebrauch der Medikamente, die bereits in geringer Dosierung tödlich seien. Bereits am 18. August hatten unbekannte Täter mehr als 300 Ampullen derselben Mittel aus der Anästhesie-Abteilung der Kölner Uni-Klinik gestohlen.

12 500 obdachlos

AFP, Moskau

Durch das Erdbeben vom 31. August sind in der sowjetischen Republik Moldau mehr als 12 500 Menschen obdachlos geworden. Das Beben verursachte Sachschäden von umgerechnet mehr als 1,5 Milliarden Mark. 55 000 Häuser wurden beschädigt. Bei dem Beben waren eine Person getötet und Hunderte von Menschen verletzt worden.

Fahrzeuge verschüttet

rtr, Sarnen

Ein Felssturz hat gestern vormittag in den Schweizer Alpen auf einer Paßstraße mehrere Fahrzeuge verschüttet. Mindestens drei Personenwagen und ein Lastwagen wurden auf der Brünig-Straße zwischen Luzern und Interlaken von den Felsmassen begraben. Über die genaue Zahl der Verletzten und über das Ausmaß der Schäden war gestern nachmittag noch nichts bekannt.

„Saljut 7" unbemannt

dpa, Moskau

Die sowjetische Raumstation „Saljut 7" wird in Zukunft keine Kosmonauten zu Forschungszwecken mehr an Bord nehmen. In den kommenden Jahren soll lediglich die Haltbarkeit der Station sowie die Einflüsse ihres Langzeiteinsatzes im Weltraum erforscht werden. Der Orbitalkomplex ist im April 1982 ins All befördert worden und hat insgesamt zehn Besatzungen aufgenommen.

In Regentonne ertrunken

D. D. Berlin

In einer Regentonne in seinem Garten ist ein 47jähriger Berliner ertrunken. Beim Wasserschöpfen beugte er sich über die zwei Meter tiefe Tonne mit einem Durchmesser von etwa 40 Zentimetern. Er verlor den Halt und stürzte hinein. Einen Tag später fand ihn der Sohn, nachdem die Familie bereits bei der Polizei Vermißtenanzeige erstattet hatte.

„Ente" zum Verschrotten

dpa, Stuttgart

Da staunte die Polizei nicht schlecht: Im „Zuckeltrab" bewegte sich ein an Altersschwäche leidender Citroën 2 CV auf der Autobahn nahe Sindelfingen. Kaum ein Fahrzeugteil befand sich in verkehrssicherem Zustand, stellten die Beamten beim ersten Blickkontakt fest. Sie brachten das Auto zum TÜV. Dort registrierten die Experten 41 Einzelmängel.

Urteil nach 13 Jahren

dpa, Dortmund/Bergkamen

132 000 Mark Schadenersatz soll der inzwischen 58jährige ehemalige Chef der Zweckverbandssparkasse in Bergkamen, Lambert Palm, als Ausgleich für faule Wechselgeschäfte an das Kreditinstitut zahlen. Das hat die 12. Zivilkammer des Landgerichts Dortmund nach 13jähriger Prozeßdauer in einem gestern bekanntgewordenen Urteil entschieden. 1979 war er vom Vorwurf der Untreue und des Betruges freigesprochen worden. Das folgende Revisionsverfahren mußte wegen Verhandlungsunfähigkeit des herzkranken Angeklagten schließlich eingestellt werden.

WETTER: Im Norden kühl, Schauer

Lage: Während in den Norden weiterhin kühle Meeresluft geführt wird, überwiegt im Süden schwacher Hochdruckeinfluß.

Vorhersage für Dienstag: Im Norden einzelne Schauer. Höchsttemperaturen um 15, nachts 5 bis 9 Grad. Mäßiger, zeitweise frischer Wind aus Südwest bis West. In der Mitte und im Süden nach Auflösung einzelner Frühnebelfelder wolkig mit Aufheiterungen und meist niederschlagsfrei. Im Alpenbereich abends und nachts gelegentlich Regen. Höchsttemperaturen 17 bis 21, nachts 5 bis 10 Grad. Schwacher Wind aus Südwest bis West.

Weitere Aussichten: Keine wesentliche Änderung.

Sonnenaufgang am Mittwoch: 6.47 Uhr*, Untergang: 19.51 Uhr; **Mondaufgang:** 13.20 Uhr, Untergang: 21.39 Uhr (* in MESZ, zentraler Ort Kassel).

Vorhersagekarte für den 9. Sept., 8 Uhr

H Hochdruckzentrum
T Tiefdruckzentrum
wolkenlos
heiter
halb bedeckt
wolkig
bedeckt
Windstille
Nordwind 10 km/h
Ostwind 20 km/h
Südwind 30 km/h
Westwind 40 km/h
Nebel
Nieseln
Regen
Schnee
Schauer
Gewitter
Niederschlagsgebiet
Temperaturen in C
Warmfront
Okklusion
Kaltfront am Boden
Kaltfront in der Höhe
Luftströmung warm
Luftströmung kalt
Isobaren

Temperaturen in Grad Celsius und Wetter vom Montag, 14 Uhr (MESZ):

Deutschland:

Berlin	12	bw
Bielefeld	11	R
Braunlage	7	bd
Bremen	14	bw
Dortmund	12	bd
Dresden	15	bw
Düsseldorf	16	bw
Erfurt	15	bw
Essen	14	he
Feldberg/S.	9	he
Flensburg	13	bw
Frankfurt/M.	17	be
Freiburg	17	he
Garmisch	16	be
Greifswald	13	bw
Hamburg	12	be
Hannover	14	bw
Kahler Asten	10	bw
Kassel	15	bw
Kempten	15	he
Kiel	13	he
Koblenz	18	be
Köln-Bonn	16	bw
Konstanz	18	he
Leipzig	14	bd
List/Sylt	13	he
Lübeck	13	bw
Mannheim	19	he
München	15	bd
Münster	11	R
Norderney	12	he
Nürnberg	16	bw
Oberstdorf	16	he
Passau	15	bd
Saarbrücken	15	he
Stuttgart	16	he
Trier	16	he
Zugspitze	2	he

Ausland:

Algier	32	he
Amsterdam	14	bd
Athen	27	he
Barcelona	24	bw
Belgrad	26	he
Bordeaux	23	bw
Bozen	25	bw
Brüssel	15	he
Budapest	23	he
Bukarest	28	he
Casablanca	25	bw
Dublin	14	bw
Dubrovnik	24	he
Edinburgh	13	he
Faro	23	bw
Florenz	26	bw
Genf	21	he
Helsinki	9	bw
Hongkong	30	Rs
Innsbruck	19	he
Istanbul	26	he
Kairo	31	be
Klagenfurt	22	he
Konstanza	24	he
Kopenhagen	11	Rs
Korfu	26	be
Las Palmas	29	he
Leningrad	9	Rs
Lissabon	23	he
Locarno	22	be
London	16	bw
Los Angeles	17	he
Luxemburg	14	he
Madrid	26	he
Mailand	24	bw
Malaga	25	he
Mallorca	28	be
Moskau	13	bw
Neapel	26	be
New York	16	he
Nizza	24	he
Oslo	13	he
Ostende	14	bw
Palermo	26	he
Paris	17	bw
Peking	27	bw
Prag	16	he
Rhodos	26	be
Rom	26	he
Salzburg	16	bw
Singapur	25	R
Split	25	he
Stockholm	12	bw
Straßburg	19	he
Tel Aviv	29	he
Tokio	28	bw
Tunis	29	he
Valencia	29	bw
Varna	24	he
Venedig	23	wl
Warschau	14	bw
Wien	18	he
Zürich	19	he

bd = bedeckt; bw = bewölkt; Gr = Graupel; Gw = Gewitter; he = heiter; IW = in Wolken; Ne = Nebel; R = Regen; Rs = Regenschauer; S = Schneefall o. Schneeschauer; Sp = Sprühregen; Sr = Schneeregen; wl = wolkenlos; – = keine Angabe

Ein „Wundermittel" wird entzaubert

Studie widerlegt dauerhafte Erfolge durch Chelat-Therapie bei Gefäßerkrankungen

VERA ZYLKA, Heidelberg

Tausende von Patienten, die an den Folgen von Durchblutungsstörungen leiden, haben sich in den letzten Jahren voller Hoffnung der sogenannten Chelat-Therapie unterzogen. Kernpunkt dieser Therapie ist die Infusion des Stoffes Äthylen-Diamin-Tetra-Acetat (EDTA), der Calcium-Ionen – wie sie in den Kalkablagerungen der Gefäße bei Arteriosklerose vorkommen – an sich binden und damit aus der Blutbahn entfernen soll.

Diese Methode ist nicht nur umstritten, sondern auch mit gefährlichen Nebenwirkungen (allergische Hautreaktionen, Nierenschäden) und mit hohen Kosten verbunden. Für eine „Kur" mit den üblicherweise angesetzten zwanzig Infusionen müssen die Betroffenen zwischen 3000 und 6000 Mark bezahlen, die von den Krankenkassen nicht anerkannt werden.

„Schaufensterkrankheit"

Allerdings stand der wissenschaftliche Gegenbeweis bislang aus. Jetzt wurde an der Universität Heidelberg die erste kontrollierte Untersuchung über die Chelat-Therapie veröffentlicht.

Wie Privatdozent Curt Diehm, der Leiter der Untersuchung, gestern der WELT mitteilte, wurden Patienten mit hochgradigen Durchblutungsstörungen der Beine („Schaufensterkrankheit") in zwei Patientengruppen behandelt. Dabei erhielt die eine Patientengruppe 20 Infusionen mit jeweils 2,5 Gramm EDTA in die Vene infundiert, der anderen Gruppe wurde Bencyclan verabreicht.

Bencyclan ist ein Medikament, das von der Schulmedizin bei Durchblutungsstörungen eingesetzt wird. „Drei Monate nach Behandlungsende wurden die Patienten zu einer Kontroll-Untersuchung einbestellt, wobei wir besonders daran interessiert waren", so Diehm, „die immer wieder behaupteten ‚Späteffekte' der Chelat-Behandlung zu erfassen."

So verbesserte sich während der Infusionsbehandlung zunächst in beiden Behandlungsgruppen die schmerzfreie Gehstrecke der Patienten, ein erlösendes Gefühl für den Patienten. Diehm: „Es ist eine alte Erfahrung, daß bei Gefäßpatienten die Gehstrecke bei jeder Art von Behandlung, ob mit Tabletten oder Infusionen, zunimmt, wenn der Arzt sich intensiv um sie kümmert und zu körperlicher Aktivität motiviert. Insofern sind diese Gehstrecken kein Beleg für die Besserung der Krankheit. Diese muß durch objektive Messungen bewiesen werden."

Diese aber zeigten keinen Hinweis auf eine Verbesserung der Durchblutung durch die Chelat-Therapie. Das gilt sowohl für die Messung mit Ultraschall, als auch für die quantitative Erfassung des Blutflusses in den durchblutungsgestörten Extremitäten. Auch die Fließeigenschaften des Blutes änderten sich nicht.

„Die Veränderung der Gehstrecke ist in diesen Fällen allein durch die Zuwendung des Arztes, den sogenannten Placeboeffekt, der ja bei schmerzgesteuerten Erkrankungen besonders hoch ist, zu erklären", so Diehm.

Wirkung der „Droge Arzt"

Die Fürsorge des Arztes und die Bereitschaft, sich zu bewegen, brachten den Erfolg. Hier hat allein die „Droge Arzt" gewirkt. Das unterstreicht, daß körperliche Aktivität nach wie vor die beste Therapie der Durchblutungsstörungen der Beine ist.

„Trotz der permanenten Angriffe durch die Verfechter der Chelat-Therapie gegen die Schulmedizin sollten wir bereit sein", so Diehm, „in Zukunft Hand in Hand mit den Vertretern der alternativen Heilmethoden empirische Erfahrungen in wissenschaftlichen Studien zu überprüfen, wenn dies für die Patienten zumutbar ist. Allerdings muß gesagt werden, daß es nicht die Aufgabe der Schulmediziner ist, Außenseitern nachzuweisen, daß ihre Behandlungsmethoden jedweder wissenschaftlichen Grundlage entbehren."

ZU GUTER LETZT

„Rüstiger Endsiebziger sucht stramme knackige Frau zum verwöhnt werden lassen (kein finanzielles Interesse)." Anzeige im „Beueler Blättchen" (Bonn).